

9961

Stenographisches Protokoll

114. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 27. November 1985

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986

Beratungsgruppe I: Oberste Organe

Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 9963)

Entschuldigungen (S. 9963)

Ordnungsrufe (S. 9976, S. 9980, S. 10042, S. 10054 und S. 10057)

Geschäftsbehandlung

Verlegung der Abstimmung über die Entschließungsanträge der Abgeordneten Dr. Taus und Genossen sowie der Abgeordneten Rechberger, Probst und Genossen gemäß § 93 Abs. 6 der Geschäftsordnung an den Beginn der nächsten Sitzung (S. 10064)

Tatsächliche Berichtigungen

Dr. Mock (S. 9980)

Dr. Taus (S. 9995 und S. 10042)

Burgsteller (S. 10023)

Fauland (S. 10023) (Erwiderung)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 9963)

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Taus, Dr. Schüssel, Graf und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die politische Verantwortung des Bundesministers für das Verstaatlichten-Debakel (1733/J) (S. 10028)

Begründung: Dr. Taus (S. 10029)

Bundesminister Dkfm. Lacinia (S. 10037)

Dr. Taus (S. 10042) (tatsächliche Berichtigung)

Debatte:

Dr. Schüssel (S. 10043),
Dr. Nowotny (S. 10047),
Probst (S. 10051),
Ruhaltninger (S. 10054),
Dr. Gugerbauer (S. 10057),
Rechberger (S. 10060) und
Graf (S. 10061)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Taus und Genossen betreffend Sonderprüfung der VOEST-Alpine AG gemäß § 118 Abs. 1 des Aktiengesetzes (S. 100046) — Abstimmung siehe 115. Sitzung (S. 10068)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Rechberger, Probst und Genossen betreffend Prüfungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Geschäftsführung der VOEST-Alpine AG (S. 10061) — Abstimmung siehe 115. Sitzung (S. 10068)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 d. B.)

Generalberichterstatter: Gartner (S. 9964)

Spezialdebatte

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 05: Volksanwaltschaft, Kapitel 06: Rechnungshof

Spezialberichterstatter: Dr. Lenzi (S. 9966)

Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Spezialberichterstatter: Ludwig (S. 9966)

Redner:

9962

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Bundesminister Dkfm. Lacina
 (S. 9967),
 Dr. Mock (S. 9970),
 Wille (S. 9976),
 Dr. Mock (S. 9980) (tatsächliche Berichtigung),
 Peter (S. 9981),
 Dr. Taus (S. 9985),
 Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 9993),
 Dr. Taus (S. 9995) (tatsächliche Berichtigung),
 Dr. Jolanda Offenbeck (S. 9996),
 Dr. Kohlmaier (S. 9999),
 Schieder (S. 10004),
 Dr. Gugerbauer (S. 10007),
 Burgstaller (S. 10010),
 Dr. Schranz (S. 10012),
 Posch (S. 10017),
 Fauland (S. 10020),
 Burgstaller (S. 10023) (tatsächliche Berichtigung),
 Fauland (S. 10023) (Erwiderung auf eine tatsächliche Berichtigung) und
 Dr. Neisser (S. 10024)

Annahme der Beratungsgruppen I und II
 (S. 10027)

Mag. Kabas, Dr. Gradischnik, Dr. Rieder und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mietrechtsgesetz, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz und das Wohnhaussanierungsgesetz geändert werden (170/A)

Schieder, Mag. Kabas und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Rundfunkgesetz geändert wird (171/A)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Taus, Dr. Schüssel, Graf und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die politische Verantwortung des Bundesministers für das Verstaatlichten-Debakel (1733/J)

Dr. Reinhart, Wanda Brunner, Weinberger, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber, Mag. Guggenberger und Genossen an die Bundesregierung betreffend gesetzliches Verbot der körperlichen Züchtigung von Kindern (1734/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen (1593/AB zu 1618/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Arnold Grabner und Genossen (1594/AB zu 1619/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Kowald.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Westreicher und Teschl.

Einlauf und Zuweisung

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragenbeantwortungen 1593/AB und 1594/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Antrag 166/A der Abgeordneten Hochmair, Probst und Genossen betreffend ein Bundesgesetz mit dem das Krankenanstaltengesetz geändert wird (Krankenanstaltengesetz-Novelle 1985);

dem Verfassungsausschuß:

Antrag 167/A der Abgeordneten Marsch, Dkfm. DDr. König, Mag. Kabas und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984 geändert wird; und

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 168/A der Abgeordneten Dr. Hafner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz 1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl.Nr. 185/85, geändert wird.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen weise ich zu wie folgt:

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit den Maßnahmen auf dem Gebiete des Bewertungsrechtes getrof-

fen und das Bewertungsgesetz 1955, das Grundsteuergesetz 1955 und das Vermögenssteuergesetz 1954 geändert werden (Bewertungsänderungsgesetz 1985) (738 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Veräußerungen von unbeweglichem Bundesvermögen (758 der Beilagen);

dem Handelssauschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Fernwärmeförderungsgesetz geändert wird (759 der Beilagen);

dem Verfassungsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsgesetz 1985 geändert wird (773 der Beilagen).

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Es ist das von 20 Abgeordneten unterstützte Verlangen gestellt worden, die in dieser Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage 1733/J der Abgeordneten Dr. Taus und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die politische Verantwortung des Bundesministers für das Verstaatlichten-Debakel dringlich zu behandeln.

Da dieses Verlangen darauf gerichtet ist, die dringliche Behandlung noch vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen, mache ich von dem Recht gemäß § 93 Abs. 4 der Geschäftsordnung Gebrauch, dieselbe an den Schluß der Sitzung, aber nicht über 16 Uhr hinaus zu verlegen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (740 und Zu 740 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (777 der Beilagen).

9964

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Präsident

Generalberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gärtner. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Generalberichterstatter Gärtner: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Als Generalberichterstatter obliegt es mir, die Beratungen über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen einzuleiten.

Die Bundesregierung hat am 15. Oktober 1985 dem Nationalrat den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1986 vorgelegt. In der 107. Sitzung am 23. Oktober gab Bundesminister für Finanzen Dkfm. Dr. Vranitzky die einbegleitende Erklärung zu dieser Regierungsvorlage ab. Die erste Lesung erfolgte in der 109. Sitzung am 5. November; danach wurde die Vorlage dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen; es sind dies: der Bundesvoranschlag samt den Gesamtübersichten, der Konjunkturausgleich-Voranschlag samt dessen summarischer Aufgliederung sowie der Stellenplan; Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Heften bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft-, und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

Die Aufgliederung des Bundesvoranschlages 1986 hinsichtlich der Gebarung gibt unter Berücksichtigung der im Ausschuß beschlossenen Änderungen (auf- beziehungsweise abgerundet) folgendes Bild:

Ausgaben: 495 386 Millionen Schilling,

Einnahmen: 388 844 Millionen Schilling,

Brutto-Gebarungsabgang: 106 541 Millionen Schilling,

ab Finanzschuldtilgungen: 38 104 Millionen Schilling,

verbleibt ein Netto-Gebarungsabgang von: 68 437 Millionen Schilling.

Der Netto-Gebarungsabgang in Prozent gemessen am Brutto-Inlandsprodukt beträgt nunmehr 4,7 Prozent.

Bei Erstellung des Bundesvoranschlages

1986 hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den Weg der Konsolidierung fortzusetzen. Unter diesem Gesichtswinkel wurden die Weichen zum Abbau von Defizitträgern gestellt.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter welchen der Bundesvoranschlag 1986 zu erstellen war, zeichnen sich wie folgt ab:

Nach den letzten verfügbaren internationalen Prognosen wird im kommenden Jahr das reale Wirtschaftswachstum der westlichen Industriestaaten nach fast 5 Prozent im Jahre 1984 und voraussichtlich 2,5 Prozent in diesem Jahr rund 2 Prozent betragen. Der Hauptgrund für die Konjunkturabflachung ist der sich auch im kommenden Jahr fortsetzende Wachstumsrückgang in den USA.

Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft wird 1986 bei voraussichtlich 2,5 Prozent real und 5,7 Prozent nominell liegen, die Arbeitslosenrate im Jahre 1986 geringfügig zunehmen und im Jahresdurchschnitt rund 4,9 Prozent betragen. Der Preisauftrieb schwächt sich gegenüber heuer ab. Im Jahresdurchschnitt 1986 wird eine Inflationsrate von 3 Prozent erwartet. Der Abgang in der Leistungsbilanz wird voraussichtlich rund 5,5 Milliarden Schilling betragen.

Der Budgetentwurf 1986 kann allerdings nicht nur unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern muß insbesondere unter dem Blickwinkel der Ausgangsposition für seine Erstellung beurteilt werden. Ein Vergleich mit der Schätzung des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen und dem tatsächlichen Ergebnis zeigt, daß das Wachstum traditioneller Ausgabenarten geringer ist als ursprünglich angenommen, wodurch die Möglichkeiten zur Finanzierung neuer Aufgaben gegeben ist.

Die Berücksichtigung aller Ressortwünsche, die Vorsorge für eine Bezugserhöhung hätten — nach bereits gesetzten Maßnahmen im Bereich der Finanzschuldenverwaltung — einen Bruttoabgang von über 130 Milliarden Schilling bewirkt.

Durch einvernehmliche Abstriche von Ressortanträgen, durch weitere Maßnahmen im Bereich des Finanzschuldendienstes und durch Umschichtungen innerhalb der Sozialversicherungsträger konnte das vorliegende Ergebnis erzielt werden.

Vergleicht man realistischerweise nicht den Voranschlag 1985, sondern die voraussichtli-

Gärtner

chen Budgetausgaben des Jahres 1985 mit den Ausgaben des Bundesvoranschlages 1986, ergibt sich eine Steigerung von 6,4 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Abgeltung an die ÖBB beträgt die Steigerung 5,8 Prozent. Diese Steigerung liegt knapp über der nominellen Wachstumsrate des Sozialproduktes in Höhe von 5,7 Prozent.

Die Zuwachsrate der für 1986 geschätzten Einnahmen gegenüber den voraussichtlichen Budgeteinnahmen des Jahres 1985 in Höhe von 5,2 Prozent liegt unter der Sozialproduktzuwachsrate.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag enthält eine Stabilierungs- und eine Konjunkturbelebungsquote in der Größenordnung von rund 4,7 Milliarden Schilling.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1986 samt Anlagen in der Zeit vom 8. bis 22. November 1985 in Verhandlung gezogen. Im Verlaufe der Sitzungen wurde eine Reihe von Anträgen gestellt. Zur Vorbehandlung dieser Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt, dem die Abgeordneten Mühlbacher, Dr. Nowotny, Pfeifer, Teschl, Dr. Veselsky, Dkfm. Dr. Keimel, Koppenstein, Dr. Schüssel und Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie Grabher-Meyer angehörten.

Der Finanz- und Budgetausschuß benötigte zur Beratung des Budgets 1986 insgesamt zirka 62 Stunden. 285mal meldeten sich Abgeordnete zum Wort. Von diesen Wortmeldungen entfielen auf die SPÖ 106, auf die ÖVP 151 und auf die FPÖ 28; was zirka 30 Stunden erforderte. Seitens der Bundesminister und Staatssekretäre erfolgten 42 Wortmeldungen, was einen Zeitaufwand von zirka 30 1/2 Stunden erforderte. Im Rahmen der Berichterstattung erfolgten 18 Wortmeldungen, die 80 Minuten Berichtszeit dauerten.

Meine Damen und Herren! Weitere Daten werde ich mir erlauben, im Rahmen meines Schlußwortes vorzubringen.

Die Abstimmung über sämtliche Teile der Spezialdebatte erfolgten in der Ausschußsitzung am 22. November 1985. Das Ergebnis der Ausschußberatung ist den Berichten der Spezialberichterstatter zu entnehmen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten

Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1986 wird im Sinne des schriftlichen Ausschußberichtes 777 der Beilagen, Seiten 10 und 11, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Generalberichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung werden die Debatte und Abstimmung über die Vorlage in Teilen — entsprechend der allen Abgeordneten vor Beginn der Vorberatung durch den Finanz- und Budgetausschuß zugegangenen Übersicht — durchgeführt.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen

I Oberste Organe und

II Bundeskanzleramt mit Dienststellen

des Bundesvoranschlages zusammengefaßt.

Spezialdebatte**Beratungsgruppe I**

Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei

Kapitel 02: Bundesgesetzgebung

Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof

Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 05: Volksanwaltschaft

Kapitel 06: Rechnungshof

Beratungsgruppe II

Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Präsident: Wir gelangen daher zur Verhandlung über die Beratungsgruppen I und II.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe I ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

9966

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Lenzi

Spezialberichterstatter Dr. Lenzi: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlasses für das Jahr 1986 in seiner Sitzung am 8. November 1985 einer Vorberatung unterzogen.

Im Bundesvoranschlag 1986 sind bei den gegenständlichen Budgetkapiteln Gesamtausgaben von 997 Millionen Schilling veranschlagt. Hier von entfallen 317 Millionen Schilling auf laufende persönliche und 630 Millionen Schilling auf laufende sachliche Ausgaben sowie 49 Millionen Schilling auf die Vermögensgebarung. Gegenüber dem laufenden Jahr ergibt sich eine Gesamterhöhung von 61,8 Millionen Schilling. An Gesamteinnahmen werden bei dieser Beratungsgruppe 30,7 Millionen Schilling erwartet.

Bei Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei sind zusammen 36 Millionen Schilling, das sind um 2,3 Millionen Schilling mehr als im laufenden Jahr, budgetiert. An Einnahmen wird mit 894 000 S gerechnet.

Bei Kapitel 02: Bundesgesetzgebung sind Gesamtausgaben von 642 Millionen Schilling veranschlagt, das sind um 34,8 Millionen Schilling mehr als für 1985 vorgesehen ist. Auf den Nationalrat entfallen hier von 571 Millionen Schilling, auf den Bundesrat 71 Millionen Schilling. Die voraussichtlichen Gesamteinnahmen betragen 22,6 Millionen Schilling. Der für beide gesetzgebenden Körperschaften gemeinsam veranschlagte Personalaufwand ist mit 73 Millionen Schilling veranschlagt. Der Sachaufwand verzeichnet bei Titel 021, Nationalrat, eine Zunahme um 27 Millionen Schilling auf 497 Millionen Schilling; bei Titel 022, Bundesrat, 71 Millionen Schilling.

Die Vermehrung im Personalaufwand ergibt sich im wesentlichen durch die Inbetriebnahme des Gebäudes Wien I, Reichsratsstraße 9. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, entfällt für die Kosten der Bundesgesetzgebung ein Betrag von jährlich rund 84,20 S.

Bei Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof sind Gesamtausgaben von 41 Millionen Schilling vorgesehen. An Einnahmen sind 671 000 S budgetiert. Der Personalaufwand ist für das kommende Jahr mit 14 Millionen Schilling veranschlagt. Beim Sachaufwand ist mit 27 Millionen Schilling gegenüber 1985 eine Erhöhung um 132 000 S gegeben.

Bei Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof sind Gesamtausgaben von 75,9 Millionen Schilling präliminiert. An Einnahmen wird mit 4,5 Millionen Schilling gerechnet. Der Personalaufwand ist mit 64 Millionen Schilling veranschlagt.

Bei Kapitel 05: Volksanwaltschaft sind Gesamtausgaben von 29,8 Millionen Schilling veranschlagt. Hier von entfallen 12,961 Millionen Schilling auf den Personalaufwand. Für sachliche Aufwendungen sind 16,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Bei Kapitel 06: Rechnungshof sind für das kommende Jahr Gesamtausgaben von 169,9 Millionen Schilling vorgesehen. An Einnahmen wird mit 1,4 Millionen Schilling gerechnet. Der Personalaufwand ist mit 132 Millionen Schilling budgetiert. Der Sachaufwand ist mit 37 Millionen veranschlagt.

Bei der Abstimmung am 22. November 1985 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe I gehörenden Teile des Bundesvoranschlasses für das Jahr 1986 unverändert mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei,
dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung,
dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof,
dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof,
dem Kapitel 05: Volksanwaltschaft und
dem Kapitel 06: Rechnungshof

des Bundesvoranschlasses für das Jahr 1986 (740 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe II ist der Herr Abgeordnete Ludwig.

Spezialberichterstatter Ludwig: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe II enthaltene Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ des Bundesvoranschlasses für

Ludwig

1986 am 14. November 1985 in Verhandlung gezogen.

Für das Budgetjahr 1986 ist ein Ausgabenbetrag von 1 624 475 000 S vorgesehen. Von diesen Ausgaben entfallen 588 743 000 S auf den Personalaufwand, und zur Bestreitung des Sachaufwandes sind 1 035 732 000 S veranschlagt.

Die Ausgaben setzen sich aus den Beiträgen für die Zentraleitung und die der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD zusammen. Das sind 725 Millionen.

Für Förderungsausgaben, die als Ermessenskredite veranschlagt sind, werden 41 390 000 S vorgesehen. Im wesentlichen beinhalten sie: einen Zuschuß zum weiteren technischen Ausbau der Austria Presse Agentur, Zuwendungen für die Volksgruppen, Vorsorge für Sondermaßnahmen der Bundesregierung aus Anlaß von Katastrophenfällen, einen Beitrag zum Rundfunk-Sonderprogramm für internationale Organisationen.

Im betreffenden Budgetkapitel sind unter den sonstigen Aufwendungen Sachkredite für den Bundespressedienst, für die elektronische Datenverarbeitung und die Entschädigung für den Auslandsdienst des Kurzwellenfunks enthalten. Es sind auch die Verwaltungssakademie, die Kosten des Drucks und Vertriebs des Bundesgesetzblattes sowie der amtlichen Sammlung wiederverlautbarer österreichischer Rechtsvorschriften genauso wie die Aufwendungen für das Staatsarchiv und das Archivamt im Voranschlag enthalten.

Die Kredite des Statistischen Zentralamtes sind im Kapitel Bundeskanzleramt enthalten. Die Bezüge der aktiven Bediensteten des Amtes der „Wiener Zeitung“ und des Amtes der Österreichischen Staatsdruckerei scheinen ebenfalls auf.

Die Kredite für die Förderung der Publistik, der Presse, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit der politischen Parteien und für die Zuwendungen an politische Parteien sind mit 291 516 000 S veranschlagt.

Hier gibt es einen Abänderungsantrag, der in den schriftlichen Unterlagen enthalten ist. Es sollen die Förderung der Publistik, die Presseförderung, die staatsbürgerliche Bildungsarbeit der politischen Parteien und die Zuwendungen an diese entsprechend den vorliegenden Sätzen erhöht werden.

An Einnahmen werden beim Kapitel 10:

„Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ im kommenden Jahr 81 209 000 S erwartet. Das ist eine Erhöhung gegenüber dem Jahre 1985 um 941 000 S.

An der Debatte des Finanz- und Budgetausschusses über die Beratungsgruppe II beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Schranz, Dr. Gugerbauer, Dr. Khol, Dr. Veselsky, DDr. König, Dipl.-Vw. Tieber, Schuster, Dr. Neisser, Dr. Jankowitsch, Dr. Kohlmaier, Pöder und Franz Stocker.

Die aufgeworfenen Fragen wurden durch Bundeskanzler Dr. Sinowitz und Staatssekretär Dr. Löschnak beantwortet.

Bei der Abstimmung am 22. November 1985 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe II gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 unter Berücksichtigung des schon erwähnten Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Schranz, DDr. König und Dr. Gugerbauer teils einstimmig, teils mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1986 (740 und Zu 740 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht.

Zum Wort gemeldet ist Herr Bundesminister Lacina.

9.24

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Mit dem gestrigen Rücktritt des VOEST-Alpine-Generaldirektors und im Anschluß daran des gesamten Vorstandes dieses Unternehmens sowie der Designierung eines neuen Vorstandsvorsitzenden wurde auf eine Information des VOEST-Vorstandes, die eine drastische Verschlechterung des Unternehmensergebnisses für 1985 erwartet ließ, reagiert.

9968

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

Die außerordentliche Bedeutung dieses Unternehmens und seiner Konzern- und Beteiligungsgesellschaften für die österreichische Volkswirtschaft haben es notwendig erscheinen lassen, die Öffentlichkeit, vor allem aber das Hohe Haus über die Lage des Unternehmens aus gegenwärtiger Sicht und die Maßnahmen zur Konsolidierung zu informieren.

Durch die Strukturkrise in der europäischen Industrie, insbesondere im Stahlbereich, ist die VOEST-Alpine 1977 in die Verlustzone geraten. Die angesichts dieser Situation einzuschlagende Strategie war:

1. Reduktion und Rationalisierung der Grundstoffkapazitäten,
2. Ausbau des internationalen Geschäfts, Aufbau eines weltumspannenden Vertriebsnetzes, und
3. Aufbau neuer Produktionen, insbesondere an bestehenden Standorten der verstaatlichten Industrie.

Während es im Grundstoffbereich der VOEST-Alpine im Vergleich zu anderen europäischen Unternehmungen sehr gut gelungen ist, die Marktstellung zu halten, stießen die Versuche, in neue Produktionen einzudringen, auf große Schwierigkeiten. Die Unternehmenspolitik der VOEST-Alpine war durch eine äußerst offensive Strategie, gemessen an der Entwicklung anderer Unternehmen im öffentlichen und privaten Bereich, gekennzeichnet. Von der Konzeption her waren die Projekte grundsätzlich richtig angelegt. Erhebliche Mängel zeigten sich später bei der Durchführung sowohl im technischen als auch im kaufmännischen und organisatorischen Bereich bei einigen wichtigen Projekten.

Das Risiko bei der Beteiligung an außereuropäischen Projekten wurde in der Regel beträchtlich unterschätzt. Die neu gegründete VOEST-Alpine Intertrading nahm zunächst einen beträchtlichen Aufschwung, wobei das ursprüngliche Tätigkeitsgebiet in der Abwicklung von Kompensationen und im Handel mit Massengütern, insbesondere mit Metallen, Chemieprodukten, Nahrungsmitteln und Öl sowie in der Abwicklung von Bartergeschäften bestand.

Da es sich um eine neu aufgenommene Tätigkeit der VOEST-Alpine handelte, die durch äußerst rasches Wachstum gekennzeichnet war, verfolgten der Aufsichtsrat des

Unternehmens und die Holding-Gesellschaft gerade diese Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit. Auf wiederholte Anfragen wurde sowohl gegenüber dem Aufsichtsrat als auch gegenüber der ÖIAG versichert, daß das Risiko überschaubar sei, und dieses wurde bei einem Umsatz von 100 Milliarden österreichischer Schilling mit maximal 400 Millionen Schilling beziffert.

Erst am 19. November dieses Jahres wurde vom VOEST-Alpine-Vorstand das Ausmaß des für das dritte und vierte Quartal 1985 aus Rohölspeditionen zu erwartenden Verlustes in Höhe von 880 Millionen Schilling anlässlich einer Finanzierungsbesprechung in der ÖIAG mitgeteilt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß aus Leerverkäufen ein Verlustpotential von mehr als 1 Milliarde Schilling erwachsen könnte.

In den Abendstunden des 26. Novembers, also gestern, erfuhr die ÖIAG, daß aus diesen Geschäften ein weiterer Verlust von rund 1,5 Milliarden österreichischer Schilling eintreten wird.

Damit ergibt sich aus heutiger Sicht für das Geschäftsjahr 1985 der VOEST-Alpine-AG ein Verlust in der Höhe von 5,7 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine dramatische Verschlechterung des Ergebnisses innerhalb weniger Wochen, da im September ein Verlust in der Höhe von 2,5 Milliarden Schilling vom VOEST-Vorstand gegenüber der ÖIAG prognostiziert worden war.

Ich habe bereits nach Erhalt der ersten Informationen über die Ergebnisverschlechterung den Vorsitzenden des VOEST-Alpine-Aufsichtsrates, Präsident Dr. Fuhrmann, den Vorsitzenden des ÖIAG-Aufsichtsrates, Herrn Dr. Staribacher, und Mitglieder des Vorstandes der ÖIAG konsultiert und von ihnen erfahren, daß angesichts der dramatischen Verlusterhöhung Generaldirektor Apfalter seinen Rücktritt angeboten hat. Ich habe den von Generaldirektor Apfalter angebotenen Rücktritt angenommen und ihm mitgeteilt, daß der Rücktritt des gesamten Vorstandes erwartet wird.

Im Verlauf des 26. Novembers, also gestern, wurde mir von Generaldirektor Apfalter telefonisch mitgeteilt, daß alle sich in Österreich befindlichen Vorstandsmitglieder diesen Schritt vollziehen werden. Ich bin sicher, daß die beiden sich im Ausland befindlichen Vorstandsmitglieder dieselben Konsequenzen ziehen werden.

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

Unmittelbar anschließend wurde Generaldirektor Dr. Kirchweger zum neuen Vorstandsvorsitzenden der VOEST-Alpine-AG designiert. (Abg. Dr. Graff: Von wem?)

Für den 29. November ist eine außerordentliche ÖIAG-Aufsichtsratssitzung einberufen, bei der eine für den Bestand der VOEST-Alpine ausreichende Kapitalzuführung beschlossen werden soll.

In einer anschließenden Hauptversammlung der VOEST-Alpine soll basierend auf der Entscheidung der ÖIAG diese Kapitalzuführung beschlossen werden. In der darauffolgenden Aufsichtsratssitzung der VOEST-Alpine soll Generaldirektor Dr. Kirchweger zum Mitglied des Vorstandes bestellt und zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt werden.

Im Interesse der 70 000 Beschäftigten des Konzerns und angesichts der Bedeutung des Unternehmens für die österreichische Volkswirtschaft wird der Vorstand durch diese rasche Entscheidung in die Lage versetzt, ohne Zeitverlust für die Konsolidierung des Unternehmens die notwendigen Schritte zu setzen.

Ich werde die zuständigen Gremien beauftragen, ein mittelfristiges Konzept zu erstellen und durchzuführen, das organisatorische und personelle Konsequenzen aus der bisherigen Entwicklung des Unternehmens zieht und den unveränderten Zielsetzungen — auch im Bereich der Stahlunternehmen —, aus der Verlustzone möglichst rasch herauszukommen, gerecht wird.

Hohes Haus! Grundsätzlich bekenne ich mich dazu, daß die Führung der verstaatlichten Unternehmen gemäß den Grundlagen des Aktiengesetzes und den entsprechenden Spezialgesetzen unter voller Wahrung der Verantwortung der Unternehmensorgane zu erfolgen hat. Dies setzt allerdings die Existenz eines Vertrauensverhältnisses zu den von den Zuständigen bestellten Unternehmensorganen voraus. Bei Verlust dieses Vertrauensverhältnisses ist rasches Handeln erforderlich.

Angesichts der geschilderten Situation war daher ein direkter Eingriff in das Unternehmensgeschehen unausweichlich.

Ich bekenne mich weiters dazu, daß die verstaatlichte Industrie eine besondere Verpflichtung zur Publizität ihrer Wirtschaftstätigkeit sowie zur Einhaltung ihrer unternehmerischen Zielsetzung hat und der öffentlichen Kontrolle in einem höheren Maße unter-

worfen sein muß, als dies bei anderen Wirtschaftsunternehmen der Fall ist. Nicht nur rasches Handeln nach eingetretenen Verlusten, sondern auch die Verhinderung neu entstehender Verlustquellen müssen das Ziel organisatorischer Maßnahmen sein, die im Bereich der gesamten verstaatlichten Industrie gesetzt werden müssen. Ich werde daher den Vorstand der ÖIAG beauftragen, entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Auf Grund eines Entschließungsantrages, der von der Oppositionspartei eingebracht wurde, wird in den nächsten Tagen in einer vertraulichen Sitzung des Unterausschusses des Verstaatlichtenausschusses Gelegenheit sein, von den Unternehmensverantwortlichen Aufklärungen über den aktuellen Stand dieser Angelegenheit zu erhalten.

Eine Sonderprüfung, wie sie vom Obmann der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagen wurde, ist ein vom Aktiengesetz vorgesehenes Instrument, das bei Gesellschaften mit breitgestreutem Eigentum selbst einer Minderheit das Recht einräumt, bestimmte Geschäfte des Vorstandes durch einen Wirtschaftsprüfer untersuchen zu lassen. (Abg. Dr. Graff: Aber in erster Linie der Mehrheit, Herr Minister!) Selbst einer Minderheit. Das bedeutet ... (Abg. Dr. Graff: In erster Linie der Mehrheit! Die sind Sie!) Herr Generalsekretär! „Selbst einer Minderheit“ schließt ein, daß natürlich die Mehrheit in einer Aktiengesellschaft zu beschließen hat. Das ist eine Banalität. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Wie wäre es, wenn Sie sich jetzt informieren würden! — Abg. Marsch: Es soll sich niemand durch Dummheit auszeichnen!)

Das Ergebnis einer solchen Sonderprüfung muß voll veröffentlicht werden und ist damit natürlich auch der Konkurrenz in vollem Umfang zugänglich. Ob eine solche Sonderprüfung zur Beherrschung ... (Abg. Dr. Graff: Muß nicht voll veröffentlicht werden! Der Vorstand kann Geheimnisse für sich behalten! Lesen Sie doch das Aktiengesetz! Das hätten Sie doch von gestern auf heute lesen können! — Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Herr Generalsekretär Graff! Das Ergebnis der Sonderprüfung hat beim Handelsgericht aufgelegt zu werden. (Abg. Dr. Graff: Richtig! Muß aber nicht alles drinstehen!) Der Sinn dieser Sonderprüfung ist nicht, im Vorstand etwas geheimzuhalten, sondern im wesentlichen, den Publikumsaktionär voll über die Gesellschaft zu informieren. Sonst hat ein solcher Bericht überhaupt keinen

9970

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

Sinn. Das Aktiengesetz — glauben Sie mir das! — hat aus gutem Grunde dieses Instrument geschaffen. (*Abg. Dr. Graff: Der Publikumsaktionär ist das österreichische Volk, Herr Minister!*) Herr Generalsekretär, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich ausreden ließen. Sie haben nämlich ein Vorurteil über meine Antwort, aber die darf ich Ihnen erst jetzt geben.

Ob eine solche Sonderprüfung, Herr Generalsekretär, zur Beherrschung der gegenwärtigen Situation beiträgt, muß von den dafür zuständigen Organen, nämlich dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG, beurteilt und entschieden werden. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sie können es ja designieren, Herr Minister!*) Herr Abgeordneter Kohlmaier! Ich glaube, daß die Situation wirklich zu ernst ist, um zu solchen Scherzen überhaupt Anlaß zu geben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Dr. Lichal: Sie haben die Verantwortung!* — *Abg. Dr. Kohlmaier: Das sagen Sie uns, daß das ernst ist!* — *Abg. Dr. Graff: Spät genug sind Sie draufgekommen!*)

Herr Abgeordneter Kohlmaier! Es ist keine Frage, daß es notwendig war, diese Schritte, die gesetzt worden sind, so zu setzen, wie sie gesetzt worden sind. Wenn Sie anderer Auffassung sind, dann, bitte, vertreten Sie diese Auffassung auch in der Öffentlichkeit. (*Abg. Dr. Höchtl: Sie haben eine andere Autorität!*)

Herr Abgeordneter Kohlmaier und Herr Generalsekretär! Hohes Haus! Ich darf schon darauf hinweisen, daß in diesen Organen, insbesondere im Aufsichtsrat der ÖIAG, entsprechend den Gesetzen, die hier im Haus beschlossen worden sind, die von den Parteien entsendeten Vertreter Sitz und Stimme haben und entsprechend verantwortlich handeln werden. Ich bin davon überzeugt, daß das so sein wird. Wenn eine der Fraktionen überzeugt ist, daß ihre Vertreter nicht so handeln werden, so müßte sie für sich die entsprechenden Konsequenzen ziehen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Präsident! Hohes Haus! Wir sind aus den genannten Gründen zu raschem Handeln verpflichtet. Jedenfalls wird es eine rückhaltlose Aufklärung in den zuständigen Gremien des Nationalrates geben; dazu bekenne ich mich ganz ausdrücklich.

Worum es aber jetzt geht, in erster Linie geht, ist, das Unternehmen wieder handlungsfähig zu machen, den Schaden für das Unter-

nehmen und die gesamte Volkswirtschaft zu begrenzen und Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß neue Schäden dieser Art entstehen können. — Danke sehr. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{9.37}

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mock.

^{9.37}

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Durch die Erklärung des Herrn Bundesministers Lacina sind eine Reihe von Detailfragen unbeantwortet geblieben. Der Herr Bundesminister wird die Möglichkeit haben, auf Detailfragen im Rahmen einer von uns als dringlich gestellten Anfrage heute nachmittag antworten zu können. Wir werden auch, Herr Bundesminister, Ihre Erklärung dahin gehend prüfen, ob sich weitere Fragen an Sie daraus ergeben, die wir dann nachmittags stellen.

Ich möchte Ihnen nur sehr deutlich von vornherein sagen: So, wie das Ihre bisherigen Erklärungen vermuten lassen und auch wie sie formuliert sind, mit der Feststellung: „wir sind überrascht“ werden Sie sich aus Ihrer Verantwortung nicht wegstehlen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und ohne der nachmittägigen Debatte etwas vorwegnehmen zu wollen: Ihre derzeitige Feststellung, Sie haben bereits einen neuen Chef designiert, zeigt sehr klar, daß Sie auch die politische Verantwortung für den alten Chef übernehmen und hier vor dem Hohen Haus vertreten müssen.

Und das zweite: Sie haben von „Ihren Fraktionsangehörigen im Bereich der VOEST-Alpine“ gesprochen. Dort gibt es Vorstandsmitglieder, die nach dem Gesellschaftsrecht ihren Organen ... (*Rufe bei der SPÖ: ÖIAG!* — *Abg. Marsch: Sie kennen sich ja nicht einmal aus!*) Kollege Marsch, regen Sie sich nicht auf! In den Organen und Firmen gibt es Verantwortungsbereiche gegenüber den vorgesetzten Organen, gegenüber den Eigentümern, aber nicht gegenüber einer Partei. Auf das Thema komme ich ohnehin später noch zu sprechen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben sich in Ihrer Regierungserklärung sehr ausführlich auch mit dem Schicksal und den Perspektiven für die verstaatlichte Industrie aus Ihrer Sicht beschäftigt, und wir werden dieses Thema heute auch zum Hauptgegenstand unserer Generaldebatte machen. Diese Generaldebatte zum Budget 1986, die sich normaler-

Dr. Mock

weise vor allem mit der ganzen Bandbreite der Regierungspolitik und der Budgetentwicklung befaßt, meine Damen und Herren, ist eben heute gezeichnet von den dramatischen Ereignissen um das Verstaatlichtendebakel der sozialistischen Koalitionsregierung.

Die sozialistischen Prophezeiungen der letzten Jahre über positive Bilanzen und damit auch die damit verbundenen Hoffnungen von über 70 000 Arbeitnehmern sind in einem Meer von roten Ziffern untergegangen. Das müssen wir heute sehr eindeutig feststellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben, Herr Bundeskanzler, bei jeder Gelegenheit — das gilt auch für die Minister Ihrer Regierung — festgestellt, es stehe alles zum besten und die Regierung arbeite hervorragend.

Am 6. November mußten wir mit zwei Jahren Verspätung eine Finanzspritze in der Höhe von 7 Milliarden Schilling für die Creditanstalt-Bankverein beschließen, wobei Sie Eigenleistungen der Bank abgelehnt haben. Ich respektiere, daß der Herr Bundesminister für Finanzen die politische Verantwortung für die Sanierungskonzepte der CA übernommen hat.

Am vergangenen Freitag, meine Damen und Herren, wurde das Budgetdefizit gleich um 3 weitere Milliarden erhöht durch eine Vorlage, die im Nationalrat eingebracht wurde. Zu dem vor vier Wochen vorgelegten Budgetdefizit von 103 Milliarden kamen gleich 3 Milliarden dazu.

Gestern ist der VOEST-Vorstand zurückgetreten, weil das Defizit des heurigen Jahres zuerst 4,2 Milliarden Schilling betragen hat, heute hören wir, 5,7 Milliarden Schilling betragen wird, und wir sind neugierig, was noch kommen wird. Das heißt, das Budgetdefizit von 103 Milliarden, das im Budget vor vier Wochen enthalten war, ist heute, vier Wochen später und drei Wochen vor seiner Beschußfassung, von den tatsächlichen Ereignissen weit überholt. Es ist auch ein Desaster der Budgetpolitik für 1986. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich muß sagen, Herr Bundeskanzler, es liest sich heute schon wie Hohn, wenn man sich Ihre Regierungserklärung ansieht. Dort heißt es, meine Damen und Herren:

„Die verstaatlichten Unternehmen stehen vor der Aufgabe, die Grundstofferzeugung weiter zu modernisieren und gleichzeitig in

neue Finalproduktionen vorzustoßen. Dabei ist eine längerfristige, zukunftsorientierte Strategie für jeden einzelnen Unternehmensbereich zu entwickeln.“

Von einer längerfristigen Strategie, von einer Sanierung kann überhaupt keine Rede sein. Das Ergebnis Ihrer Politik besteht darin, daß wir uns heute mit der kurzfristigen Sanierung und Existenzsicherung dieses Unternehmens zu beschäftigen haben.

Und dazu, Herr Bundeskanzler, wollen wir von Ihnen als dem Verantwortlichen für die Gesamtpolitik der Regierung heute eine Stellungnahme haben. Wie kommt es zu den Ursachen dieser Entwicklung?

Denn das, was Ihr zuständiger Ressortchef gestern gesagt hat — „wir sind überrascht“ —, ist völlig unbefriedigend. Meine Damen und Herren! Seit Wochen, seit Monaten, seit Jahren wird über die defizitäre, ja skandalöse Entwicklung in Bayou, einem Investitionsprojekt in ein amerikanisches Stahlwerk, wo wahrscheinlich 3 Milliarden Schilling verloren gingen, in allen möglichen Publikationen berichtet.

Seit Wochen, seit Monaten, seit Jahren wird die Geschäftsführung der Intertrading, der Handelsgesellschaft der VOEST-Alpine, angezweifelt.

Warum, frage ich mich, Herr Bundeskanzler, wurde nicht rechtzeitig und effizient eingegriffen? Warum hat man sich nicht Informationen rechtzeitig beschafft? Warum hat die Regierung nicht gehandelt? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! „Videant consulles ne quid detrimenti capiat res publica!“ Das ist alter Grundsatz der römischen Republik. Die Verantwortlichen der Republik haben rechtzeitig dafür Vorsorge zu tragen, daß kein Schaden für die Republik entsteht. Dieser Sorgfaltspflicht sind Sie in keiner Weise als Verantwortlicher für die Regierungspolitik dieser unserer Heimat, unserer Republik, nachgekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Vorstand der VOEST-Alpine hat aus seinen Fehlern seine Konsequenzen gezogen. Aber wir haben heute auch über die politische Verantwortung der Regierung zu diskutieren. Auch dort hat es Konsequenzen zu geben, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es geht immerhin um das Schicksal des

9972

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Mock

größten österreichischen Unternehmens, wie Sie gesagt haben, Herr Bundesminister, um die Zukunftshoffnung, um eine optimistische Perspektive, um die Sorgen von 70 000 Arbeitnehmern. Ihre berufliche Qualifikation, meine Damen und Herren, ist genauso gut wie die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmer in allen anderen Bereichen der Wirtschaft.

Die sozialistische Regierungspolitik hat hier Rahmenbedingungen geschaffen — zusammen mit offensichtlichen Managementfehlern —, die zum gegenwärtigen Debakel geführt haben. Ihnen ist es anzulasten, allenfalls dem Management, aber die Arbeitnehmer und die Angestellten leiden heute darunter.

Das ist das traurige Ergebnis Ihrer politischen Rahmenbedingungen, für die Sie die volle Verantwortung als Regierungschef, Herr Bundeskanzler, als verantwortliches Regierungsmitglied für die verstaatlichte Industrie bis zum September 1974 und als langjähriger Angehöriger der sozialistischen Regierung tragen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren: Im Jahre 1970 hat die Österreichische Volkspartei die Verantwortung für die verstaatlichte Industrie mit einem jährlichen Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling übergeben. Wir sind stolz darauf, daß wir das heute zitieren können, stolz auf die damaligen Leistungen der Arbeitnehmerschaft der verstaatlichten Industrie und der politisch Verantwortlichen, an der Spitze damals Dr. Josef Taus. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! In der gesamten Zeit der von der ÖVP geführten Bundesregierungen und der von der ÖVP gebildeten Alleinregierung hat es immer, trotz aller Einzelschwierigkeiten, eine positive Entwicklung der verstaatlichten Industrie gegeben.

Im Jahre 1974, meine Herren von der sozialistischen Fraktion, beschloß die damalige sozialistische Alleinregierung und Ihre Fraktion gegen unsere Stimmen eine Fusionierung der beiden Großunternehmen Alpine und VOEST. Wir verwiesen in der Debatte — ich habe damals nach Dr. Schleinzer als zweiter das Wort ergriffen — darauf, daß es primär darum geht, die Betriebe umzustrukturieren, zu modernisieren, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Wir waren der Auffassung, meine Damen und Herren, daß Größe eines Unternehmens kein Ersatz für die Qualität und für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens ist. Gegen die Stimmen der ÖVP wurde die Fusionierung beschlossen, die Notwendigkeit einer Modernisierung von Teilbereichen dadurch verdeckt, und bis heute blieb es — und das wissen Sie, meine Damen und Herren, ganz genau — in wichtigen Teilbereichen dieses neuen Konzerns beständig und stark defizitären Betriebsergebnissen.

Sie haben uns damals niedergestimmt. Sie tragen daher auch die volle Verantwortung für die sich daraus ergebende Entwicklung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Klubobmann Wille! Sie wissen, daß ich Sie immer als jemanden respektiere, der sich sehr auf Fakten konzentriert, obwohl es hier auch um die politische Wertung geht.

Der Anteil der finanziellen Reserven ging von 41 Prozent im Jahre 1970 auf rund 18 Prozent im Jahre 1984 zurück.

Der Anteil der Investitionen der verstaatlichten Industrie an den Gesamtinvestitionen der österreichischen Industrie sank von 25 Prozent im Jahre 1970 auf 14 Prozent im Jahre 1984. Im gleichen Zeitraum, von 1979 bis 1985, wurden 27 Milliarden Schilling aus Steuergeldern zugeschossen, trotzdem gibt es heute 17 000 Arbeitsplätze weniger.

Diesem Ergebnis sozialistischer Verantwortung und Politik ist nichts hinzuzufügen. Das spricht leider für sich selbst, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Ich respektiere, daß Sie auf die internationale Stahlkrise nur so nebenbei verwiesen haben. Meine Damen und Herren! Gerade dort, wo die internationale Stahlkrise gegeben war, im Hüttenbereich, im Hochofenbereich, im Walzwerkbereich, gibt es heute bei der Hütte Linz, im Hochofenbereich, im Walzwerk, die noch relativ besten Ergebnisse, und in den anderen Bereichen ist das Defizit eingetreten, was all das widerlegt, was Sie als Ausreden auf die internationale Stahlkrise in den letzten Jahren gebraucht haben. (*Abg. Wille: Also hat die Fusion einen Sinn gehabt!*) Nein, sie hat keinen Sinn gehabt, weil Sie die Strukturpolitik, die notwendig gewesen wäre, damit zugedeckt haben, Sie haben das kaschiert.

Dr. Mock

Meine Damen und Herren, wie war das? Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky ging herum und sagte, wir haben jetzt ein besonders großes Unternehmen, eines der größten Stahlunternehmen, in der Weltrangliste an der 80. oder 120. Stelle, und hat damit sicher manche überzeugt: Größe ist Qualität. Das war falsch! Das war Täuschung! Größe bedeutet nicht von vornherein Qualität. Da könnte ich Ihnen viele andere Beispiele anführen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Was immer das Management an Fehlern gemacht hat — da müssen die zuständigen Organe rechtlich relevante endgültige Konsequenzen ziehen —, Sie können nicht sagen, daß Sie das Management zumindest nicht gelegentlich auf die katastrophale Entwicklung in diesem Bereich aufmerksam gemacht hat.

Meine Damen und Herren! In einem Bericht, der die zukünftige Entwicklung von 1978 bis 1983 abdeckt, unterschrieben vom sozialistischen Generaldirektor und allen Direktoren und Vorstandsmitgliedern der VOEST-Alpine, vom Dezember 1977, heißt es — ich zitiere — wörtlich:

„Der in den letzten 3 Jahren“ — das war im Dezember 1977 — „beschrittene Weg der finanziellen Auszehrung hat nun zu Finanzrelationen geführt, die keine weiteren Belastungen mehr zulassen, ohne daß die Unternehmen in schwere finanzielle Existenzkrisen geraten.“

Das war eine Warnung vor der sozialistischen Belastungspolitik. Wir haben das wiederholt zitiert, Sie haben diese Warnung weggeschoben! Sie haben davon nicht nur durch die Warnungen der Opposition, sondern auch vom Vorstand her gewußt! Sie tragen die volle Verantwortung für das, was in der Zwischenzeit eingetreten ist! Sie können sich heute nicht davonstehlen, Herr Bundesminister, indem Sie sagen: Wir waren so überrascht. Seit Jahren stand das in quasi Geschäftsberichten der VOEST-Alpine und in den entsprechenden Publikationen.

Noch im Jahre 1983, meine Damen und Herren, haben SPÖ und FPÖ den verstaatlichten Unternehmen 16,6 Milliarden Schilling an Steuergeldern zugeschossen. Wir haben damals die Zustimmung verweigert — ich möchte das unterstreichen —, nicht, weil wir nicht helfen wollten, sondern weil Sie unserer Forderung nach konkreten Sanierungsmaßnahmen nicht zugestimmt haben, sondern diese abgelehnt haben.

Wir haben damals, meine Damen und Herren, ein umfassendes Sanierungskonzept für diesen Bereich verlangt. Sie haben uns niedergestimmt!

Wir haben damals wachstumsfördernde und kostensenkende Maßnahmen vorgeschlagen. Sie haben uns niedergestimmt!

Wir haben 1983 Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis vorgeschlagen. Sie haben uns niedergestimmt!

Wir haben damals zur Sicherung von Arbeitsplätzen besonders regionalpolitisch wirksame Maßnahmen und Sozialpläne vorgeschlagen. Sie haben uns niedergestimmt!

Wir haben leider recht behalten, aber darum geht es uns nicht primär, Sie jedoch müssen heute die politische Verantwortung für Ihr Stimmverhalten auch hier im Nationalrat übernehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Diese katastrophale und zutiefst bedauerliche Entwicklung widerspiegelt natürlich auch überhaupt ein Dilemma sozialistischer Grundsatzpolitik.

Bundesminister Lacina hat im Jahre 1984, ich verweise auf den Zeitpunkt, erklärt: „Wenn der Nachweis nicht gelingt, daß staatliche Unternehmen wirtschaftlich geführt werden können ..., so sehe ich nicht nur die Existenz des einen oder anderen Betriebes gefährdet, sondern auch das politische Konzept, für das ich stehe.“

Herr Bundesminister! Bei allem Respekt vor Ihrer Funktion: Wenn Sie zu diesem Wort aus dem Jahre 1984 stehen, dürfen Sie nicht stehen, sondern müssen Sie gehen. Das möchte ich sehr deutlich unterstreichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und daher verlangt heute, meine Damen und Herren, die Österreichische Volkspartei eine umfassende Aufklärung — im Interesse der österreichischen Steuerzahler und im Interesse der Beschäftigten der VOEST-Alpine und der verstaatlichten Industrie.

Herr Bundeskanzler! Auf Grund der Regierungserklärung, in der Sie sich, wie ich zitiert habe, ausführlich mit der verstaatlichten Industrie beschäftigten, erwarten wir von Ihnen auch eine Stellungnahme, Detailauskünfte kann der Herr Minister geben, zu folgenden Fragen:

Warum ist das ÖIAG-Strukturkonzept 1983

9974

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Mock

so sang- und klanglos gescheitert, obwohl Sie versprochen haben, daß bei dem Zuschuß von 16,6 Milliarden Schilling streng kontrolliert wird?

Warum haben Sie, Herr Bundeskanzler, bei dem Desaster des Bayou-Stahlwerkes und den VOEST-Alpine-Investitionen in den Südstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika nicht reagiert, obwohl sich die österreichischen Medien monate-, ja jahrelang damit beschäftigten.

Wieso ist es zu den Verlusten in der Finalindustrie gekommen, und Sie haben so lange nicht reagiert?

Weiters wollen wir wissen, wie Sie das Pöls-Desaster einschätzen, was Sie tun werden, um die sich abzeichnenden Probleme bei diesem Großprojekt in den Griff zu bekommen, wo neben anderen Teilhabern die VOEST-Alpine Hauptmiteigentümer ist.

Wie kam es zu der negativen Entwicklung im Bereich der Elektronikindustrie, die die VOEST-Alpine zusammen mit ausländischen Partnern aufgebaut hat?

Wieso ist es möglich, daß die Intertrading angeblich innerhalb kurzer Zeit in Milliardenverluste geschlittert ist, obwohl immer wieder in den zuständigen Organen, im Aufsichtsrat der VOEST, im Aufsichtsrat der ÖIAG, davor gewarnt wurde?

Herr Bundeskanzler! Dazu braucht es eine Aufklärung!

Noch am 15. November, meine Damen und Herren, vor rund einer Woche, hat Minister Lacina gesagt, es gibt eine Verbesserung in nahezu allen Bereichen der verstaatlichten Industrie. Elf Tage später tritt der gesamte Vorstand des größten österreichischen Unternehmens zurück, und Minister Lacina muß eingestehen, daß das Defizit derzeit jedenfalls nicht 4,2 Milliarden Schilling, wie er heute gesagt hat, sondern, das füge ich hinzu, 5,7 Milliarden Schilling beträgt, daß das ganze Eigenkapital verloren geht. Das passiert nicht innerhalb von acht oder elf Tagen, um es genau zu präzisieren. Hier ist die Sorgfaltspflicht des Regierungschefs und des zuständigen Ministers gräßlich verletzt worden, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie wollten diese Betriebe nicht betriebswirtschaftlich, sondern ideologisch führen! Sie wollten in den siebziger Jahren aus der verstaatlichten Industrie sozialistische

Modellbetriebe schaffen und haben damit Schiffbruch erlitten. Das traurige ist nur das, sondern auch, daß die Zeche dafür nicht die Hochbezahlten und nicht die Regierungs-Politiker, sondern die 70 000 Arbeitnehmer bezahlen müssen. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: Und die Steuerzahler!*)

Meine Damen und Herren! Wie sich dieser roten Faden fortsetzt, zeigt sich in einer jüngsten Äußerung. Ein prominenter Sozialist, der Arbeiterkammerpräsident der steirischen Arbeiterkammer Ileschitz stellt fest — laut Berichterstattung der „Kleinen Zeitung“ vom 23. November —:

„Das Management solle sich, meinte Ileschitz, der Partei und der Gewerkschaft verpflichtet fühlen und nicht einsame Entscheidungen durchziehen!“ Zuerst die Partei und dann alles andere! — das alte Übel sozialistischer Regierungspolitik. (*Beifall bei der ÖVP.*) Hier sind Welten, die uns in unseren politischen Vorstellungen trennen.

Zuerst ist das Management verpflichtet, eine gute ertragsorientierte Führung zu praktizieren, damit ist die Arbeitsplatzsicherung im eigenen Unternehmen verbunden, und dann gibt es die Verpflichtung gegenüber dem Eigentümer. Das ist unsere Orientierungsline auch für die Politik im Bereich der verstaatlichten Industrie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Ausweichslung von Vorstandsmitgliedern war, wie ich gesagt habe, notwendig. Sie wird allerdings wenig bewirken, meine Damen und Herren, wenn nicht politische Konsequenzen gezogen werden und wenn nicht ein sichtbarer Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik generell und in der Verstaatlichtenpolitik im besonderen vorgenommen wird.

Ab sofort müssen die Betriebe der verstaatlichten Industrie nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen so wie in anderen Bereichen der österreichischen Wirtschaft geführt werden.

Die Organisation in der verstaatlichten Industrie ist dahin gehend zu ändern, daß unternehmerische Verantwortung sichtbar und effiziente Kontrolle endlich einmal möglich wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der ÖIAG ist endlich die Kontrolle zu ermöglichen. Wenn das nicht geschehen kann, ist die Konstruktion zu verbessern.

Auch in den anderen Bereichen müssen wir

Dr. Mock

entsprechende Maßnahmen setzen. Das heißt, es sind vor allem die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten neu zu koordinieren.

Der Politik der permanenten Kapitalauszehrung ist ein Ende zu setzen, meine Damen und Herren!

Ich habe vorhin gesagt: Die Reserven der verstaatlichten Industrie wurden auch durch die Steuerpolitik der sozialistischen Alleinregierung um die Hälfte reduziert, und das Eigenkapital der VOEST-Alpine ist — so wie bei den Vereinigten Edelstahlwerken vor einigen Jahren — völlig verlorengegangen.

Meine Damen und Herren! Ein Betrieb, der einen gesunden Finanzpolster hat, tut sich eben leichter, wenn er in eine schwierige Situation kommt, ganz gleich, ob diese schwierige Situation vom Ausland herrührt, von einer schlechten Konjunktur kommt oder durch entsprechende Fehler des Managements verursacht wurde.

Ich möchte hier dem Herrn Bundesminister für Finanzen — er ist leider inzwischen weggegangen — folgendes sagen: Durch das 2. Abgabenänderungsgesetz, mit dem Sie zwar den privaten gewerblich-industriellen Betrieben die Kapitalzuführung durch die Ausgabe junger Aktien ermöglicht haben, nicht aber der verstaatlichten Industrie, haben Sie die verstaatlichte Industrie und die 70 000 Arbeitnehmer dort bewußt politisch, wirtschaftlich und finanziell diskriminiert! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nachdem Sie unter dem Diktat der leeren Kassen handeln, gehe ich hier durchaus konform mit einer Aussage des von Ihnen jetzt abgesetzten Generaldirektors Apfalter. Er meinte, er wäre froh, wenn er zumindest als Minderheitsanteil, von welcher Seite immer, einige Milliarden Schilling für Investitionszwecke für die VOEST-Alpine bekommen könnte.

Die Erfordernisse der Investitionsfinanzierung und des Aufbaus von Eigenkapital und finanzieller Reserven wurden nicht erfüllt, weil das sozialistische Dogma des totalen verstaatlichten Eigentums im Wege stand. Die Partei und das Dogma hatten Vorrang vor den Interessen der 70 000 Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie nach dem Austausch des Managements, Herr Bundeskanzler, glauben, den alten, als falsch erkannten Kurs in der Indu-

striepolitik weitergehen zu müssen, dann werden Sie künftig die Verantwortung für die Zukunft der Verstaatlichten alleine tragen müssen. Wenn Sie aber bereit sind, die Konsequenzen aus dieser Situation zu ziehen, werden Sie in uns, der Opposition, im Interesse der 70 000 Arbeitnehmer und der abhängigen Betriebe korrekte und positiv eingestellte Gesprächspartner finden.

Ich fordere Sie daher in aller Form auf, Herr Bundeskanzler, eine nach dem Aktienrecht von Wirtschaftsprüfern, also von Fachleuten, durchzuführende Prüfung und Klärung, warum es zu dieser Situation gekommen ist, im Gegensatz zu Ihrem Minister zuzulassen, also dafür Sorge zu tragen, daß hier die Karten auf den Tisch gelegt werden. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Schieder: Der Minister hat es nicht abgelehnt!*)

Es könnte ja der Fall sein, daß sich der Herr Bundeskanzler gegenüber seinem zuständigen Minister im Interesse des Steuerzahlers, im Interesse der 70 000 Arbeitnehmer durchsetzt, Herr Abgeordneter Schieder! Das wäre eine angenehme Überraschung. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Abg. Schieder: Da ist kein Gegensatz! Er hat es nicht abgelehnt! — Bundesminister Dr. Lacinia: Wir haben das nie abgelehnt!*) Sie haben es eindeutig abgelehnt. (*Abg. Schieder: Wo? — Abg. Marsch: Wann?*) Sie haben gesagt, daß das sinnlos und nicht notwendig sei. Heute haben Sie das de facto abgelehnt! (*Bundesminister Dr. Lacinia: Das ist nicht wahr!*) Und gestern hat mir der Herr Bundeskanzler gesagt, nach Rücksprache mit Ihnen halte er nichts von der Sonderprüfung nach § 118 Aktiengesetz. (*Abg. Schieder: Das stimmt nicht!*) Der Bundeskanzler hat das mir gegenüber abgelehnt. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich diskutiere mit dem Bundeskanzler. Er hat mir gestern nach Rücksprache mit dem zuständigen Ressortchef gesagt, das sei nicht wünschenswert, dem stehe die Reputation des Unternehmens entgegen. Meine Damen und Herren! Der Reputation des Unternehmens steht die bisherige Politik entgegen! Dadurch hat die Reputation gelitten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die 70 000 Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie, der österreichische Steuerzahler, die österreichische Öffentlichkeit haben ein Recht darauf, zu wissen, warum es zu dieser Entwicklung gekommen ist. Und wir werden Sie, Herr Bundeskanzler, als Regierungschef aus dieser Verantwortung nicht

9976

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Mock

entlassen! Ich möchte von Ihnen zu diesen Themen eine klare Stellungnahme haben. (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*) ^{10.06}

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Marsch für die Bemerkung „Es soll sich niemand durch Dummheit auszeichnen!“ einen Ordnungsruf. (*Beifallsäußerungen bei der ÖVP.*) Ich glaube, es ist besser, man unterläßt solche Kundgebungen.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wille.

^{10.06}

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, eine Diskussion wie die heutige, die zweifelsfrei geprägt ist von dramatischen Entwicklungen im größten österreichischen Unternehmen, sollte nicht so eindimensional in die Richtung gehen, daß die Opposition glaubt, die Fehler der Regierung, und daß wir glauben, die Fehler der Opposition aufzeigen zu müssen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Kollege Blenk! Ich weiß, Ihnen fällt es besonders leicht, mitzudenken. (*Beifall bei Abgeordneten der SPÖ. — Abg. Dr. Blenk: Ich habe ja gar nichts gesagt!*)

Wünschenswert wäre es, daß über diese schwierigen Probleme, die schließlich Milliarden kosten, Gespräche zustande kommen (*Abg. Dr. Graff: Nur kommt da nichts heraus!*); Gespräche darüber, welche Fehler im Unternehmen gemacht wurden, und Gespräche darüber, welche Fehler möglicherweise wir gemacht haben. „Möglichweise wir“ heißt aber in diesem Zusammenhang nicht wir in der Regierung, sondern damit meine ich natürlich auch Sie. (*Abg. Dr. Blenk: Die SPÖ!*) Und ich werde versuchen, redlich meine Behauptungen zu belegen.

Was mich darüber hinaus stört: Herr Kollege Mock, warum behaupten Sie hier in einer recht unbekümmerten Weise, den Sozialisten gehe es um das Dogma, gehe es um die Ideologie, aber nicht um die 70 000 Beschäftigten? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Herr Kollege Mock! Als christlicher Politiker sollte man sich immer daran erinnern, daß es auch heißt: Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider deinem Nächsten! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Hat der Ileschitz das nicht gesagt?*)

Herr Kollege Graff! Lassen Sie mich mit dem Kollegen Mock reden! Ich glaube, mit ihm fällt es mir leichter, zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Was ich möchte, ist, daß demonstriert wird, daß auch hier vernünftig argumentiert werden kann und nicht einfach schablonenhaft ja oder nein, so oder anders, sondern da ist zweifelsfrei vieles schiefgelaufen. Ich bitte Sie, denken wir nach, wer aller beteiligt ist, und ich werde Ihnen sagen, daß Sie auch Ihren Anteil daran haben, und den meinen werde ich zweifellos nicht unter den Tisch kehren. (*Abg. Dr. Hafer: Jetzt gehen Sie unter die Moralisten! Obermoralist!*)

Ein weiteres Problem unserer Auseinandersetzungen ist, daß wir immer wieder die Diskussionen prägen lassen von den Schwierigkeiten einiger großer Schlachtschiffe. Die gesamte österreichische Wirtschaft entwickelt sich außergewöhnlich gut, und wir sollten über die Schlachtschiffe, die in großen Schwierigkeiten sind, nicht reden, ohne sie eingebunden in eine ganz zentrale wirtschaftliche Entwicklung zu sehen. Und wir sollten natürlich auch nicht die Leistungen der vielen anderen Unternehmen damit unter den Tisch kehren, daß wir nur über den reden, der halt gerade Schwierigkeiten macht.

Es ist unerhört schwierig, eine halbe Stunde einmal einem von der anderen Seite zuzuhören. (*Abg. Dr. Graff: Ich höre Ihnen sehr genau zu!*) Kollege Graff, Selbstdisziplin, einmal dasitzen und auch hören, was andere sagen! Das gehört auch dazu. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Ich höre zu! Geben Sie mir lieber eine Antwort!*) Die werden Sie ja kriegen, die Antwort! (*Abg. Dr. Zittmayr: Das müssen Sie dem Gradenegger sagen, daß er Disziplin halten soll!*) Das gilt für alle, nicht nur für den Kollegen Graff.

Ich werde über das Problem VOEST-Alpine reden, ich werde dem nicht ausweichen. Aber man sollte auf einige Hinweise eingehen, die ja nahezu täglich die Presse beschäftigen.

Ich habe unter anderem hier Pressemeldungen der letzten Tage. „Gute Aussichten für Österreich“, „Mehr Arbeitsplätze, höheres Wachstum“. Wir haben mit einem Wachstum von annähernd 3 Prozent in den nächsten zehn Jahren zu rechnen. Wir haben bei den Verbraucherpreisen eine unerhörte Stabilität, auch gemessen an den europäischen Ländern. Wir haben gegenwärtig 20 000 Beschäftigte mehr als vor einem Jahr.

In einer Zeitung heißt es: „Rekord bei den Spareinlagen“. Es heißt, Krejci behauptet, es

Wille

gebe eine Aufbruchstimmung in der österreichischen Industrie. Die Maschinenindustrie exportiert in diesem Jahr bereits 28 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Man muß sich das vergegenwärtigen, was das heißt.

Unter anderem sagt Helmut Kramer, der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, die empirischen Untersuchungen zeigen, daß die Erfolge der österreichischen Industrie, verglichen an den Wettbewerbsbedingungen, viel besser sind als die Alarmmeldungen der letzten Jahre. (*Abg. Dr. Graff: Sehen Sie nicht ein, daß das Fiasko der Verstaatlichten dann noch viel blamabler ist!*)

Und er sagt schließlich: Die österreichische Industrie konnte bis in die jüngste Zeit ihre Produktion wesentlich stärker steigern als die der Konkurrenten.

Ich glaube daher — gestern hat sich das schon gezeigt —, wir sollten nicht so sehr von den 29 Punkten des Herrn Dallinger reden, sondern wir sollten darüber reden, daß dort 29 Punkte aufgestellt sind, und ein Punkt ist noch gar nichts.

Unter anderem wird verlangt, daß die Tätigkeitsperiode des Betriebsrates vier Jahre beträgt. Na, was ist denn das für eine großartige Forderung? Da wird unter anderem gesagt: Denken wir nach über einen Konzern-Betriebsrat. — Was ist das für eine großartige Forderung an die Wirtschaft?

Wenn Sie die nicht haben wollen, reden wir. Wir setzen uns ja mit Ihren Partnern zusammen, und wir reden und wir schwätzen nicht nur. Wir versuchen, die Probleme auszuräumen und eine gemeinsame Lösung auch in dieser Frage zu finden. (*Abg. Graff: Na, wir werden sehen, was dabei herauskommt!*)

Wie oft haben wir hier über die Arbeitszeitverkürzung geredet? Wie oft wurden wir belehrt, was es heißt, Arbeit zu verbieten statt Arbeit zu schaffen? (*Abg. Dr. Zittmayr: Was hat Apfalter gesagt über die Arbeitszeitverkürzung?*) Nicht der Generaldirektor steht hier zur Debatte, wir, wir zwei reden miteinander. (*Abg. Dr. Zittmayr: Der Apfalter hat eingebremst!*)

Da haben Gewerkschaften mit Fachverbänden der Industrie monatelang verhandelt. Die haben sich auf eine moderierte Form geeinigt, haben sich geeinigt auf eine Flexibilisierung der Arbeitszeit. Da wird dauernd Flexibilität

verlangt. Die Gewerkschaften reden nicht darüber, die vereinbaren das dort, wo es notwendig ist. Aber das politische Spektakel wird geradezu künstlich am Leben erhalten. Wir brauchen das alles nicht. (*Abg. Steinbauer: Ist das hier kein Spektakel?*)

Es ist ja geradezu peinlich, daß wir die Generaldebatte haben, und ich muß sagen: Zum Budget sage ich jetzt einmal gar nichts, denn wir haben einen anderen Punkt auf der Tagesordnung. (*Abg. Dr. Zittmayr: Da ist alles drauf!*)

Da ist unter anderem auch die Behauptung, Herr Kollege Mock, wir haben die Betriebe ideologisch führen wollen. Ich weiß nicht, was das für ein Vorwurf ist. Ist das schon ein Vorwurf? Ist das ein Vorwurf? (*Abg. Dr. Graff: Ja, ja!*)

Wissen Sie, was zu unserer Ideologie zählt? Zweifelsfrei Leistung, Einsatzfähigkeit, aber zudem natürlich auch soziale Gerechtigkeit und nicht einfach Leistungsfähigkeit des Direktors. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Wo steht das?*) Das ist ja überall bewiesen worden. Wir werden Ihnen noch konkret sagen, wo wir mitgearbeitet haben und wo wir nicht mitgearbeitet haben.

Lassen Sie mich jetzt zu dem Problem kommen, das sagt, daß man bei öffentlichen Unternehmen natürlich die Verantwortung mitträgt, wenn man politisch tätig ist, und das sind wir beide.

Zuerst zur CA. Die CA hat 7 Milliarden Schilling gebraucht, einen Betrag, der nicht erfreulich war. Glauben Sie mir, ich habe jahrelang darunter gelitten, daß die einen Betrieb nach dem anderen haben verschepfern müssen und zugesperrt haben. Von Lapp-Finze begonnen, über Austria Email herauf bis zu Hübner-Vamag.

Daß Sie uns das heute vorwerfen, finde ich sehr merkwürdig. Dort ist jahrelang ein sehr anerkannter Politiker, den wir sehr schätzen gelernt haben, nämlich Präsident Bock, der Präsident des Aufsichtsrates. Würdigen Sie uns herab oder würdigen Sie den Präsidenten des Unternehmens herab, der Ihr Minister war? Ein anerkannter Funktionär!

Wer war der Generaldirektor? Wer war dort Generaldirektor — ich weiß nicht, wie lange — 10, 20, 30 Jahre? Einer der führenden Köpfe Ihrer Partei, der allgemeine Anerkennung gefunden hat. Uns werfen Sie vor, daß die heute noch Probleme und Schwierigkeiten

9978

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Wille

haben. (*Abg. Dr. Puntigam: Wer ist denn Generaldirektor?*) Das finde ich einfach unerträglich oder unfair.

Nun lassen Sie mich zur VOEST-Alpine kommen. In der VOEST-Alpine, unserem größten Unternehmen — Herr Kollege Taus, Sie wissen, wir haben ja jahrelang in einem Aufsichtsrat zusammengearbeitet und nicht schlecht zusammengearbeitet —, gibt es auch einen Aufsichtsrat und einen Vorstand.

Wer ist denn der Präsident des Aufsichtsrates in der VOEST-Alpine, wo jetzt dieser große Murks gebaut worden ist? — Wir verdanken es unter anderem dem Altbundeskanzler Kreisky, daß dort der Präsident des Aufsichtsrates Professor Fuhrmann ist, der frühere Generaldirektor von Porsche, eine in der Bundesrepublik ganz hervorstechende Unternehmerpersönlichkeit. Das ist der Präsident des Aufsichtsrates. (*Abg. Dr. Graff: Nur weiß er nicht, was sein Vorstand macht!*)

Ihrer Partei würde ich empfehlen, Sie in einen der großen Aufsichtsräte hineinzugeben, denn Sie haben für jedes Problem eine Antwort; das habe ich schon gemerkt. Sie gehören in so einen Aufsichtsrat auch noch hinein. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Professor Fuhrmann ist der Präsident des Aufsichtsrates. Wer sind die Vizepräsidenten? Ein steirischer Privatindustrieller, den die ÖVP nominiert hat, er ist viele Jahre ÖVP-Funktionär gewesen, Assmann.

Wer ist der zweite Vizepräsident? Der Generaldirektor der ÖIAG Grünwald. Unter anderem sind von Ihrer Seite im Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstandes der ÖIAG, Ihre, die von Ihnen genannten, aber dann auch Direktor Drennig von der Länderbank, oder Dr. Erwin Wenzl. Es gibt schon politische Einflüsse in Aufsichtsräten, wie wir sehen.

Vielleicht ist das ein politischer Einfluß: Dr. Erwin Wenzl. Aber da möchte ich sagen: Der hat das sicher nicht verschuldet, aber er hätte es auch nicht gerettet, sondern das ist einfach einer, der halt auch mit dabei ist. Aber Sie haben sicher Ihre hervorragenden Funktionäre mit im Aufsichtsrat, so wie wir. (*Abg. Dr. Mock: Was will er damit sagen?*)

Jetzt ist die Frage: Wieso kann denn das passieren? Es gibt ja eine ÖIAG, eine Muttergesellschaft, die das alles überblickt. Wir haben immer die Auffassung vertreten, die Regierung und der Minister sollen sich zurückhalten. Ich muß Ihnen heute noch

sagen: Ich habe den Minister Weiß so bewundert, weil er tatsächlich so getan hat, als wäre die ÖIAG voll verantwortlich und er überhaupt nicht. (*Abg. Dr. Taus: Richtig!*) Wir haben die Verantwortung nie so weit weggeschoben, aber ich habe großes Verständnis für diese Haltung gehabt. Dann wäre allein die ÖIAG verantwortlich, wenn man dieser Philosophie folgt. (*Abg. Dr. Taus: Das war richtig von ihm!*)

Und wer ist da wieder im Aufsichtsrat? Wenn man sich das anschaut, merkt man: Alles, was Rang und Namen in der ÖVP hat, findet sich wieder in diesem Aufsichtsrat, im Aufsichtsrat der ÖIAG. Unter anderem der Generaldirektor der NEWAG, ein führender Funktionär Ihrer Partei, ist der Vizepräsident. Unter anderem Kurt Fetzer, ein Funktionär der Industrie, dem die höchste Wert schätzung gebührt. Unter anderem der führende Präsident der Industriellenvereinigung Igler, der Generalsekretär der Industriellenvereinigung Professor Krejci, der frühere Generaldirektor der CA Heinrich Treichl ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Bitte, wieder Erwin Wenzl, ich rede nicht davon — Aber: Wenn man eine derartige Besetzung im Aufsichtsrat der Muttergesellschaft hat und sagt: Herr Minister, warum haben Sie das nicht gewußt?, ja dann muß ich doch auch einmal fragen: Was haben Ihnen Ihre Funktionäre erzählt? (*Rufe bei der SPÖ: Nichts!*) Ich frage mich: Wozu setzt eine Partei Funktionäre mit einer derartigen beruflichen Erfahrung in die Organe hinein, wenn sie dann nichts erfährt (*Abg. Dr. Zittmayr: Wer hat die Mehrheit?*), wenn sie dann in einer dringlichen Anfrage den Minister fragen muß: Herr Minister, wie hoch ist das Defizit? Wo soll er die Information denn hernehmen? Von der ÖIAG und von den Aufsichtsräten der Gesellschaften erfährt er es. (*Abg. Dr. Zittmayr: Das ist ein Armszeichen!*)

Deshalb meine ich, es gibt auch ... (*Abg. Dr. Zittmayr: Wer hat denn überall die Mehrheit? — Abg. Elmecser: Bleib beim Kas!*) Sie, sagen Sie mir ja nicht, dort sei abgestimmt worden, der Verlust beträgt nicht 6 Milliarden, sondern nur 3 Milliarden. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Was ich meine, ist: Wo immer Probleme auftauchen, kann es ja nichts anderes geben, wenn man miteinander eingebunden ist. Privatisierung der Staatsindustrie hieße ja, wollte man das wirklich, daß man nicht in alle Organe die besten Funktionäre hineinsetzt, sondern sich zurückzieht und sagt: Ihr wollt die Betriebe ideologisch führen, was sollen wir denn da drinnen? Das ist ja nicht denkbar!

Wille

Wir haben in den Unternehmen, auch in der ÖIAG, hervorragend zusammengearbeitet. All die Konzepte, die es da gibt, sind doch einstimmig gefaßt worden. Herr Kollege Zittmayr, einstimmig sind alle diese Beschlüsse gefaßt worden! (Abg. Dr. Zittmayr: Der Generaldirektor Apfalter hat einen Einsparungsvorschlag gemacht, und der ist dann vom Bundeskanzler abgelehnt worden! — Abg. Ruhaltung er: Rede keinen Blödsinn, du Wahnsinniger!)

Und nun möchte ich Ihnen sagen, wie ich glaube, daß man die Probleme löst. (Ruf bei der ÖVP: Ordnungsruf: „Wahnsinniger!“ — Abg. Resch: Der Milchkaiser!) Ja, ich komme noch zurück auf die Betriebskaiser, wenn ich Zeit habe. Die Betriebskaiser sind ja eine beträchtliche Belastung für die Firmen, wie wir sehen werden.

Als die Edelstahlindustrie, als der Vorstand der Edelstahlindustrie ein Konzept nach dem anderen vorgelegt hat, weil der Vorstand nicht gewußt hat, wie er alle diese Bedingungen des Weltmarkts in seinem Unternehmen ein- und unterbringt, haben wir die Meinung vertreten: Setzen wir uns zusammen, versuchen wir zu klären, welche Probleme zu lösen sind, und machen wir es gemeinsam.

Wir haben zum Vorstandskonzept ein Konzept der Gewerkschaften und des Betriebsrates eingebracht, erarbeitet von hervorragenden Wissenschaftlern, und wir haben daraus eine Synthese entwickelt, nämlich „VEW 2000“. Ich hoffe, daß das funktioniert. Wenn das aber nicht funktionieren sollte, dann werde ich nicht sagen: Wir waren nicht dabei. Aber ich möchte auch nicht, daß die anderen sagen, sie wären nicht dabei gewesen. Wenn man etwas miteinander macht, dann soll man auch dazu stehen, man soll die Courage haben, das zuzugeben!

Jetzt vielleicht nur ein Wort zum Betriebskaiser. Ich habe auch schon in der Presse gelesen den geradezu unbegreiflichen Unsinn, die Betriebskaiser und die Gewerkschaften seien schuld. Jeder, der den Bericht des Rechnungshofes an den Nationalrat über die Kosten der Löhne und Gehälter in der österreichischen öffentlichen Wirtschaft kennt, der wird wissen, daß die Lohn- und Gehaltskosten pro Beschäftigten in der VOEST-ALPINE 250 000 S nach dieser Untersuchung betragen haben und damit aber schon durch nichts gegenüber der übrigen Industrie im Vorteil sind. Es ist ein reines Märchen, wenn jemand behauptet, die Lohnkosten in der VOEST-

ALPINE seien zu hoch oder die Lohnkosten hätten diese Schwierigkeiten gebracht.

Nun bringe ich zwei Beispiele. (Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.) Herr Kollege Blenk, ich weiß schon, Sie wissen das wieder besser, aber lassen Sie mich das aus meiner Sicht erzählen. (Abg. Dr. Blenk: Das ist ja kein Geheimnis!) — Da gibt es Bayou-Steal — Kollege Mock hat bereits darauf hingewiesen —, ein Problem, das sich jahrelang hinzieht, ein Ministahlwerk, wie es heißt, in den Vereinigten Staaten, 600 Menschen sollen dort beschäftigt sein. Der Vorstand wollte eine Anlage errichten, durch verschiedene Umstände wurde er Eigentümer, und schließlich wurde er der, der für alles haftet, was dort passiert.

Die Verluste allein bei diesem amerikanischen Stahlwerk werden rund 5 Milliarden Schilling betragen. (Abg. Graf: Jawohl!) Und jetzt sage ich Ihnen etwas. Die amerikanische Hüttenarbeitergewerkschaft hat sich sogar an uns gewendet mit der Bitte, wir sollen doch in dem Unternehmen die Philosophie sicherstellen, daß Gewerkschaften in das Unternehmen dürfen. Der amerikanische Manager von Bayou-Steal hat mit einer für österreichische Verhältnisse geradezu unglaublichen Brutalität den Zutritt der Gewerkschaften zu dem Unternehmen Bayou-Steal mit 600 Beschäftigten verwehrt. Jahrelang! Und als sie zu uns gekommen sind und gesagt haben: Helft uns!, haben wir gesagt: Wir werden den Versuch unternehmen, wir werden aber nicht den geringsten Einfluß auf den Vorstand nehmen, daß dort die Gewerkschaft hinein muß. Wir werden uns die Verantwortung nicht anhängen lassen. Die Gewerkschaft ist bis heute noch nicht drinnen, aber der Verlust beträgt 5 Milliarden.

Da frage ich alle miteinander, die gegen die Mitbestimmung sind: Wie hoch wäre denn der Verlust bei Bayou-Steal, wenn dort die Gewerkschaften drinnen wären? (Abg. Graf: 6 Milliarden!) Vermutlich wäre er nie 5 Milliarden geworden, weil die nämlich wissen, was zu tun ist. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Wieso hat der Ruhaltung dann den VOEST-Verlust nicht verhindert?)

Das zweitgrößte Projekt, das danebengegangen ist: Intertrading, eine Handelsgesellschaft, die — Sie sagen 2 Milliarden in Ihrer Anfrage, aber vielleicht sind es sogar mehr — jedenfalls in etwa 2 Milliarden Schilling (Abg. Hietl: Vielleicht mehr!) verloren hat. Ich frage: Wann hat ein Betriebskaiser oder wann hat eine Gewerkschaft irgendwo darauf Ein-

9980

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Wille

fluß genommen, daß die Intertrading gebildet wird, daß sie Spekulationsgeschäfte macht, daß sie Erdöl einkauft und verkauft? Wann? Sehen Sie, das sind 7 Milliarden Schilling. Und wann haben die Betriebskaiser eingegriffen? Da sieht man, wie unsinnig das ist. Kluge Unternehmer und kluge Unternehmervertreter sagen: Laßt doch die Betriebsräte hinein, es gibt Funktionäre, die sehen viel mehr in den Betrieben, als andere sehen können, die nicht drinnen sind, und reden mit ihnen und verhandeln mit ihnen und lösen auf diese Weise Probleme. Das sind die besten Manager. In vielen, in den meisten Unternehmen geschieht es ja sogar so. Wir haben ja nicht das große Problem, daß die Zusammenarbeit nicht funktioniert, sondern die funktioniert noch. Deshalb würde ich sagen: Wenn Sie den Bundesminister fragen, welche Konsequenzen er zieht, dann hoffe ich so wie Sie, daß er keine Konsequenzen zieht, weil Sie ganz genau wissen, daß er ein ganz hervorragender Fachmann und Minister ist, und wir wissen das auch, und Sie wollen das ja nicht ernstlich in Abrede stellen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich hätte heute sehr gerne — aber ich werde das bei der nächsten Gelegenheit tun, weil wir ja eine Redezeitbeschränkung vereinbart haben — über die Vorschläge der ÖVP geredet: Eigenvorsorge und Privatisierung. Das ist ein unerhört faszinierendes Thema, wo nicht einfach alles falsch ist oder abgelehnt werden kann, wo man nachdenken muß. Ich hätte Ihnen gerne gesagt, und werde es einmal tun — ohne die Einkommen in der Landwirtschaft in Frage zu stellen —, was wir glauben, daß auch da notwendig wäre.

Ebenso notwendig wäre es, daß wir über die Pensionsreform nicht so reden, wie das gestern wieder geschehen ist, denn eine Pensionsreform soll ein umfassendes gesellschaftliches Vorhaben sein. In dieses Vorhaben werden nicht nur die ASVG-Pension und die Beamtenpension, sondern natürlich auch die Betriebspensionen und die Vorsorgeleistungen eingebracht. Ich weiß nicht, warum diejenigen, die eine Beamtenpension beziehen — dazu gehören ja auch die Politiker — Abschreibeträge brauchen, warum die für Beamte die Vorsorge verbessern sollen. Aber für private Unternehmen kann das unerhört notwendig sein. Das wird auch nicht notwendig sein für diejenigen, die eine rechtlich gesicherte hervorragende Betriebspension haben. Warum soll für die der Staat noch zusätzlich für eine Eigenvorsorge zahlen?

Darüber möchte ich mit Ihnen gelegentlich in Ruhe reden. Aber ich möchte jetzt schon

sagen: Daß einfach alle wieder Absetzbeträge kriegen und die Absetzbeträge erhöht werden, obwohl es da ganz unterschiedliche Gruppen von Arbeitnehmern und von Dienstnehmern gibt, die einen in einer total gesicherten Position und die anderen nicht, womöglich auch in einem ungesicherten Unternehmen — darüber, glaube ich, sollten wir auch reden.

Ich möchte zum Schluß kommen. Der Bürger glaubt sehr oft — wie die Opposition — in Widerspruch zum Staat stehen zu müssen, obwohl das unser aller Staat ist; wir sollten diesen Widerspruch auflösen. Wir wollen einen leistungsfähigen Staat, wir wollen leistungsfähige Unternehmen, und wir wollen, daß der Staat und die Unternehmen human geführt sind und humane Auswirkungen haben.

Popper hat die Auffassung vertreten, daß der Wohlfahrtsstaat die größte Erfindung der modernen Zivilisation ist; zu diesem Wohlfahrtsstaat gehört aber auch dazu, daß er finanziert wird. Davor wollen wir uns nicht drücken, da wollen wir große Realisten sein. Wir geben also dem Staat, was dem Staat gehört oder dem Staat gehören sollte. Wir wollen aber nicht, daß der Bürger im Widerspruch lebt, wir wollen, daß dieser Widerspruch aufgelöst wird. Danke sehr! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{10.32}

Präsident: Ich erteile dem Abgeordneten Ruhaltinger für den Zuruf „Wahnsinniger“ einen Ordnungsruß.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Mock gemeldet.

^{10.33} **Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP):** Kollege Wille! Ich möchte Ihre Darstellung bezüglich des Verkaufes von Töchterbetrieben der Creditanstalt-Bankverein in folgendem Sinn berichtigen: Wer immer dafür zuständig ist, primär für die Geschäftsführung der Vorstand, für Billigungen von wichtigen Arten der Geschäftsführung der Aufsichtsrat, liegt der Unterschied darin, daß zu Zeiten, als wir indirekt eine größere Verantwortung gehabt haben — das sind dort keine politischen Funktionäre, die sind nicht der Partei verpflichtet —, die Betriebe ohne Zuschüsse von Steuergeldern verkauft worden sind, während Semperit nach jahrelangen Zuschüssen in der Höhe von 100 Millionen Schillingen verkauft wurde. Das ist der Unterschied zwischen der Geschäftspolitik von früher und der von heute. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{10.34}

Präsident

Präsident: Zu Wort kommt der Herr Abgeordnete Peter.

10.34

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es liegt in der Natur der Sache, daß ich namens der freiheitlichen Nationalratsfraktion vor Eingang in die Generaldebatte eine Stellungnahme zur aufgebrochenen Krise der VOEST-Alpine AG abgabe.

Ich möchte mich mit einigen Kriterien auseinandersetzen, die sich meiner Einschätzung nach seit der Fusion ergeben haben und die vom Vorstand bis heute nicht bewältigt werden konnten. Es ist dem Vorstand bis heute nicht möglich gewesen, überholte und nicht mehr leistungsfähige Strukturen zu bewältigen. Mit der Fusion wurde eine Führungsstruktur geschaffen, die nicht in der Lage war, straff zu führen. Dieser Tatsache soll man nicht aus dem Weg gehen.

Die sich aus der Errichtung der „Intertrading“ ergebenden Probleme wurden unterschätzt und sind dem Vorstand — machen wir uns nichts vor — über den Kopf gewachsen. Dazu kommt, daß sich in den letzten 20 bis 25 Jahren ein Betriebsnationalismus entwickelt hat, welcher der ÖIAG die Erfüllung des Gesetzesauftrages außerordentlich erschwerte, ja manchmal sogar unmöglich machte. Dieser Betriebsnationalismus — um nicht zu sagen „Betriebschauvinismus“ — war und ist in der VOEST-Alpine AG seit der Fusionierung geradezu ausgeufert. So hat sich in der VOEST-Alpine AG eine „Mir-san-mir“-Mentalität entwickelt, die im Laufe der Zeit den klaren Blick und das Urteilsvermögen der Unternehmensleitung merklich getrübt haben.

Bei der Errichtung neuer Unternehmenszweige hat es der Vorstand der VOEST Alpine AG meiner Beurteilung nach an der notwendigen Sorgfalt fehlen lassen. Diesen Vorwurf erhebe ich und zu diesem Vorwurf bekenne ich mich. Als Beispiel von mehreren greife ich die AMI heraus. Bevor der Beschuß über die Errichtung dieses Betriebes gefaßt wurde, lagen seriöse und sachlich begründete Bedenken auf den Schreibtischen der VOEST-Herren. Die Mahnungen wurden in den Wind geschlagen.

Der Achtervorstand war noch zu wenig, ein Neunervorstand mußte es sein. Am 18. Februar 1982, anlässlich der 105. Sitzung des Nationalrates, führte ich von diesem Rednerpult aus: „Ein Achtervorstand in der

VOEST-Alpine AG war und ist nicht rationell. Der Achtervorstand des österreichischen Verstaatlichungsgiganten ist und bleibt eine parteipolitische Greißleraddition, die mit einer zeitgemäßen Fusionierung, wie sie in diesem Zusammenhang vorgenommen werden mußte, ganz und gar nichts zu tun hatte.“

An dieser Stelle, meine Damen und Herren, ist es notwendig, sich mit jenem Führungssystem auseinanderzusetzen, das sowohl in den verstaatlichten Betrieben als auch in den verstaatlichten Banken wie auch in den Konzernbetrieben der verstaatlichten Banken heute noch gang und gäbe ist.

Bei der Fusionierung sah es so aus, daß die VOEST einen Vierervorstand und die Alpine einen Vierervorstand hatte. Man mußte addieren. Aus vier mußten es acht Vorstandsdirektoren werden. Nicht aus Betriebsnotwendigkeiten heraus, sondern weil es im vorparlamentarischen Raum noch die große Koalition von anno dazumal gibt, daher gibt es in den Führungsetagen dieser Betriebe nach wie vor den alten Proporz. Zwei werden von der SPÖ und zwei werden von der ÖVP nominiert.

Um so unangenehmer ist man berührt, wenn man heute von der Österreichischen Volkspartei eine Taktik erlebt, die zum Ausdruck bringt, daß man eigentlich mit dem, was sich in der VOEST-Alpine AG ergeben hat, ganz und gar nichts zu tun habe. — Dies, meine Damen und Herren, ist ein grundlegender Irrtum der Österreichischen Volkspartei.

Damit bin ich beim Thema der Verantwortung. Bundesparteiobmann Dr. Mock erinnerte in seiner heutigen Rede daran, daß in einem bestimmten Zeitraum in den verstaatlichten Unternehmen bedauerlicherweise 17 000 Arbeitsplätze verlorengingen und 27 Milliarden Schilling zugeführt werden mußten. Diese Negativbilanz ist im Laufe der Zeit von der SPÖ und von der ÖVP gemeinsam erwirtschaftet worden. Daher kann sich Bundesparteiobmann Dr. Mock mit der ÖVP heute weder aus der Verantwortung stehlen noch aus der Verantwortung schleichen. In den Vorstandsetagen der verstaatlichten Unternehmungen sitzen heute noch rund 50 Prozent Manager, die von der ÖVP dorthin gesetzt worden sind. Man kann als Österreichische Volkspartei in den verstaatlichten Unternehmungen nicht auf der einen Seite 50 Prozent der Macht und der Führungspositionen beanspruchen und sich von den damit verbundenen 50 Prozent der Verantwortung drücken. Das, meine Damen und Herren, geht nicht. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

9982

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Peter

Man kann die tatsächliche Berichtigung, die Klubobmann Dr. Mock vorhin vorgenommen hat, einfach nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen.

Bundesparteiobmann Dr. Mock sagte: Anno dazumal, als die ÖVP die Führungsposition in diesem Staate — des Kanzlers, des Finanzministers, des Handelsministers, des Landwirtschaftsministers — noch inne hatte, wäre es in den verstaatlichten Banken anders zugegangen. — Das, meine Damen und Herren, ist ein Irrtum des Herrn Abgeordneten Dr. Mock, der wahrscheinlich darin begründet ist, daß er aufgrund seines Lebensalters die damaligen Zeiten noch nicht erlebt hat.

Meine parlamentarische Lehrzeit geht zurück bis in die Zeit der Generaldirektoren Joham und Miksch. Herr Dr. Mock! Ich entsinne mich an manchen ÖVP-Landeshauptmann, der mit einem Privatbetrieb in seinem Bundesland Schwierigkeiten hatte und der dann nach Wien gereist ist, um mit dem jeweiligen Direktor beziehungsweise Generaldirektor der CA die Dinge ins Lot zu bringen.

Herr Bundesparteiobmann Dr. Mock! Wenn Sie die Rechnungshofberichte der letzten 30 Jahre nachlesen, dann können Sie sich davon überzeugen, daß Sie mit dem irrten, was Sie heute in Ihrer tatsächlichen Berichtigung zum Ausdruck gebracht haben. Damals ging es unter ÖVP-Vorzeichen genauso politisch zu, wie es heute unter SPÖ-Vorzeichen da und dort zugehen mag. Aber zu behaupten, Herr Dr. Mock, das hätte es niemals gegeben, ist ein grundlegender Irrtum. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Wie schaut es bei der CA heute aus, meine Damen und Herren? Hat die Österreichische Volkspartei dort den Posten des Generaldirektor-Stellvertreters inne oder hat sie ihn nicht inne? Ist nur der Generaldirektor verantwortlich, und ist der Generaldirektor-Stellvertreter, der von der ÖVP gestellt wird, nicht verantwortlich für das, was es dort gibt? Und es gibt einem maßgeblichen Konzernbetrieb der CA, der sich in besonderen Schwierigkeiten befindet. Wenn meine Informationen nicht ganz falsch sind, dann steht an der Spitze dieses Betriebes ein von der ÖVP gestellter und nominiert Generaldirektor. — Aber hier sagt der Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei: Mit dem allen haben wir, die Österreichische Volkspartei, überhaupt nichts zu tun!

So, Herr Dr. Mock, geht es einfach nicht. Da muß man der Österreichischen Volkspartei,

tei sagen, daß sie auf dem Boden der Realitäten bleiben und mit den beiden anderen Parteien des Hauses bereit sein soll, Wege zu beschreiten, um diese schwierigen Probleme zu bewältigen.

Ich unterstreiche, daß uns Freiheitlichen das am Herzen liegt, was ich am 18. Februar 1982 im Hohen Haus in Sorge um das Stammwerk der VOEST in Linz so formuliert habe: „Wir Oberösterreicher wollen nicht in fünf oder zehn Jahren in Linz einen Industriefriedhof haben, wie es ihn heute leider da und dort gibt.“

Rund drei Jahrzehnte, meine Damen und Herren, hat die Linzer VOEST auf Grund ihrer Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit maßgeblich an der Strukturbewältigung bedrängter verstaatlichter Betriebe mitgewirkt und nicht selten dabei die Hauptlast getragen.“ Das ist mein besonderes Anliegen, dem Linzer Bereich der VOEST die Leistungskraft zu erhalten, und das, so formulierte ich es damals richtig, als Bitte und Ersuchen an den Vorstand, den Konzernchef und nicht zuletzt auch an den Kollegen Ruhaltinger.

Daß meine Sorge, meine Damen und Herren, nicht nach fünf oder zehn Jahren, sondern nach so kurzer Zeit zur bedauerlichen Realität wurde, schmerzt uns alle über Parteigrenzen hinaus. Nur meine ich, daß man die Situation nicht von der Polemik her bewältigen kann und daß man die Situation nicht dadurch bewältigen kann, daß man sagt: Ihr anderen seid schuld, und wir, die ÖVP, die dort 50 Prozent der Macht ausübt, hat damit überhaupt nichts zu tun.

Meine Damen und Herren! Ich begrüße namens der freiheitlichen Fraktion die vom Herrn Bundeskanzler und vom Herrn Bundesminister Lacina veranlaßten Konsequenzen bezüglich des Rücktrittes des Vorstandes der VOEST-Alpine AG.

Wir Freiheitlichen sind aber auch der Meinung, daß sich die Konsequenzen nicht darin erschöpfen können. Es gehört aber nicht zu meinem Stil, dem Koalitionspartner unsere Vorstellungen vom Rednerpult des Nationalrates aus zu präsentieren, das werden wir in geeigneter Form in Koalitionsgesprächen tun.

Und nun komme ich zu dem, was auf der Tagesordnung steht.

Der Bundesvoranschlag 1986 dient der Konsolidierung sowie der Stabilisierung des Staatshaushalt. Darin begründet ist die Tat-

Peter

sache, daß wir Freiheitlichen dem Budget 1986 zustimmen werden.

In der Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 hat Bundeskanzler Dr. Sinowatz zur Budgetpolitik unter anderem ausgeführt:

„Es gibt Prognosen, wonach das Defizit des österreichischen Staatshaushaltes — würde man dagegen nichts unternehmen — in den nächsten Jahren auf Summen ansteigen würde, die nur sehr schwer finanziertbar sind.“ — Ende des Sinowatz-Zitates.

Das Budget 1985 ist nun der dritte Voranschlag, der von dieser sozialistisch-freiheitlichen Koalitionsregierung vorgelegt wird. Es war sicher in diesem Jahr am schwierigsten, die von mir zitierte Absicht der Regierungserklärung, nämlich das Defizit in vertretbaren Grenzen zu halten, auch tatsächlich zu verwirklichen. Die Tatsache, daß dies dem Finanzminister dennoch gelungen ist, ist ein weiteres Zeugnis für die Arbeitsfähigkeit dieses Regierungsbündnisses.

Ich darf zur Beweisführung in diesem Zusammenhang auf jene Prognosen verweisen, die noch vor kurzem der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen abgegeben hat. Dieser Beirat hat für 1986 ein Bruttodefizit von 119,3 Milliarden Schilling vorausgesagt.

Noch ärger aber griff die Österreichische Volkspartei daneben. Am 19. Mai dieses Jahres verlangte eine ihrer Spitzenspersonalkeiten im „Kurier“ „harte Sparmaßnahmen“. „Denn“ — so der ÖVP-Politiker — „wenn die Regierungskoalition nicht unverzüglich zu sparen beginne, drohe im kommenden Jahr ein Budgetdefizit von rund 120 Milliarden Schilling brutto.“

Am 14. Juni dieses Jahres veröffentlichte der „Kurier“ dann eine ÖVP-Hochrechnung, die das Budgetdefizit mit 114,8 Milliarden Schilling auswies. „Genauso viel wird 1986 den Österreichern das Budgetbruttodefizit kosten“, ließ die ÖVP die Öffentlichkeit damals wissen.

Daß es die Österreichische Volkspartei mit den Milliarden nach oben und nach unten ja nie allzu ernst nimmt, geht aus der Tatsache hervor, daß diesen oppositionellen Voraussagen ein präliminiertes Bruttodefizit von 106,5 Milliarden Schilling für 1986 gegenübersteht.

Meine Damen und Herren! Die vorhandenen und zu bewältigenden Schwierigkeiten sind bereits in der Ersten Lesung von den bei-

den Regierungsparteien ausgedrückt und gründlich abgehandelt worden, sodaß ich mir Wiederholungen dazu heute ersparen kann.

Der Budgetentwurf für 1986 ist durch das notwendige Augenmaß zwischen erforderlichen Einsparungen einerseits und unerlässlichen Mehrausgaben andererseits gekennzeichnet.

Der Haushaltsentwurf für 1986 trägt wesentlich zur weiteren Festigung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft bei, was von der ÖVP grundsätzlich ignoriert wird.

Der Haushaltsentwurf für 1986 räumt dem Schutz der Umwelt sowie der Erhaltung der Lebensqualität einen unverändert hohen Stellenwert ein.

Der Budgetentwurf für 1986 gewährleistet der Jugend als dem Entscheidungsträger der Demokratie von morgen eine lebenswerte Zukunft.

Der Haushaltsentwurf für 1986 sichert den Lebensabend jener Generation, welche diese Republik aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges aufgebaut hat.

Der Haushaltsentwurf 1986 ist somit im Gegensatz zu den Entstellungen und Verdrehungen der Opposition ein taugliches Instrument, die im kommenden Jahr anstehenden Probleme erfolgreich für Österreich und seine Bürger zu lösen.

Für die ÖVP ist die Budgetdebatte wieder die hohe Zeit verbaler Kraftakte. Den Vorgeschnack dazu haben wir in den letzten beiden Wochen bereits bei den Beratungen des Budgets im Finanz- und Budgetausschuß bekommen.

Die oppositionellen Wortschöpfer waren und sind wieder am Werk. So griff Dr. Keimel — jeder kennt ihn — am 20. November dieses Jahres wieder einmal kräftig in die Tasten und schleuderte den Ausdruck „Beschäftigungsvernichtungsbudget“ wortgewaltig in den Raum.

Die Agrarier der ÖVP wieder warfen den Regierungsparteien an den Kopf, daß SPÖ und FPÖ die Bauern aushungern würden; eine Unterstellung, die mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden muß, weil sie wider besseres Wissen gemacht wurde. (*Abg. Fachleutner: Schauen Sie sich das Budget an!*)

9984

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Peter

Die Männer des Präsidenten Derfler wissen ganz genau — und dazu gehören auch Sie, Herr Fachleutner —, daß wegen der hohen agrarischen Überschüsse keine Tonne Butter, kein Stück Vieh, keine Tonne Getreide ohne hohe Zuschrüsse exportiert werden kann. (*Abg. Fachleutner: Auch von den Bauern! Den Berufsstand nennen Sie mir, der solche Beiträge zur Verfügung stellt!*) Der Vergesslichkeit der ÖVP-Agrarier — und dazu gehören anscheinend auch Sie, Herr Fachleutner — muß nachgeholfen werden. Diese Vergesslichkeit, auch die Ihre, ist ohne Grenzen, daher muß Ihrer Erinnerung nachgeholfen werden. Dazu zitiere ich einmal mehr einen Großen aus dem Lager der Österreichischen Volkspartei, nämlich Landwirtschaftsminister Dr. Eduard Hartmann. (*Abg. Graf: Ich habe gewußt, Sie zitieren nur einen Toten!*) Zum Auftrag des Landwirtschaftsgesetzes sagte er in den Österreichischen Monatsheften unter anderem — ich zitiere Hartmann —:

„Da zahlreiche wichtige Fragen der Landwirtschaft bereits im Marktordnungsgesetz, im Preisregelungsgesetz und im Außenhandelsverkehrsgesetz geregelt sind, ist das Landwirtschaftsgesetz verhältnismäßig kurz gefaßt und beschränkt sich in seinen 12 Paragraphen auf das Wesentliche.“ — Ende des Zitats.

Dr. Hartmann schrieb das im Jahre 1960, also vor 25 Jahren. Und eben in diesen 25 Jahren ist dieses Agrarwirtschaftssystem brüchig geworden. Und sagen wir die Wahrheit — wir sollen es tun —, so wissen wir, daß es über kurz oder lang zusammenzubrechen droht, weil es vom Steuerzahler nicht mehr in einer für die Bauern befriedigenden Form gestützt werden kann. Ich kenne in dieser Republik derzeit keine demonstrationsfreudigere Institution als den niederösterreichischen Bauernbund. Mit der Forderung nach noch mehr Subventionen allein lassen sich aber so schwierige Probleme wie dieses bestimmt nicht lösen.

Nun ein Wort zur strategischen Linie der Österreichischen Volkspartei überhaupt. Diese strategische Linie der ÖVP erstreckt sich auf ein Konzept des Widerspruches in sich. Es besteht aus zwei Grundsatzkomponenten: Die eine fordert lautstark Einsparungen und Sparmaßnahmen, die andere knallt immer wieder neue Forderungen auf den Tisch, deren Realisierung in die Milliarden Schilling gehen würde.

ÖVP-Politiker vom Schlag Dr. Keimels

würzen und garnieren dann diesen Salat des Widerspruches mit Ausdrücken wie „Beschäftigungsvernichtungsbudget“ und ähnlichen verbalen Kraftlackeleien. Von mir aus kann die ÖVP ihre verbalen Orgien dieser Art fortsetzen. Mich stören sie nicht.

Uns Freiheitlichen kommt es darauf an, daß diese Koalitionsregierung gemäß ihrer Regierungserklärung den Konsolidierungskurs im Bereich des Staatshaushaltes auch künftig erfolgreich fortsetzt.

Zu jenen Gebieten, auf denen die sozialistisch-freiheitliche Regierungskoalition große Erfolge aufweisen kann, gehört zweifelsohne die Wirtschaftspolitik, auch wenn das von der ÖVP immer wieder in Abrede gestellt wird. Bei sämtlichen Wirtschaftsdaten kann Österreich auf Werte verweisen, die auf dem Prüfstand des internationalen Vergleiches bestehen können. Ob es sich um das dreiprozentige reale Wirtschaftswachstum, um die knapp über drei Prozent — seit dem Sommer sogar darunter — liegende Inflationsrate oder um die 4,7prozentige Arbeitslosenrate handelt. Überall weist Österreich von der Opposition nicht zur Kenntnis genommene Spitzenwerte auf.

In der Zeitung „Die Presse“ konnte man am 19. November dieses Jahres die Überschrift lesen: „Österreichs Konjunktur besser als erwartet.“

Die „industrie“, also die Wochenzeitschrift für Unternehmer und Industrie, signalisierte als Ergebnis einer Umfrage am 13. November 1985 Bergfahrt für die Wirtschaft. In der jüngsten Regierungsklausur sah die gleiche „industrie“ ein positives Signal für die Wirtschaft. Ich zitiere die „industrie“:

„Die Absicht der Bundesregierung, Neugründungen zu fördern, die Eigenkapitalsituation der Unternehmen durch eine Neufassung der Rahmenbedingungen zu verbessern und bürokratische Hürden, welche die Entfaltung des Wirtschaftslebens hemmen, abzubauen, sei zu unterstützen.“ — Ende des Zitats. Das war die Beurteilung der Regierungsklausur durch die Vereinigung österreichischer Industrieller.

Wie liest es sich zum gleichen Thema im ÖVP-Pressedienst vom 16. Oktober dieses Jahres? — Ich zitiere:

„Ergebnis der Regierungsklausur ernüchternd.“ Im Untertitel: „Falsche Entscheidungen in Budget- und Steuerpolitik blockieren Wirtschaftsoffensive.“

Peter

Meine Damen und Herren! Damit hat die ÖVP einen Beitrag mehr für ihre undifferenzierte Oppositionspolitik geliefert. Bundesregierung und Wirtschaft operieren offensiv. Die ÖVP verharrt konsequent im Krankjammer der österreichischen Wirtschaft.

Ein weiterer Bereich, in dem die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung große Erfolge für sich verbuchen kann, ist die Sicherheitspolitik. Österreich gehört dank der Sicherheitspolitik dieser Bundesregierung zu den sichersten Ländern überhaupt.

Unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitspolitik ist die Landesverteidigung. Jene Landesverteidigung, für welche die Österreicherinnen und Österreicher immer mehr Verständnis gewinnen, zu der die Haltung der Österreichischen Volkspartei aber immer zwiespältiger wird. Siehe die Haltung der ÖVP zum Ankauf der Überwachungsflugzeuge in der Steiermark.

Der freiheitliche Beitrag zu den positiven Ergebnissen dieser Politik ist unverkennbar und kann von der Opposition nicht wegdiskutiert werden. Die freiheitliche Mitgestaltung an den Erfolgen dieser Bundesregierung ist mit den Namen Steger, Ofner und Frischenschlager verbunden. Und wenn heute der Mitarbeit Österreichs in den Organisationen der pluralistischen Demokratien Europas auf wirtschaftlicher und politischer Ebene ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt wird, so ist das mit die freiheitliche Handschrift in dieser Bundesregierung.

Die Zukunft Europas liegt in einem Miteinander aller seiner Länder und Völker. Auch das neutrale Österreich hat Anspruch auf eine gesamteuropäische Zukunft. Daher ist sich das neutrale Österreich auch des Umstandes bewußt, daß es keine Alternativen zu den Europäischen Gemeinschaften als einem der wesentlichsten Instrumente der europäischen Einigung gibt. Meine Damen und Herren! Daher hat die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung den Beziehungen und der Weiterentwicklung des Verhältnisses unseres Landes zu den Europäischen Gemeinschaften in ihrer Regierungserklärung besondere Bedeutung zugemessen. Und in diesem Sinne ist die Europapolitik uns Freiheitlichen ein vordringliches Anliegen in dieser Bundesregierung. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Ich komme zum Schluß und unterstreiche die Tatsache, daß das Kabinett Sinowatz-Steger bisher eine sehr erfolgreiche Arbeit geleis-

stet hat. Ein großer Teil der in der Regierungserklärung angekündigten Maßnahmen wurde in sachlicher Zusammenarbeit der beiden Koalitionspartner verwirklicht. Die sozialistisch-freiheitliche Koalitionsregierung hat sowohl ihre Handlungsfähigkeit als auch ihre Problemkapazität unter Beweis gestellt. Je länger das Kabinett Sinowatz-Steger an der Arbeit ist, desto leiser ist das Gerede der Österreichischen Volkspartei um ein Auseinanderbrechen dieser Koalition geworden. Das Kabinett Sinowatz-Steger setzt seine Arbeit erfolgreich fort. Der Bundesvoranschlag 1986 ist dafür eine gute Basis. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 11.00

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

11.00

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einige Bemerkungen zum vorliegenden Bundesvoranschlag machen, weil letztlich in einem solchen Bundesvoranschlag die Politik der Regierung zumindest für ein Jahr festgeschrieben ist.

Die Österreichische Volkspartei hat — das ist ja bekannt — die Budgetpolitik der Regierung seit vielen Jahren kritisiert. Sie hat sie politisch kritisiert und sie hat sie sachlich kritisiert. Wir sind heute in der Situation, sagen zu können, daß unsere Kritik nicht überzogen war und daß es heute kaum mehr einen Fachmann der Finanzpolitik und der Nationalökonomie gibt, der nicht eine Korrektur der Budgetpolitik verlangt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn in Fachzeitschriften Überschriften erscheinen, so wie in den „Finanznachrichten“: „Staatsschuld: Österreich auf der Überholspur“, wenn ein anerkannter Ökonom wie Professor Frisch die Budgetpolitik sehr hart kritisiert, dann bestätigt das die oppositionelle Linie mehr, als wenn wir hier noch lange Reden dazu halten würden.

Ich glaube auch, daß jeder einigermaßen Einsichtige in den Reihen der Sozialisten wissen muß, daß in der Budgetpolitik Korrekturen notwendig sind. Österreich liegt in der Spitzengruppe der OECD-Staaten hinsichtlich des Wachstums der Staatsverschuldung, und selbst der sehr zurückhaltende Bericht der OECD verweist bereits auf diese Tatsache und mahnt die Österreicher, hier etwas zu unternehmen.

Damit komme ich gleich zum Defizit. Mit-

9986

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Taus

ten in den Budgetverhandlungen mußte ja bereits das Defizit erhöht werden, und wir haben jetzt mehr als 106 Milliarden Schilling nominell ausgewiesen.

Da vorhin der Herr Abgeordnete Peter von Prognosen berichtet hat, die Defizite von 114 oder 115 Milliarden Schilling vorgesehen hätten — Hochrechnungen der Österreichischen Volkspartei, die hier bekanntgegeben wurden —, lassen Sie mich dazu ein paar Sätze sagen: Selbstverständlich ist dieses Defizit von 106 Milliarden Schilling nicht richtig, wenn man es von der ökonomischen Seite her betrachtet. Lassen Sie mich es aufrechnen: Egal, welche Konstruktion zum Beispiel im CA-Gesetz gemacht wurde, mindestens die Hälfte zählt natürlich ausgabenwirksam auf das nächstjährige Budget, also auf das Budget 1986. Wenn ich daher nur die Hälfte dazunehme, habe ich schon rund 110 Milliarden Schilling Budgetdefizit.

Nun kommt die nächste Frage, und ich werde mich damit beschäftigen müssen. Ich bin überzeugt davon — und ich werde versuchen, es zu begründen —, daß die nächste „Portion“ aus dem Budget für die verstaatlichte Industrie in meinen Augen zwischen 15 und 20 Milliarden Schilling liegen wird. Wenn davon nur die Hälfte, also sagen wir 10 Milliarden oder 8 Milliarden Schilling im nächsten Jahr gegeben werden müssen — und das wird gegeben werden müssen —, so muß man das natürlich dem Ausgabenrahmen hinzuzählen. Das heißt: Ich habe jetzt vorhin 110 Milliarden Schilling gehabt, ich habe nun rund 120 Milliarden Schilling echtes Budgetdefizit, wobei ich alle Vorbelastungen und sonstigen Dinge gar nicht dazuzählen möchte.

Dann hat der Herr Finanzminister eine Taktik angewendet, die schon oft angewendet wurde, und wenn ich mich nicht verrechnet habe, hat er ungefähr 13,5 Milliarden Schilling Schuldenrückzahlungen verschoben, er hat die Fälligkeiten hinausgeschoben. Also wenn ich nur diese wenigen Positionen addiere, komme ich auf über 130 Milliarden Schilling echtes Bruttodefizit im nächsten Jahr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was gibt es da noch für Diskussionen? Das, was heute hier im Budget steht, diese berühmten 106 Milliarden Schilling, sind bereits falsch zu dem Zeitpunkt, in dem Sie es mit Ihrer Mehrheit beschließen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nun sage ich das nicht im Triumph als

jemand, der jahrelang hier von diesem Pult aus Ihre Budgetpolitik kritisiert hat, der von Ihrer Seite auch kritisiert wurde. So etwas gehört zum politischen Ritual, das hat mich auch weiter nicht gestört.

Ich möchte Ihnen nur folgendes abschließend zu dieser Frage sagen: Es gab eine Chance auf einen Beginn der Sanierung des österreichischen Budgets. Das ist sicherlich nicht leicht; es wäre schwierig gewesen und hätte Härten gebracht. Sie haben diese Chance aber versäumt! Sie haben sie echt versäumt! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich gebe durchaus zu, daß ich dem Dr. Vranitzky einen solchen Beginn zugetraut hätte. Aus welchen Gründen er sich nicht durchgesetzt hat, es nicht gesehen hat, es nicht gemacht hat, das weiß ich nicht. Dr. Vranitzky ist genauso wie seine Vorgänger in dem gleichen Budgetwirbel drinnen, und es ist nicht eine Spur, nicht ein Silberstreif am Horizont zu sehen, daß es für Österreich, das sich jetzt in einer sehr guten Konjunktur befindet, eine Chance gibt, aus diesem Budgetdilemma, in das Sie, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, die Republik Österreich und ihre Bürger hineinmanövriert haben, herauszukommen. Wir bleiben in diesem Budgetdilemma drinnen — das Budget 1986 ist die Fortsetzung Ihrer falschen Budgetpolitik! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen — so wie bei anderen Fragen —: Das Problem der Staatsausgaben ist nur mehr sanierbar von der Ausgabenseite her. Wir haben Ihnen das schon in den siebziger Jahren gesagt: Alles nachzulesen. Kein Satz, der von mir hier gesprochen wird, der nicht schon lange von uns gesagt worden ist. Nicht, daß wir uns nicht auch geirrt hätten, wir haben nicht die Weisheit mit dem großen Löffel gefressen, ich will das auch gar nicht hier behaupten. Aber wir von der ÖVP haben Ihnen von Anfang an gesagt, daß es so auf die Dauer nicht weitergehen kann. Sie haben keine Chance mehr, Steuererhöhungen zu machen. Im Gegenteil: Der Druck auf Steuersenkungen wird immer größer. Und Sie werden irgend etwas machen müssen, ob Sie nun unseren Anträgen folgen oder nicht, aber irgend etwas werden Sie machen müssen. Sie manövriieren sich immer weiter in den Budgetwirbel hinein.

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, ich sage Ihnen: Es ist das eine nationale Aufgabe, die Sie jedoch nicht mehr schaffen werden, nämlich das Budget zu korrigieren! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dr. Taus

Damit leite ich über zu den Fragen der verstaatlichten Industrie. Kollege Wille! Ich bin durchaus Ihrer Auffassung: Wir haben in Österreich eine relativ gute Konjunktur, besser wird sie nicht mehr. Diese 2,5 bis 3,5 Prozent, die wir erreichen werden, sind unter normalen Verhältnissen nahezu ein Optimum. Vielleicht können wir einmal 4 Prozent herausholen, mehr ist aber nicht drinnen. Im Gegenteil: Wir müssen damit rechnen — nach allen Anzeichen, die man sieht, wenn man in der Wirtschaft tätig ist —, daß sich die Konjunktur eher wieder abflacht, das heißt, die Auftriebskräfte sind im Augenblick etwas schwächer geworden, das heißt weiters, wir haben nicht zu erwarten, daß es noch sehr weit hinaufgeht. Und es wäre dumm, wenn wir unsere Politik darauf einstellen.

Und wenn das stimmt — und ich bin der Meinung, wir haben diesen Auftrieb schon 1984 gehabt, und wir haben ihn auch 1985, vielleicht haben wir ihn noch 1986 —, dann ist die Situation, meine Damen und Herren, in der sich die Verstaatlichten und die indirekt verstaatlichte Großindustrie Österreichs befinden, umso trauriger, denn bei einer solchen Konjunktur müßten auch diese Betriebe besser abschneiden und nicht von einer Krise in die andere hineintaumeln. Je mehr Sie von der guten Konjunktur, vom guten Zustand der österreichischen Wirtschaft sprechen, umso deutlicher wird das Versagen im Bereich der Verstaatlichten. Das ist doch eine logische Schlußfolgerung! (Beifall bei der ÖVP.)

Sagen Sie das daher nicht so laut, das spricht ja gegen Sie. Es würde für Sie sprechen, wenn wir eine schlechte Konjunktur hätten, dann könnte man sich auf diese ausreden. Aber das können Sie nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ!

Jetzt komme ich zu dem Argument des Herrn Kollegen Wille; auch Herr Abgeordneter Peter hat sich ähnlich geäußert. Er hat gesagt: Was wollt ihr von der Österreichischen Volkspartei? Ihr seid ja überall mit dabei, und jetzt wollt ihr euch hier abputzen.

Lassen Sie mich mit diesem Argument auseinandersetzen, ich halte das für wichtig.

Wir von der ÖVP leugnen ja gar nicht, daß Vertreter von uns, die nach bestem Wissen und Gewissen entsandt wurden, auch in diesen Gremien sitzen. Das hat niemand geleugnet, auch Dr. Mock nicht, mit nicht einem einzigen Satz. Wir bekennen uns dazu, daß das so ist. Ich sage Ihnen nur: Ich kenne das: Ich selber habe Firmen geführt, wo 50 Prozent

und eine Aktie dem Hauptaktionär gehört haben, und dann haben Minderheitsaktionäre entschieden, sehr große und sehr starke. Aber es hat sich immer der Wille der 50,1 Prozent durchgesetzt — und das ist Ihr Wille, und daher ist es Ihre Hauptverantwortung. Dem können Sie nicht ausweichen, meine Damen und Herren von der SPÖ! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Herr Kollege Taus! Wo haben wir die ÖVP niedergestimmt?)

Sie wissen ja: Im ÖIAG-Gesetz haben wir den Aufsichtsrat zusammengesetzt nach dem Verhältnis des Nationalratswahlergebnisses. Ich bekenne mich dazu, daß das so gemacht ist. Sie haben 55 Prozent, zeitweise 60 Prozent der Aktien der Verstaatlichten besessen, daher hat sich Ihr Wille dort durchgesetzt. Ihr unternehmerischer Wille hat sich durchgesetzt — aber Ihre unternehmerischen Initiativen haben nicht funktioniert. Das ist das Problem, vor dem wir heute stehen und mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur nächsten Frage, und da komme ich schon auf den Herrn Bundeskanzler zu sprechen: Wenn es daran noch einen Zweifel gegeben hätte, daß dem so ist, was ich soeben erläutert habe, dann haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Verkehrsminister ja gestern jegliche Zweifel darüber vor der österreichischen Öffentlichkeit ausgeräumt, wer dort nämlich die Verantwortung hat, und zwar durch die Art, wie sie gestern argumentiert haben. Sie haben das alles an sich gezogen, haben keinen Menschen darüber informiert und haben nach außen hin das Spiel des starken Mannes gespielt. So war es doch. Damit haben Sie eindeutig die Verantwortung dafür übernommen, eindeutig! (Beifall bei der ÖVP.)

Dr. Mock — das weiß ich, das hat er mir gesagt —, auch ich, wenn Sie wollen, wobei ich mich für gar nicht so wichtig halte, wir haben erst aus den Nachrichten erfahren, was dort passiert ist. Das ist eindeutig Ihre Verantwortung. Sie haben die Mehrheit. Nehmen Sie sie, aber dann versuchen Sie doch nicht, Mitschuldige zu finden für Ihre Politik, die Sie seit 15 Jahren dort betrieben haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bekenne mich dazu, daß wir dort drinnen gesessen sind und daß wir auch weiter dort sitzen werden. Ich bekenne mich dazu: Wir sitzen dort, aber wir sind eben Minderheitsaktionäre — und ich sage das noch einmal deutlich —, die sehr wenig zu reden haben, Gott sei es geklagt! Ich ärgere mich

9988

Nationalrat XVI. GP – 114. Sitzung – 27. November 1985

Dr. Taus

immer, wenn ich wo sitze, wo ich wenig zu reden habe, das gebe ich durchaus zu. Es ist mein Ehrgeiz, daß ich dort entscheidend mitrede und mitgestalte, wenn ich wo drinnen sitze. Wir konnten das aber eben seit 15 Jahren nicht, weil wir in der Minderheit sind, weil uns halt der Wähler nicht das Vertrauen, nicht die Mehrheit gegeben hat. So ist das eben.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich in der Frage ein Stückchen weitergehen, weil das sehr wichtig ist. Es hat für mich gestern der Herr Bundeskanzler eindeutig die Verantwortung in der Öffentlichkeit klargestellt, wobei ich mich, das sage ich Ihnen auch gleich, damit es keinerlei Mißverständnisse gibt, nicht von der Verstaatlichten absetze. Wir seilen uns nicht total ab. Selbstverständlich sind wir dort dabei gewesen, das habe ich ja mit keinem Wort bestritten. Ich habe nur die Mehrheitsverhältnisse klargestellt, und die kann ja niemand leugnen, auch in diesem Hause nicht. Sie haben zwar keine absolute Mehrheit mehr — nur mehr eine relative —, aber Sie regieren mit einer anderen Partei; wir sitzen auf den Oppositionsbänken. Das ist durchaus legitim, gar keine Frage, aber Sie tragen die Hauptverantwortung — ohne jeden Zweifel. (*Abg. Schieder: Wenn wo einstimmig beschlossen wird, ist es dann nicht auch die Verantwortung aller Parteien ...?*) Selbstverständlich! Aber haben wir einstimmig beschlossen die Geschäftspolitik im Bereich der Verstaatlichten? — Das glaube ich nicht! Ich werde, Herr Abgeordneter Schieder, gleich darauf zu sprechen kommen. Das ist ein gutes Stichwort, das Sie mir hier gegeben haben.

Ich gehe nun einen Schritt weiter und frage: Was ist in der verstaatlichten Industrie bislang passiert? — Nach den Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, sind offiziell zwischen 1975 und 1983 der Verstaatlichten 17 Milliarden Schilling an Kapitalzuschüssen gegeben worden. 1983: 16,6 Milliarden, die sind verbraucht, auch wenn Beschlüsse erst gefaßt werden! Das sind also insgesamt rund 34 Milliarden.

Meine Meinung ist — ich hoffe, ich irre mich, ich bin gar nicht so scharf darauf, hier recht zu behalten; das habe ich Ihnen oft gesagt —: 15 bis 20 Milliarden Schilling wird der nächste Brocken sein. Das heißt: 50 Milliarden Schilling stecken dann schon an offiziellen Kapitalzuschüssen in diesem Konzern.

Meine Damen und Herren! Das ist für dieses kleine Österreich ein irrsinnig hoher

Betrag. Das ist doch das Problem, daß Sie mit dieser Politik und mit Konzernen in der Verstaatlichten und auch in den Banken ja nie zu Rande kommen können mit dem Budget. Die Budgetsanierung liegt ja letztlich auch darin, daß ich von Industrien Steuern bekomme, aber nicht ununterbrochen Geld hineinstekken muß. Hier haben Sie die Bremsen für die Budgetsanierung. Darum habe ich ja vorhin so auf das Budgetdefizit hingewiesen, von dem ich sage: Es ist falsch, wie es im Buch steht, obwohl es formell durchaus richtig ist, aber ökonomische Realität und formale Darstellung sind zwei verschiedene Dinge.

Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen das auch sagen darf: Mein Freund Robert Graf und ich — der ich wahrlich zur Verstaatlichten kein gestörtes Verhältnis habe, das habe ich ja immer wieder betont: zehn Jahre meines Lebens, so lange war ich dort drinnen, kann man nicht wegstreichen, ich kann es nicht, vielleicht bin ich ein sentimental Mensch, daher distanziere ich mich nicht davon —, also mein Freund Robert Graf und ich haben es nicht leicht in unserer Partei durchgehalten, daß wir der Zuführung von 16,6 Milliarden Schilling nicht zugestimmt haben. Wir taten das nicht deswegen, weil wir den Leuten etwas tun wollten oder der Verstaatlichten, sondern deshalb, weil wir damit einen demonstrativen und symbolischen Akt setzen wollten, daß die Politik, die die Regierung bezüglich der staatlichen betreibt, falsch ist. Das war der ganze Grund. Dr. Mock hat das hier ausgeführt, alle unsere Redner haben das ausgeführt, das ist nachzulesen. Wir wollten damit demonstrativ sagen: So geht es nicht weiter! Das ist falsch!

Nicht, daß wir jede Verantwortung zurückweisen! Wir haben Ihnen in x Reden gesagt, daß diese Politik falsch ist, aber nicht in Oppositionsreden, in denen wir gestänkert hätten; das haben wir nie getan. Es war manchmal ein bißchen lustig und ein Hin- und Herreden, aber es war nie eine Stänkerei, als wir uns über verstaatlichte und industriopolitische Fragen unterhalten haben.

Natürlich pflichte ich meinem Parteiobmann Dr. Mock bei — ich habe das ja selber hier so oft gesagt —: Eine der Wurzeln des Übels liegt für uns zum Beispiel noch in Ihrem Parteiprogramm 1978, das noch immer gilt. Das ist das, was Mock gemeint hat unter „ideologischen Problemen“. In diesem Programm steht der „schöne“ Satz: In gemeinschaftlichen Unternehmen ist die Zusammenarbeit von Unternehmensleitung und Beschäftigten vorbildlich zu gestalten. — Das

Dr. Taus

ist in Ordnung. Warum nicht? Aber weiters heißt es dort: Sozialpolitische Experimente sind vorzubereiten und zu erproben.

Meine Damen und Herren! Dieser Satz ist für ein Unternehmen, das im Wettbewerb steht, eine Art Todesurteil, und mit Ihrer Politik haben Sie dieses Todesurteil auch gesprochen. Es stehen in Ihrem Programm auch noch andere Sätze, aber ich möchte nicht zur Popularität Ihres Programmes beitragen. (*Abg. Wille: Welche Experimente hat denn die VOEST gemacht?*)

Verkehrsminister Lacina hat intellektuell gesagt — und das hat auch der Dr. Mock zitiert, ich möchte das nur noch einmal zitieren, weil das so wichtig ist —: Die Sanierung der Verstaatlichten ist für den Erfolg der SPÖ entscheidend; das ist intellektuell redlich. Was sagte Lacina laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. 2. 1984: „Für den Erfolg der Sozialdemokratie in Österreich ist es mitentscheidend, daß die verstaatlichte Industrie auch im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie — auch auf mittlere Frist — wettbewerbsfähig ist und zumindest eine Kostendeckung erwirtschaftet wird, so Staatssekretär Ferdinand Lacina Mittwoch in einem ORF-Interview.“

Ich teile diese Meinung, aber dann müssen Sie natürlich akzeptieren, daß Sie dort keinen Erfolg gehabt haben. Das heißt, daß Ihre Wirtschaftspolitik, Ihre Industriepolitik in diesem Ihnen besonders nahestehenden Bereich der Verstaatlichten — dafür haben Sie doch 100 Jahre lang gekämpft in Ihrem Parteiprogramm — danebengegangen ist. So etwas kann man doch nicht mit der linken Hand wegstecken! Das ist unangenehm für Ihren Parteivorsitzenden, das weiß ich. Es gibt für Parteivorsitzende unangenehme Situationen; ich habe sie auch gehabt. So etwas zugeben zu müssen, das ist unangenehm für einen gewachsenen Sozialisten, wie Sinowatz das ist, aber es ist halt so. Sie sind gescheitert mit Ihrer Ideologie in der Verstaatlichten! Das ist das Problem. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage das nicht einmal bösartig, überhaupt nicht! Wir sind auch in manchen Fragen nicht durchgekommen, aber so ist es halt. Das ist die Realität, und aus dieser Realität des Scheiterns leitet sich Ihre falsche Politik in diesem Bereich ab.

Zur nächsten Frage dazu. Überraschung kann es nicht sein, wie Sie das hier gesagt haben gestern, daß da etwas passiert ist. Es ist möglich, daß irgendwo — ich werde darauf zurückkommen — es 2, 3 Milliarden Schilling

— jetzt fange ich auch schon an, so mit dieser Leichtigkeit darüberzugehen — mehr geworden sind, aber das ändert doch am Gesamtzustand der Unternehmensgruppe nichts. Sie haben ja selbst schon gesagt: Na ja, bei 2,5 Milliarden Verlust wäre der Vorstand quasi noch geblieben, aber jetzt ist da etwas passiert, jetzt müssen die Herren über die Klinge springen. — So kam es doch heraus.

Ja was ist denn da für ein Unterschied? — Gar keiner. Das heißt, in dem guten Konjunkturjahr 1984 hat dieser verstaatlichte Konzern nicht einmal die Abschreibungen verdient. Wenn man Herren ablösen hätte wollen, so hätte man das vor zwei, drei, vier Jahren genauso gut können. Da war doch gar kein zusätzlicher Anlaß!

Jetzt sage ich auch noch etwas zum Vorstand. Ich kenne die Herren natürlich alle seit vielen, vielen Jahren. Seit vielen, vielen Jahren haben sie sich — nicht nur unsere Herren, sondern auch Ihre Herren — immer kritisch geäußert, sogar schriftlich; die Aussagen von der „finanziellen Auszehrung“ sind ja bekannt. Sie haben sicher Schuld, selbstverständlich. Wenn ich wo Manager bin, und es geht etwas schief, so bin ich nicht schuldlos, auch wenn mir andere Leute etwas vorgeschrrieben haben.

Aber, meine Damen und Herren, die sind doch nicht die allein Schuldigen! Das sind doch nicht die ganz allein, die daran schuld sind. Da ist doch das ganze System daran schuld. Das ist doch die entscheidende Frage. Da sind natürlich der Verkehrsminister, natürlich der Bundeskanzler und natürlich die Sozialistische Partei daran schuld. Das ist doch eine entscheidende Frage (*Beifall bei der ÖVP*), um die es hier geht.

Sie sagen: Wir sind so überrascht. — Bei den 16,6 Milliarden!

Ich habe im Gesetz gelesen und gehört, und im ÖIAG-Bericht steht — wir werden uns noch bei der Dringlichen damit auseinandersetzen müssen —, daß es besondere Einschau-rechte der ÖIAG gibt. Ja, wo ist eingeschaut worden? — Das muß man doch sehen! Ich muß doch monatlich meine Berichte kriegen! Waren die falsch? Bewußt irreführend? Oder was war da? Was ist da gewesen? Einschauen ist nämlich auch nicht leicht. Richtig in ein Unternehmen hineinschauen ist fast so schwer wie es richtig zu führen. Das sage ich Ihnen auch gleich.

Kontrolle ist etwas gar nicht so Einfaches.

9990

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Taus

Man braucht gar nicht viel Leute dafür, sondern muß nur wissen, wie das Geschäft geht! Aber es ist gar nicht so leicht, wenn man da nicht ständig im Geschäft steht.

Sie sind, meine Damen und Herren, allein als Sozialistische Partei nicht mehr in der Lage, diesen Komplex zu sanieren. Das Beste, was Sie noch tun können, ist, die verstaatlichten Betriebe an die Bluttransfusion zu hängen und zu schauen, daß Ihnen diese nicht unter der Hand sterben. Das ist keine Sanierung. Sie können es nicht mehr! Sie sind nicht mehr in der Lage, die Verstaatlichte ins Positive zu drehen. Da sind Anstrengungen notwendig, die — ich wiederhole es —, wie beim Budget, ein nationales Bemühen erfordern. Bis das in Ihre politischen Köpfe hineingeht — Sie sind immer gute Politiker gewesen, politisch im eigentlichen Sinn —, so lange wird da nichts passieren in unserem Land. Sie tragen das nicht mehr allein, und ich sage Ihnen offen — ich habe es oft gesagt —: Auch wir würden es allein nicht mehr tragen können. Das ist zu tief drinnen! (*Beifall bei der ÖVP.*) Das geht nicht mehr! Das ist vorbei!

Jetzt können Sie mir glauben oder nicht: Ich sitze hier im Parlament zwar in der ersten Reihe, aber ich stehe nicht mehr in der ersten Reihe der Politik meiner Partei. Ich rede mich daher ein bißchen leichter und kann Dinge sagen, die jemand, der die erste Verantwortung trägt, vielleicht nicht so sagt. Das spreche ich auch nicht ab. Das ist das Privileg, das ich habe.

Keine der beiden großen Parteien löst die Fragen, die wir vor uns herschieben! Wir schaffen es nicht mehr! Und ich sage auch nicht, wenn wir allein dran sind: Muskeln dran! Wir werden das mit der linken Hand regeln. Gar nichts werden wir mit der linken Hand regeln. Aber Sie auch nicht mehr! Was Ihre noch größere Verantwortung ist, ist, daß Sie es seit 15 Jahren in Wahrheit allein machen.

Das ist jetzt aber nicht ein Angriff auf Ihren kleineren Koalitionspartner. Es gibt eben Situationen, in dem ein kleinerer gar keine Verantwortung mittragen kann. Sicherlich kann man nicht sagen, es sei bedeutungslos, was er einbringt. Ich war nie ein Gegner der kleinen Koalition; das möchte ich auch sagen. Sie haben eine solche ausprobiert. Sie haben hier von mir nie ein kritisches Wort gegen die politische und auch rechtliche Legitimität einer kleinen Koalition gehört. So etwas haben Sie von mir nie gehört und werden Sie auch nie hören!

Es gibt aber Situationen, wo es gefährlich wird, wo auf einmal die Regierenden eine nationale Verantwortung bekommen. Sie kommen jetzt in diese Situation. Werden Sie sich dessen bewußt! Ich sage das, weil ich nicht den Eindruck habe, daß Sie sich dessen bewußt sind, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie sind daher, wie ich glaube, in einer Systemkrise. Eine Systemkrise kann man halt nur mit außergewöhnlichen Maßnahmen sanieren. Überlegen Sie sich das! Ich kann Ihnen gar kein Angebot machen und würde es auch nicht wollen. Es ist Ihre Sache, sich das zu überlegen. Es nützt nichts, wenn der Kollege Peter jetzt sagt, das Budget ist in Ordnung. Alles ist bestens. Ich verstehe ihn wohl, denn für diese kleine Koalition hat dieser Mann 15 Jahre gerungen. Das ist seine Erfüllung! Was bleibt ihm anderes übrig? Er muß es sagen. Überlegen Sie sich, was nach Ihrer Meinung richtig ist.

Nun komme ich zu dem letzten Punkt: auf die Art, wie die Ablöse durchgeführt wurde. Wir werden am Nachmittag auch noch ein bissel darüber reden. Da hat der Herr Bundeskanzler entscheidend mitgewirkt.

Jetzt folgendes: Ich habe es mir sogar aufgeschrieben hier, was ich mir überlegt habe, obwohl ich heute nicht viel Zeit dazu gehabt habe. Ich rede nicht gern über die Art Ihrer Durchführung. Die Ablösung des Vorstandes hat der VOEST einen noch größeren Schaden zugefügt, als sie ohnedies schon hat. Ich halte diese Reaktion für eine Panikreaktion, die man nie so machen dürfte. Denn Sie haben jetzt aller Welt deutlich erklärt: Wenn von einem Tag auf den anderen ein neunköpfiger Vorstand auf die Straße gestellt wird, muß etwas Ungeheuerliches passiert sein! Das tut man normalerweise nicht. Etwas Ungeheuerliches! Ich brauche das hier nicht zu übertreiben. Das ist so. Die werden alle aufhorchen: Moment! Jetzt haben wir gerade die CA gehabt. Jetzt hauen Sie den VOEST-Vorstand hinaus. Alle neune auf einmal, an einem Tag. Der Kanzler geht hin und spielt das hoch!

Ich frage mich übrigens: Wo war die ÖIAG? Das wäre ihre Aufgabe. Der ÖIAG-General hätte hier hingehen müssen, meinetwegen auch der ÖIAG-Präsident, nicht der Bundeskanzler! Dafür wurde ja die ÖIAG gegründet. Das sind die in Wahrheit rechtlich Zuständigen. Der Kanzler geht hin. Da muß sich doch jeder unvoreingenommene Beobachter im Westen fragen: Was ist dort los? — Der Bundeskanzler löst den Vorstand ab. Ja, Himmel,

Dr. Taus

Herrgott! Kennen Sie denn nicht die Regeln, die hier in der Wirtschaft des Westens gelten? Was muß dort los sein?

Wenn ich schon so was mache, mache ich es langsam. Das sage ich Ihnen auch. Nicht in 24 Stunden. Herr Ruhaltiner! Sie spare ich mir, trotz Zeitüberschreitung, heute nicht aus. Das sage ich Ihnen auch! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich kann das doch nicht bei diesem Wirbel machen. Jetzt ist die Sonderprüfung, die der Alois Mock verlangt, ein Mailüfterl dagegen, verglichen mit dem Sturm dieser Ablösungsaktion, die Sie hier gestartet haben.

Jetzt muß ich Sie fragen: Um Gottes willen, wie geht es da zu? Gleich darauf ist Hauptversammlung, wahrscheinlich wegen Verlustes der Hälfte des Grundkapitals oder was immer. Wir wissen es ja gar nicht. (*Abg. Mühlbacher: Aber wenn wir das nicht ernst nehmen? Wir müssen erst mit dem Bundeskanzler reden!*) Ja, entschuldigen Sie, Sie wissen doch, was es für ein Unternehmen bedeutet — Sie haben doch selber eines —, wenn man so vorgeht! Ich sage Ihnen: Das wäre leichter gegangen.

Aber nun komme ich auch zur Personalentscheidung. Da gibt es zwar ein Ausschreibungsgesetz, das nie meinen Beifall gefunden hat, denn wer Spaltenmanager in einem großen Unternehmen wird, muß man als Aktiönnär wissen, sonst ist man keiner. Ich habe das Ausschreibungsgesetz nie ernst genommen. Aber es gibt es! Und wenn es ein Gesetz gibt, so hat man sich daran zu halten! Sie aber halten sich nicht daran! An all die Fristen, die darinnen sind. Das heißt, Sie verletzen offensichtlich — ich will das noch nicht so sagen, weil ich keinen Durchblick habe — sogar noch Gesetze. Ich habe dieses Gesetz nie wollen und mich damals dagegen gewehrt. Ich habe gesagt: Topmanager über ein Ausschreibungsgesetz zu finden ist unwahrscheinlich. Die Guten können sich nie melden, weil sie dann Zores in ihrer bisherigen Position kriegen, und die, die sich melden, kann man nicht brauchen. Sie erinnern sich an die Diskussion, die Sie seinerzeit in der ÖIAG gehabt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Daher war ich dagegen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber jetzt gibt es sie! Und jetzt halten Sie sich nicht daran und machen eine Haupt- und Staatsaktion daraus. Ich halte es für falsch.

Und nun zur Personalentscheidung selbst: Dr. Kirchweger ist, wie manche Herren hier wissen, Studienkollege von mir. Ich war in

der ÖIAG Aufsichtsratsvorsitzender, habe dort sehr viel gearbeitet, mit dem Kollegen Wille, Kirchweger war Chef der Rechtsabteilung, ein durchaus geschätzter Kollege von mir — völlig ohne Rücksicht auf die Farbe. Es war keine Frage, ob er Sozialist ist oder nicht. Ich habe immer seine Arbeit geschätzt. Ich halte Kirchweger für einen engagierten, intelligenten Manager.

Ihn haben Sie vor, ich glaube, zwei Jahren in die Chemie Linz geschickt. Soweit, so gut. Die Sanierung der Chemie Linz ist überhaupt nicht abgeschlossen; die sind mitten drinnen. Während die Chemie in der westlichen Welt Milliarden verdient, zappeln die so. Wir werden schauen, wie es 1985 ist: so bei plus minus null herum oder vielleicht ein bissel mehr.

So, jetzt ziehen Sie ihn wieder ab, geben ihn woanders hin, machen wieder einen fundamentalen Eingriff.

Kirchweger war viele Jahre, viele Jahre Generalsekretär der VOEST-ALPINE, ein sehr guter Generalsekretär.

So, jetzt nehmen Sie einen aus der Mannschaft heraus, machen ihn zur Nummer eins, ihn, der natürlich mit der Vergangenheit belastet ist. Ich weiß nicht, ob das klug ist. Wenn ich so einen Schritt mache, dann muß ich mir wahrscheinlich einen von außen holen, total, um zu signalisieren: Ich ändere!

Ich will es nicht kritisieren, weil ich meinem Kollegen — ich sage das ausdrücklich — Kirchweger seine Chancen nicht nehmen will. Es ist schwierig genug. Aber ich sage es Ihnen. Mit welcher Last schicken Sie ihn hin? — Mit der halb erledigten Chemie-Linz. Der Teufel hinein! Die braucht nur heuer ein schlechtes Ergebnis haben!

Wir haben jetzt den 27. November. Am 29. soll er, wie ich gehört habe, vom Aufsichtsrat bestellt werden. Da fängt der Kirchweger dort mit dem halberten Gesicht an.

Ich kenne die Ergebnisse nicht, die die Chemie-Linz hat. Aber wie kann ich so ein Risiko eingehen? Ich kann den Kirchweger bestenfalls herübernehmen, wenn die Chemie-Linz sagt: Ich zahlte heuer 20 Prozent Dividende. — Dann kommt er mit der Gloriole des Erfolgsmanagers zurück und hat gezeigt, was er kann. Wehe, die Chemie-Linz hat Zores! Und dann setze ich ihn zur VOEST. Das müssen Sie doch alles überlegen. Daher sage ich Ihnen: Panikreaktion! Falsch! Falsch! Es geht nicht darum, meinem Kollegen Kirchweger

9992

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Taus

einen Job oder was immer er hat zu nehmen, Ehre zu nehmen, Aufstieg zu nehmen, Glanz zu nehmen! Ganz im Gegenteil. Ich mag den Mann. Wir haben miteinander studiert. Ich kenne ihn daher von der Universität. Dort sind wir gesessen: gleiche Übungen, gleiche Seminare, wie es halt beim Studieren ist.

Ich komme schon zum Ende. Ich will meine halbe Stunde nicht überziehen. Meine Damen und Herren! Sie wissen, Kollege, ich bin seit mehr als einem Vierteljahrhundert Gewerkschaftsmitglied, ich bin stolzer Besitzer der silbernen Gewerkschaftsnadel, ich zahle, auch wenn ich dann in unternehmerische Tätigkeiten aufgestiegen bin, bis zum heutigen Tag meinen Mitgliedsbeitrag. Ich kann daher als Gewerkschafter zu Ihnen „Herr Kollege“ sagen.

Aber, Herr Ruhaltinger, jetzt sage ich Ihnen etwas: So ganz können Sie da auch nicht austreten. Es sitzt die Regierung natürlich in dieser Frage auf der Anklagebank, aber Sie auch. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich sage Ihnen, was dort für eine Krise ist. Bei der Dringlichen werden wir uns schon noch im Detail mit diesen Fragen beschäftigen, jetzt nicht, bei der generellen Diskussion.

Herr Abgeordneter Ruhaltinger! Sie sind in der VOEST — das weiß jeder — ein mächtiger Mann, und Sie hören es ja auch nicht ungern, wenn man es Ihnen sagt. Macht ja nichts, der Betriebsrat soll es auch sein. Ich habe immer die Vertreter der Kollegenschaft hochgeschätzt. Gar keine Frage. Betriebsrat ist Betriebsrat, hat für mich eine besondere Position. Ich bin immer ein Anhänger der Gewerkschaftsbewegung gewesen, egal, wie die Dinge laufen.

Doch Sie wissen, was dort passiert ist — denn Sie haben ja dort schon eine qualifizierte Mitbestimmung, Sie sitzen ja viel mehr drinnen aufgrund des Fusionsgesetzes —: Das ist auch eine Krise der Mitbestimmung, Herr Kollege Ruhaltinger! Das ist auch eine Krise der Mitbestimmung in der VOEST-Alpine! (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Natürlich ist es das. Ich weiß schon, das tut einem weh. Das heißt, wir müssen jetzt einmal darüber nachdenken: Was bringt denn diese Art der Mitbestimmung, wo man in den Organen sitzt?

Es ist immer das, was wir wollten. Sie wissen, aus welchem Eck ich komme. Ich bin ein Kummer-Schüler und sage das immer. Ich komme aus dem Eck der Mitbeteiligung, des Investivlohnes, und die Mitbestimmung über das Miteigentum, das war die Linie, aus der

ich komme, mein politischer Stall. Man kann ja seine politische Jugend nie abschütteln und nie vergessen. Das werde ich auch nie tun. (*Abg. Ruhaltinger: Deshalb dürfen Sie die ÖVP-Vorstände ...!* — *Abg. Graf: Hören Sie lieber zu!*) ÖVP-Vorstände! Es war doch völlig klar, daß sie in der VOEST-Alpine einfach nichts Böses, die Macht hatten, so etwas soll es ja geben, daß hier durchgezogen wurde, was immer man wollte, durchgezogen wurde. Gar nicht schlecht, wenn man es gut macht, furchtbar, wenn man es schlecht macht! Ich glaube, es ist nicht gut gemacht worden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich stelle damit nicht das Gewerkschaftssystem in Frage, ganz im Gegenteil, es ist für Österreich ein ungeheuerer Stabilitätsfaktor. Aber ich stelle zur Diskussion: Muß man nicht überlegen, was dort zu geschehen hat? Ist das nicht Überforderung, Unterforderung, ist das nicht eine Verantwortung, die man nicht so leicht tragen kann und ähnliches mehr? Das ist das, was ich Ihnen sagen wollte.

Aber jetzt lassen Sie mich ... (*Abg. Ruhaltinger: Herr Kollege Taus! Dürfen wir als Belegschaftsvertreter die Belegschaft vertreten?*) Ja sicher, entschuldigen Sie, natürlich! Aber wissen Sie, Herr Kollege Ruhaltinger, für mich ist immer die Frage: „Wohin“ vertritt man diese Belegschaft? In welche Richtung vertritt man diese Belegschaft? Das ist das Problem.

Aber lassen Sie mich zum Ende kommen. Meine Damen und Herren! Noch einmal: Der Herr Bundeskanzler — so unangenehm es ist — hat sicher eine Menge geerbt, aber er ist jetzt schon zwei Jahre Bundeskanzler, er war elf Jahre oder zwölf Jahre in der Regierung, ich weiß nicht, wie lang, es gehört ihm die Verantwortung, und er hat sie auch gestern auf sich genommen. Nicht lustig hat er sie genommen, aber er hat sie genommen. Sie gehört ihm und sie ist politisch schwerwiegend.

Ich sage Ihnen und schließe damit als einer, der dabei kein persönliches Interesse vertritt: Das alles zu sanieren ist eine nationale Aufgabe, bedarf einer nationalen Kraftanstrengung, geht nicht mehr mit den üblichen Methoden des Regierung-Opposition-Spiels. Das ist meine Meinung. — Wobei ich „Spiel“ nicht im schlechten Sinn verstanden wissen will, sondern im Sinn von Spielregeln. Das ist meine Meinung, wurscht, wie Sie jetzt darüber denken. Und es sollte sich die Regierung das sehr, sehr zu Herzen nehmen. Etwas anderes wollte ich Ihnen hier nicht gesagt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{11.34}

Präsident Mag. Minkowitsch

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

11.34

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der gewaltige Verlust bei der VOEST, der uns in den letzten Tagen bekannt wurde, stellt — ich möchte das gar nicht verschweigen — einen gewaltigen Rückschlag dar. Es ist eine dramatische Entwicklung gewesen, die uns alle zutiefst betroffen gemacht hat.

Ich möchte nur bei dieser Gelegenheit klarstellen: daß niemand außer dem Vorstand von dieser Dramatik der Entwicklung wissen konnte. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Und das zweite, das ich jetzt gerade nach den Ausführungen des Abgeordneten Taus sagen möchte: Wir haben sofort gehandelt und wir bekennen uns dazu, daß wir sofort gehandelt haben. Und ich möchte gar nicht verschweigen, daß das ein Signal nicht nur für jetzt, sondern auch für die Zukunft sein soll. In diesem Zusammenhang stehe ich zu der prinzipiellen politischen Auffassung des Bundesministers Lacina im Hinblick auf die Führung der verstaatlichten Unternehmungen.

Ich möchte Ihnen gleich vorweg vor der dringlichen Anfrage sagen: Jawohl, Mißfolge werden wir, so wie es Lacina ausgedrückt hat, nicht hinnehmen. Der Erfolg wird zählen. Aber wir stehen bei dieser Politik voll und ganz zu Bundesminister Lacina. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Abgeordneter Taus! So kann man es nicht machen, daß auf der einen Seite der Parteiobmann Mock und auch Sie ununterbrochen von der Verantwortung des Bundeskanzlers reden, Sie aber nachher böse sind, wenn sich der Bundeskanzler mit diesem Problem auseinandersetzt und an der Entscheidung mitwirkt. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß ich das mache, und ich bekenne mich auch dazu! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Hier geht es um das größte Unternehmen in Österreich, das für die gesamte Wirtschaft in Österreich von größter Bedeutung ist. Ich möchte das unterstreichen. Hier geht es um 40 000 Beschäftigte im Mutterwerk, es geht um 70 000 Beschäftigte im Konzern. Es geht um die gesamte österreichische Wirtschaft.

Und daher, bitte, wird nichts verschwiegen

werden; was da geschehen ist, das wird alles klargelegt werden. Aber Priorität hat jetzt alles, was dazu beiträgt, den Schaden zu begrenzen und zu sichern, daß dieses große österreichische Unternehmen einer guten Zukunft entgegengeht. Das müssen die ersten Schritte sein, die wir setzen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Noch einmal, weil es die Gerechtigkeit erfordert: Es ist ein gewaltiger Rückschlag eingetreten, und es ist unverzeihlich, was in gewissen Bereichen in diesen Jahren bei der VOEST geschehen ist. Aber wir sollten doch auch in dieser Stunde nicht verschweigen, daß auch in vielen Bereichen eine hervorragende Arbeit geleistet wurde, daß man sich in vielen, vielen Sektoren ungeheuer angestrengt hat und daß auch das letzten Endes unsere Anerkennung finden muß. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren, eines möchte ich aber heute hier schon klarstellen: daß man natürlich den gesamten Bereich der verstaatlichten Wirtschaft nicht beurteilen kann nach der jetzigen Situation der VOEST. Es ist schon von großer Bedeutung, meine Damen und Herren, daß es heuer gelingen wird, erstmals in fast allen anderen Betrieben der verstaatlichten Unternehmungen aus der Verlustzone zu kommen. Und das ist letzten Endes nur möglich gewesen, weil wir den Mut gehabt haben, die Mittelzuführung an die verstaatlichten Unternehmungen zu beschließen — wir, die Bundesregierung, die Parteien der Bundesregierung, haben diesen Mut gehabt. Und es zeigt sich an sich, daß das richtig gewesen ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Noch eines möchte ich heute hier bei der Generaldebatte sagen: Man kann die wirtschaftliche Entwicklung — und das hat der Abgeordnete Wille sehr klar und sehr deutlich gesagt — nicht allein vom Geschehen in einem Unternehmen her beleuchten. Das würde ein völlig falsches Bild geben.

Und damit auch ein bißchen zur Regierungspolitik insgesamt. 1983 ist uns für das Jahr 1985 eine Arbeitslosigkeit von 6 bis 7 Prozent prognostiziert worden. Wir werden in Wahrheit eine Arbeitslosenrate von 4,7 Prozent erreichen.

Herr Abgeordneter Kohlmaier hat bei der Budgetdebatte 1983, damals, als über das Maßnahmenpaket gesprochen wurde, hier zur Generaldebatte gesprochen, er hat gesagt, daß dieses Maßnahmenpaket — er hat natürlich „Belastungspaket“ gesagt — 20 000

692

9994

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Arbeitsplätze vernichten wird. In Wahrheit haben wir 1984 und 1985 um 30 000 Arbeitsplätze mehr als damals, 1983. Das ist die Realität. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Abgeordneter Kohlmaier hat damals auch in seiner Rede — ich bitte, das nachzulesen — gesagt, während in Deutschland 2 Prozent Wirtschaftswachstum für 1984 vorgesehen sind, werden wir aufgrund dieser Politik nur ein halbes Prozent haben. Nein, 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum haben wir gehabt und heuer haben wir 3 Prozent. Auch das ist die Realität unserer Wirtschaftspolitik. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Die Inflationsrate wird in Österreich unter 3,5 Prozent zu liegen kommen, der private Konsum wird um 2,5 Prozent steigen. Wir haben auch 1985 steigende Exporte zu verzeichnen, und die Leistungsbilanz hat sich gut entwickelt.

1986 wird es eine Arbeitslosenrate geben — davon bin ich überzeugt —, die auch ungefähr so liegen wird, wie das heuer der Fall ist. Wir werden 1986 in Österreich wieder mehr Beschäftigte haben, und die Inflationsrate wird so sein, daß ein Zweier vor dem Komma zu stehen kommen wird. Es wird in Österreich viel mehr Kaufkraft geben, weil es gute Abschlüsse gegeben hat und eine niedrige Preissteigerung zu verzeichnen sein wird. Das Jahr 1986 wird insgesamt ein gutes wirtschaftliches Jahr für alle Österreicher werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Abgeordneter Taus! Ich bin Ihrer Meinung, daß die Frage der Budgetkonsolidierung so etwas ist wie eine nationale Aufgabe. Wir wollen uns dieser Aufgabe stellen. Was uns trennt, ist, daß wir bei dieser Aufgabe trachten wollen, daß es zu keinen wirtschaftlichen Erschütterungen kommt, wir wollen trachten, daß wir bei dieser mittelfristigen Überlegung auch eine gute wirtschaftliche Lage berücksichtigen. (*Abg. Dr. Taus: Das trennt uns überhaupt nicht! Das unterstellen Sie mir jetzt, Herr Kanzler!*) Das ist das Ziel, das wir uns bei dieser Budgetkonsolidierung gesetzt haben, und ich bin überzeugt, daß es gelingen wird, das zu erreichen. Denn wir können ja glaubhaft darauf verweisen, was in den letzten Jahren geschehen ist.

Weil Sie gesagt haben, wie lange ich schon in der Regierung bin: Das stimmt, ja, seit 1971 erlebe ich hier von der Regierungsbank jede Budgetdebatte. Wenn ich mich zurückerinnere, da hat es immer geheißen, daß die Budgetpolitik der Regierung sozusagen ein Desa-

ster ist. Immer hat es geheißen, es wird letzten Endes alles zugrunde gehen in Österreich. Wenn ich aber das Österreich von 1985 mit dem Österreich von 1970 vergleiche, so muß ich feststellen: Es hat sich wirklich vieles zum Besseren gewendet. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Höchtl: 106 Milliarden Defizit! Die Verschuldung wird immer ärger!*)

Herr Abgeordneter Mock! Keiner von uns denkt, wenn es um die Führung der verstaatlichten Unternehmungen geht, sozusagen an eine ideologische Führung. Das ist doch ein Schlagwort, das ist wirklich ein Schlagwort. Hier brauchen wir gar nicht darüber zu reden. Nein, nein, für uns gelten schon diese betriebswirtschaftlichen Überlegungen, für uns schon.

Allerdings muß auch gesagt werden, daß wir uns bei den Verhandlungen, wie wir sie in letzter Zeit wieder mit Landeshauptmann Krainer über den Staatsvertrag für die Steiermark hatten, anhören müssen, daß wir eine Beschäftigungsgarantie für die verstaatlichten Unternehmungen in der Steiermark abgeben sollen. Ist das Ideologie oder ist das betriebswirtschaftliches Denken?

Ich glaube, daß wir da viel realistischer sind, wenn wir sagen, so etwas können wir nicht tun, wenn wir wirklich die Zukunft der verstaatlichten Unternehmungen in der Steiermark sichern wollen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Zur Frage der Sonderprüfung. Natürlich haben wir gestern darüber geredet, und ich halte an diesen Bedenken fest, die ich damals Ihnen gegenüber geäußert habe, Herr Abgeordneter Mock. Ich habe gesagt, daß wir große Bedenken haben und daß wir nicht vorhaben, eine solche Sonderprüfung zu beantragen, das heißt, das den Organen nahezulegen.

Ich bin später darüber informiert worden, daß der Verlust höher ist, als wir damals wußten als wir miteinander gesprochen haben. Ich habe schon bei meiner Pressekonferenz nach Ihnen gesagt, daß ich der Meinung bin, Priorität muß jetzt alles das haben, was notwendig ist, daß der Schaden bei der VOEST begrenzt wird und daß für dieses große Unternehmen die Voraussetzungen geschaffen werden, auch in Zukunft bestehen zu können.

Alle anderen Maßnahmen, habe ich gesagt, sollen in den Organen diskutiert werden, beredet werden. Da stimme ich dem Abgeordneten Taus zu. Dort soll jetzt alles untersucht

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

werden, dort müssen auch entsprechende Konzepte ausgearbeitet werden und dort soll auch überlegt werden, ob es eine Sonderprüfung geben soll, ob das sinnvoll ist, ja oder nein. Das hat Minister Lacina hier vor Ihrer Wortmeldung gesagt. Ganz klar und eindeutig hat er das gesagt.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß ganz ernsthaft: Wissen Sie, ich höre aus vielen Zwischenrufen Ihre tiefe Aversion gegen die verstaatlichte Industrie heraus, die weit über den Anlaßfall hinausgeht, meine Damen und Herren. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Alles das, was Sie hier an Schlagworten geprägt haben, von „Betriebskaisern“, dem „Eingriff der Gewerkschaften“ und dem „Hineinregieren der Regierung“, das zeigt sehr deutlich, worauf Sie hinauswollen. Ich weiß das schon. Sie wollen damit sozusagen die Sozialistische Partei und die Bundesregierung treffen. (*Abg. Dr. Blenk: Polemik statt Argumenten! Armes Österreich!*)

Herr Abgeordneter Taus! Sie sagen gewissermaßen: Die Anklagebank das ist die Regierungsbank; und Sie sagen auch gleich, was Sie wollen, so wie bei Zwentendorf. Zwentendorf ja, wenn Sie in der Regierung sind, und die Zustimmung für die Gestion der Verstaatlichten dann, wenn Sie in der Regierung sind. Das war im großen und ganzen der Inhalt Ihrer Rede. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich gebe zu, es ist ein großer, ein schwerwiegender Rückschlag, den wir bei der VOEST erlitten haben. Ich bin der letzte, der die Dramatik erkennen würde. Ich bin der letzte, der nicht weiß, welche Sorgen uns damit aufgebürdet werden. Ich bin der letzte, der nicht zugibt, daß wir uns hier unendlich anstrengen müssen, um mit den Problemen fertig zu werden.

Wir haben aber auch jetzt die Chance, vieles tun zu können, was uns früher große Schwierigkeiten bereitet hätte, und wir wollen diese Chance wahrnehmen. In diesem Sinne bekenne ich mich zu der politischen Verantwortung, die wir für diesen großen Bereich der österreichischen Wirtschaft übernehmen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wir stehen zur verstaatlichten Industrie, so wie wir das in der Regierungserklärung klar und deutlich gesagt haben, als einem Teil der österreichischen Industrie. Wir sehen die Industrie als eine Einheit. Wir sind längst soweit, daß wir darüber eigentlich überhaupt nicht mehr dis-

kutieren müßten. Wir stehen auch zu den Managern in den verstaatlichten Unternehmungen. Wir verlangen aber den Erfolg. Wir stehen dazu, verlangen aber den Erfolg!

Meine Damen und Herren! Ein Hineinregieren in die Arbeit der Manager, das gibt es nicht. Nein. Wir wissen, daß es sehr schwer ist, gerade im Hinblick auf die Strukturkrise in der Grundstoffindustrie, für viele dieser Persönlichkeiten, die dort arbeiten. Aber die Ziele, die wir vorgeben, müssen eingehalten werden, und wenn das nicht der Fall ist, dann müssen auch Konsequenzen gezogen werden.

Wir stehen aber vor allem — und das sage ich zum Schluß — zu den vielen Arbeitern und Angestellten, die in den verstaatlichten Unternehmungen tätig sind und die in den letzten Jahrzehnten große Leistungen vollbracht haben. Wir wissen, daß die Strukturveränderungen mit vielen Schmerzen und mit vielen neuen Aufgaben für die Arbeiter und Angestellten verbunden sind, und daher stehen wir auch dazu, daß wir entsprechende soziale und regionale flankierende Maßnahmen setzen. In dieser Hinsicht sind wir uns bei der sozialen Verpflichtung sehr wohl bewußt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sie sollen wissen, daß wir, und das im Interesse der gesamten österreichischen Wirtschaft, alles daran setzen werden, um den Bestand dieser Arbeitsstätten zu erhalten. Wir werden das als nationale Aufgabe ansehen (*Abg. Burgstaller: Da schau her!*), wir werden uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, und ich bin davon überzeugt, daß es uns auch gelingen wird. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Dr. Schwimmer: Gefährliche Drohung!*) 11.49

Präsident Mag. Minkowitsch: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Abgeordnete Dr. Taus gemeldet. Ich mache ihn auf die 5-Minuten-Begrenzung aufmerksam und erteile ihm das Wort.

11.50

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, ich bin kein Beckmesser, ich bin auch, glaube ich, nicht angekürt, aber in manchen Fragen bin ich penibel.

Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, es trenne uns — Sie haben die SPÖ und die Österreichische Volkspartei gemeint — in der Sache der Sanierung des Staatshaushaltes die

9996

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Taus

Tatsache, daß Sie, die SPÖ, das ohne wirtschaftliche Erschütterung machen wollen, und haben damit impliziert, daß wir eine Sanierung mit wirtschaftlicher Erschütterung machen wollen.

Herr Bundeskanzler! Es trennen uns sicher viele politische Fragen, aber wenn uns etwas nicht trennt, dann ist es die Tatsache, daß auch die Österreichische Volkspartei eine Sanierung ohne wirtschaftliche Erschütterung machen will, machen wird, wenn sie die Möglichkeit dazu bekommt.

Es soll nicht im Raum stehen, daß der Österreichischen Volkspartei ein Sanierungskonzept, das nur mehr Blut, Schweiß und Tränen hat, unter die Jacke gejubelt wird, auch nicht von Ihnen von der Regierungsbank her. Daher berichtige ich das tatsächlich, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.) ^{11.51}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck. Ich erteile es ihr.

^{11.51}

Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist verständlich, daß die Situation der VOEST heute im Mittelpunkt dieser Debatte steht, obwohl eine Generaldebatte zum Budget umfassender sein sollte. Ich bin sehr froh, Herr Abgeordneter Taus, daß Sie nun diese tatsächliche Berichtigung gebracht haben, denn ich bin der Meinung, daß das Problem VOEST uns alle, uns alle gemeinsam angeht und nicht nur die Sozialistische Partei. Das haben Sie in Ihrer ersten Wortmeldung anklingen lassen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, für diesen Staat und für die Bevölkerung Verantwortung tragen wollen, dann müssen Sie auch hier Mitverantwortung tragen. Die Sorgen der 70 000 Beschäftigten in den Konzernbetrieben sind unser aller gemeinsame Sorgen, das möchte ich hier festhalten. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Parteiobmann Mock kritisiert, daß mein steirischer Freund Ileschitz auch im Zusammenhang mit der verstaatlichten Industrie Sorge um das Prestige der Parteien zum Ausdruck bringt. Das Prestige der Parteien ist in der Demokratie von ganz besonderer Wichtigkeit. (Abg. Dr. Licha l: Parteien?) „Der Parteien“, sage ich hier. Wir alle stehen hier für die Wähler, wir alle stehen hier aber auch für

unsere Parteien, das muß man festhalten und darf nicht immer das eigene Nest beschmutzen.

Aber lassen Sie mich nun, wenn schon diese Budgetdebatte ein bißchen umfassender sein soll, ein bißchen über den Gartenzaun hinausschauen.

In fast allen Staaten der Welt kämpft die Stahlindustrie ums Überleben, und in fast allen Staaten der Welt kämpft man mit Budgetdefiziten, man versucht, die Budgetausgaben einzuschränken. In der Art und Weise, wie man das macht, zeigen sich freilich Grundsätze und Gesinnung eines Parlaments und der jeweiligen Regierung. Konservative — ich denke etwa an Deutschland, aber auch an England — gehen zuallererst daran, die Sozialausgaben zu kürzen und die sozialen Rechte einzuschränken.

Wir müssen uns in dieser Budgetdebatte auch mit dem Sektor Soziales beschäftigen. Wir in Österreich haben — man sollte auch einmal etwas Positives in diesem Raum sagen — das soziale Netz für die Menschen verbessert, wir haben es weiter ausgebaut und wir bauen noch immer an diesem sozialen Netz für unsere Menschen.

Wenn wir jetzt darangehen, den wahlweisen Karenzurlaub zu verwirklichen, dann kommen wir damit dem Wunsch der jungen Menschen, die schließlich die Kinder bekommen, nach und setzen damit wieder einen bedeutenden Schritt im Sozialbereich.

Ich hoffe sehr, daß die Verhandlungen im Sozialausschuß zügig erfolgen, daß sich alle drei Parteien bald über diesen wahlweisen Karenzurlaub, den unsere Frauen wünschen, einigen.

Interessant für uns ist, daß trotz der Einschränkungen der sozialen Budgets in konservativ regierten Staaten das Budgetdefizit nicht wesentlich sinkt und auch die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht. Schon daraus ist deutlich ersichtlich, daß die Politik der Konservativen offenbar doch nicht die richtige Politik ist.

In Österreich haben wir auf allen Ebenen eine bessere Situation. Machen wir doch nicht nur in Pessimismus, meine Damen und Herren! Wir müssen auch das Gute in unserem Staate sehen. Wir haben — weltweit gesehen — ein hohes Beschäftigungsniveau, mit einer Arbeitslosenrate von 4,5 Prozent liegen wir

Dr. Jolanda Offenbeck

weitaus besser als alle anderen europäischen Staaten, aber auch als Amerika und Kanada.

Die Inflationsrate betrug im Oktober in Österreich 2,7 Prozent, das ist niedriger als in fast allen Staaten, sogar die Schweiz hatte im Oktober eine höhere Inflationsrate, nämlich 3 Prozent, und nur die Bundesrepublik Deutschland lag mit 1,8 Prozent niedriger als Österreich. Das ist doch ein Erfolg, den wir auch sehen sollten.

Österreich ist kreditwürdig, der Lebensstandard der Österreicher ist hoch, die Sicherheit in Österreich ist weitaus höher als die in vielen anderen Staaten der Welt, und manche, die aus dem Westen zu uns kommen, wissen das sehr wohl zu schätzen, für uns ist es aber eine Selbstverständlichkeit.

Trotz vieler Probleme und trotz der Probleme, die wir nun einmal in der VOEST haben, haben wir gesamt gesehen eine gute Situation in Österreich, darüber können wir uns doch alle gemeinsam hier in diesem Hohen Haus freuen und mit uns die österreichische Bevölkerung! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Was mir Sorge macht, neben der VOEST, was uns alle mit Sorge erfüllen muß, ist aber die Tatsache, daß das Prestige des Parlaments, das Prestige der Parteien und der Politiker ständig sinkt.

Ich habe kürzlich gelesen, daß das Sozialprestige der Politiker gegenwärtig bei 7 Prozent liegt, das der Ärzte aber bei 65 Prozent. Das sollte uns doch alle gemeinsam nachdenken lassen, meine Damen und Herren! Es ist geradezu Mode geworden, sich abfällig über den Parlamentarismus und die Parteien zu äußern, heute hat das ja auch Herr Parteiobmann Mock ein bißchen anklingen lassen. Die Parteien sind also schuld an dem Debakel, das wir gegenwärtig zu bewältigen haben.

Das Prestige der Parteien, des Parlaments und der Politiker ist wichtig, hängt doch vom Ansehen der Politiker und der Parteien vielfach ab, wie man unsere Demokratie insgesamt beurteilt. Manche sind ja geradezu daran interessiert, unser Parlament und die Demokratie so darzustellen, daß man an der Funktionsfähigkeit des gesamten Staatssystems zweifeln könnte.

Meine Damen und Herren! Alle Staatsbürger sind Teil unseres Staates und Träger unserer Demokratie! Wer sich zu Freiheit und Menschenrechten, wie sie in Österreich ver-

wirklicht sind, bekennt, sollte auch bereit sein, seine Kraft und Ideen in die Parteien einzubringen und am demokratischen Meinungsbildungsprozeß in den Parteien mitzuwirken. Wir müssen alles tun, um das Prestige der Parteien zu erhöhen, alle Parteien gemeinsam.

Wenn wir unserer Demokratie nicht Schaden zufügen wollen, werden wir uns auch im kommenden Wahlkampf, im Präsidentschaftswahlkampf, sehr bemühen müssen, alles zu vermeiden, um das Ansehen jener Persönlichkeiten, die sich bei der Bundepräsidentenwahl bewerben, nicht leichtsinnig zu zerstören. (Abg. Dr. Kohlmaier: Sagen Sie das einmal dem Kollegen Schieder in einer stillen Stunde!) Alle gemeinsam. (Abg. Schieder: Was heißt das, Herr Kollege? — Abg. Dr. Kohlmaier: Daß Sie eine Schlamschlacht eröffnen! — Abg. Dr. Schranz: Womit denn?)

Ich habe kürzlich, meine Damen und Herren, bei Rotariern in Bruck Gelegenheit gehabt, über das Parlament zu sprechen. Dort wurde mir neuerlich klar, daß wir längst eine Aufklärungskampagne starten müssen, um der Bevölkerung deutlich zu machen, daß sich Parlamentarismus nicht nur im Plenarsitzungssaal des Nationalrates vollzieht, sondern daß Parlamentarismus auch hinter den Kulissen dieses Hauses stattfindet.

Wir müssen den Menschen in Österreich deutlich machen, daß nicht jene Parlamente die besten sind, die vollbesetzt zu allen Erklärungen der Regierung frenetisch klatschen, sondern daß Demokratie und wirkliche Freiheit auf ganz anderen Säulen ruhen. Wir sollten daher alle gemeinsam nachdenken, wie wir den Parlamentarismus in Österreich vor Versteinerung bewahren können.

Auch hier im Parlament sollte das Wort „panta rhei“, alles fließt, alles ist in ständiger Bewegung, Situationen wie auch gesellschaftlichen Verhältnissen gelten. Wir müssen gemeinsam einen Weg finden, um mehr Spontanität in diesen Plenarsitzungssaal zu tragen. Vielleicht trägt eine weitere Verkürzung der Redezeit dazu bei. In Straßburg hat man im Europarat Redezeiten von fünf, sieben oder zehn Minuten, dadurch entsteht viel mehr Spontanität, und viel mehr Abgeordnete kommen zu Wort.

Wenn es uns nicht gelingt, das Plenum des Nationalrates, das ein Fenster in die Öffentlichkeit ist, attraktiver zu gestalten, werden immer mehr junge Menschen ihre Kraft nicht

9998

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Jolanda Offenbeck

den hier im Parlament vertretenen Parteien zur Verfügung stellen, sondern Wege in die Splitterszene suchen und finden. Dann besteht die Gefahr, daß sie ihre Kraft an die Alternativen, an die Grünen und so weiter sinnlos verschwenden. Das könnte jene Parteien, die bisher das Schicksal Österreichs gut gelenkt haben, entscheidend schwächen; für Österreich und für die Menschen in Österreich könnte das der Beginn eines fraglichen Abenteuers werden.

Kelsen, der Vater unserer Verfassung, hat gesagt — ich zitiere —: „Nur Selbsttäuschung oder Heuchelei kann vermeinen, daß Demokratie ohne politische Parteien möglich ist. Die Demokratie ist notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat.“ — Ende des Zitates.

Ein Bekenntnis zur Demokratie — und das betone ich hier noch einmal — bedeutet aber ein eindeutiges Bekenntnis zu den politischen Parteien. Unsere Bürger und wir alle sollten das immer wieder bedenken. Unsere Bürger sollten nicht leichtfertig über die Parteien den Stab brechen und die Parteien nicht leichtfertig verdammten. Auch Grüne und Alternative werden, wenn sie über die Kinderschuhe hinauskommen — heute stecken sie ja noch in den Kinderschuhen, denn sie streiten doch über die Spielregeln und Statuten, die sie sich geben wollen —, unvermeidlich „Partei“ werden.

Mit Kelsen stimme ich also voll überein, wenn er sagt: Parteien und echte Demokratie sind unzertrennlich.

Überall in der Welt sieht man, wie sich Staaten entwickeln, in denen es kein Partiensystem gibt. Der Staatsbürger muß um seine Freiheit zittern, wird zum Schweigen verurteilt; es gibt keine freien Wahlen, man täuscht das eigene Volk mit einer Mitbestimmung, die überhaupt nicht existiert. Menschenrechte — und das muß man deutlich festhalten — werden nur in der Demokratie tatsächlich respektiert! (*Beifall bei der SPÖ und Beifall des Abg. Dr. Kohlmaier.*)

Es ist aber das gute Recht jeder Partei, Teilinteressen vehement zu vertreten, über das klärende Gespräch, auch Streitgespräch, muß aber dann das Gesamtinteresse verwirklicht werden. Das Resultat von Verhandlungen und Gesprächen muß dann all unseren Staatsbürgern dienen. Und dienen, das wollen wir doch alle den Österreichern, meine Damen und Herren!

Keine Partei und schon gar kein Abgeordneter soll von sich glauben, daß er fähig ist, alle Interessen zu vertreten. Parteien und Parlamentarismus sind daher unabdingbare Notwendigkeiten für eine funktionierende Demokratie. Probleme der Wirtschaft, Erziehung, aber auch der Sozialansprüche, Rechtsreformen und Kulturfragen müssen gelöst werden. Das alles muß auch in unserem Budget gelöst werden — vielfältige Bereiche des staatlichen Zusammenlebens. Das kann nur auf dem demokratischen Boden des Parlamentarismus geschehen.

In Österreich identifizieren sich, und das ist erfreulich, viele Menschen mit den Parteien und gehörden den Parteien sogar an. Die Zahl der Parteimitglieder soll in Österreich rund 2 Millionen betragen, das ist ein beachtlich hoher Organisationsgrad. Zwar sind nicht alle Parteimitglieder aktiv in den Parteien tätig, die Mitgliedschaft ist aber sicherlich ein Vertrauensvotum für die gewählte Partei. Der Staatsbürger erwartet die Vertretung seiner Interessen als Entgelt für sein Vertrauen. Schon aus diesem Grund haben wir Parlamentarier höchste Verantwortung.

Abgeordnete sind aber auch nur Menschen und können nur ein gewisses Teilspektrum des Lebens überschauen. Unsere Berufsausbildung und Lebenserfahrung helfen uns dabei. Aus diesem Grund ist es so wichtig, daß der Parlamentarier auf Berufserfahrung aufbauen kann, gleichgültig auf welcher, ob Universitätsprofessor oder Hilfsarbeiter, ob Angestellter oder Selbständiger. Dennoch sind wir Abgeordneten auf vielen Teilgebieten — und das möchte ich hier einmal sehr ausdrücklich betonen — auf die Aussagen der Experten angewiesen, das birgt Fehlerquellen. Aber man sollte doch den Abgeordneten das ernsthafte Bemühen zubilligen, nach besten Lösungen zu streben.

Zwischen Wählerschaft und Gewählten sollte keine Kluft entstehen. Es darf nicht auf der einen Seite Entscheidende geben und auf der anderen Seite solche, die die Entscheidungen passiv hinnehmen. Gerade in den letzten Jahren waren die Bemühungen sehr intensiv, zwischen dem Parlament und der Bevölkerung ein Zusammenwirken und ein Einverständnis zu erzielen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Medien sagen, weil diese so wichtig sind. Die Unterstützung der Medien ist zum Funktionieren der Demokratie unerlässlich. Der Inhalt politischer Gespräche oder Streitgespräche wird dem Wähler fast ausschließlich

Dr. Jolanda Offenbeck

durch die Medien bekannt. Daher ist die Verantwortung der Medien außerordentlich groß.

Presse, Rundfunk und Fernsehen tragen auch im kommenden Wahlkampf besondere Verantwortung. Was wir wollen, ist, daß die Menschen gut und möglichst objektiv informiert werden, daß sie dann die Situation kritisch beurteilen und schließlich ihre Wahl treffen können.

Meine Damen und Herren! Die Demokratie braucht auch Kritik, braucht Opposition. Opposition sollte aber so gestaltet sein, daß sie kritisch und initiativ ist, daß sie die Regierungspartei sehr genau kontrolliert, daß sie dabei aber realistisch bleibt. Und diesen Realismus vermisste ich bei der großen Oppositionspartei, wenn es um die Beurteilung der wirtschaftlichen Situation geht, wenn es um die kritische und ehrliche Beurteilung dieses Budgets geht. Diesen Realismus vermisste ich bei der Oppositionspartei auch dann, wenn es um die Beurteilung unserer sozialen Einrichtungen geht, die gemessen an den Sozialeinrichtungen anderer Staaten wahrlich vorbildlich und beispielgebend sind.

Eines muß uns bewußt sein: Die Demokratie ist kein Endzustand! Sie ist ein fortwährendes Neugestalten von Situationen, sie ist Anpassung an Leben und Notwendigkeit.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Das Budget 1986 ist ein Budget, das die Interessen aller Staatsbürger berücksichtigt, die Leistungen auf dem Sozialsektor sicherstellt, gleiche Bildungschancen für alle Staatsbürger sichert, ohne daß ein Numerus clausus eingeführt wird, den es ja in manchen anderen Staaten gibt. Es ist ein Budget, das die Leistungen des Bundes für die Familien verbessert. Dieses Budget sichert für alle — für Arbeiter und Angestellte, für Bauern und Unternehmer — die materielle Basis, auf die alle unsere Staatsbürger Anspruch haben und für die wir alle zu sorgen haben.

Sie, meine Damen und Herren, stimmen heute erneut gegen dieses Budget, so wie Sie das in den letzten 15 Jahren getan haben, obwohl es ein Budget ist, das in einem realistischen Rahmen die besten Lösungen für die Menschen in Österreich sucht und findet. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 12.11

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

12.11

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zunächst

auf einige Aussagen des Herrn Bundeskanzlers eingehen — er gibt uns im Moment nicht die Ehre —; Aussagen, zu denen man Stellung nehmen muß aus der Sicht der Opposition.

Meine Damen und Herren! Daß der Herr Bundeskanzler in der augenblicklichen Situation eine gewisse Bedrängnis empfindet, und Bedrängnis kann zu aggressiven Reaktionen führen, dafür haben wir Verständnis. Aber der ÖVP zu unterstellen — und er beruft sich da auf Zwischenrufe —, daß sie eine Animosität gegen die verstaatlichte Industrie hätte, das ist unbegreiflich.

Ich möchte nur einfach wieder einmal daran erinnern, wann diese Industrien in den Besitz des Staates übergegangen sind, aus patriotischen, aus nationalen und auch aus anderen Gründen: Es war dies zu einer Zeit, als die Österreichische Volkspartei in diesem Hohen Haus die absolute Mehrheit hatte. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Und das sagte Sinowatz nach der für mich sehr beeindruckenden Rede des Dr. Josef Taus, der nicht zuletzt für die Österreichische Volkspartei für diese verstaatlichte Industrie so viel getan hat und einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, daß die verstaatlichte Industrie lange Zeit diesem Staat und seinen Steuerzahlern keine Sorgen bereitete! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben diese verstaatlichte Industrie, gegen die wir angeblich eine Animosität haben, als wir die Regierungsbänke verlassen mußten, in geordnetem Zustand übergeben, mit jährlichen namhaften Gewinnen. Wenn man das als „Animosität“ bezeichnet, dann muß ich sagen: Es war eine richtige Haltung, die wir gegenüber der verstaatlichten Industrie an den Tag gelegt haben. — Heute hingegen bewegt uns in erster Linie Sorge.

Sinowatz fragte heute, warum die ÖVP böse ist, wenn er jetzt etwas tut, und bezog sich auf die kritischen Anmerkungen des Abgeordneten Taus zur Verantwortlichkeit der Organe, die hier übersprungen wurden durch die gestrigen spontanen Maßnahmen, die man auch als Panikmaßnahmen bezeichnen könnte.

Die Frage der Zwischeninstanzen zwischen dem Bundeskanzler als Regierungschef und dem Betrieb ist in diesem Zusammenhang sehr wesentlich, Hohes Haus. Wir müssen darüber nachdenken, wir müssen uns mit dieser Frage befassen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder es gibt Zwischeninstanzen,

10000

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Kohlmaier

es gibt eigene Verantwortungsträger, dann kann man die Verantwortung dorthin abschieben, oder man entscheidet selbst, man designiert, man verkündet der Öffentlichkeit ohne diese Instanzen, was geschieht. Aber dann, meine Damen und Herren, bekundet man eigentlich, daß man ohne Zwischeninstanzen den Zugriff hat. Denn wer designieren kann, entscheidet, und das schaue ich mir an, wie die Organe etwas anderes entscheiden werden als der Designierungsakt der Bundesregierung!

Taus hat mit Recht darauf hingewiesen, daß man den Informations- und Entscheidungsfluß und die Verantwortungssituation nicht teilen kann. Wenn man Leute wegschickt, sind die anderen verantwortlich, wenn man neue bestellt, ist man selbst verantwortlich. — So geht es nicht, Herr Bundeskanzler! Darauf hat Taus mit Recht hingewiesen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In seiner gerne beschwichtigenden und immer beruhigend sein wollenden Art sagte der Bundeskanzler, es gehe jetzt darum, den Schaden zu begrenzen, und er hat hier die Worte „gute Zukunft“ in den Mund genommen.

Meine Damen und Herren! Diese Worte von der „guten Zukunft“ hören wir gerade in bezug auf die Verstaatlichte schon sehr lange. Es ist ja nicht so, daß das erste Mal etwas passiert ist: Eine neue Situation ist eingetreten, und jetzt werden wir die „gute Zukunft“ herbeiführen. Diese wird uns schon seit Jahren in unzähligen Zusagen, ich möchte fast sagen, Floskeln versprochen. Aber alle waren nichts wert, und ich befürchte, daß auch die heutige Heraufbeschwörung der „guten Zukunft“ für die Verstaatlichte keinen Wert hat.

Sinowatz meinte, die Regierung habe den Mut gehabt, diesen Betrieben Mittel zuzuführen. Damit hat er zum Ausdruck gebracht, daß wir diesen Mut nicht hatten, weil wir der damaligen Mittelzuführung nicht zugestimmt haben. Ja, Mut war es schon, Hohes Haus, aber ich muß sagen, es war leider ein trauriger Mut, hohe Beträge aus dem Bundesbudget zur Verfügung zu stellen, ohne sicherzustellen, daß das etwas nützen wird. Es hat sich eben jetzt herausgestellt, daß es ein trauriger Mut war, daß man den Steuerzahler beziehungsweise das Staatsbudget sehr, sehr stark belastet hat, ohne den erwünschten Erfolg herbeizuführen. Das als Mut zu bezeichnen, halte ich für falsch. Es war ein trauriger, ein verfehlter Mut! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Schließlich ging der Herr Bundeskanzler noch dazu über — es wäre überraschend gewesen, wenn er das nicht getan hätte —, allgemeine Wirtschaftsentwicklungen zu loben. Ja, Hohes Haus, ist Ihnen allen, ist uns allen klar, was die gestrigen Ereignisse bedeuten im Rahmen einer Budgetdebatte? — Sie bedeuten doch nicht mehr und nicht weniger, als daß dieses Budget, über das wir in diesen Tagen beraten, obsolet geworden ist. Dieses Budget stimmt auf Grund der gestrigen Ereignisse nicht mehr, und nicht um ein paar Millionen oder um hundert Millionen. Ich glaube, es ist nicht verfehlt zu sagen, daß wir hier Veränderungen um einige, vielleicht 10 Milliarden erwarten müssen.

Stimmt dann noch das Budget der Konsolidierung, das uns der Finanzminister hier vorgetragen hat? Stimmt dann noch annähernd, was Kollegin Offenbeck vor wenigen Minuten hier gesagt hat, nämlich es sei ein realistisches Budget? Ja wo liegt der Realismus, wenn wir hier ein Budget diskutieren, das auf Grund dieser Finanzkatastrophe bei der VOEST einfach nicht mehr stimmen kann?

Meine Damen und Herren! Eigentlich müßte eine gewissenhafte Regierung jetzt aufstehen und sagen: Wir bedauern, Hohes Haus, das Budget, über das hier geredet wird, ist obsolet geworden. — Man tut aber so, als ob nichts wäre. Man lobt Wirtschaftsdaten. Es ist fast gespenstisch, was sich hier abspielt.

Etwas muß man in dem Zusammenhang auch sagen: Ich habe den ganz dringenden Verdacht — und ich stehe damit sicherlich nicht allein da —, daß wir gestern und heute eigentlich nur die Spitze eines Eisberges wahrnehmen konnten. Ich glaube, man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusehen: Es kommt noch viel dicker nach.

Führen wir uns nur einmal ein paar Daten vor Augen. Betrachten wir das Grundkapital der VOEST: 4,875 Milliarden Schilling, nach dem letzten Verlustvortrag um 518 Millionen Schilling verringert; das ist abzuziehen. Das, was auf uns zukommt, überschreitet den verbleibenden Betrag. Meine Damen und Herren! Das heißt, daß das größte Industrieunternehmen Österreichs das gesamte Grundkapital verloren hat! Ja bedenkt man, was das eigentlich bedeutet? — Man hat die Bewertungsreserve bereits ausgenutzt, sie ist weg. Alles, was bisher noch möglich war, um die Bilanz ein bißchen zu verbessern, gibt es nicht mehr.

Meine Damen und Herren! Bundesparteiob-

Dr. Kohlmaier

mann Dr. Mock war heute sehr vorsichtig, als er von den Bayou-Verlusten gesprochen hat. Es würde mich nicht wundern, wenn sie sich in Größenordnungen von 7 Milliarden bewegen! Ist uns klar, was das für diesen Staatshaushalt, was das für die ganze Wirtschaft dieses Landes bedeutet?

Noch einmal ein kurzer Rückgriff auf die VOEST: In der VOEST-Bilanz ist dieses AMI-Werk, das uns auch gestern vor Augen geführt wurde, als Aktivposten enthalten. Die VEW, die in allergrößten Troubles sind, stehen in der VOEST-Bilanz als Beteiligungsvermögen von 2,2 Milliarden Schilling.

Ich möchte damit nur zum Ausdruck bringen: Ich bin sehr sicher — und das ist wirklich traurig, das ist äußerst bedenklich —, daß das, was wir seit gestern wissen, noch lange nicht alles ist, daß eine Entwicklung auf uns zukommt, deren Dimensionen wir jetzt noch gar nicht abschätzen können, die aber außerordentlich bedenklich, außerordentlich schwierig sein wird.

Hohes Haus! Ich möchte in diesem Zusammenhang eine sehr prinzipielle Frage aufwerfen, gerade nach der Rede des Bundeskanzlers, gerade in dieser schwierigen Situation, die uns zu allergrößten Sorgen und Bedenken veranlassen muß.

Der Bundeskanzler neigt so wie die ganze sozialistische Regierungspartei in dieser Situation — man spürt das — dazu, vor dieser Herausforderung, vor dieser Belastung, die entstanden ist, wieder zu flüchten. Für mich war das Reden über allgemeine Wirtschaftsdaten sehr, sehr bezeichnend. Taus hat mit Recht darauf hingewiesen, daß das Reden über allgemeine Wirtschaftsdaten — überhaupt dann, wenn man sie positiv beleuchtet — sinnlos ist, wenn man vor dem Desaster eines Wirtschaftssektors steht.

Aber eigentlich ist auch das, was Klubobmann Wille hier getan hat, nämlich die Einbeziehung der ÖVP in die Verantwortung, nichts anderes als das Wirken eines sogenannten Fluchtmechanismus.

Meine Damen und Herren! Wie oft haben wir in den letzten Monaten und Jahren sehr hochmütige Äußerungen von sozialistischen und freiheitlichen Politikern gehört, die gesagt haben: Na mit der ÖVP kann man doch gemeinsam nichts machen! Immer wieder hören wir diese sehr, sehr kategorische und bis zu einer gewissen Hinsicht nicht

gerade von Hochschätzung Zeugnis gebende Aussage gegenüber der Oppositionspartei.

Aber, meine Damen und Herren: Nicht mehr Vorzüge sind es jetzt, die man preisen kann, wo man die Opposition wegdrängt, nicht mehr Wohltaten und Erfolge kann man für sich reklamieren. Auf einmal kommen gewaltige Schwierigkeiten, und das führt bei Klubobmann Wille und anderen zur Wiederentdeckung der ÖVP und ihrer angeblichen Verantwortung. Das ist so durchsichtig, das ist so leicht zu durchschauen, meine Damen und Herren, daß man sich eigentlich darüber nicht mehr unterhalten muß. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.*)

Darf ich Ihnen, Kollege Schranz, in Erinnerung rufen, wie oft die ÖVP das Thema verstaatlichte Industrie hier zur Diskussion gestellt hat, in dringlichen Anfragen, bei den Anlässen des Budgets und so weiter. Wir haben zur verstaatlichen Industrie immer wieder Anträge gestellt, weil uns seit vielen Jahren die Sorge um diese Betriebe und um ihre Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Situation bewegt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber Sie, meine Damen und Herren, haben diese Anträge abgelehnt, Sie haben Ihre Mehrheit eingesetzt, Sie haben die Sorge und die Vorschläge der Volkspartei zurückgewiesen. Und jetzt kommen Sie her und sagen: Wir sind ja ohnedies dabei. Es ist alles in Ordnung. Die ÖVP trägt eine Mitverantwortung.

Diese Teilung der Verantwortung: Wenn es gutgeht und Sie glauben, daß Sie es allein können, dann machen Sie es, aber wenn es schiefgeht, dann ist die ÖVP wieder herbeizuhören, können Sie mit uns nicht machen, meine Damen und Herren! Nehmen Sie das zur Kenntnis. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.*)

Weil von der Creditanstalt die Rede war: Da gibt es den Präsidenten Bock, das ist ein honoriger Mann. Ich glaube, das Institut kann froh darüber sein, daß es einen Mann dieses Formats an der Spitze des Aufsichtsrats hat. Aber wie sieht da die politische Verantwortung aus? Als der Generaldirektor Androsch in diese Funktion berufen wurde — ich erinnere mich noch ganz genau daran — haben die Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum AKH, die sehr, sehr bedenkliche Wahrnehmungen zur Person des Dr. Androsch machten, an alle Aufsichtsratsmitglieder der Creditanstalt einen Brief gerichtet, in dem wir darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Ergebnisse des

10002

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Kohlmaier

Untersuchungsausschusses es nicht rechtfer-
tigen, diesen Mann in die höchste Verantwor-
tung der Bank zu berufen.

Die Aufsichtsräte der SPÖ und auch der Herr Kabas von der Freiheitlichen Partei — ich glaube, er war es — haben das damals ignoriert, sie haben entschieden, sie haben uns niedergestimmt. Ja was nützt da ein Aufsichtsratspräsident, der eine sicher wichtige Funktion hat, der das Unternehmen bis zu einem gewissen Grad sehr gut repräsentieren kann, muß und dies auch bewältigt, wenn in den wirklich entscheidenden sensiblen Fragen die Mehrheit eingesetzt wird? Mehrheit heißt Verantwortung, meine Damen und Herren! Führen Sie sich das vor Augen! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Steinbauer: Der Bundeskanzler sollte sich das anhören, aber er ist nicht hier!*)

Ich möchte jetzt etwas sehr Persönliches zum Herrn Bundeskanzler sagen. (*Zwischenruf des Abg. Schieder.*)

Herr Schieder! Ich möchte mich jetzt mit der Person des Bundeskanzlers ein bißchen auseinandersetzen, ich bedaure sehr, daß er nicht anwesend ist, aber ich werde es dennoch tun. (*Zwischenruf des Abg. Samwald.*)

Sehr verehrter Herr Kollege! Ich bin so wie Sie ein freigewählter Abgeordneter der Republik Österreich, und was ich sage, wird wohl dasselbe Gewicht haben wie jede Stimme in diesem Haus. Das möchte ich schon einmal feststellen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Samwald: Ich habe nichts dagegen!*)

Der Herr Bundeskanzler ist diesem Hohen Haus verantwortlich und hat jeden seiner Abgeordneten ernst zu nehmen. Das werden Sie nicht bestimmen (*Abg. Samwald: Das bestimme ich auch nicht!*) das werden die Wähler bestimmen! Da können Sie ganz sicher sein. (*Abg. Samwald: Das wird auch der Kohlmaier nicht bestimmen!*)

Ich setze mich jetzt mit dem Bundeskanzler auseinander. Da möchte ich doch bitten, meine Damen und Herren, daß wir uns mit einer Frage beschäftigen: Was ist gestern geschehen? Schwierigkeiten kamen zutage, die Reaktion war das Abberufen eines neunköpfigen Vorstandskollektivs. Um nicht mißverstanden zu werden: Wir sind sehr dafür, daß Manager, die Mißerfolge verschuldet haben, diese auch verantworten müssen. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist für uns ein absolut gültiges Prinzip, das man in der Ver-

gangenheit schon öfter hätte anwenden sollen.

Aber wir sollten diese Aktion Sinowatz nicht isoliert sehen, sie fügt sich ja in ein Gesamtbild ein, in dem auch andere Personen aufscheinen, die mehr oder weniger über Nacht eliminiert wurden. Denken wir an den Fall DDr. Nenning, der sicher nicht unser politischer Freund ist (*Abg. Dipl.-Ing. Heinz Grabner: Ihr könnt ihn ja haben!*), der aber irgendwo als Außenseiter gegolten hat und auf einmal seinen Sessel vor der Tür gefunden hat — genauso wie die neun Vorstandsdirektoren.

Denken wir an eine sozialistische Abgeordnete des Bundeslandes Burgenland, meine Damen und Herren, des Bundeslandes des Bundeskanzlers, die auch mehr oder weniger über Nacht auf einmal den Sessel vor der Tür gefunden hat. (*Abg. Dr. Stippel: Reden Sie nicht über Dinge, die Sie nicht verstehen!*)

Muß es uns nicht zu denken geben, meine Damen und Herren, wenn wir beim Bundeskanzler der Republik Österreich eine offenbar sehr stark persönlich geprägte Neigung finden, Schwierigkeiten so zu bewältigen, indem er eliminiert, indem er exekutiert: Ich will mit euch nichts mehr zu tun haben, ihr habt zu gehen, und damit ist die Reinigung, das Purgatorium des Sinowatz und der Regierung wieder herbeigeführt.

Weil Wille heute schon „biblisch“ geworden ist, möchte ich hier doch einen Rückgriff auf das alte Testament machen. Mich erinnert dieser ganze Vorgang schon sehr an den Brauch des Volkes Israel, die Sünden einem Bock aufzuladen, ihn in die Wüste zu jagen, um dann sein Leben frei von aller Schuld und allen Lasten fortsetzen zu können.

Herr Bundeskanzler! Mit Wegschicken allein können Sie keine Probleme lösen. Wegschicken kann und muß manchmal erfolgen. Es sollte sogar manchmal auf der Regierungsbank nützlich sein. Aber bedenken Sie auch, meine Damen und Herren, daß diese sich immer deutlicher abzeichnende Bewältigung von Problemen durch das Eliminieren von Sündenböcken — ich bleibe jetzt bei dem Vergleich und bei dem Bildnis — politische Probleme und Dimensionen aufwerfen kann, die uns noch zu denken geben könnten.

Meine Damen und Herren! Es stellt sich schon die Frage, ob angesichts der Aussage des Dr. Sinowatz, in der VOEST sei auch etwas Gutes passiert, ein Kollektivabgang,

Dr. Kohlmaier

den man verordnet hat, wirklich das Zielführende ist. Hat man sich in diesem einen Tag oder in diesen zwei Tagen der Entscheidung überhaupt die Mühe gemacht, zu prüfen, wer von diesen Neun Schuld auf sich geladen hat, wer in seiner Rolle versagt hat, wer sie nicht bewältigt hat? Ist ein Kollektivabgang wirklich die ideale Lösung? Ich könnte mir doch vorstellen, daß man bei sorgfältiger Prüfung all dieser Dinge die Frage unter Umständen etwas differenzierter behandeln müßte, anstatt der Neigung nachzugeben: Mit dem Wegschicken befreie ich mich von den Problemen der politischen Verantwortung.

Natürlich wird man, wenn man über diese Dinge weiter nachdenkt, auch die Zwischeninstanzen untersuchen müssen.

Hohes Haus! Ich bin sehr sicher — ich hoffe, daß das erhärtet werden kann — daß die Schwierigkeiten der VOEST und deren Ausmaß spätestens im August dieses Jahres sichtbar waren. Es muß so gewesen sein. Die einigermaßen gewissenhafte Beobachtung der finanziellen Situation dieses Unternehmens mußte nach dem Sommer die jetzigen Ereignisse bereits erkennbar machen lassen.

Wie viele, die nicht im Vorstand der VOEST sitzen, haben ihre Aufgabe der Überprüfung der Kommunikation und der Wahrung der Interessen der Eigentümer unter Umständen nicht wahrgenommen? Ich möchte schon einmal hier sehr kategorisch zunächst — man wird auch hier differenzieren müssen — die Frage stellen: Was hat eine Dachgesellschaft, was hat eine Muttergesellschaft, was hat die ÖIAG überhaupt für einen Sinn, wenn solche Ereignisse nicht rechtzeitig der Republik Österreich und ihren Vertretern bekannt werden? Müssen wir hier wirklich den ganzen Unwillen auf den VOEST-Vorstand lenken, wenn die Zwischeninstanzen unter Umständen ihre ureigenste Aufgabe, nämlich die Kommunikation zwischen Eigentümern und zwischen den Organen der VOEST herzustellen, nicht entsprechend wahrgenommen haben? Fragen über Fragen! Fragen, die wir klären müssen.

Hohes Haus! Noch eine Anmerkung zu dem Problem — das ich bereits angeschnitten habe — des Obsoletwerdens des Budgets. Ich blicke nur einen Tag zurück und schaue auf die Frau Abgeordnete Partik-Pablé. Sie hat gestern zur Frage der Pensionen Stellung genommen und hat gesagt — und ich glaube ihr das, das ist eine durchaus menschliche Reaktion —, Sie würde gerne den Pensionisten die volle Dyna-

mik der Pensionsanpassung geben, aber das Geld sei nicht vorhanden.

Frau Dr. Partik-Pablé, die Beträge für die Pensionisten, über die wir gestern diskutiert haben, sind, wenn es hoch geht, einige Hundert Millionen Schilling. Sie haben gesagt, das Geld werde anderswo gebraucht, es sei nicht da. Ist Ihnen klar gewesen, daß wir heute — eigentlich auch schon gestern — der bedrückenden Situation gegenüberstehen, daß wir die Pensionen nur in einem ungerechten Ausmaß erhöhen können — wo es um ein paar Hundert Millionen Schilling geht —, weil wir Milliarden um Milliarden einer schlechten Wirtschaftspolitik und einer verfehlten Betriebspolitik der Regierung opfern müssen? Können Sie das irgendeinem Menschen in Österreich plausibel machen? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Können Sie irgendeinem Pensionisten in Österreich klar machen, warum auf der einen Seite ein paar Schilling für seine Pension fehlen und auf der anderen Seite Milliarden um Milliarden in ein Faß ohne Boden geschüttet werden?

Das ist das Kernproblem, vor dem wir heute stehen, nämlich daß dieser Staat nicht mehr ordentlich geführt wird, weil für die notwendigen Dinge kein Geld da ist. Aber für die schweren Fehler in der Verstaatlichten-Politik dieser Regierung müssen Milliarden da sein; Milliarden, die uns überall fehlen, Hohes Haus, bei allen wichtigen Projekten, die wir haben.

Was kann denn in diesem Staat heute überhaupt noch geschehen? Für nichts ist Geld da, aber für solche Pleiten muß das Geld da sein. Es wird uns bitter fehlen. Und Sie, Frau Kollegin, gehen her und sagen, den Pensionisten können wir es nicht geben. Für mich gibt es die Priorität: Erfüllen wir die sozialen Verpflichtungen, aber zahlen wir nicht für die Fehler von Menschen, die offenbar wirklich fehl am Platz waren, die nicht die richtigen wirtschaftlichen Leitlinien vorgegeben bekommen haben.

Die Pleite dieser Politik, meine Damen und Herren, trägt nicht irgend jemand, nicht die Weggeschickten sind die Leidtragenden. Die Leidtragenden sind die Steuerzahler und betroffen sind die guten Dinge, die wir nicht machen können wegen dieser Politik.

Ich bin sicher, es geht um Größenordnungen von zehn und mehr Milliarden Schilling, die wir jetzt verdauen müssen. Vranitzky hat

10004

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Kohlmaier

schon gesagt — noch bevor diese VOEST-Pleite in ihrem ganzen Ausmaß bekannt wurde —: Mit der Steuersenkung wird es nichts werden, vielleicht erst 1987. Der ÖGB legt Wünsche auf den Tisch, die 12 Milliarden Schilling kosten.

Meine Damen und Herren! Eine spürbare Steuerentlastung für den Arbeitnehmer Österreichs kostet 12 Milliarden Schilling. Der Finanzminister ziert sich, die Regierung kann nicht, es geht nicht, man wird woanders verzichten müssen und so weiter. Hier werden Beträge, die eine wirksame Steuersenkung ermöglichen würden, einfach für einen Betrieb, der falsch geführt wurde, der unter falschen Bedingungen arbeiten mußte, hingeben. Und die Arbeitnehmer Österreichs müssen auf die Stuersenkung warten.

Meine Damen und Herren! Ich möchte so wie Taus sagen: Ich stelle fest, daß Sie heute politisch überfordert sind. Sie sind überfordert. Notwendige Dinge, die jeder von diesem Staat erwartet und die wir einfach brauchen, um die soziale Symmetrie in diesem Staat, die Leistungsfähigkeit der Bürger, den Wohlstand, die Lebensqualität der Bürger sicherzustellen, sind nicht mehr bedeckbar. Auf der anderen Seite öffnet sich geradezu ein Krater von einem Finanzbedarf, der alles beeinträchtigen wird.

Meine Damen und Herren! Diese VOEST-Pleite wird die gesamte staatliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den nächsten Jahren in Frage stellen. Sie wird uns an sozialen Maßnahmen, sie wird uns an Steueraufnahmen hindern. Und deswegen sage ich: Sie sind überfordert — so ähnlich, wie es Taus gesagt hat — in Hinblick auf die Regulierung dieser Fragen.

Die Dinge sind außerordentlich ernst. Ich habe es wirklich nicht verstanden, daß Lacina mir auf einen Zwischenruf, in dem ich ihn auf dieses Designieren hingewiesen habe, gesagt hat, die Sachen seien ernst. Wir übersehen sicher nicht den Ernst der Situation. Ich glaube, daß nur wir den Ernst der Situation im vollen Umfang verstehen. Mit dem Wegschicken von ein paar Vorstandsmitgliedern haben Sie nichts erreicht, meine Damen und Herren. Hier müssen grundlegende Änderungen erfolgen. Ich bezweifle außerordentlich, daß Sie dazu die Kraft und den Mut haben. Sie sind zu sehr verfangen in den Fehlern Ihrer bisherigen Politik. (Beifall bei der ÖVP.) ^{12.35}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster

zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schieder. Ich erteile es ihm.

^{12.35}

Abgeordneter **Schieder (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte gleich an die Schlußbemerkung des Herrn Abgeordneten Kohlmaier anschließen, natürlich nur rednerisch, nicht inhaltlich. Wenn der Herr Abgeordneter Kohlmaier seine Rede zu dieser Frage in der Feststellung gipfeln läßt: Nur wir — und er meint damit die ÖVP — erkennen den Ernst der Situation, dann ist dies eine politische Überheblichkeit, die sich dieses Hohe Haus wahrlich nicht verdient hat. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich möchte gar nicht mit einer Retourkutsche antworten. Nicht bloß bei den Regierungsfraktionen, sondern vielen Abgeordneten, der Mehrzahl der Abgeordneten dieses Hohen Hauses steht heute die Sorge wegen des Ernstes der Situation in das Gesicht geschrieben. Auch die Wortmeldungen der Regierungsvertreter haben deutlich gezeigt, wie sehr sich der Bundeskanzler und der zuständige Minister bewußt sind, daß diese Situation natürlich die wirtschaftlichen Gegebenheiten Österreichs beeinflußt. Beide haben auch darauf hingewiesen, was die vordringlichste Aufgabe in so einer Situation sein muß: Schadensbegrenzung, Schadensbehebung; es ist alles zu tun, damit die Wirtschaft unseres Landes und die Menschen, die in diesen Bereichen ihre Arbeit haben, nicht darunter leiden.

Das ist das wichtigste, das ist das erste. Und deshalb sind wir froh, daß Minister Lacina und Bundeskanzler Sinowatz so rasch erste Maßnahmen in diese Richtung gesetzt haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Mich wundern manchmal Debatten, die nach irgendwelchen harten Ereignissen stattfinden. Denn wo immer politisch oder wirtschaftlich etwas passiert, was einem weh tut, gibt es plötzlich eine wunderbare Vermehrung der Wissenden. Plötzlich gibt es dann eine große Zahl von Leuten, die das schon gewußt oder zumindest geahnt haben und die auch schon vorher gewarnt haben. Diese rückbezügliche Weitsicht mancher, die sich immer nur nachher äußert, bewundere ich wirklich. Ich bin wirklich erstaunt darüber, daß sich auch Dr. Kohlmaier zu diesen Leuten zählt, die nachher immer sagen, alles schon vorher gewußt zu haben. Ich wundere mich nur ein bißchen darüber und frage mich, warum die Leute, die es nachher so gut wissen, es nicht schon vorher gesagt haben, wenn sie es doch gewußt haben.

Schieder

Wissen konnte es kaum einer. Wissen konnte man es nicht. Wissen konnte man es nicht von seiten der Regierung. Wissen konnte man es bestenfalls von seiten des Managementes. Das waren nämlich nicht Fragen der Ideologie — wie man das jetzt darzustellen versucht. Es ist nicht eine Ideologie gescheitert. Das waren nicht sozialpolitische Experimente, wie Dr. Taus es uns unterschieden wollte. (*Abg. Dr. Blenk: Das steht doch in Ihrem Parteiprogramm!*) Das waren, wie wir alle wissen, nicht einmal die Standardfragen oder wirtschaftliche Gegebenheiten. Das Problem ist dadurch entstanden, daß es Spekulationen gegeben hat, daß es falsche Partner gegeben hat und daß vieles durch das Management dilettantisch durchgeführt wurde. Das konnte man nicht wissen, das konnte man nicht ahnen, das ist tragisch.

Was man jetzt aber tun kann, ist, sofort entsprechende Maßnahmen zu setzen. Und das zu tun, ist die Regierung wirklich willens. Die Parteien, die die Verantwortung mittragen, sind willens, das zu tun. Manches von dem, was von Taus gesagt wurde, berechtigt zu der Hoffnung, daß auch von Ihnen Leute dabei mittun werden, das zu tun.

Dabei kann ich aber nicht umhin, doch darauf hinzuweisen, daß in dieser Frage — und ich bitte die Zuhörer im Hohen Haus, sich gedanklich noch einmal die Wortmeldungen Mock und Taus in Kurzform vor Augen beziehungsweise vor Ohren zu führen —, wenn ich die Essenz herausklaube — und ich bemühe mich jetzt wirklich, nicht unfair zu sein —, Dr. Mock vorgehalten hat, daß zu langsam reagiert wurde, daß man die ÖIAG einschalte und daß das nicht Sache der ÖIAG sei. Er hat gesagt: Der Kanzler und der Minister Lacina tragen die Verantwortung, und sie müssen handeln. Sein Vorwurf war, daß diese zu langsam, zu spät gehandelt hätten.

Wenn ich die Rede Taus noch in Kurzform erklingen lasse, dann hat Taus gesagt: Es war eine Panikreaktion. Das wäre eigentlich Sache der ÖIAG gewesen. Wieso geht der Kanzler hin? Wieso geht Minister Lacina hin?

Und wenn ich bei der Rede des Kollegen Kohlmaier richtig zugehört habe, dann ist diesem in seiner Rede sogar die Doppelstrategie gelungen: Man halte entweder das eine oder das andere, auch wenn es einander ausschließt, jemandem vor. Das hat er zusammengebracht. Ein bißchen kommt diese Doppelstrategie in den Reden von Mock und Taus vor, die wir heute gehört haben. Ich sage gar nicht, daß die Opposition nicht das Recht hat

und nicht jeder das Recht hat, zu reden, was er will, und auch nicht das Recht hat, der Regierung etwas vorzuhalten.

Aber zwei Spitzensprecher halten in zwei Wortmeldungen hintereinander von genau entgegengesetzten Standpunkten der Regierung etwas vor. Wenn das nicht wieder diese Doppelstrategie ist, was ist es dann?

Aber es geht ja schon weiter. In der Frage Kirchweger das vorsichtige Distanzieren des Dr. Taus, um den einen recht zu geben, die nicht wollen: ÖVP, „Neues Volksblatt“ von heute: Volles Einschwenken der ÖVP auf Kirchweger. Zur Apfalter-Nachfolge sei festgestellt, daß es richtig war, mit Kirchweger einen Manager einzusetzen, der die VOEST kennt, et cetera et cetera. — Volles Lob und Begrüßung. Ich halte das für richtig.

Ich halte es aber auch für legitim, daß man eine andere Meinung hat als Partei. Beides ist möglich. Nur beides zugleich als Meinung zu haben, ist nicht möglich. Das ist wieder das „Ja und“, das „Ja-Nein“, das ist wieder die Doppelstrategie, die wir hier schon des öfteren erlebt haben.

Was mich besonders geärgert hat, ist der neuerliche plump Versuch, das, was einige Webestrategen der ÖVP wollen und weswegen sie bis zu Parteitagsprotokollen Reden aller Politiker in mühsamer Akribie durchklauben, einen Halbsatz zu finden, der die Deutung zuließe, Partei ginge der SPÖ vor Gesellschaft oder Staat, daß dieses Schlagwort, daß Sie unterbringen wollen, auch in die Rede Mock Eingang und sich auch bei Kohlmaier wiedergefunden hat. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich sage ja gar nicht: aus dem Zusammenhang gerissen oder auf etwas anderes bezogen. Wir schätzen auch die Rolle einer Gemeinschaft sehr hoch ein. Nur das, was Sie unterstellen wollen, daß in einer Frage, in der es um die Allgemeinheit, um die Menschen geht oder um die Partei — und da denken Sie an Parteiapparat, Parteihaus —, daß uns diese wichtiger sei als die Sorgen der Menschen, das ist eine Unterstellung, die wir uns weder gefallen lassen brauchen noch wollen, weil sie nicht stimmt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Einer Regierung, die in so schwierigen Zeiten die Arbeitslosenrate so niedrig hält, die so viele Arbeitsplätze geschaffen hat, die die wirtschaftliche Entwicklung angesichts einer schwierigen weltpolitischen Situation so im Griff hat, die ein sicheres Land regiert, ein Land, in dem es eine Steigerung des privaten

10006

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Schieder

Konsums gibt, eine Steigerung der Exporte, worauf der Herr Bundeskanzler Sie gerade noch einmal aufmerksam gemacht hat, wo die Umweltfragen angegangen werden, wo man als Vorreiter in Europa die Umweltfragen löst, wo die wirtschaftlichen Probleme nicht zu kurz kommen, wo das Wohlergehen der Menschen, das gesicherte Leben, die wirklichen Lebensprobleme, das wahre Leben der Menschen, die wirklichen Lebensgrundlagen die wichtigsten Anliegen der Politik sind, hier vorzuhalten, daß Partei vor Staat oder menschlichem Schicksal ginge, das ist wahrlich trivial. (*Zwischenruf der Abgeordneten Bergmann und Dr. Stummvölli.*)

Und schauen wir uns die ÖVP an — und Sie schreien da als die letzten Überbleibsel der Anwesenden dagegen —, schauen wir uns an, ob Sie legitimiert sind, eine solche Behauptung überhaupt aufzustellen.

Man könnte mittlerweile Bände füllen mit den Zeitungsaartikeln, die darüber erschienen sind, wo die ÖVP parteitaktische Überlegungen vor gesamtgesellschaftliche gestellt hat. Ich weiß nicht, ob sie gerade anwesend sind, aber es gibt auch in diesem Haus ÖVP-Abgeordnete, die, wenn sie wollten, sagen könnten, wie oft sie schon etwas, was sie für den Staat und für die Gesellschaft für richtig gehalten hätten, unterdrücken mußten, um in der Linie des ÖVP-Klubs zu sein.

Zwentendorf: War Ihnen dort wirtschaftliche Entwicklung, die Republik und der Staat wichtiger als die Parteitaktik? Trauen Sie sich das zu behaupten?

War es bei Hainburg? War es bei dem Gegensatz, wo Sie weniger Schulden, aber mehr Ausgaben gefordert haben? Ihre Haltung in der Frage der Luftraumüberwachung, Ihre Haltung zum Konferenzzentrum, Ihre Haltung in der Frage des Weingesetzes — war es da wirklich so, daß Ihnen Staat, Gesellschaft, wirtschaftliche Bedingungen vor die politische Taktik gegangen wären? — Nein, im Gegenteil! Hier haben Sie viele Ihrer persönlichen Grundsätze und Überzeugungen den vermeintlichen Zielen einer Oppositionspolitik geopfert.

Deshalb glauben wir, Sie haben wahrlich keinen Grund, in diesen Fragen und in dieser ernsthaften Situation zu versuchen, Ihr politisches Süppchen zu kochen.

Wir sind sehr froh, daß auch manche von Ihnen die Aufgaben, die in dieser Frage jetzt vor uns stehen, als eine nationale Aufgabe

betrachten. Jawohl, das ist eine nationale Aufgabe und das erfordert die Anstrengungen aller! Aber fast hat man, als Dr. Taus auch von der nationalen Aufgabe sprach, die begehrlichen Blicke einzelner Ihrer Abgeordneter schon auf einzelne Sitze hier auf der Regierungsbank gesehen. Wann immer einer von Ihnen von nationaler Aufgabe spricht, meint gleich die Mehrheit, das muß heißen, daß die ÖVP in die Regierung kommt. Denn darum geht es Ihnen wirklich bei den meisten Fragen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. König: Das wäre ein Glück für Österreich!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur zu einer Frage noch etwas sagen. Zu einer Frage, von der ich glaube, daß sie zu den wirklich bedeutenden der letzten Wochen und der letzten Jahre der Innenpolitik in Österreich und der gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes insgesamt gehört: zur Frauenfrage, zur Quotenregelung, zum Versuch, mehr Frauen in die Politik zu bringen.

Sie sehen schon aus der Tatsache, daß ein männlicher Sprecher zu dieser Frage spricht und es nicht die Frauenvorsitzende der SPÖ, die als Abgeordnete vorher gesprochen hatte, machen mußte, Sie sehen schon aus dieser Tatsache allein, daß hier ein Bewußtseinswandel auch bei den Männern in der Politik stattgefunden hat. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Egal, ob der eine oder andere nun die Frauenquote für das richtige hält, ich will da durchaus tolerant sein. Wenn es einer nicht für richtig hält — einverstanden. Vorher meinten alle, es sei das richtige. Doch seit es die SPÖ beschlossen hat, meinen manche wieder, es sei nicht mehr das richtige. Aber selbst dann: Wichtig ist, daß damit ein gesellschaftliches Signal in Österreich gesetzt wurde. Ein gesellschaftliches Signal, das wir alle bitter notwendig gehabt haben.

Ich möchte jetzt gar nicht als Partei die einzelnen ansprechen, sagen wir es als einzelne männliche Abgeordnete. Hand aufs Herz: Wie viele Vorteile hat es bei vielen von uns gegeben? Hand aufs Herz: Haben wir wirklich alles gemacht, daß auch die Frauen entsprechend in der Politik vertreten sind? Wir wissen es ja: Auf all das, was bisher an Möglichkeiten da war, können wir nicht zurückgreifen, denn all das hat bisher nicht dazu geführt, daß auch genügend Frauen die Chance bekommen, in die Politik zu gehen. Deshalb halte ich diesen Vorstoß während des Parteitages der SPÖ, diesen Beschuß, diesen Vorschlag von Dr. Sinowatz, dem der Parteitag zustimmte, für eine gesellschaftliche Weichenstellung. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Schieder

Fern jener Polemik möchte ich Sie ersuchen, über ähnliche Regelungen nachzudenken; nicht bloß im Interesse der Frauen in Ihrer Partei, sondern auch im Interesse der Ehrlichkeit der Dinge, die wir sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{12.51}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Gugerbauer. Ich erteile es ihm.

^{12.51}

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich in meinen Ausführungen zum Budgetvoranschlag insbesondere mit dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen, auseinandersetzen. Und dabei möchte ich ein Thema als Schwerpunkt herausgreifen, das im Zuge der heutigen Debatte schon aus verschiedener Perspektive andiskutiert worden ist, nämlich die Stellung der Beamten in der österreichischen Bundesverwaltung und der Einfluß der Parteien auf die Bundesverwaltung, auf die Bestellung der Beamenschaft.

Dieses Thema wurde heute einerseits in verschiedenen Wortmeldungen im Zusammenhang mit der Frage nach der Ursache des Debakels in der VOEST angeschnitten. Gibt es einen Parteieneinfluß bei der Bestellung der verschiedenen Organe dieser Aktiengesellschaft, Aufsichtsrat oder Vorstand? Diese Frage wurde andererseits von Frau Dr. Offenbeck aufgegriffen, die sich sehr feurig für eine gerechte Beurteilung der Bedeutung der Parteien in unserem politischen System eingesetzt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß die Parteien in ihrer Bedeutung für das Funktionieren unserer Demokratie — oder sagen wir allgemein: einer Demokratie — insgesamt gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Aber ich glaube auch, daß mit der Entwicklung, daß sich nämlich die Parteien zunehmend neue Aufgabenfelder erschlossen haben, auch ein Verlust an Glaubwürdigkeit in ihrem ureigensten Tätigkeitsfeld einhergezogen ist. Die Tatsache, daß es heute immer wieder Hinweise auf Politikverdrossenheit, auf Parteienvverdrossenheit gibt, kann sicherlich auch mit manchen Auswirkungen der Parteieneinflüsse bei Postenbesetzungen erklärt werden.

Es gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren, gegenwärtig eine empirische Untersuchung, die von der Universität Wien durchgeführt wird und in der man versucht, den

Gründen und Ursachen der Politikverdrossenheit auf den Zahn zu fühlen. Soweit bisher bekanntgeworden ist, haben von den Befragten im Alter von bis zu 30 Jahren fast 50 Prozent angegeben, daß die Parteibuchwirtschaft eine Ursache der allgemeinen Politikverdrossenheit ist. Ich meine, daß man eine derartige Erhebung ernst nehmen muß und daß man eine derartige Erhebung auch im zuständigen Gremium — im Parlament — besprechen, debattieren soll. Es gibt ja verschiedene Aussagen zu diesem Thema, die in letzter Zeit mit zunehmender Bedeutung abgegeben worden sind.

Besonderes Aufsehen hat Helmut Zilk im Juni 1984 — damals noch Unterrichtsminister — damit erregt, daß er in einer TV-Pressestunde erklärt hat, er würde die Postenbesetzung an den Schulen zum Kotzen finden. Er hat wörtlich gesagt — ich zitiere aus der „Kronen Zeitung“ vom 25. 6. 1984 —: Es kotze ihn an, daß die Besetzung von Direktoren- und Lehrerposten vom Parteibuch abhänge. „Mit diesem großkoalitionären Anachronismus müsse aufgeräumt werden.“

Ein Jahr später wurde im „profil“ ein Interview mit dem nunmehrigen Bürgermeister Helmut Zilk veröffentlicht. Darin hat Helmut Zilk — glaubwürdig — darauf hingewiesen, daß die Parteibuchwirtschaft im Bereich der Stadtgemeinde Wien für ihn nicht mehr vorhanden sei, daß also der Einfluß des Parteibuches weitgehend zurückgedrängt worden sei. Es ist aber interessant, zu lesen, welche Schlußfolgerungen in diesem Artikel des „profil“ gezogen werden. Ich zitiere wiederum aus dem „profil“ vom 4. November 1985: „Bekommen macht, daß es dem einstigen Lehrer Zilk nachweislich — Fälle sind der Redaktion bekannt — nicht gelungen ist, den Druck auf junge Lehrer, der Partei beizutreten, zu beseitigen, obgleich kein Zweifel besteht, daß er so etwas wirklich zum Kotzen findet.“

Ich glaube daher, daß man Wege suchen muß, wie man jungen Menschen, die sich um eine Anstellung oder um eine Beförderung im Bereich des Bundesdienstes bewerben, helfen kann, daß sie auch dann, wenn sie sich nicht auf den Rückenwind durch ein entsprechendes Parteibuch verlassen können, eine Chance haben.

Die Opposition, die Österreichische Volkspartei, könnte jetzt darauf hinweisen, daß sie ja ohnedies im Juni dieses Jahres einen Entschließungsantrag in diesem Haus eingebracht hat, und zwar durch die Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Dr. Lichal, betreffend

10008

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Gugerbauer

Objektivierung der Postenvergabe im Bundesdienst. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, glaube ich, daß dieser Entschließungsantrag allenfalls die Diskussion ein bißchen vorantreiben kann, daß er aber sicherlich nicht dazu beiträgt, wirklich eine Lösung zu finden, und zwar deshalb, weil sich dieser Entschließungsantrag ausschließlich auf den Bereich der Bundesregierung, auf den Bereich der Bundesverwaltung bezieht und weil damit bloß das Florianiprinzip zur Geltung kommt, daß nämlich jeder danach trachtet, seinen eigenen Bereich weiterhin zu hegen und zu pflegen, und daß deswegen in einem anderen Bereich, im Bereich des anderen politischen Partners, der Einfluß des Parteibuches zurückgedrängt wird.

Eine Diskussion zu führen, wäre nur dann sinnvoll, wenn sich der Bund und die Länder wirklich zusammensetzen und gemeinsam konstruktive Vorstellungen ausarbeiten würden. Ich halte das deswegen für sehr wesentlich, weil ich darauf verweisen muß, daß in von der ÖVP regierten Bundesländern die Parteibuchwirtschaft ganz enorme Auswüchse erlebt, daß nämlich auch die sogenannte Objektivierung in manchen ÖVP-regierten Bundesländern nicht zu jenem Erfolg geführt hat, der heute auf Parteiveranstaltungen immer wieder vorgegeben wird, zuletzt, glaube ich, am Landesparteitag der ÖVP in Salzburg.

Ich darf mich konkret mit dem Bundesland Niederösterreich auseinandersetzen. Bei den Personalvertretungswahlen der Pflichtschullehrer des Landes Niederösterreich haben zuletzt 84,84 Prozent der Wähler für den ÖAAB gestimmt, nur 15,16 Prozent für die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter. (Abg. Elm ecker: Das ist kein Wunder!) Das ist überhaupt kein Wunder, Herr Kollege, das bedeutet sogar, daß der Anteil des ÖAAB, damit der indirekte Anteil der ÖVP, vom Jahre 1979, damals 84,09 Prozent, bis ins Jahr 1983 sogar weiter angewachsen ist. Ganz klar, man kann das drehen und wenden, wie man will, das ist einfach auf die dominierende Bedeutung des Parteibuches im Bereich des Landes Niederösterreich zurückzuführen.

Jetzt glaubt sich die Österreichische Volkspartei im Rahmen von bundespolitischen Diskussionen dadurch entschuldigen zu können, daß sie auf andere ÖVP-regierte Bundesländer verweist, wo es Objektivierung gegeben habe und wo sehr deutliche Fortschritte sichtbar geworden seien. Man meint damit in der Regel Oberösterreich.

Ich darf daher noch einige Worte zur Situation im Bundesland Oberösterreich abgeben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das oberösterreichische Modell der Lehrer- und Schulleiterernennung hat sich — das kann ich gleich vorausschicken — als untauglich erwiesen. Bei diesem Modell werden nämlich nicht nur soziale Gesichtspunkte, sondern auch politische Gesichtspunkte in einem sehr starken Ausmaß berücksichtigt. Tatsächlich hat dieses Modell der Lehrerernennung in Oberösterreich nicht dazu geführt, den Einfluß der Parteibücher zurückzudrängen. Im Gegenteil, die Politisierung ist sogar weiter fortgeschritten.

Ich darf es kurz begründen: Es ist so, daß heute eben nicht nur die Leistung im Schuldienst berücksichtigt wird, daß auch nicht nur soziale Kriterien mit eingeschlossen werden, beispielsweise die Anzahl der Kinder, das auswärtige Studium von Kindern oder auch Zivilinvalidität, sondern daß zusätzlich auch die Tätigkeit in verschiedenen Körperschaften mitberücksichtigt wird. Ich verweise insbesondere auf die Tätigkeit in der Personalvertretung oder auch auf die Tätigkeit im Gemeinderat. (Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

Das bedeutet aber, daß, wenn sich zwei gleichqualifizierte Bewerber um einen Posten als Schulleiter anstellen, im Zweifel der genommen wird, der durch eine entsprechende Tätigkeit in der Personalvertretung oder durch ein entsprechendes Engagement im Gemeinderat zusätzliche Punkte erworben hat. Das führt zu einem noch stärkeren Druck auf junge Lehrer, sich parteipolitisch zu engagieren, denn nur dann, wenn sie das tun, haben sie letzten Endes Chancen, eines Tages auch bei einer Schulleiterernennung zum Zuge zu kommen.

Dieses Modell — das muß mit Nachdruck festgestellt werden — ist daher gescheitert. In Oberösterreich ist das Parteibuch bedeutsamer denn je. Das gilt in gleicher Weise für das im Juni dieses Jahres beschlossene Modell einer Objektivierung für den allgemeinen Landesdienst. Ich glaube, daß diese Frage mit untauglichen Instrumenten angegangen worden ist. Das beweist sich schon aus der Zusammensetzung der Personal... (Abg. Dr. Kohlmaier: Wenigstens angegangen!) Ich bin auch dafür, Herr Kollege Kohlmaier, daß wir gemeinsam die Diskussion fortführen. Aber es wäre falsch, wenn wir das oberösterreichische Modell hier hochjubelten und glaubten, daß das wirklich ein Allheilmittel sei, das zur Zurückdrängung des Parteibu-

Dr. Gugerbauer

ches führen würde. Das tut es mitnichten. Ich befürchte eher, daß das Parteibuch heute in Oberösterreich eine noch größere Geltung hat als vor Einführung dieser Modelle. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Aber Ihr Kollege Kabas hat gesagt, das ist nicht notwendig, die Objektivität gibt es schon bei der Bundesregierung!*) Ich werde darauf gleich noch zurückkommen, Herr Kollege Kohlmaier!

Es ist so, daß bei diesem im Juni beschlossenen Modell der Objektivierung für den allgemeinen Landesdienst eine Personalkommission zuständig ist. Man merkt schon einen Widerspruch in sich, wenn man sich ansieht, wie diese Personalkommission zusammengesetzt ist, nämlich nicht aus Psychologen, ehemaligen Fachbeamten, auswärtigen Sachverständigen, sondern diese Personalkommission ist rein parteipolitisch beschickt. Sie setzt sich zusammen aus vier Mitgliedern der ÖVP, zwei Mitgliedern der Sozialistischen Partei und einem Mitglied der Freiheitlichen Partei, womit nicht nur wieder eine deutliche Mehrheit der Österreichischen Volkspartei gegeben ist, sondern sich diese Kommission insgesamt als politische Kommission demaskiert.

Ich glaube, daß man daher, wenn man jetzt diese Diskussion nicht nur durch die parteipolitische Brille führt, sondern wenn man sich diesem Thema ernsthaft nähern will, versuchen soll, andere Modelle in die Diskussion einzubeziehen; Modelle, die man in Österreich gegenwärtig noch nicht findet, weder in Oberösterreich noch in Salzburg, Modelle, die es aber im Ausland durchaus gibt.

Ich verweise insbesondere auf eine jahrzehntelange Praxis, die in Großbritannien geübt wird: In Großbritannien gibt es für Bewerbungen um bestimmte Dienststellen im Bereich der Bundesverwaltung einen offenen und fairen Wettbewerb. Das heißt, es wird eine konkrete Position ausgeschrieben, dann kann sich landesweit jeder Interessent dafür melden, und diese Interessenten haben gemeinsam Tests zu absolvieren. Dabei wird der absolut Bestgeeignete oder die abolut Bestgeeignete herausfiltriert und dann tatsächlich ernannt.

Interessant an diesem System ist vor allen Dingen auch, daß es die absolute Anonymität der Geprüften gewährleistet. Das heißt, es ist von vornherein ausgeschlossen, daß man weiß, der kommt aus dieser oder jener Region, der kommt aus diesem oder jenem politischen Bereich, sondern es ist die Anonymität aller Prüflinge gesichert und damit

auch die Objektivität der Prüfung gewährleistet.

Diese Prüfung in Großbritannien hat sich, glaube ich, alles in allem bewährt. Es gibt in Großbritannien einen Berufsbeamtenstand, der sich unabhängig von den wechselnden Regierungsmehrheiten nicht nur immer loyal zur Regierung bekannt hat, sondern der auch wirklich völlig frei von parteipolitischen Einflüssen seine Aufgaben erledigt.

Das wäre ein Denkansatz, den wir auch in die österreichische Diskussion einbeziehen könnten. Es gibt ja an sich im Beamtenrecht den Hinweis darauf, daß jeweils jener ernannt werden soll, der die Aufgaben in bestmöglicher Weise erfüllt. Also hier haben wir durchaus einen Ansatzpunkt. Aber es gibt gegenwärtig in Österreich noch nicht jene unabhängigen Prüfungen durch weisungsfreie Personalkommissionen, die gewährleisten könnten, daß diesem Grundsatz des Beamtenrechtsgesetzes tatsächlich Rechnung getragen wird. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Heseler:* Es gibt sicherlich Ansätze, Herr Kollege, im Außenministerium, es gibt auch Ansätze im Bereich des Verteidigungsministeriums; ich denke an die Ausbildung im Bereich der Generalstabsoffiziere. Das sind auch Dinge, die man in die Diskussion miteinbeziehen sollte und wo sich ... (*Abg. Dr. Neisser:* Das ist eine Dienstprüfung wie jede andere, die Stabsoffiziersausbildung!) Nein, die Abschlußprüfung ist eine Dienstprüfung wie alle anderen, aber die Zulassung zum Generalstabskurs ist natürlich anders, weil es ein Ausleseverfahren gibt, wo letztlich die Besten übrigbleiben. Ich glaube, es gibt keine konkreten Vorhaltungen, daß es bei dieser Auslese jemals parteipolitische Einflüsse gegeben hätte.

Ich stehe schon unter dem Eindruck, daß da wirklich die am besten geeigneten Offiziere herangezogen und der Generalstabsausbildung zugeführt werden.

Also ich gestehe, sowohl im Bereich des Außenministeriums als auch im Bereich dieser Generalstabsausbildung gibt es sehr positive Ansätze, die man weiterentwickeln und auf andere Bereiche der Bundesverwaltung übertragen könnte.

Ich darf zum Schluß kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß im Zusammenhang mit der Debatte über das Bundeskanzleramt, über die Dienstpostenpläne durchaus darauf hingewiesen werden kann und auch soll, daß die Frage der Beam-

10010

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Gugerbauer

tenbestellung für die Einschätzung unserer Demokratie, für die Einschätzung unserer freiheitlichen Gesellschaft, gerade bei jungen Menschen, sehr wichtig ist.

Gegenwärtig sind alle Parteien, ich gestehe es offen, auch die Freiheitliche Partei, in Besetzungsvorgänge involviert, die nicht nach ganz objektiven Kriterien ablaufen. Wir sollten daher nicht mit dem langen Finger jeweils auf den anderen zeigen, sondern wir sollten uns alle zusammensetzen, wir sollten ehrlich miteinander sprechen, sowohl Landes- als auch Bundesinteressen unter einen Hut bringen. Wenn wir diese ehrliche Diskussion führen, wenn wir das konstruktive Gespräch suchen, dann sollte es möglich sein, daß wir zu einer tatsächlich objektiven Besetzung auch von Spitzenpositionen kommen. Das wäre sicher ein wesentlicher Beitrag auch für die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) 13.08

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Burgstaller.

13.08

Abgeordneter Burgstaller (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zu den Ausführungen meines Vorruders wird noch mein Kollege, der Abgeordnete Neisser, dezidiert Stellung nehmen. Ich möchte nur sagen: Der letzte Satz des Abgeordneten ist voll zu unterstreichen.

Ich frage mich nur, ob hinsichtlich der Parteibuchwirtschaft auch Minister Frischenschlager seiner Meinung ist, denn er hat uns eines anderen belehrt, wobei mir der Nachholbedarf der Freiheitlichen auf diesem Sektor schon verständlich ist.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die wirtschaftliche und soziale Stabilität eines Landes ist der entscheidende Faktor für eine politische Stabilität. Seit gestern nachmittag ist auch der breiten Öffentlichkeit in Österreich klar, daß die wirtschaftliche Stabilität in unserem Land praktisch nicht mehr gegeben ist. Das Budgetdefizit explodiert, und die Staatsschulden steigen in Österreich wesentlich rascher als in anderen Ländern Europas. Die Arbeitslosigkeit nimmt nach wie vor zu. Die verstaatlichte Industrie ist gestern endgültig durch den Rücktritt des gesamten Vorstandes des größten Unternehmens Österreichs in ein Chaos gerutscht, das Tausende Beschäftigte dieses Unternehmens verunsichert.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas sehr

Persönliches sagen! Im vergangenen Oktober waren es 26 Jahre, daß ich in diesem Unternehmen beschäftigt bin. Ich bin kein freigestellter Betriebsrat, sondern ich leite eine Abteilung, die sich mit Qualitätssicherung und mit Qualitätsstatistikaufgaben beschäftigt. Der Zuständigkeitsbereich umfaßt alle steirischen Werke, aber auch Werke in Niederösterreich und in Kärnten. Ich kenne daher mein Unternehmen sehr genau.

Ich bin sehr erschüttert über die Vorgänge in der letzten Zeit und vor allem über die jahrelange Sorglosigkeit dieser sozialistischen Regierung in dieser Frage, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Verstaatlichtenminister hat gestern blauäugig in der „ZIB 1“-Sendung überrascht, tief betroffen erklärt: Mehr oder weniger über Nacht hereingebrochene Situation.

Ich glaube ihm nicht, weil er natürlich informiert ist, seit dem Jahre 1982 informiert sein muß, seit er zuständig ist, und natürlich nicht bereit ist, wie es diese sozialistische Regierung seit 15 Jahren in diesem Land hält, auf Grund seiner Verantwortung politische Konsequenzen zu ziehen.

Er hätte an sich schon Anlaß genug, die Konsequenzen aus dem zu ziehen, was sich von gestern auf heute ereignet hat. Gestern teilte er der Öffentlichkeit mit: 4,2 Milliarden Verluste, und heute sagt er hier von der Regierungsbank: 5,7 Milliarden.

Das allein, meine Damen und Herren, wäre Grund genug, die politischen Konsequenzen aus dieser nationalen Katastrophe zu ziehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zentralsekretär Schieder hat hier gemeint, es gehe dem Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock zu langsam und dem Pepi Taus als Industriesprecher wieder zu rasch. Dann sprach er von den Wissenden. — Für mich gehört er zu den Nichtwissenden in dieser Frage. Er hat auch nicht verstanden, worum es eigentlich geht.

Der Bundesparteiobmann hat wie viele andere, die jahrelang hier von diesem Pult aus auf die schwierige Situation der Eisen- und Stahlindustrie im besonderen hingewiesen haben, gemeint, es wurde Jahrzehntelang zugeschaut. Es wurden immer wieder Konzepte versprochen, es wurde immer wieder von Konzepten geredet, und nie sind Konsequenzen daraus gezogen worden!

Burgstaller

Und der Pepi Taus hat gemeint, das sei wiederum eine Husch-Pfusch-Aktion, eine Ablöse über Nacht, wobei man dem Unternehmen einen unglaublichen Schaden zugefügt hat, der überhaupt nicht absehbar ist, durch diesen überhasteten Rückzug aus der Misere.

Wer meine Aussagen zu diesem Thema kennt, weiß, ich habe nie einen Vorstand geschont, weder einen, den man zur ÖVP zählt, noch einen anderen. Ich habe immer sehr hart kritisiert. Es soll kein Freischein für irgendeinen Vorstand sein. Nur unter Rücksichtnahme auf das Unternehmen ist hier vorzugehen. Und so wurde nicht gehandelt, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

So wie ich als Betriebsrat dieses Unternehmens werden viele meiner Kollegen voller Sorge von den 70 000 Beschäftigten angerufen worden sein: Was ist los? Wie geht es weiter?

Viele leitende Angestellte unseres großen Konzerns sind im Ausland tätig, wo man ihnen für vereinbarte Verhandlungen die Türen nicht mehr aufmacht, weil man nicht weiß, was es bei der VOEST gibt. Es muß ja etwas Gewaltiges passiert sein, wenn man plötzlich keinen Vorstand mehr hat. — Und viele fahren unverrichteter Dinge wieder heim.

Man kann sich auch vorstellen, wie man die Industriepolitik in diesem Land weiter beurteilen wird.

Meine Damen und Herren! Zu den Aussagen des Klubobmanns Wille. Ich habe mehrmals von diesem Pult aus die sachliche Kompetenz des Klubobmanns, aber auch das Verständnis und die Übereinstimmung mit unseren Vorstellungen in weiten Bereichen betont. Der Klubobmann hat heute einen Bibelspruch zitiert: „Falsches Zeugnis geben“, und hat dann in einer für mich sehr polemischen Art aus den Unternehmensschriften und aus den ÖIAG-Berichten Aussagen jener Aufsichtsräte zitiert, vorgelesen und beurteilt, die in diesen Unternehmen für die Volkspartei tätig sind.

Er hat vergessen, dazuzusagen, daß es immer wieder Minderheiten sind und daß natürlich in allen politischen Gremien seit 15 Jahren die Sozialisten in diesem Lande die volle Verantwortung haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde dem Herrn Klubobmann — es wird ihm sicher möglich sein — sehr empfehlen,

len, nachzulesen, was in den Aufsichtsratssitzungen der ÖIAG, aber auch in anderen verstaatlichten Unternehmen gerade immer wieder Aufsichtsräte unserer Fraktion an Beiträgen geliefert haben, wo sie vor bestimmten politischen Manipulationen in diesen Bereichen gewarnt haben.

Natürlich ist es ein Hauptfehler, daß in diesen Unternehmen sozialistische Parteipolitik betrieben wird, die unerträglich geworden ist, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*) Politischer Terror in weiten Bereichen. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Brutalster!*) In weiten Bereichen, ich möchte das unterstreichen!

Erinnern Sie sich an die vergangenen Betriebsratswahlen! Wo gibt es denn zweite Listen? Welche Stellungnahmen wurden denn abgegeben? Es wurden Drohungen laut, was, wenn es irgend jemand von der ÖVP, vom ÖAAB wagt zu kandidieren, mit diesen Menschen dann passieren wird. (*Abg. Dr. Schranz: Was passiert?*) Dann fragen Sie einmal den Kollegen Rechberger, er hat es nie dementiert. Das ist eines der Grundübel dieser sozialistischen Industriepolitik in den verstaatlichten Unternehmen. (*Rufe bei der SPÖ: Unerhört!*)

29 Punkte zog hier der Herr Klubobmann an. Vor kurzem haben in Leoben Minister Dallinger und ich diskutiert.

Führen Sie doch endlich den amtlichen Stimmzettel in Ihren Betrieben ein! Sie haben Angst, daß Sie plötzlich nicht mehr gewählt werden. Das ist die Realität. Das ist eine der Ursachen dafür, warum wir in Österreich in einer schweren Industriekrise sind, nicht nur im verstaatlichten, sondern auch im teilverstaatlichten Bereich. Dafür tragen Sie die Verantwortung!

Meine Damen und Herren! Der Vorstand der Alpine, der VOEST-Alpine wurde zurückgetreten. Da gibt es den Abgeordneten Schieder, der da herausgeht und bereits die Schuld zuteilt: nur dem Vorstand. (*Abg. Schieder: Er hat überhaupt keine Schuld zugeteilt, der Abgeordnete Schieder! Haben Sie ihm zugehört?*) Selbstverständlich. Ich habe Ihnen — leider — zugehört. Ich bin zwar aus Ihren Reden nicht klug geworden, aber ich habe sehr aufmerksam zugehört.

Nicht einmal was die Quotenregelung betrifft, habe ich Sie verstanden. Da schmeißen Sie die Matysek hinaus, und dann wollen Sie auf einem Umweg wieder andere Frauen

10012

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Burgstaller

hineinholen. Das verstehen Sie unter Quotenregelung. (*Beifall bei der ÖVP*)

Wir von der Volkspartei werden hier bei der Hatz nach den Vorständen nicht mittun. Wir wollen eine genaue Untersuchung, wie es zu dieser Misere gekommen ist.

Für mich ist es erstaunlich, daß ein ÖIAG-Generaldirektor Grünwald, der Jahre hindurch immer wieder das gleiche gesagt hat wie Generaldirektor Apfalter, noch im Amt ist. Das ist für mich erstaunlich, das verstehe ich überhaupt nicht. Wo sind denn hier die Konsequenzen? Von wem sind sie denn hier zu ziehen? — Natürlich vom Vertreter des Eigentümers, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP*)

Daraus ergibt sich eine Reihe von Fragen. Wie geht es weiter mit den ÖIAG-Betrieben? Wie geht es weiter mit der VOEST-Alpine? Soll jetzt die zweite Garnitur, die in diesen Unternehmen gedient hat, die erste ersetzen? Und wird sie dann besser sein als die erste, die jetzt gegangen werden mußte? — Das sind Fragen.

Soll es jetzt bei der gleichen Organisation, die aus politischen Gründen jahrelang nicht geändert wurde, mit neuen Menschen besser gehen? — Das ist doch ein Irrglaube!

Wie geht es weiter in der Obersteiermark? Im Jahre 1982 habe ich hier von diesem Pult aus von einer großen nationalen Aufgabe gesprochen. Ich freue mich, daß so viele Menschen, die heute hier geredet haben — gleichgültig, woher sie kamen —, plötzlich auch der Meinung sind, daß es eine große nationale Aufgabe ist. Bitte, wann beginnen wir denn in diesem Land, uns mit dieser nationalen Aufgabe zum Wohle der Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten, und zum Wohle der Industrie auseinanderzusetzen?

Wie geht es weiter mit Judenburg? — Da war vor wenigen Wochen der Zentralbetriebsrat der VOEST, sozialistischer Zentralbetriebsrat der VOEST, in Judenburg und hat dort unter großem Applaus verkündet, er werde sich im besonderen dafür einsetzen, daß dieses Walzwerk erhalten bleibt. Und 14 Tage später hat er im Aufsichtsrat der VEW zugestimmt, daß es geschlossen wird. Das ist die sozialistische Politik! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Doppelzüngigkeit! So versteht man Mitbestimmung!*)

Ich frage den Bundeskanzler und den Minister Lacina: Was tut Herr Ruhaltinger im

VEW-Aufsichtsrat? Unter welcher gesetzlichen Bestimmung ist Herr Ruhaltinger im Aufsichtsrat der VEW? Die Beschickung des Aufsichtsrates von der Personalvertretung her erfolgt nach dem § 110 des Arbeitsverfassungsgesetzes. Und er müßte ja das aktive Wahlrecht in der VEW haben; das hat er nicht. Herr Ruhaltinger! Raus aus dem VEW-Aufsichtsrat! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Ruhaltinger: Der ist so gescheit!*)

Wie geht es in Donawitz weiter? Wie geht es weiter? Und wie geht es in Eisenerz weiter? Wie geht es weiter in St. Ägyd? Wie geht es in Kindberg beziehungsweise Krieglach weiter? (*Abg. Prechtl: Er braucht einen Wegweiser!*) Fragen, Fragen über Fragen, die die Menschen in diesen Betrieben und diesen Regionen stellen. Fragen, die seit Jahrzehnten nicht beantwortet werden!

Da reden Sie von einer geteilten Schuld. 15 Jahre sozialistische Politik! Das ist die Antwort: Ein Chaos, das Sie angerichtet haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{13.23}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Abgeordneter Dr. Schranz.

^{13.23}

Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ): Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt mehrere Wochen im Budgetausschuß die alljährliche Debatte über das Bundesfinanzgesetz erlebt und haben eigentlich eine sehr geringe Diskussionsfreudigkeit der Vertreter der Oppositionspartei festzustellen gehabt. Es hat dort allerdings kein so aktuelles Gesprächsthema gegeben wie das heutige, und daher hat man keine so günstige Gelegenheit gehabt, besondere Attacken anzubringen.

Es hat während dieser mehrwöchigen Beratungen im Budgetausschuß keinen einzigen Antrag der Opposition zum Bundesfinanzgesetz 1986 gegeben. Hingegen gab es die übliche Haltung der Opposition, nämlich einerseits bei jedem einzelnen Kapitel darüber zu klagen, daß die Ansätze zu gering seien, und andererseits zu klagen, daß der Abgang im Bundeshaushalt zu hoch sei: Eine Politik, die wir immer wieder erleben, die aber zeigt, daß die Opposition keine Alternativen zu bieten hat. (*Abg. Schwarzenberger: Ha, ha!*)

Meine Damen und Herren! Wir haben nicht einmal Ihre Diskussionsbereitschaft gefunden, als wir uns über die Fragen der Atmosphäre hier im Plenum des Nationalrates unterhalten haben, etwa bei Besprechung der Frage, ob es richtig ist, zum Bruch eines

Dr. Schranz

Gesetzes als Sprecher hier im Plenum des Nationalrates aufzurufen, ob es gut ist, mit dem Präsidenten über die Frage der Redezeit zu diskutieren, ob es richtig ist, eine tatsächliche Berichtigung zu einer Berichtigung des Präsidenten zu denaturieren oder gar beleidigende Attacken gegen den Präsidenten zu rei-ten.

Wir meinen, daß auch diese Fragen besprochen werden sollen, daß wir uns bemühen sollen, daß es zu keinem verbalen Atomkrieg kommt, und daß Entspannung auch notwendig ist, Abrüstung, was den Wortschatz bei politischen Auseinandersetzungen betrifft. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Schwarzenberger: Das sagen Sie auch dem Schieder, ja!)

Meine Damen und Herren! Man findet auch humoristische Züge, wenn man Ihre Initiativen im Nationalrat betrachtet. Einen großen Horror haben Sie seit einiger Zeit vor dem Wort „Genosse“. Sie meiden das Wort „Genosse“ wie die Pest. Obwohl es seit Beginn des Parlamentarismus üblich ist, Parteifreunde, die miteinander eine Anfrage einbringen oder einen Antrag stellen, als Genossen zu bezeichnen, obwohl das schon in der Monarchie der Fall war und obwohl Sie das jahrzehntelang getan haben, meiden Sie jetzt, wie gesagt, wie die Pest das Wort „Genosse“. (Abg. Schwarzenberger: Weil „Genosse“ stalinistisch ist!)

Sie vergessen aber, meine Damen und Herren, was Genossen tun. Genossen bilden Genossenschaften, unter anderem bilden Genossen landwirtschaftliche Genossenschaften, unter anderem bilden Genossen Wohnbaugenossenschaften. Wenn Sie konsequent sind, weil Sie ja jetzt bei parlamentarischen Initiativen „Kollegen“ sagen, müßten Sie die landwirtschaftlichen Genossenschaften in „landwirtschaftliche Kollegenschaften“ umbauen und die Wohnbaugenossenschaften in „Wohnbaukollegenschaften“. Ich glaube, man sollte bei solchen terminologischen Fragen doch auch davon ausgehen, daß man sich nicht zu sehr der Lächerlichkeit preisgibt. (Abg. Dkfm. Löffler: Sie haben es notwendig!)

Meine Damen und Herren! Was aber die Kritik an den Parteien betrifft, so möchte ich doch einiges dazu sagen.

Es gibt seit einiger Zeit eine Kritik an einer Äußerung des Bundeskanzlers Sinowatz, weil er davon gesprochen hat, was er — wie andere sozialistische Funktionäre und auch

Mandatare — der Sozialistischen Partei verdankt. Vor allem Ihr Parteiobermann Dr. Mock hat heftig Kritik an dieser Äußerung unseres Parteivorsitzenden Dr. Sinowatz geübt.

Dazu möchte ich aufgrund meiner persönlichen Erlebnisse folgendes sagen: Die Angehörigen meiner Generation etwa haben die Zeit des Faschismus hier in Österreich erlebt, haben manches mitzumachen gehabt, was sich damals während des Krieges und in der Zeit des Faschismus abgespielt hat, und sind dann 1945, befreit von dieser drückenden Last der Erlebnisse im Faschismus, vor einer neuen Zeit gestanden. Sie sind als junge Menschen 1945 und in den folgenden Jahren zur sozialistischen Bewegung gestoßen und haben in den Jugendorganisationen — und ich hoffe, daß möglichst viele Menschen in Jugendorganisationen waren, weil das ungemein prägend ist — ihre Heimat, neben der Heimat in der Familie, gefunden. Sie wurden hier sehr stark beeinflußt und haben hier auch viel gelernt, sie haben Freundschaften geschlossen, die für das ganze Leben maßgeblich sind, und sind in diese Bewegung hineingewachsen.

Sie haben dieser Partei und der ganzen Bewegung ungemein viel zu verdanken. Sie haben manche Vision gefunden, manches menschliche Ideal bekommen und sind zu der Meinung gelangt, daß es notwendig ist, mit dieser Bewegung für eine bessere, für eine menschlichere Gesellschaftsordnung einzutreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Diese Jugendzeit in der sozialistischen Bewegung hat uns viel gegeben, hat uns geformt, hat uns Identität und Ziele gegeben und unser Leben bereichert. Und dafür sind wir dankbar, sowohl Bundeskanzler Sinowatz wie auch alle sozialistischen Abgeordneten. Sinowatz hat gerade auch in dieser Frage für alle sozialistischen Abgeordneten gesprochen.

Meine Damen und Herren! Wir haben aber den Staat und die Partei nie gleichgesetzt. Wir sind der Meinung, daß der Staat getrennt sein und getrennt bleiben muß von der Partei, wir lehnen alles ab, was hier zu einer Vermischung geführt hat. Eine Verschmelzung von Staat und Partei, wie es das in der Vaterländischen Front oder während der Zeit der Nazidiktatur gegeben hat, ist von den Sozialisten ständig zurückgewiesen worden. Und das sagen wir gerade jetzt wieder. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir unterscheiden also sehr genau zwi-

10014

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Schranz

schen Staat und Partei, aber wir sind selbstverständlich der Meinung, daß wir unserer Partei sehr vieles zu verdanken haben.

Auch unsere Tätigkeit als Abgeordnete gäbe es ja nicht ohne diese Parteien. Und das gilt ja für Sie genauso wie für uns. Sie sind ja nicht im luftleeren Raum in die Politik gekommen, sondern über die Parteien. Alle, die hier in diesem Hohen Haus tätig sind, sind über eine Parteiliste gewählt worden, und sie sind daher auch für die Möglichkeit, als Abgeordnete wirken zu können, der Partei, ihrer Partei, der jeweiligen Partei, zu Dank verpflichtet.

Das gilt für uns alle, das gilt selbstverständlich auch für Sie von der rechten Seite des Hauses. Was wäre Herr Dr. Mock ohne seine Partei? Er wäre bestenfalls Ministerialrat im Bundeskanzleramt oder im Außenministerium, ich weiß nicht, ob er durch eine Gemeinschaft oder durch seine Partei oder sonstwie dorthin gekommen ist. Jedenfalls hat auch er — wie wir alle — der Partei sehr viel zu danken, ohne daß wir aus der Partei einen Fetisch machen. Aber wir sollen doch nur die Ehrlichkeit unterstreichen, die dazu gehört, daß man eben seine Dankbarkeit gegenüber seiner eigenen Partei auch ausdrückt. Und wenn das Sinowatz getan hat, dann findet er auch hier die volle Unterstützung aller sozialistischen Abgeordneten. (*Beifall bei der SPÖ*)

Wir sollten uns auch hüten, meine Damen und Herren, die Parteien abzuwerten. Wir werten, wenn wir die Parteien abwerten, die gesamte Politik und uns selbst als politische Funktionäre und Mandatare ab. Es kann keine moderne Demokratie ohne Parteien geben. Daher schließt das Bekenntnis zur Demokratie unbedingt auch das Bekenntnis zu den Parteien ein, und alle Mandatare sind durch ihre Parteien Mandatare geworden. Wer die Parteien in Frage stellt, meine Damen und Herren, stellt auch die Demokratie in Frage. Dieses Prinzip sollte auch gelten, wenn wir ausdrücken, daß wir unseren eigenen Bewegungen dankbar zu sein haben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ*)

Meine Damen und Herren! Wichtig ist es, daß in der Demokratie Glaubwürdigkeit besteht, und hier komme ich zu einem für mich und die sozialistische Fraktion des Hauses sehr ernsten Thema.

Wir haben vor ungefähr einem dreiviertel Jahr hier über den Fall Reder diskutiert. Damals hat es sehr verschiedene Meinungen gegeben, aber im Grundprinzip habe ich etwa

mit der Ansicht übereingestimmt, die hier als erster Sprecher seiner Partei Herr Bundesparteiobmann Dr. Mock vertreten hat. Wir alle waren der Meinung, daß der Empfang Reders in Österreich, die Art, wie dieser Empfang erfolgte, ein schwerer politischer Fehler war, wie das der Bundeskanzler damals auch ausgedrückt hat, und ich meine, wir haben damals eine antifaschistische Haltung gemeinsam an den Tag gelegt, die richtig ist.

Was ist seither geschehen? Jetzt wird, meine Damen und Herren, mit Hilfe eines ÖVP-Abgeordneten dieser von Herrn Dr. Mock als Kriegsverbrecher bezeichnete Mann, obwohl er sozial durch eine Leistung der Republik ausreichend versorgt ist, mit einem Arbeitsplatz ausgestattet, er wird bei der Krankenkasse angemeldet — ich weiß nicht, wie weit er tatsächlich einer Beschäftigung nachgeht —, und das alles führt zur Anrechenbarkeit von 40 Jahren, die er nicht in Österreich verbracht hat, für einen Pensionsanspruch.

Wir wollen niemanden verfolgen, wir wollen niemanden unterdrücken, und in diesem Fall ist sicherlich genug gebüßt worden. Aber, meine Damen und Herren, Privilegien verdienen sich auch nicht jemand, der wegen äußerster Kriegsverbrechen angeklagt und verurteilt worden ist. Er soll nicht verfolgt werden, aber er soll auch keine Sonderprivilegien und keine Möglichkeit bekommen, auf diesem Umweg zu einer weiteren Sozialleistung zu kommen. Das müßte die Haltung aller Antifaschisten sein. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ sowie Beifall des Abg. Graf*.)

Ich freue mich besonders über die Zustimmung des Herrn Präsidenten Graf, und ich wäre sehr dankbar, wenn sich Herr Bundesparteiobmann Dr. Mock, der sich seinerzeit in dieser Frage so engagiert hat, auch jetzt engagieren und dafür sorgen wollte, daß nicht ÖVP-Abgeordnete Maßnahmen treffen, die uns in aller Welt schaden und unsere Glaubwürdigkeit, was den Antifaschismus betrifft, in äußerster Weise beeinträchtigen. (*Beifall bei der SPÖ*) So sollte es nicht sein. Wir sollten hier, meine Damen und Herren, wirklich zu einer anständigen Vorgangsweise kommen.

Wenn wir uns zu diesem Staat und zur Demokratie bekennen und sagen, daß die Parteien Elemente der Demokratie und des demokratischen Staates sind, so sagen wir Sozialisten dazu: Für uns ist dieser Staat in erster Linie ein Sozialstaat, in dem wir die Menschen nicht allein lassen wollen, in dem wir uns auch nicht dazu bekennen können,

Dr. Schranz

Schlagworte wie „Überversorgung“ oder „zuviel Wohlstand“ zu verwenden, und wir wollen diesen Sozialstaat auch gegen konervative Angriffe schützen.

Aber, meine Damen und Herren, man sollte in diesem Zusammenhang die Äußerung aller in der Öffentlichkeit politisch auftretenden Menschen mit in die Diskussion ziehen, auch wenn es sich dabei um einen Kandidaten für die Bundespräsidentschaftswahlen handelt. Es kann für keinen Kandidaten einen Glasklaren Sturz geben, obwohl wir selbstverständlich fair, ruhig und korrekt miteinander diskutieren sollen. (Abg. Dr. Fritzberg: Schieder!)

Und hier zitiere ich bitte, was Herr Dr. Waldheim laut „Salzburger Nachrichten“ vom 2. Mai 1985 wörtlich gesagt hat: „Wir haben uns im Wohlstand zuviel geleistet.“ — Ende des Zitats. Ich wiederhole: Herr Dr. Waldheim hat gemeint: „Wir haben uns im Wohlstand zuviel geleistet.“ Und an einer anderen Stelle hat er von einem „katapultartigen Wohlstandszuwachs“ gesprochen. Ich wiederhole auch hier: katapultartiger Wohlstandszuwachs.

Diese Äußerungen des ehemaligen Außenministers Dr. Waldheim unterscheiden sich sehr von den Ennunziationen, die hier etwa gestern bei der Debatte zum Sozialbericht von ÖVP-Rednern gekommen sind. Da wurde beklagt, daß angeblich zu wenig für Sozialleistungen vorhanden ist. Hier sagt aber Ihr Präsidentschaftskandidat, daß er der Meinung ist — „katapultartiger Wohlstandszuwachs“ —, daß offensichtlich zuviel geschehen ist und daß wir uns im Wohlstand zuviel geleistet haben.

Ich möchte bitten, daß Sie Ihren unabhängigen Kandidaten doch animieren, uns zu sagen — auch wenn er lange von der Innenpolitik weg war und sich mit sozialpolitischen Problemen sowie auch mit Fragen des Wahlrechtes sicherlich nicht befaßt hat —, was er damit meint, daß wir uns im Wohlstand zuviel geleistet haben. Ob wir uns zuviel leisten für die Rechte der Arbeiter und Angestellten, ob wir uns zuviel leisten für die Pensionen der Arbeiter und Angestellten, Gewerbetreibenden und Bauern. Ob wir uns einen katapultartigen Wohlstandszuwachs geleistet haben für die Bezieher von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe. Ich weiß nicht, was Herr Dr. Waldheim damit meint.

Er sollte rasch präzisieren, was er meint, denn sonst müßten die Betroffenen, nämlich die, die auf Sozialleistungen angewiesen sind,

sehr erschrocken sein über die Ansichten, die man einfach so nicht stehen lassen kann. Man muß verlangen, daß geantwortet wird und genau präzisiert wird, wie Waldheims Äußerungen zu verstehen sind. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Solche Ansichten, wie sie hier Dr. Waldheim vertritt, sind ja nicht neu. Wenn wir jetzt die Diskussion über die 35-Stunden-Woche betrachten, bei der von manchen so getan wird, als ob der Untergang des Abendlandes bevorstünde, sehen wir sehr starke Parallelen zu der Argumentation bei der Debatte über die Einführung des Achtstundentages vor vielen Jahrzehnten. Und wenn heute von so vielen die Grenzen des Wohlfahrtsstaates beschworen werden, dann finden wir die gleichen Worte und die gleichen Barrieren gegen den sozialen Fortschritt, wenn wir uns anschauen, was vor 80 Jahren über dieses Thema gesagt wurde.

Wir Sozialisten sind der Meinung und sagen das hier an dieser Stelle einer solchen Debatte besonders intensiv, daß der Sozialstaat weitestgehend von der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung geschaffen wurde, von uns mit allen Mitteln verteidigt wird und daß wir versuchen, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten diesen Sozialstaat auszubauen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Und da sind wir, meine Damen und Herren, wieder bei der Diskussion über die sogenannte Eigenvorsorge.

Zu diesem Kapitel möchte ich gleich zu Beginn sagen: Wir Sozialisten sind selbstverständlich für jede Eigenvorsorge, aber wir sind genauso gegen jede zusätzliche staatliche, auf Kosten der Allgemeinheit finanzierte Förderung einer Eigenvorsorge. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Das ist eine ganz klare Stellungnahme. Jetzt zu verlangen, meine Damen und Herren, daß auf Kosten derer, die kleine und mittlere Einkommen beziehen und ab 1987 mit einer Steuerreform rechnen können, die Bezieher großer Einkommen zusätzliche Absatzbeträge im Steuerrecht erhalten, das kommt für uns nicht in Frage. Das wäre für uns, meine Damen und Herren, eine Umverteilung nach oben und auch ein Klassenkampf von oben nach unten. Eine solche Politik, den Kleinen finanzielle Besserstellungen vorzuenthalten und dafür den Beziehern hoher Einkommen erhebliche Steuerbegünstigungen zu geben, kommt für uns einfach nicht in Frage, und das muß in dieser Diskussion klar sein. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

10016

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Schranz

Noch etwas sollte man hier sehen. Zur staatlichen Pensionsversicherung wird ein Bundesbeitrag gewährt, der global gerechnet heute etwa nicht ganz 30 Prozent des Gesamtaufwandes der Pensionsversicherung beträgt, und zwar in der Pensionsversicherung der Arbeitnehmer ungefähr ein Fünftel des Aufwandes, in der Pensionsversicherung der Selbständigen in Stadt und Land ungefähr vier Fünftel, in der gesamten Pensionsversicherung also weniger als 30 Prozent. Wenn Sie aber jetzt (*Abg. Steinbauer: Das gehört nicht her!*) berücksichtigen ... Bitte schön, war das ein Zwischenruf? (*Abg. Steinbauer: Ja, ob das zur Tagesordnung noch paßt, wollte ich wissen! Auch die Bundespräsidentenwahl?*) Ja, das ist die Generaldebatte zum Budget, falls Sie das nicht wissen. Da kann man selbstverständlich über alle Fragen reden, und ich glaube, daß auch die sozialpolitischen Fragen für alle wichtig sind. Auch die VOEST steht heute gar nicht auf der Tagesordnung, paßt aber zur Generaldebatte zum Budget, und ein wichtiger Bestandteil des Budgets ist auch die Sozialpolitik. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es ist auch interessant, daß Sie diese Sozialpolitik so ignorieren und negligenziieren wollen. Das zeigt wieder Ihre Stellung zur Sozialpolitik, Herr Kollege Steinbauer!

Also bitte, zur Generaldebatte gehört diese Problematik der Eigenvorsorge und der Sozialpolitik selbstverständlich! Ich sage hier also nochmals: 30 Prozent etwa beträgt der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung insgesamt. (*Ruf bei der ÖVP: 37 Prozent!*) Wenn Sie jetzt ausrechnen, was zusätzliche Steuerabsetzungen an Steuerentgang für die Republik bedeuten, nämlich bei denen, die sich eine Eigenvorsorge leisten können — was ja die Masse der Klein- und Mittelverdiener nicht kann —, dann kommen Sie drauf, daß dort der Steuerentgang 50 und mehr Prozent beträgt. Die Steuerbegünstigung für Eigenvorsorge ist also viel teurer als der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung, und so besteht daher auch aus diesem Grund überhaupt keine Veranlassung, zusätzliche Privilegien für eine Begünstigung der Eigenvorsorge zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Die Sozialquote, der Anteil der Ausgaben für soziale Wohlfahrt am Bruttoinlandsprodukt, ist in den letzten Jahren in Österreich etwa konstant geblieben. Wir haben schon ein hohes Niveau der Sozialquote erreicht, aber es ist keineswegs eine Explosion der Ausgaben für die soziale Wohlfahrt eingetreten. Wir haben auch keine

Krise des Sozialstaates, keine Krise des Wohlfahrtsstaates, sondern es gibt eine Krise der Wirtschaftsordnung, in der wir leben. Es sind die wirtschaftlichen Schwierigkeiten größer geworden, und diese Schwierigkeiten führen dazu, daß es Finanzierungsschwierigkeiten auch im Sozialbereich gibt.

Die Beschäftigungs- und Wachstumsprobleme sind zuerst da gewesen und haben zu den Schwierigkeiten geführt, unter denen das Sozialsystem dann leidet. Wenn es mehr Arbeitslose gibt, gibt es weniger Beitragzahler für die sozialen Einrichtungen, aber mehr Leistungen, welche die Sozialleistungsträger auszuzahlen haben. Das ist die Problematik. Es führt also die Krisenanfälligkeit der Wirtschaftsordnung zu den Schwierigkeiten im Sozialsystem.

In Österreich sind wir auf beiden Gebieten — das zeigen internationale Vergleiche — noch relativ sehr gut dran. Aber eine restriktive Sozialpolitik wäre unter diesen Aspekten völlig falsch. Ökonomisch richtig ist es, mehr Nachfrage auch durch eine Verstärkung der Sozialleistungen zu schaffen. Wir wollen das Sozialsystem, das wir aufgebaut haben, weiter entwickeln und weiter ausbauen, und es hat daher die Beschäftigungspolitik sowohl aus ökonomischen als auch sozialpolitischen Gründen weiterhin absoluten Vorrang. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir werden, meine Damen und Herren, selbstverständlich die eine oder andere Teilfrage in unserem Sozialsystem zu prüfen haben. Wir werden darüber nachzudenken haben, ob die Finanzierung der Sozialleistungen, die praktisch heute nach den gleichen Grundsätzen erfolgt wie vor fast 100 Jahren, noch richtig ist, oder ob wir nicht durch andere Maßnahmen wie zum Beispiel eine Wertschöpfungsabgabe zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und zu mehr Solidarität kommen können. Und diese Solidarität ist es, die in unserem System des Zusammenlebens der Menschen einen weit wichtigeren Platz bekommen muß, als das heute der Fall ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir werden also Prioritäten zu setzen haben für die günstige Beschäftigungslage, wir werden Prioritäten zu setzen haben im sozialpolitischen Bereich, und wir werden daher auch 1986 dafür sorgen, daß nach diesen Prinzipien, die für die Österreicher so wesentlich sind, das Bundesfinanzgesetz durchgeführt und Sozialpolitik in unserem Land betrieben wird. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 13.47

Präsident Dr. Stix

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Posch.

13.47

Abgeordneter Posch (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Jahr 1985, für Österreich ein Jubiläumsjahr, läßt den Blick vier Jahrzehnte zurückwenden. Es ist als historisch denkwürdig zu bezeichnen, daß der Bundesvoranschlag 1946, der damals erst um die Jahresmitte zusammengestellt wurde, der erste war, der für das gesamte Bundesgebiet erstellt wurde. Damit stand erstmals seit dem Jahre 1938 in Österreich wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Im Lauf der damaligen Budgetverhandlungen zum Voranschlag 1947 wurde dann vom Nationalrat einstimmig von allen Parteien ein Resolutionsantrag angenommen, der die damaligen Verhältnisse innerhalb der Zweiten Republik nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich beschrieb. Worum ging es damals? Es ging um die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes, um die Beendigung der militärischen Besetzung, den Schutz der Demokratie, den Beginn der Produktion, die Rückführung von besetzten Betrieben in die Verfügungsgewalt Österreichs, die Anerkennung des österreichischen Eigentums, die Rückführung des österreichischen Gold- und Devisenschatzes, die Wiederherstellung der Währungsbasis, die Rückführung der österreichischen Kriegsgefangenen aus vielen Ländern der Welt und um die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen.

Heute, meine Damen und Herren, können wir sagen, daß uns dies alles und noch viel mehr gelungen ist. Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz erklärte kürzlich in einer Festzung des Ministerrates, daß vor 40 Jahren nach der Unfreiheit und nach den Schrecken des Krieges eine neue Österreich erstanden ist, in diesen vier Jahrzehnten der Wiederaufbau bewältigt, der Weg zur Demokratie beschritten, die Wirtschaft zur Wettbewerbsfähigkeit geführt und der Wohlfahrtsstaat begründet wurde. Österreich wurde zu einem der stabilsten und ruhigsten Länder, ein wirtschaftlich gefestigter und sozial ausgeglichener Staat. Diese günstige wirtschaftliche und soziale Entwicklung, dieser Wohlstand, meine Damen und Herren, ist das Ergebnis von Fleiß, Einsatzfreude und unermüdlicher Arbeit der Österreicher. Sie ist aber auch im hohen Maße eine Bestätigung der von Sozialdemokraten praktizierten Politik der Vernunft.

Hohes Haus! Es zählt zu den wichtigsten Rechten und Pflichten des Nationalrates, den Voranschlag in öffentlichen Sitzungen zu verhandeln und nach den Bestimmungen des jeweiligen Bundesfinanzgesetzes zu bewilligen. Der Voranschlag als Plan liefert uns den Nachweis, ob die Durchführung kommender Aufgaben des Staates finanziell möglich ist. Mit seinen Ansätzen wird uns und der Öffentlichkeit jedes Jahr das finanziell Machbare aktualisiert und in nüchterner Art und Weise vor Augen geführt. In seiner ökonomischen Funktion bestimmt der Etat den Umfang der wirtschaftlichen Betätigung des Staates und nimmt dadurch als zentrales Instrument der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik hohen Einfluß sowohl auf die Finanzwirtschaft als auch auf die Privatwirtschaft unseres Landes.

Auf das Haushaltsjahr 1986 bezogen, entspricht, wie es Finanzminister Dr. Vranitzky in seiner Budgetrede zum Ausdruck brachte, die ökonomische Wirkung des Bundesvoranschlages 1986 dem dezidierten Willen der Bundesregierung, mit der Budgetkonsolidierung fortzufahren, ohne die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundfesten unseres Landes durch abrupte, von der Bevölkerung nicht getragene und von den Entscheidungsträgern nicht verantwortbare Maßnahmen zu zerstören.

Hohes Haus! Das Budget 1986 weist Einnahmen von rund 388,8 Milliarden Schilling und Ausgaben in Höhe von 495,4 Milliarden Schilling nach einer Änderung im Finanz- und Budgetausschuß aus. Das Bruttodefizit beläuft sich demnach auf etwa 106,5 Milliarden, das Nettodefizit ohne Staatsschuldentilgung kommt auf rund 68,4 Milliarden Schilling zu stehen.

Den Ländern und Gemeinden kommt auf Grund der finanzwirtschaftlichen Beziehungen der Gebietskörperschaften untereinander ein steuermäßiger Anteil in Höhe von 138,2 Milliarden Schilling im Jahre 1986 aus diesem Bundesvoranschlag zu.

Die weitere Konsolidierung des Staatshaushaltes, die Sicherung der Beschäftigung, die tragbare Abdeckung der öffentlichen Leistungen und die gezielte Ausweitung in den Bereichen Bildung, Umwelt und Wohnen kennzeichnen den inneren Wert dieses Bundesvoranschlages 1986, in dem in bezug auf Wissenschaft und Forschung nicht nur optimistische Akzente gesetzt, sondern dessen Ansätze stark erhöht erscheinen.

Dem bundesstaatlichen Aufbau entspre-

10018

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Posch

chend bestehen in Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Voranschläge anderer Gebietskörperschaften. Dazu gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht angehören. Die Schätzungen der Bruttoausgaben des öffentlichen Sektors, wie man ihn nennt, lagen im Jahre 1985 bereits bei rund 994 Milliarden Schilling, von denen fast die Hälfte auf den Bundeshaushalt entfällt.

Aus dem Abgabenaufkommen, also der Größenordnung der Steuern und der steuerähnlichen Einnahmen des öffentlichen Sektors, lassen sich weitgehend Erkenntnisse über die jeweilige Wirtschaftslage und -entwicklung ableiten. Diese, meine Damen und Herren, können sich in Österreich sehen lassen. Während es im Jahre 1985 in den USA zu einer Abschwächung des Wachstums gekommen ist, zeigen die Prognosen der Wirtschaftsforscher, daß sich das Wachstum in Europa in diesem Jahr erhöhte und in Österreich sogar auf 3 Prozent angestiegen sein wird. Österreich wird damit im Spitzensfeld der westeuropäischen Industrieländer liegen.

Als besonders erfolgreich erwiesen sich die Stabilisierungsmaßnahmen für die Wirtschaft. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird 1985 nicht wie im Vorjahr 5,6 Prozent, sondern nur 3,5 Prozent betragen. Für 1986 wird ein weiteres Absinken der Teuerungsrate auf 3 Prozent erwartet. Damit wird unser Land heuer und im nächsten Jahr zu den preisstabilsten in der gesamten Industriewelt gehören.

Hervorzuheben ist auch die gute Situation der heimischen Wirtschaft mit einer Exportsteigerung im Jahre 1985 um etwa 16,5 Prozent. Die Bundesregierung hat demnach die Konsolidierung, den wirtschaftlichen Aufschwung und die Umweltpolitik mit Erfolg in Angriff genommen und zum Teil sogar schon bewältigt. Es gibt heute um 30 000 Beschäftigte mehr in Österreich als vor zwei Jahren, und die Arbeitslosenrate, der Herr Bundeskanzler hat das heute vormittag bereits gesagt, liegt mit 4,7 Prozent noch immer weit unter der Hälfte des europäischen Durchschnitts.

Angesichts dieser Ergebnisse muß man wirklich — wie Bundeskanzler Dr. Sinowatz — die ÖVP fragen, wohin denn der von ihr immer wieder verlangte Kurswechsel führen soll: weg von der Prosperität, weg von der Konsolidierung mit Augenmaß oder weg von der Sozialgesinnung? — Nein, Hohes Haus, nicht die Regierungspolitik ist gescheitert,

sondern die unverständliche Schwarzmalerei der ÖVP sowie deren ziellose Fluchtversuche in nebulose Vorschläge und in eine Politik, die in Österreich kein Mensch mehr ernst nimmt, die nicht interessiert und die man nicht versteht. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Hohes Haus! Die Aussage des Herrn Finanzministers, daß die gemeinsamen Anstrengungen der sozialistischen und der freiheitlichen Mitglieder der Bundesregierung zur Ausarbeitung eines Voranschlagsentwurfes geführt haben, der die Grundlage zur konstruktiven weiteren Arbeit im Interesse unserer Wirtschaft und damit unseres Staates bietet, kann nur Zustimmung finden, da es doch gelang, an sich verständliche Resortwünsche, die zunächst zu einem Bruttoabgang in Höhe von 130 Milliarden Schilling geführt hatten, gemeinsam abzubauen.

Das solide Bundesbudget 1986 Vranitzky'scher Prägung ist außerdem durch den Umstand sehr bemerkenswert geworden, daß es dem Finanzminister gelungen ist, eine Reihe von denkwürdigen einschränkenden Schritten im Sinne der klassischen Gebote der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Budgets in Richtung Budgetkonsolidierung zu tun, so die Ausschaltung von langjährigen Defiziträgern, die Umstrukturierung von Betrieben, in einem Fall dessen Liquidation, sowie das Halten des Personalstandes des Bundes und der beginnenden Ökonomie im Förderungswesen.

Hohes Haus! Zwei sehr wesentliche Aufwandsgruppen, der Finanzschuldenaufwand mit 82,3 Milliarden Schilling und der Bundesbeitrag zur Sozialversicherung mit 47 Milliarden Schilling, werden mit Wachstumsraten von etwa 11 Prozent überdurchschnittlich steigen und verdienen deshalb eine nähere Betrachtung.

Obwohl die österreichische Staatsverschuldung heute im internationalen Vergleich keineswegs als hoch anzusehen ist — laut OECD-Jahresbericht 1984/1985 liegt die öffentliche Verschuldung Österreichs im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nach wie vor unter dem Durchschnitt vergleichbarer Länder — und die Auslandsverschuldung sogar gesenkt werden konnte, gibt diese Entwicklung in Österreich immer wieder zu einer finanzpolitischen Diskussion Anlaß, wie sie in ihrer Intensität zuletzt wohl während des Ersten Weltkrieges und in der Periode der Nachkriegsinflation geführt worden war.

Heute wie damals steht das Staatsschulden-

Posch

problem im Mittelpunkt der Erörterungen. Wenngleich einzusehen ist, daß die Argumente infolge der verschiedenen wirtschaftstheoretischen und politischen Standpunkte als gegensätzlich zu bezeichnen sind, ist doch feststellbar, daß die Auseinandersetzungen um dieses Problem von Seiten der ÖVP mit einem Mangel an politischem Anstand und wider besseres Wissen geführt werden. Die ÖVP verschweigt in der Öffentlichkeit bewußt die positive und ausgezeichnete wirtschaftspolitische und soziale Lage Österreichs, die sehr wohl auch international Anerkennung findet.

Österreich genießt in der internationalen Finanzwelt große Anerkennung und einen hervorragenden Ruf und gilt als allererste Adresse und als verlässlicher Partner.

Österreich weist nicht nur günstige Wirtschaftsdaten auf, sondern liegt mit einer Gesamtverschuldung pro Kopf der Bevölkerung zum Teil beträchtlich günstiger als so wichtige Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, Japan, die Schweiz oder auch die USA.

Hohes Haus! Der wirtschaftliche Wohlstand und die soziale Wohlfahrt haben sich in Österreich dank einer sozialdemokratischen Politik in den letzten eineinhalb Jahrzehnten stark erhöht. In den vergangenen Jahren ist überdies die gesamte österreichische Bevölkerung in das vielfältige Netz der sozialen Sicherheit eingebunden worden. Der Anteil Österreichs ist in dieser Hinsicht im Budget im Vergleich zu anderen Staaten überdurchschnittlich hoch.

Für soziale Wohlfahrt, Gesundheit und Wohnungsbau sind im Bundesvoranschlag 1986 zusammen 121,6 Milliarden Schilling veranschlagt, worunter auf dem Gebiete der Sozialversicherung die Bundesbeiträge mit rund 47 Milliarden Schilling das stärkste Gewicht haben.

Hohes Haus! Das Problem der Pensionsreform wurde von der Regierung Sinowatz bis in die Mitte der neunziger Jahre hinein gelöst. Die mit 1. Jänner 1985 in Kraft getretene Pensionsreform hatte das Ziel, die Leistungen der Pensionsversicherung unter geänderten wirtschaftlichen Bedingungen zu sichern, wobei die aktiv Erwerbstätigen durch eine solidarische Beitragsleistung zur Pensionsreform beitragen.

Neben der Erhöhung der Pensionen um 3,5 Prozent für das Jahr 1986 hat der Finanzminister überdies vor einigen Tagen mehrere

Steuererleichterungen für Pensionisten ab dem kommenden Jahr angekündigt, wodurch sich deren Nettobezüge verbessern werden.

Die Pensionsreform als Politik des Augenmaßes und die dadurch gewonnene Zeit wird die Bundesregierung, wie wir wissen, dazu nutzen, gemeinsam mit den Sozialpartnern Vorschläge zu erarbeiten, die sowohl die Beschäftigung als auch die soziale Sicherheit für die Zeit nach den neunziger Jahren garantieren werden.

Hohes Haus! Nach langen Auseinandersetzungen um die Finanzierung der österreichischen Krankenanstalten ist es Bundesminister Dr. Steyrer, dem Vater der Umweltoffensive für Österreich, erstmals gelungen, ein Reformwerk sondergleichen für die österreichische Krankenanstaltenfinanzierung durch die Errichtung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zu realisieren.

Ein Normkostenfinanzierungssystem, ein Abrechnungssystem und ein leistungsbezogenes Kostenvorgabesystem sollen in Zukunft dafür sorgen, daß unter Aufrechterhaltung des hohen Standards der medizinischen Versorgung in Österreich die öffentlichen Haushalte von den stark gewachsenen Kosten für das Gesundheitswesen in Zukunft entlastet werden, wozu allerdings mit Sicherheit die aufgeschlossenen, kostenbewußten, gut ausgebildeten Krankenhausverwaltungsleiter der österreichischen Krankenanstalten beitragen werden.

Die Überweisungen an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds sind im Bundesvoranschlag 1986 um 258 Millionen Schilling höher als im Vorjahr präliminiert und erreichen damit eine Höhe von etwa 2,6 Milliarden Schilling, die den österreichischen Krankenanstalten zugute kommen.

Wenngleich auch die Frage der sozialen und medizinischen Betreuung in Österreich als gelöst zu bezeichnen ist, möchte ich dennoch an das Problem der Pflegefälle, also das Schicksal jener Personen, die zwar persönlicher Betreuung bedürfen, aber eine kontinuierliche medizinische Versorgung im überwiegenden Maße nicht benötigen und kein Akutbett brauchen, erinnern. Es ist dies ein ganz wesentliches und zentrales Problem unserer Gesellschaft, da der Anstieg der Lebenserwartung in Österreich und der dadurch verursachte gesteigerte Bedarf an Pflegebetten eine unumstößliche Tatsache geworden ist.

10020

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Posch

Es sollte anerkannt werden, daß Pflegebedürftigkeit ein eigenständiger Anlaß für das Sozialrecht ist, da es sich beim Pflegefall um jene Lebenssituation für den Betroffenen handelt, die dieser selbst nicht mehr beherrschen kann und deshalb auf die Leistungen der Gesellschaft angewiesen ist.

Daher wäre eine Umwandlung von Akutbetten in ausreichendem Maße in Pflegebetten zu begrüßen, womit nicht nur die Situation unserer pflegebedürftigen Mitbürger verbessert werden könnte, sondern zugleich jedenfalls eine finanzielle Entlastung der Krankenanstalten erfolgen würde.

Hohes Haus! Ich komme zum Schluß. Zur Krise der verstaatlichten Industrie meine ich, daß nicht, wie das heute hier behauptet worden ist, eine Ideologie der SPÖ gescheitert ist, sondern der Vorstand der VOEST-ALPINE, der nunmehr seine ersten Konsequenzen gezogen hat, weil er sein Heil in Spekulationen suchte.

Hohes Haus! Mit dem Budget für das kommende Haushaltsjahr 1986 haben die Bundesregierung und der Finanzminister in eindeutiger Weise signalisiert, daß sie auch dieses Budget 1986 als Instrument der Finanzpolitik dazu benützen wollen, um jenes „magische Fünfeck“, unter dem man zusammengefaßt Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, gerechte Einkommensverteilung und die Erhaltung des Währungsniveaus versteht, zum Wohle des österreichischen Volkes aufrechtzuerhalten.

Das Bundesfinanzgesetz beziehungsweise der Bundesvoranschlag für das Jahr 1986, für das kommende Haushaltsjahr, der Voranschlag, dem eine entscheidende Rolle für die soziale Sicherheit und Wohlfahrt aller in Österreich zukommt, erbringt mit seinen Ziffern in signifikanter Weise darüber den Nachweis, was wir Sozialdemokraten in den letzten eineinhalb Jahrzehnten des Bestehens der Zweiten Republik in positiver Hinsicht für Österreich und seine Menschen geleistet haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 14.04

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Fauland.

14.04

Abgeordneter Fauland (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die heutige Debatte zum Budget 1986 ist überschattet von den Ereignissen in der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, in unserem größten Konzern, der VOEST-Alpine.

Meine Wortmeldung, die ja nicht vorgesehen gewesen ist, wurde hervorgerufen durch die Wortmeldung und Äußerungen eines ÖVP-Abgeordneten in diesem Hause, des Abgeordneten Kollegen Burgstaller, denn ich glaube, daß man Ausführungen in dieser Art nicht widerspruchslos hinnehmen kann. Zweitens bin ich der Auffassung, daß man mit solchen Ausführungen, mit solchen Worten, den Menschen in der verstaatlichten Industrie nicht hilft, sondern nur schadet.

Wenn es uns ernst ist, den Menschen dort, den Kolleginnen und Kollegen zu helfen — es sind immerhin rund 70 000 —, dann müßten wir hier das beweisen, worum es geht, nämlich daß wir zusammenhalten müssen und daß wir echt gewillt sind, aus dieser für uns furchtbaren Misere das Beste zu machen, aber nicht in solch einer Art und in solch einer Form, wie es vom Abgeordneten Burgstaller hier geschehen ist, werte Damen und Herren! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich werde auf einige Punkte eingehen. Ich tat das bereits im September anlässlich der Diskussion um die verstaatlichte Industrie in diesem Hause. Auch da konnte der Abgeordnete Burgstaller nichts erwidern, das wird wahrscheinlich auch heute so sein, denn sich herzustellen und Behauptungen aufzustellen, die nicht wahr sind, ist immer leicht, um in der Öffentlichkeit ... (Abg. Steinbauer: Vorsicht!) Ich werde gleich beweisen, bitte, Herr Abgeordneter Steinbauer, warum ich das sage.

Das erste, was er zum Budget gesagt hat — es war das einzige, was er zum Budget gesagt hat —: Die wirtschaftliche „Stabilität“ und das wirtschaftliche „Chaos“ des Budgets 1986 spiegeln sich jetzt eben auch in der verstaatlichten Industrie, wie sich das bei der VOEST-Alpine gezeigt hat.

Ich frage mich nur, Herr Abgeordneter Burgstaller: Warum sind wir dann jetzt weltweit von über 100 Ländern auf der 9. Stelle, was die Kreditwürdigkeit anbelangt, wenn Österreich so schlecht wirtschaftet, wenn wir so schlecht dastehen und keine Stabilität hätten?

Das zweite: Die Arbeitslosenrate steigt laufend an. — Wir müssen sagen, wenn ich mir diese Liste einer Konjunkturprognose der OECD anschau — ich erspare es mir, sie vorzulesen —: In den Ländern, in denen konervative Parteien Verantwortung tragen, betragen die Arbeitslosenraten so zwischen 8 und 10 und 11 und 12 Prozent. Ich frage mich, wer

Fauland

da besser wirtschaftet: wir hier in Österreich oder Länder wie England und Deutschland, wo es hohe Arbeitslosenraten gibt. Das wollte ich nur eingehend dazu gesagt haben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Aber das zweite: Sie haben hier von der Sorglosigkeit dieser Regierung gegenüber der Verstaatlichten gesprochen. Ich bin Betriebsratsobmann der Hütte Donawitz und ich bin stolz, daß ich dort Betriebsratsobmann bin, Herr Abgeordneter Graf! (*Abg. Graf: An Ihrer Stelle würde ich zurücktreten!*) Ich bin 37 Jahre in der Verstaatlichten beschäftigt. Ich habe die Alpine erlebt, bevor es die Fusion gab. Ich war seinerzeit Belegschaftsvertreter und Betriebsrat und kann mich erinnern, wer diese Betriebe in der Steiermark geführt hat, ob das jetzt in Donawitz gewesen ist, ob das in Kindberg gewesen ist, ob das in Zeltweg gewesen ist, am Erzberg gewesen ist, ich weiß, unter welcher Patronanz diese Betriebe gestanden sind, unter welcher Führung. Unter einem schwarzen Generaldirektor und unter schwarzen Direktoren sind sie gestanden. Ich weiß, wie der Zustand dieser Betriebe gewesen ist in jener Zeit, bevor sie fusioniert wurden. Hätten wir da zugeschaut, wie es die ÖVP-Verantwortlichen zu dieser Zeit gemacht haben, in der sie die Verantwortung in der Alpine, in den Alpine-Betrieben, getragen haben, dann wäre der Zustand heute so, daß wir uns nicht mehr unterhalten bräuchten über diese Betriebe.

Wie ist die Wirklichkeit gewesen? Sie sprachen von „Sorglosigkeit“. (*Abg. Schwarzenberger: 1,4 Milliarden Gewinn!*) Wir werden noch auf die Wirklichkeit zu reden kommen. Herr Abgeordneter Burgstaller! Sie haben vergessen zu erwähnen, was beim Aichfeld-Murboden-Projekt gemacht wurde. Sie haben vergessen zu erwähnen, daß in der Steiermark, in Kindberg, ein ganz neuer Betrieb entstanden ist, in dem Hunderte von Menschen wieder sichere Arbeitsplätze haben. Wäre das nicht vollzogen worden, wäre dieser Betrieb zum Schließen verurteilt gewesen. Und das war die „Sorglosigkeit“ dieser sozialistischen Regierung!

Hüttenberg, Donawitz, Herr Abgeordneter Burgstaller, wo du auch oben beschäftigt gewesen bist. Du weißt ganz genau, wie der Zustand von Donawitz bis 1973 gewesen ist, wie die Infrastruktur, die Technologie dort ausgesehen hat, unter der Verantwortung der ÖVP, und wie sie heute ausschaut, nach der Fusion unter der Verantwortung einer sozialistischen Regierung. Ein moderner Betrieb, eine moderne Technologie, nur eines ist

heute: daß die Produkte, die wir dort produzieren, keinen Preis erzielen. Aber alles andere wurde dort gemacht und wurde dort verbessert. Der Betrieb steht heute modern und bestens da! Das ist die „Sorglosigkeit“ einer sozialistischen Regierung! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Burgstaller! Das gleiche gilt heute auch für Zeltweg. Was ist in Zeltweg geschehen? Was war vor der Fusion in Zeltweg, außer der Schienenproduktion und ein paar Radlagern, die dort gebaut worden sind? Wie schaut es heute dort aus? Auch dort ist man auf moderne Technik übergegangen und auch in die Finalindustrie, aber erst nach der Fusion unter der sozialistischen Regierung. Wie hat es vorher unter der ÖVP-Alleinregierung, unter der ÖVP-Verantwortlichkeit in der Alpine ausgeschaut?

Das gleiche gilt für Judenburg, ein ganz gleiches Beispiel. Wer hat dort geholfen? Wer hat dort Zusagen gemacht? — Es war die sozialistische Regierung, die ein mittelfristiges Programm realisierte, um die Arbeitsplätze zu sichern, und in der Zwischenzeit muß um neue Arbeitsplätze geschaut werden, weil dieses Walzwerk total veraltet ist. In dieser Art könnte man das fortsetzen. So billig soll man sich das aber nicht machen, wenn man Verantwortung trägt, und wir tragen gemeinsam Verantwortung.

Es geht doch nicht, in den Vorständen zu sitzen, vier SPÖ und vier ÖVP oder sogar wie in der VOEST-Alpine fünf ÖVP und vier SPÖ, der Herr Halbvorstandsdirektor Zich für die Elektronikbetriebe ist der fünfte. Sie haben fünf Vorstandsdirektoren in der VOEST-Alpine gegenüber vier sozialistischen Vorstandsdirektoren. (*Zwischenruf des Abg. Weinberger.*)

Sagen Sie, daß es nicht stimmt, daß von Ihnen fünf in der VOEST-Alpine sind! Sie tragen die Verantwortung im Aufsichtsrat! Sie stimmen überall dort im Aufsichtsrat und auch in den Vorständen gemeinsam für alle Konzepte! Ich habe noch nie erlebt, daß sich die ÖVP-Vorstände irgendwo dagegen ausgesprochen hätten, gemeinsam sind die Entscheidungen getroffen worden, meine Damen und Herren!

Sie haben auch gesagt, die Regierung trägt für das Handeln die Verantwortung, der Minister müßte praktisch mitabdenken oder gehen. Ich frage mich nur: War es eine schlechte, eine unrichtige Handlung von einem Minister, der, als er vor einigen Tagen

10022

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Fauland

erfahren hat, was los ist, was sich abgespielt hat, sofort aktiv geworden ist mit der ÖIAG, sofort die Abdankung des Vorstandes verlangt hat? Und dieser Vorstand ist geschlossen zurückgetreten, diese Abdankung wurde angenommen. Der Herr Minister hat sofort gesagt, in wenigen Tagen, in wenigen Stunden müsse eine neue Führung her. Und schon kurz danach wurde interimisweise Generaldirektor Kirchweger nominiert.

Ist das nicht Verantwortungsbewußtsein für die Kolleginnen und Kollegen in diesem Betrieb, damit es weitergeht und damit das, was Sie gesagt haben — und da gebe ich Ihnen vollkommen recht, Herr Abgeordneter —, daß wir danach zu trachten haben, daß wir das Image im Ausland nicht verlieren, daß uns die Türen und Tore nicht zugemacht werden, daß sie uns offen bleiben, eintritt. Und das kann nur durch ein so rasches Handeln und Reagieren geschehen, wie es Herr Minister Lacina und die Regierung getan haben. Ich glaube, das sollte man nicht als so leicht hinstellen und so leicht nehmen.

Zweitens: der Terror. Ich frage mich, woher Sie den Mut nehmen, Herr Abgeordneter Burgstaller! Sie kommen aus der Steiermark und wissen daher ganz genau, wie es beim Land Steiermark zugeht. (Abg. Steinbauer: Vorsicht!) Herr Abgeordneter Burgstaller, Sie wissen, wie es bei Ihnen in der technischen Direktion zugeht, wo Sie als Betriebsratsobmann tätig sind. Sie beklagen sich! Ich kann Ihnen von Leuten Beweise dafür bringen, daß Sie sagen: Wenn du der Partei beitrittst, dann kannst du bei uns einen Platz oder eine Anstellung bekommen. (Ruf bei der SPÖ: Das ist ja unerhört! — Weitere Zwischenrufe.)

Und wenn sich Leute zu uns bekennen — welchem Terror die dann dort ausgesetzt sind, Herr Abgeordneter Burgstaller, das müßte man einmal aufzeigen! Bei IBM Hinterberg, ein neuer Elektronikbetrieb, eine Tochter der VOEST-ALPINE, sind Wahlen durchgeführt und anerkannt worden. Es sich alle fünf Mandate dem ÖAAB dort zugegangen. (Abg. Burgstaller: Sechs! — Abg. Dr. Gradenegger: Wenn er es macht, macht er es hundertprozentig!) Oder sechs. Von uns war auch eine Liste dort, diese hat kein Mandat erreicht. Aber was war danach? Unserem Funktionär, der sich an die Spitze gestellt hat, hat man das Leben so vergrämt, daß er selbst gekündigt hat, weil er die niedrigsten Arbeiten verrichten mußte. So schaut das aus! (Abg. Steinbauer: Ungeheuerlich!) Das ist die Tatsache, Herr Abgeordneter Burgstaller!

Wenn wir schon von Terror reden, dann muß man einmal sagen, wie es wirklich ist, Herr Abgeordneter!

Weil Sie von einem „amtlichen Stimmzettel“ für die Betriebsräte gesprochen haben und gesagt haben, die Sozialisten hätten keinen Mut, sie würden sich nicht trauen, einen amtlichen Stimmzettel einzuführen: Ich kann Ihnen beweisen, daß wir in Donawitz einen amtlichen Stimmzettel schon seit Jahren bei den Betriebsratswahlen haben. (Zwischenruf des Abg. Weinberger.) Wie schaut das Ergebnis dort aus? Von drei Mandaten ist die ÖVP auf ein Mandat zurückgegangen. Da ist es nicht so gewesen, daß Sie gesagt haben, wir hätten eine Angst vor dem amtlichen Stimmzettel. So schaut die Wirklichkeit aus, meine Damen und Herren!

Man soll das nicht immer so hinstellen und über „Sorglosigkeit“ sprechen, wenn man genau weiß, wer sich für die verstaatlichte Industrie wirklich immer eingesetzt hat. Das war diese sozialistische Regierung. Ihr Verhalten bei den 16,6 Milliarden Schilling können Sie nicht so weglegen. Der Abgeordnete Mock hat heute gesagt: Wir haben ja gewußt, warum wir das gemacht haben. (Abg. Dr. Kohlmaier: Damals! — Abg. Schwarzenberger: Jetzt wißt ihr es auch!) Ziemlich spät hat er das gewußt, wenn er erst jetzt weiß, warum er es so gemacht hat. Wir wissen, daß es notwendig war. 80 Prozent der Mittel, die seinerzeit hier beschlossen wurden, sind für die Verstaatlichte in unsere strukturschwachen Betriebe in die Steiermark geflossen, um dort die Arbeitsplätze zu sichern.

Uns geht es heute als Abgeordnete und Verantwortliche in den Betrieben als Belegschaftsvertreter nicht darum, einen Schuldigen in dieser Form zu suchen, dafür wird ja ein Gremium eingesetzt. Und dieses Gremium wird das ja im Unterausschuß untersuchen müssen. Wir werden darüber reden. In der Öffentlichkeit sollten wir gemeinsam auftreten, um all das, was jetzt auf uns zugekommen ist, abzuwenden und dementsprechend zu reparieren.

Ich bin mir sicher — ich trete immer wieder für Donawitz ein, ich weiß, wie Donawitz heute dasteht; Sie haben die Frage gestellt, wie es in Donawitz weitergehen wird —, daß es in Donawitz mit der Technologie, wie wir sie heute führen, weitergehen kann. Und wir werden davon nicht abweichen, weil wir Beweise dafür haben, daß es möglich ist, mit so einer Technologie zu fahren.

Fauland

Ich sage: Die Hauptverantwortung liegt beim Vorstand, bei unseren Vorstandsmitgliedern wie bei Ihren Vorstandsmitgliedern. Die Hauptverantwortung liegt im Aufsichtsrat, bei Ihren Aufsichtsratsmitgliedern wie bei unseren Aufsichtsratsmitgliedern. Die Hauptverantwortung liegt nicht bei dieser Regierung, die ja bewiesen hat, was sie für die verstaatlichte Industrie zu leisten imstande ist! Sie hat das in den letzten Jahren bewiesen durch die Zustimmung zur Zuführung der Mittel, die von dieser Regierung eben bereitgestellt wurden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich sage noch einmal: Man soll sich nicht hier an dieses Rednerpult stellen und Steine werfen, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Das ist ein altes Sprichwort. Ich bin der Auffassung: Wir haben dort gemeinsam Verantwortung getragen, weil wir gesagt haben, wir sind gewillt dazu. Wir sollten auch jetzt, wo Schwierigkeiten aufgetreten sind, diese Verantwortung gemeinsam tragen, zum Wohle der 70 000 Beschäftigten, zum Wohle der Menschen, die in diesen Regionen leben, sodaß auch weiterhin diese Arbeitsplätze gesichert sind. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{14.18}

Präsident Dr. Stix: Zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Burgstaller. Ich erteile es ihm und mache ihn auf die Fünf-Minuten-Begrenzung aufmerksam.

^{14.18}

Abgeordneter **Burgstaller** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Fauland hat hier vom Pult aus behauptet, daß in Leoben-Hinterberg, in diesem Elektronikwerk, der sozialistische Fraktionsführer, nachdem er die Wahlen verloren hat, eine Arbeit bekommen hätte, die ihn einer gewissen Diskriminierung aussetzt.

Tatsache ist, daß der Abgeordnete Fauland beim zuständigen Direktor war und interveniert hat, daß sein Spitzenkandidat, obwohl er kein Mandat hat, eine bessere Arbeit bekommt, wo er mehr verdient. Er hat sie auch bekommen. Das ist die eine Seite. (*Abg. Fauland: Was ist das für eine tatsächliche Berichtigung?*)

Die zweite Seite: Dieser Kollege hat, obwohl er diese Arbeit bekommen hat, wo er einen Schichtbetrieb und ein höheres Gehalt bekommen hat, gekündigt, zum Leidwesen des Betriebsratsobmanns, weil er — wie

Ihnen ja bekannt ist — ein gutes Einvernehmen hat.

Zu den weiteren Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fauland, der aufgezählt hat, wieviel je Standort investiert wurde, ist zu sagen, daß niemand bestritten hat, daß viel investiert wurde in der Obersteiermark. Tatsache ist aber, meine Damen und Herren, daß jeder Standort große wirtschaftliche Probleme hat, daß jeder Standort gewaltige Verluste hat, und das nicht erst seit gestern, sondern seit Jahren. (*Abg. Dr. Stippel: Das ist eine tatsächliche Berichtigung?*) Und es wird seit Jahren von uns auf diesen Umstand hier von diesem Pult aus hingewiesen. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Stix: Herr Abgeordneter! Das ist keine tatsächliche Berichtigung mehr. (*Abg. Burgstaller: Selbstverständlich!*) Überlegen Sie bitte das Ende Ihrer Wortmeldung!

Abgeordneter **Burgstaller** (*fortsetzend*): Herr Präsident, ich bitte um das Wort. Der Herr Abgeordnete Fauland hat hier den Eindruck zu erwecken versucht, bei den Standorten der verstaatlichten Industrie sei alles in Ordnung. (*Abg. Fauland: Das habe ich nicht gesagt!*) Ich stelle fest: Wir haben an jedem einzelnen Standort trotz hoher Investitionen riesige wirtschaftliche Probleme, um deren Bewältigung es in den nächsten Tagen und Wochen und Jahren geht. — Das ist die tatsächliche Berichtigung. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenegger: Das ist eine tatsachenwidrige Berichtigung!*) ^{14.21}

Präsident Dr. Stix: Zu einer Erwiderung auf die von Herrn Abgeordneten Burgstaller abgegebene tatsächliche Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Fauland zu Wort gemeldet.

Ich weise darauf hin, daß sich die Erwiderung gemäß der Geschäftsordnung auf eine persönliche Angelegenheit des zu Wort gemeldeten Abgeordneten zu beziehen hat und die Redezeit ebenfalls fünf Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Fauland das Wort.

^{14.21}

Abgeordneter **Fauland** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich muß folgendes erwähnen, Herr Abgeordneter Burgstaller: Ich war dort mit dem Gewerkschaftssekretär der Exekutive Leoben, Herrn Kollegen Heindler.

10024

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Fauland

Kollege Heindler hat mich angerufen, daß diesem Kollegen, dessen Lage ich geschildert habe, derart Unrecht geschieht. Ich bin zum Direktor gegangen mit der Bitte, man möge diesen Mann an jenem Arbeitsplatz einsetzen, den er innegehabt hat, als er kandidiert hat. Nicht anders war es. Das ist mir zugesagt worden. Nur: Geschehen ist das nicht! Er wurde auf einem Arbeitsplatz zur Verrichtung minderwertiger Arbeiten eingesetzt. Das ist die Tatsache! (*Rufe bei der SPÖ: Das ist „sozial“! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Schwarzenberger: Was ist „minderwertige Arbeit“?*) Zum Beispiel Aufräumungsarbeiten; Arbeiten, die er zuerst nicht gemacht hat.

Sie haben außerdem behauptet, ich hätte gesagt, daß alles in Ordnung sei. Das stimmt nicht. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß nicht stimmt, daß Sorglosigkeit von Seiten dieser Regierung vorhanden gewesen wäre, sondern es gab sehr wohl Verantwortung und es ist sehr wohl etwas geschehen. Ich habe nicht gesagt, daß alles in Ordnung sei, Ich habe nur gesagt, die Behauptung von Sorglosigkeit stimmt nicht, es stimmt nicht, wie Sie sagten, daß die Regierung sorglos gehandelt hätte im Bereich der verstaatlichten Betriebe. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{14.23}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Neisser.

14.23

Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen hat niemand daran gedacht, daß die Budgetdebatte zum Kapital Bundeskanzleramt eine Debatte über eine Krise wird; eine Krise, in der sich offensichtlich derzeit das größte verstaatlichte Unternehmen in Österreich befindet.

Ich glaube, es ist selbstverständlich, daß dieses Problem den Mittelpunkt der heutigen Diskussion bildet, und ich habe daher den Einwand des Kollegen Schranz in seiner vorhergehenden Wortmeldung, daß die VOEST eigentlich nicht auf der Tagesordnung stehe, nicht verstanden. Er hat offensichtlich übersehen bzw. überhört, daß es der zuständige Ressortminister selbst war, der mit einer Erklärung die heutige Debatte eröffnet und damit schwerpunktmäßig dieses Thema vorgegeben hat. Und es ist selbstverständlich für ein verantwortungsvolles Parlament, daß es sich sofort und rasch mit diesem Problem auseinandersetzt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bedauere auch ein bißchen, daß durch

diese Vorgabe die Diskussion um manches anderes wichtiges Thema, das heute in der Debatte angeschnitten wurde, zu kurz kommen wird. Beispielsweise gilt das für das Problem der Objektivierung der Postenvergabe, wie es Herr Dr. Gugerbauer heute in seinem Diskussionsbeitrag angezogen hat.

Der Beitrag des Herrn Dr. Gugerbauer war vor allem deshalb wohltuend, weil wir als Österreichische Volkspartei ja gewohnt sind, von den Angehörigen seiner Fraktion hier immer mit besonderer Aggressivität behandelt zu werden. Daher registriere ich zunächst einmal politiv, daß er sich bemüht hat, dieses Problem der Objektivierung der Postenvergabe doch mit einer sehr sachlichen Komponente anzusprechen.

Ich nehme Ihr Offert, Herr Dr. Gugerbauer, daß wir hier im Parlament über Methoden und Formen dieser Objektivierung gemeinsam weiterreden sollten, sehr ernst und greife es für meine Fraktion auf. Ich hoffe, es war nicht nur ein Angebot des kleinen Koalitionspartners, sondern es wird mit derselben Begeisterung vom großen Koalitionspartner aufgegriffen und wiederholt.

Herr Kollege Gugerbauer! Sie haben völlig recht, es wäre utopisch zu glauben, daß es ein Modell gibt, das diesem Gedanken der Objektivität im Bereich der Postenvergabe voll und ganz Rechnung trägt. Aber es haben immerhin einige Bundesländer — Niederösterreich, Oberösterreich, die Steiermark wird diesbezüglich in den nächsten Wochen etwas tun, Sie selbst haben Salzburg erwähnt — Bemühungen gezeigt, einen ersten Schritt in diese Richtung zu gehen. Ich glaube, das ist für die Glaubwürdigkeit der politischen Parteien sehr wichtig, denn wir können nicht immer nur gegen den Parteienstaat und seine Übermächtigkeit wettern und selbst keinen glaubwürdigen Versuch setzen, dagegen anzukämpfen. Daher meine ich, daß wir diese Diskussion weiterführen sollten. Wir würden uns freuen, wenn auch andere Bundesländer, etwa Wien und Kärnten, wo das bisher noch nicht der Fall war, einen solchen Versuch machen würden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Doch nun zurück zum zentralen Thema der heutigen Diskussion. Gestatten Sie mir als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt, einen ganz kleinen Rückblick auf den Verlauf der Diskussion zu geben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal eines klarstellen: Ich billige jedem in diesem Haus zu, daß es für ihn eine

Dr. Neisser

moralische Pflicht ist, das Arbeitsplatzschicksal der 70 000 Beschäftigten der VOEST-ALPINE mit größter Verantwortung zu behandeln. Das billige ich Minister Lacina, Klubobmann Wille und Abgeordneten Schieder genauso wie Kollegen Ruhaltänger zu. Umso mehr verwundert mich aber die Diskussion, wie sie heute von Ihrer Seite hier geführt wurde.

Man kommt bei Gott nicht in den Verruf, eine Cassandra zu sein, wenn man glaubt oder befürchtet, daß die heutige Situation noch lange nicht der Schlußpunkt einer negativen Entwicklung ist. Denn was mich wirklich bedenklich stimmt, meine Damen und Herren, ist der rapide Ablauf der widersprüchlichen Ereignisse.

Am 15. November 1985 stellt der zuständige Minister Lacina fest, daß bei den Wirtschaftsergebnissen der verstaatlichten Betriebe im Jahr 1985 eine Verbesserung in nahezu allen Bereichen feststehe. Elf Tage später erklärt der gesamte Vorstand der VOEST-ALPINE seinen Rücktritt und gibt bekannt, daß die Verluste angeblich 4,2 Milliarden Schilling betragen werden. Einen Tag später erklärte der zuständige Ressortminister von der Regierungsbank aus, daß die Verluste 5,7 Milliarden betragen werden.

Meine Damen und Herren! Ich bin bei Gott keine Cassandra, aber es ist zu befürchten, daß sich in den nächsten Tagen noch eine fatale Wachstumsrate einstellen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage Ihnen jetzt mit allem gebotenen Ernst: Das kann die Gefahr einer Finanz- und Regierungskrise in dieser Republik bedeuten, und umso sorgfältiger haben Sie daher hier vorzugehen.

Meine Damen und Herren! Was mich an der heutigen Diskussion so bedenklich stimmt, sind gewisse Wortmeldungen von Spitzenrednern der sozialistischen Fraktion. Ich darf in Erinnerung rufen, daß der Klubobmann der Sozialistischen Partei Wille gemeint hat, man rede immer gerade über den, der sich in Schwierigkeiten befindet.

Herr Klubobmann! Ich glaube, es gehört zur Politik, daß sie über den diskutiert, der sich in Schwierigkeiten befindet, denn dem soll sie ja helfen. Und es ist hier nicht nur irgend jemand, der sich in Schwierigkeiten befindet. Es handelt sich immerhin um ein Unternehmen, das in seiner Größenordnung ein relevanter Faktor der österreichischen Unterneh-

mensstruktur ist. Man redet nicht über jemanden, der sich gerade in Schwierigkeiten befindet, sondern man redet über jemanden, bei dem sich die Schwierigkeiten sei langem abgezeichnet haben. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich verstehne auch nicht die Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Sinowatz. Ich möchte hier doch einmal etwas Grundsätzliches sagen. Er hat heute wieder in seiner Wortmeldung jene Sprache verwendet — und damit komme ich auch auf ein Zitat zurück, das Dr. Fischer von Ihrer Fraktion einmal gebracht hat —, die enthüllend ist. Er hat in diesem Zusammenhang gemeint: Es ist ein gewaltiger Rückschlag, wir sind zutiefst betroffen, wir haben sofort gehandelt, wir haben die Dinge im Griff. Kollege Schieder hat auch wieder gesagt: Wir haben die Dinge im Griff.

Der Bundeskanzler selbst hat heute erklärt, er stehe neben und hinter dem Management, der Belegschaft, dem zuständigen Ressortminister und weiß Gott noch wem. Herr Bundeskanzler, verzeihen Sie, mit Verlaub gesagt: Dieses viele Stehen macht müde, mir scheint es fast sinnvoller zu sein, einmal eine kleine Sitz-, eine Nachdenkpause einzuschalten, um die Probleme zu lösen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was ich meine, meine Damen und Herren, ist, daß sich hier zunehmend ein Stil der politischen Diskussion manifestiert, der eigentlich dahin führt, daß man mit einer gewissen Kraftsprache, mit verbalen Kraftakten glaubt Probleme lösen zu können. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Fertl.*) Herr Dr. Fertl! Dieser Versuchung unterliegen wir alle, das gebe ich ohne weiteres zu. (*Abg. Dr. Fertl: Okay!*) Nur: In diesem Fall wäre es aber besonders fatal zu glauben, mit scharfen und kantigen Worten das Problem lösen zu können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang ist auch noch etwas anderes zu sagen. Die Diskussion, wie sie von Ihrer Seite her angelegt war, sollte die Verantwortlichkeit und das Versagen des Managements klarmachen. Zweifellos ist es eine Verantwortlichkeit des abgetretenen Managements und wahrscheinlich auch — ich kann im Detail nicht beurteilen, wieweit jeder einzelne davon betroffen ist — ein persönliches Versagen der verantwortlichen Manager.

Ich möchte Ihnen nur noch eines sagen: Genauso wie es im Bereich der Betriebe, des Unternehmens den handelsrechtlichen

10026

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Neisser

Begriff der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes gibt, gibt es im Bereich der politischen Verantwortung auch den Begriff der Sorgfalt des ordentlichen Bundesministers und des ordentlichen Bundeskanzlers. Und das muß man Ihnen hier in Erinnerung rufen.

Das Problem hat zwei Ebenen: Es ist die Verantwortung derer, die als Manager den Betrieb geführt haben, aber es gibt auch eine politische Verantwortlichkeit. Und die wollen wir nicht aus dem Auge verlieren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und da sind wir, meine Damen und Herren, ein bißchen skeptisch — das werden Sie unserer oppositionellen Erfahrung konzedieren —, wenn heute der zuständige Ressortminister Lacina die Verantwortung übernimmt und wenn der Herr Bundeskanzler sagt, er stehe voll neben ihm und übernehme auch die Verantwortung.

Meine Damen und Herren! Es ist Ihrer Regierungsära zuzuschreiben, daß der Begriff der politischen Verantwortung — viele Beispiele in diesem Haus bestätigen dies — immer mehr zu einer Worthülse, zu einem Instrument der Selbstbestätigung, zu einem Instrument der Rechtfertigung zum Bleiben geworden ist.

Es war zweifellos ein neuer Ton, als gestern Minister Lacina gesagt hat, er übernehme die Verantwortung dafür. Ich glaube, bei dieser Feststellung kann es auch nicht bleiben, meine Damen und Herren, das steht außer Zweifel.

Herr Kollege Wille! Sie haben in Ihrem Debattenbeitrag gesagt, Sie wünschen sich, daß Minister Lacina nicht zurücktritt, sondern bleibt, weil er ein hervorragender Fachmann und Minister ist. Das mag durchaus sein.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe wenig Gesprächsmöglichkeit mit ihm, aber mir sagen viele, die mit dem Minister verhandeln, daß er eine große Sachkompetenz im Wissen an Information hat, aber das Wissen allein, Herr Kollege Wille, ist für einen Minister nur ein Kriterium. Das Entscheiden und das Vorausschauen sind mindestens ebenso wichtig. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Unser Vorwurf, daß Ihrer Regierungspolitik jede zukunftsorientierte Perspektive fehlt, wird heute wieder bestätigt. Wir haben hier vor wenigen Tagen den Wissenschaftsminister dieser Regierung in Pflicht genommen

und ihm diesen Vorwurf gemaccht, und es ist letztlich derselbe Vorwurf auch an Minister Lacina zu richten.

Ich rufe in Erinnerung die Diskussion, als dieses Ministerium in dieser neuen kompetenzmäßigen Substanz geschaffen worden ist. Damals sind Ihre Herren — es war auch Kollege Schranz darunter — herausgekommen und haben gesagt: Das ist ein überwichtiges Ministerium, das von einem hervorragenden Fachmann besetzt ist.

In Anbetracht dieser Entwicklung stellt sich für mich die Frage, ob die Bürde, die Sie dem neuen Minister durch das Kompetenzgesetz aufgelastet haben, nicht doch ein bißchen zu groß ist.

Es ist selbstverständlich auch eine Frage der politischen Verantwortung des Bundeskanzlers, der ja diese Kompetenz rechtzeitig an den Ressortminister abgegeben hat. Das enthebt ihn nicht seiner politischen Pflicht, sich hier einzuschalten. Er hat ja schon einmal einen Beitrag geliefert, den wir allerdings nicht besonders positiv bewertet haben. Ich rufe in Erinnerung: Es ist um die Diskussion der freiwilligen Sozialleistungen in der VOEST gegangen. Damals war er da, hat sich eingeschaltet und hat sozusagen das Management an die lange Leine genommen.

Herr Bundeskanzler! Ein Satz ist mir auch von Ihrer heutigen Wortmeldung in Erinnerung geblieben. Sie haben gemeint, ein Hineinregieren gäbe es nicht.

Meine Damen und Herren! Versuchen wir doch nicht, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Die Gemeinwirtschaft ist in einer Parteidemokratie natürlich dem erhöhten politischen Einfluß ausgesetzt. Herr Bundeskanzler, es steht Ihnen wirklich nicht an, zu behaupten, ein Hineinregieren gab es nicht. Es wurde und es wird noch immer zuviel hineinregiert, und es wäre vielleicht eine positive Konsequenz dieses Ereignisses, wenn man da ein bißchen mehr Distanz gewinne.

Ich verstehne auch den Satz des Bundeskanzlers nicht, den er heute gesagt hat, als er wörtlich meinte: Es gibt jetzt die Chance, vieles tun zu können, was früher Schwierigkeiten bereitet hätte! Herr Bundeskanzler, wir sind gewohnt, von Ihnen mit einer gewissen verbalen Allgemeinheit behandelt zu werden. Nur: So allgemein, bitte, braucht es wieder nicht zu sein. Sagen Sie konkret: Was kann man jetzt tun, was man bisher infolge der Schwierigkeiten nicht tun konnte?

Dr. Neisser

Ich wiederhole noch einmal: Sie haben die Dinge kommen gesehen, Sie können uns nichts weismachen. Es gibt ja auch sehr viele informelle Kontakte, es gibt eine Fraktionierung, wo es hervorragende Informationskanäle gibt. Sie haben längst gewußt, wie sich die Entwicklung abspielen und was auf uns zukommen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich am Schluß dieser Wortmeldung aber noch einmal... (*Abg. Wille: Wir haben das genau gewußt, aber Sie haben es nicht gewußt: Was unterscheidet mich von Ihnen?*) Herr Kollege! Ich nehme an, wir können außer Streit stellen, daß Regierung, Regierungsmehrheit und Regierungspartei in einer Demokratie immer einen Informationsvorsprung haben. (*Abg. Wille: Die VOEST ist doch eine Einheit!*)

Meine Damen und Herren! Ein letztes Wort noch zu einem anderen Diskussionsbeitrag der heutigen Debatte, nämlich zu dem des Klubobmannes Peter. Herr Klubobmann! Ihr Diskussionsbeitrag war dergestalt, wie es bei Ihnen üblich ist. Sie haben uns Ihre langjährige parlamentarische Erfahrung demonstriert. Sie haben auch in dieser Diskussion, so wie es dazugehört, die ÖVP angegriffen. Dr. Taus hat Ihnen gesagt, diese Akzente der Aggressivität sind bei Ihnen offensichtlich darauf zurückzuführen, daß Sie ein erhöhtes Existenzinteresse am Bestand der derzeitigen Koalition haben. Nun, daran sind wir gewöhnt.

Nur: Dann haben Sie einen Satz gesagt, den möchte ich hier noch einmal in Erinnerung rufen, weil ich glaube, daß ihn nicht alle gehört haben. Sie haben gesagt: Wir werden natürlich nicht von diesem Pult aus der Regierung sagen, was unsere Vorstellungen sind, sondern das machen wir in den Koalitionsgeprächen.

Herr Klubobmann Peter! Diese Ihre Feststellung zeigt einmal mehr, daß Sie offensichtlich Ihr Parlamentverständnis etwas revidiert haben, denn Sie gehörten immer zu denjenigen, die gesagt haben, im Parlament solle die Sachdiskussion und die Diskussion über Vorschläge stattfinden. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß wir sagen, daß Sie mit dieser Verlagerung in den Koalitionsausschuß zunächst einmal gar keine Vorstellungen haben. Sie können diesen Vorwurf sofort entkräften, Herr Klubobmann, wenn Sie jetzt herauskommen und drei oder vier ganz konkrete Vorschläge zur Lösung dieses Problems sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Darf ich zum Schluß noch eines sagen: Es ist mehrfach auch in den Diskussionsbeiträgen der Regierungsseite darauf hingewiesen worden, daß dies eine nationale Aufgabe sei, daß wir zur Lösung dieses Problems einen Konsens bräuchten.

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Wir sind in diesen Fragen des nationalen Konsenses etwas sensibel geworden. Wir haben den Eindruck, daß Sie uns zwar immer dieses Offert machen, aber wenn es um die Durchsetzung geht, haben Sie eigentlich gar kein Interesse daran. Wir werden diese Frage unseres Beitrages zu diesem Problem nur dann lösen, meine Damen und Herren, wenn Sie in der Lage sind, uns klar zu sagen und glaubhaft zu machen, ob Sie hier einen Konsens wollen, wenn ja, unter welchen Voraussetzungen. Diesen Beweis sind Sie uns nicht zuletzt auch in der heutigen Diskussion schuldig geblieben. (*Beifall bei der ÖVP.*) 14.41

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1986 abstimmen. Es sind dies die Kapitel 01 bis 06 in 740 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe II des Bundesvoranschlages 1986. Diese umfaßt das Kapitel 10 in 740 der Beilagen in der Fassung des Spezialberichtes 777 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

10028

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Präsident Dr. Stix**Dringliche Anfrage**

der Abgeordneten Dr. Taus, Dr. Schüssel, Graf und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die politische Verantwortung des Bundesministers für das Verstaatlichten-Debakel (1733/J)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage.

Ich bitte zunächst den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner, die Anfrage zu verlesen.

Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Taus, Dr. Schüssel, Graf und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die politische Verantwortung des Bundesministers für das Verstaatlichten-Debakel.

Am 15.11.1985 stellte der für die verstaatlichte Industrie verantwortliche Bundesminister Dkfm. Ferdinand Lacina fest, daß bei den „Wirtschaftsergebnissen der verstaatlichten Betriebe im Jahre 1985 eine Verbesserung in nahezu allen Bereichen“ feststehe.

Elf Tage später erklärte der gesamte Vorstand der VOEST-ALPINE seinen Rücktritt, weil die Verluste im VOEST-ALPINE-Konzern auf angeblich 4,2 Milliarden Schilling für das Jahr 1985 angewachsen sind.

Der verantwortliche Ressortminister Dkfm. Lacina erklärte gestern in einer Pressekonferenz, daß er und die ÖIAG von der dramatischen Situation bei der VOEST überrascht worden seien.

Dieser Verantwortung des zuständigen Bundesministers steht gegenüber:

Schon seit 1982 machte das Stahlwerk in Bayou Verluste, die sich nunmehr voraussichtlich zu einem Gesamtverlust von 5 Milliarden Schilling summiert haben.

Schon bei Baubeginn des Zellstoffwerkes in Pöls war allen Beteiligten klar, daß dieses Werk nie mit 2,5 Milliarden Schilling gebaut werden kann; es kostete schließlich 3,3 Milliarden Schilling, und der dort erzeugte Zellstoff kann heute nur mit großen Verlusten verkauft werden. Allein heuer ist mit einem Jahresverlust von 450 Millionen Schilling zu rechnen.

Auch die Kooperation der VOEST mit AMI stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Dieses Joint-venture produziert voraussichtlich einen Verlust in der Höhe von zirka 300 Millionen Schilling allein im Jahre 1985.

Die VOEST-Handelsfirma Intertrading betreibt seit einiger Zeit risikoreiche große Rohölhandelsgeschäfte vor allem mit dem Iran und Nigeria; unter anderem aus diesen Geschäften wird im Jahr 1985 nunmehr ein Verlust von fast zwei Milliarden Schilling zu verzeichnen sein.

Während im Jahre 1970 die ÖVP-Alleinregierung die verstaatlichten Betriebe mit einem Gewinn von 1,4 Milliarden Schilling an die sozialistische Alleinregierung übergeben hat, benötigten die sozialistische Allein- beziehungsweise die sozialistische Koalitionsregierung bisher bereits Bundeszuschüsse von 26,1 Milliarden Schilling für die verstaatlichte Industrie. Trotz dieser riesigen Bundeszuschüsse ist der Anteil der Eigenmittel am Gesamtkapital von 1974 bis 1984 von 38,4 Prozent auf 17,4 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten ist gleichzeitig um 19 000 gesunken.

Aufgrund der dramatischen Entwicklung in den letzten Tagen, vor allem im Konzernbereich der VOEST-ALPINE, ist nunmehr ein neuer gewaltiger Finanzbedarf der verstaatlichten Industrie zu erwarten, der wiederum vom Steuerzahler aufgebracht werden muß.

Während der VOEST-Vorstand von sich aus die Konsequenzen gezogen hat, blieb dies auf politischer Ebene bis jetzt aus.

Das zuständige Mitglied in der Bundesregierung — das diese politische Verantwortung zunächst als Staatssekretär im Bundeskanzleramt und sodann als Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr ausgeübt hat — hat entweder um die Situation gewußt und die Öffentlichkeit falsch informiert oder die dramatische Entwicklung im Bereich der verstaatlichten Industrie nicht rechtzeitig erkannt. Jedenfalls wurde nicht gehandelt!

Mit dem Verstaatlichten-Debakel der sozialistischen Koalitionsregierung ist aber auch gleichzeitig ein Kernstück sozialistischer Ideologie gescheitert. Dies machte Bundesminister Dkfm. Lacina im Jahre 1984 selbst deutlich, als er meinte:

„Wenn der Nachweis nicht gelingt, daß staatliche Unternehmen wirtschaftlich geführt werden können, daß unser Modell der

Schriftführer

gesamtwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse funktioniert, so sehe ich nicht nur die Existenz des einen oder anderen Betriebes gefährdet, sondern auch das politische Konzept, für das ich stehe.“

Dieses „politische Konzept“ ist vor aller Öffentlichkeit gescheitert. Und zwar unter Federführung von Dkfm. Lacina, der seit Oktober 1982 in der Regierung für die verstaatlichte Industrie zuerst als Staatssekretär und dann als Minister zuständig war.

Zur Klarstellung der politischen Verantwortung beim Verstaatlichten-Debakel der sozialistischen Koalitionsregierung stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

Anfrage

1. Warum haben Sie noch vor 12 Tagen erklärt, daß bei den „Wirtschaftsergebnissen der verstaatlichten Betriebe im Jahre 1985 eine Verbesserung in nahezu allen Bereichen“ feststehe?

2. Ist Ihr politisches Konzept angesichts der Tatsache der neuerlichen großen Verluste in weiten Bereichen der verstaatlichten Industrie gescheitert?

3. Können Sie wenigstens nunmehr ausschließen, daß die Verluste der VOEST-ALPINE im Jahre 1985 nicht höher als 4,2 Milliarden Schilling sein werden?

4. Welche Begründung im Detail hat Ihnen der VOEST-Vorstand für seinen Gesamtrücktritt bekanntgegeben?

5. Wer führt — und auf welcher Rechtsgrundlage — nach dem Rücktritt des Vorstandes derzeit die Geschäfte der VOEST-ALPINE?

6. Seit wann haben Sie von den sich abzeichnenden Verlusten bei dem Engagement der VOEST in Bayou gewußt?

7. Wieso haben Sie bei diesem Projekt nicht schon früher etwas unternommen?

8. Wie hoch sind die Verluste aus dem Engagement in Bayou?

9. Wie hoch sind die Verluste beim Zellstoffwerk Pöls?

10. Seit wann haben Sie von diesen sich abzeichnenden Verlusten gewußt?

11. Wie hoch sind die Verluste bei AMI in Unterpremstätten?

12. Seit wann haben Sie von diesen sich abzeichnenden Verlusten gewußt?

13. Wie hoch sind die Verluste bei der VOEST-ALPINE-Intertrading Gesellschaft m.b.H.?

14. Seit wann haben Sie von diesen sich abzeichnenden Verlusten gewußt?

15. Wie hoch sind die Verluste im Bereich der Finalindustrie?

16. Seit wann haben Sie von diesen sich abzeichnenden Verlusten gewußt?

17. Welche Beschlüsse wird der Vorstand der ÖIAG in der außerordentlichen Hauptversammlung der VOEST-ALPINE am 29.11.1985 beantragen?

18. Ist bei der VOEST-ALPINE eine Kapitalzufuhr durch die ÖIAG beabsichtigt?

19. Wenn ja, in welcher Höhe?

20. Welche Konsequenzen ziehen Sie persönlich aus dem Versagen Ihrer Verstaatlichten-Politik?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates vor Eingang in die Tagesordnung als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Präsident Dr. Stix: Ich danke für die Verlelung.

Ich ertheile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Taus als erstem Fragesteller zur Begründung der Anfrage das Wort.

14.51

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei hat sich veranlaßt gesehen, an den Herrn Bundesminister Dkfm. Lacina diese dringliche Anfrage zu stellen, weil nach den Aktionen des gestrigen Tages in der österreichischen Öffentlichkeit und beim österreichischen Steuerzahler, der alle diese Verluste zu zahlen haben wird, ein unserer Auffassung nach dringendes Inter-

10030

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Taus

esse besteht, nähere Aufklärung über die Vorgänge zu bekommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben seit etwa einem guten Jahr die Verantwortung auf politischer Ebene, aber auch sachlich für den Bereich der verstaatlichten Industrie als Bundesminister übernommen, Sie sind aber kein Neuling in diesem Gewerbe, denn Sie sind karenzierter Abteilungsleiter der ÖIAG, hatten also auch in Ihrem letzten Beruf, bevor Sie Kabinettschef beziehungsweise Staatssekretär und dann Minister wurden, mit der Verstaatlichten zu tun. Sie haben sich bereits in der Arbeiterkammer mit der verstaatlichten Industrie auseinandergesetzt, Sie haben sich als Kabinettschef des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky mit der verstaatlichten Industrie auseinandergesetzt, dann als Staatssekretär und haben nun die Kompetenz als Bundesminister.

Unsere Anfragen treffen also nicht jemanden, der ein Jahr in einem Ressort ist und der vielleicht sagen könnte bei dem durchaus großen Ressort, das Sie zu verwalten haben, daß er von den Ereignissen in der verstaatlichten Industrie überrollt worden ist. Sie können nicht überrollt worden sein, weil Sie sich seit einem Jahrzehnt mit diesen Fragen beschäftigen.

Nun zur zweiten grundsätzlichen Feststellung. Immer wieder wird von Ihrer Seite — der Herr Bundeskanzler hat es getan, und auch Sie haben es getan — mit den Überraschungen operiert, die Ihnen hier ins Haus gestanden sind. Noch vor wenigen Tagen, wie in unserer Anfrage formuliert ist, haben Sie von wesentlichen Verbesserungen im Bereich der verstaatlichten Industrie gesprochen.

Mir sind die Ergebnisse der Verstaatlichten in den ersten neun oder zehn Monaten nicht zugänglich, aber von bedeutenden Verbesserungen habe ich eigentlich, soweit ich das in Gesprächen bislang verfolgt habe, nichts gehört.

Ich möchte aber eines festhalten, und zwar einen Fall, der gerade jetzt immer als ein besonders schwieriger und komplizierter Fall herangezogen wird, bei dem riesige Verluste entstanden sind, nämlich bei der Intertrading.

Ich nehme hier den Geschäftsbericht der ÖIAG des Jahres 1984 zur Hand, also den jüngst veröffentlichten Geschäftsbericht. Auf Seite 35 dieses Geschäftsberichtes gibt es einen Absatz über die VOEST-ALPINE-Interhandel-GesmbH. Und da ist eine Veränderung

von 1983 auf 1984 nur der Umsätze dieser VOEST-Interhandel enthalten, die besagt, daß diese Umsätze binnen Jahresfrist von rund 31 Milliarden auf rund 108 Milliarden ansteigen. Das ist unter Umständen für jemanden, der sich mit Wirtschaftsfragen nicht beschäftigt — das nehme ich bei Ihnen nicht an —, ein sehr erfreuliches Zeichen einer solchen Entwicklung. Aber für jemanden, der sich mit Wirtschaftsfragen beschäftigt, ist ein derartiger Sprung ein Alarmzeichen. Das ist nicht gesund und das ist nicht normal. Ich habe mir daher auch erlaubt, schon vor einem Jahr, als wir diesen Bericht besprochen haben — beziehungsweise war es damals noch der Bericht des Bundeskanzleramtes über die Verstaatlichten —, darauf hinzuweisen, daß man auf diese Intertrading aufpassen müsse.

In diesem Bericht steht weiter, daß in einem Jahr allein der Ölumsatz von knapp 22 Milliarden auf knapp 90 Milliarden gestiegen ist. Und wenn jemand, auch wenn er kein Ölhändler ist, aber in der Wirtschaft tätig ist, weiß, welche gewaltigen Risiken das Ölgeschäft beinhaltet, so weiß er auch, wenn es sich um solche Volumina handelt, daß dahinter Termingeschäfte, daß dahinter Leerverkäufe stehen müssen, daß dahinter das ganze Szenario des Agierens auf einem Terminmarkt stehen muß. Man muß in der ÖIAG, und man muß auch im Ministerium gewußt haben, daß selbst in den sogenannten guten Zeiten die Intertrading sehr kleine Gewinne gemacht hat.

Das heißt, sie konnte nicht Reserven ansammeln, und sie konnte nicht — auch das ist eine deutliche Frage — in dieser kurzen Zeit in solche Risiken hineingehen, weil normalerweise Menschen, die das Ölgeschäft gut beherrschen, in Österreich nicht sehr dicht gesät sind. Es gibt vielleicht einige wenige, das sind höchst bezahlte internationale Spezialisten, und soviel ich aus diesem Geschäftsbereich weiß, sind das nicht die unschlaugsten Menschen, die dort sind, die mit Jahrzehntelanger Erfahrung auf den großen Finanzplätzen der Welt diese Transaktionen durchführen. Und es mußte jedem klar sein, daß bei einer solchen Entwicklung der Gesellschaft gewaltige Risiken drinnen sein müssen. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Sie mußten drinnen sein.

Jetzt stelle ich mich nicht her als jemand, der genau weiß und vorhersagt, wie die Dinge gehen. Nein, meine Damen und Herren, in der Wirtschaft gibt es Risiko, und das Risiko wird manchmal schlagend. Und ich sage immer wieder: Man kann Glück und man kann Pech haben.

Dr. Taus

Aber das ist ein bißchen zuviel Pech. Das ist Pech, das man selber herbeigeführt hat. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Jetzt frage ich mich: Wer hat dort aufgepaßt?

Das heißt also: Hat man hier eine Geschäftsordnung gehabt? Die hätte die ÖIAG genehmigen müssen, damit wäre schon bei Ihnen im Hause gewesen, welche Art von Geschäften man genehmigt.

Also um nur ein Beispiel zu nennen — ich will nicht zu tief in die Materie eingehen —: Hat man andere Geschäfte als Back-to-back-Geschäfte erlaubt, hat man andere Geschäfte erlaubt als solche, die im Zusammenhang mit Anlagenverkäufen oder ähnlichem der VOEST gestanden sind? Oder hat man einfach in den Spotmarkt hineingehandelt mit all den Risiken, die da drinnen sind?

Und die Gewinne, die man auch in den sogenannten guten Jahren gemacht hat, waren ja nicht übertrieben groß.

Man hat auch aus der Personalentwicklung gesehen, daß hier in kürzester Zeit sehr rasch aufgebaut wurde. Vom Jahr 1983 auf das Jahr 1984 ist der Personalstand von 157 auf 219, also um 62 Menschen, aufgestockt worden. Jeder, der eine Organisation in einem Geschäft aufbaut, weiß, wie lange es dauert, bis man Leute integriert, bis sie das Geschäft können, bis sie sich selber in einem Geschäft bewegen können.

Wenn ich das so rasch aufblase, dann wachsen die Risiken ins Ungemessene. Es ist ja überhaupt das Gesamtproblem der VOEST gewesen, daß sie in zu vielen Sparten zu schnell versucht hat, zum Erfolg zu kommen.

Meine Meinung habe ich Ihnen heute vormittag gesagt: weil man die Manager dort hineingetrieben hat. Man hat gesagt: Ihr müßt beschäftigen, ihr müßt verkaufen, ihr müßt zeigen, was hier los ist! — Das war der zentrale Fehler und das ist der Grund, warum wir heute an Sie diese Anfrage gerichtet haben, an Sie als den zuständigen, in unseren Augen und in den Augen der Öffentlichkeit verantwortlichen Bundesminister. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Die letzten Verlustzahlen, die wir aus Ihrem Mund gehört haben, waren, glaube ich, 5,7 Milliarden, eine Summe, die Sie heute vormittag genannt haben. 3 Milliarden Schilling waren

eine Art geplanter Verlust, also ein Verlust im normalen Geschäftsablauf. Daher kann man von einer erfolgreichen Geschäftsführung des Jahres 1985, was Sie vor wenigen Tagen gesagt haben, überhaupt nicht mehr reden.

Denn in dem Moment, wo bei einer guten Konjunktur in einer Firma nicht eine Verbesserung des Ertrages, eine Verbesserung des Ergebnisses zu erreichen ist, hat man keine Verbesserungen erreicht. Die VOEST hat ein solches Gewicht im Rahmen der gesamten Verstaatlichten, daß man also hier von einer Verbesserung nicht mehr reden konnte. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Der dritte Grund, warum wir an Sie, Herr Bundesminister, die Anfrage stellen, ist der, daß die VOEST in Österreich nicht irgend etwas ist. Die VOEST ist das „Flaggschiff“ oder eines der industriellen Flaggschiffe dieses Landes. Ich selber habe diesen Ausdruck oft verwendet, ich habe von unsinkbaren Schiffen, von den Flaggschiffen gesprochen, und das ist eine Art Redewendung geworden.

Es ist nie gleichgültig, wenn bei einem Flaggenschiff der Wirtschaft — es gibt nur zehn oder zwölf in einer so kleinen Volkswirtschaft, wie das Österreich ist — etwas Derartiges passiert, daß ich von einem Tag auf den anderen den Vorstand ablöse.

Ich habe Ihnen vormittag schon gesagt: Ich persönlich halte das für eine Panikreaktion. Ich glaube, daß damit erheblicher Schaden angerichtet wurde. Ich sage Ihnen das auch so. Ich will Ihnen nicht mangelnde Erfahrung vorwerfen, aber in der Regierung haben Sie hier eine Panikreaktion gesetzt.

Ich weiß schon: In so einer Situation, wenn man plötzlich dasteht und die Felle davon schwimmen sieht, passieren einem solche Dinge. Kein Mensch ist davon frei. Aber es soll Ihnen von unserer Seite gesagt werden, daß das eine Panikreaktion ist und daß der Schaden, den Sie mit dieser Panikreaktion international angerichtet haben, wahrscheinlich größer ist, als wenn man hier eine ruhigere Ablöse vorgenommen hätte. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Ich sage Ihnen aber noch einen weiteren Zusammenhang, eine weitere Geschichte. — Nein. Wenn der Eigentümer sich entscheidet, daß der Vorstand gehen soll, ob er jetzt volle Schuld hat oder nicht, hat er sich dafür entschieden. Wir wollen hier bestimmte Regeln nicht durchbrechen.

10032

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Taus

Ich komme jetzt noch auf einen Punkt zu sprechen, warum wir Sie fragen, Herr Minister! Hier haben Sie selber diesen Eindruck heute vormittag bei uns und in der österreichischen Öffentlichkeit verstärkt. Ich habe mich bemüht, Ihre Ausführungen heute bei der morgendlichen Erklärung so weit wie möglich mitzunotieren. Ich hoffe, ich habe alles richtig notiert, aber Sie werden mich sicher korrigieren, wenn ich etwas sage, was Sie nicht gesagt haben.

Sie haben also vormittag gesagt — Sie haben sich auf die Gremien berufen, auf die Aufsichtsräte und, und; aber dann kam für mich der Schlüsselsatz —: Man mußte sich seitens der Regierung aus einer besonderen Verpflichtung zu einem direkten Eingriff entscheiden.

Das heißt, Sie haben gewissermaßen durch die Gesetze hindurch eingegriffen, in das Unternehmen hineingegriffen, unter Umgehung der zuständigen Organe, weil Sie das in einer Notsituation für gerechtfertigt hielten. Damit hat die Bundesregierung hier etwas demonstriert, was mir persönlich — jetzt rede ich völlig ad personam — sehr leid tut. Sie hat demonstriert, daß sie der Herr im Bereich der verstaatlichten Industrie ist.

Das ist etwas, was wir seinerzeit gemeinsam versucht haben — ich sehe, es war ein offensichtlich mißlungener Versuch, obwohl die Konstruktion der ÖIAG jetzt immerhin schon seit dem Jahr 1967 hält — von der Regierung wegzuhalten. Aus gutem Grund.

Wir haben die ÖIAG zu einer Eigentümerholding gemacht, weil wir gemeint haben, daß natürlich in der verstaatlichten Industrie — und ich sage das so, wie das eben ist — der politische Einfluß, sprich Eigentümereinfluß, nie ganz auszuschalten ist.

Was wir aber wollten, ist, ihn zurückzuschieben und den Organen der ÖIAG, die ja Eigentümer sind, die Möglichkeit zu geben zu agieren, auch in unangenehmen Situationen zu agieren, Entscheidungen zu treffen. Die Regierung sitzt als Aktionär der ÖIAG dahinter und kann dann, wenn sie es für richtig hält oder nicht, mit diesem ÖIAG-Vorstand und Aufsichtsrat die entsprechenden Maßnahmen in diese Holding hinein treffen. Das war die Idee, weil wir ja lange Zeit gewußt haben, daß sich die verschiedenen Konstruktionen der Verstaatlichten, die es vor der ÖIAG gab — ich will nicht sagen, daß die der Weisheit letzter Schluß ist —, nicht sehr gut bewährt haben. Sie waren alle nach drei oder

vier Jahren, nach jeder Wahl, wieder verschwunden.

Die ÖIAG hat bis jetzt gehalten. Ich sehe zu meinem Bedauern, daß hier ein Bundesminister einfach sagt: Wir greifen da ohne Rücksicht und mit nachheriger Sanierung erst direkt durch. — Sie haben damit eine Maßnahme gesetzt, Herr Bundesminister, wo ich gar nicht weiß, ob es Ihnen nicht einmal leid tut, das so ad oculos der österreichischen Öffentlichkeit demonstriert zu haben, daß für Sie eigentlich dieser subtile gesetzliche Rahmen nicht sehr viel Bedeutung hat.

Das ist eine schwierige Entscheidung. In privaten Fragen ist das ein bissel anders. Aber in der Verstaatlichten spielen eben die Politik und die politische Macht eine Rolle. Sie werden sich, wenn Sie so eingreifen, vorwerfen müssen, daß Sie natürlich damit auch die volle Verantwortung zugegeben haben, auch für das Geschäft zugegeben haben. Sonst hätten Sie das ja nicht so gemacht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber Sie und der Herr Bundeskanzler als Regierungschef traten in die Öffentlichkeit — das hat uns ja auch heute vormittag nicht die Möglichkeit gegeben — und haben es sich leicht gemacht, indem Sie sagten, Sie nehmen ja diese unternehmerische Verantwortung durch Ihre Maßnahmen auf sich. Das hätten Sie nicht müssen; Sie haben ja die ÖIAG.

Aber mit diesen Maßnahmen, Herr Bundesminister, haben Sie und Ihr Kanzler die ÖIAG eigentlich in Frage gestellt. Denn die kam ja in dem ganzen Spiel nicht vor, obwohl sie die agierende Institution hätte sein müssen, hätte sein müssen!

Ich möchte Ihnen das so sagen, weil das in meinen Augen eine sehr wesentliche Frage ist. Ich bin ein wenig betroffen, aber rein persönlich. Meine Betroffenheit hat mit der Sache selber überhaupt nichts zu tun. Ich bin deshalb ein wenig betroffen, weil das eine Konstruktion ist, von der ich mir einmal mehr erwartet habe, eine andere Entwicklung, als sie dann letztlich genommen hat. Aber das sagt ja nichts, es müssen ja nicht immer die Ideen, die man selber hat, die besten sein.

Aber, Herr Bundesminister, diese Aktion war einer der Sargnägel für die Holding. Die hat aber immerhin bis jetzt ordentlich, so more — less gehalten. Ich weiß schon, es hat immer Kritik an der ÖIAG gegeben. Aber das wollte ich Ihnen sagen.

Dr. Taus

Jetzt kommt der nächste Punkt. Sehen Sie sich diese großen Verluste an, die hier entstanden sind. Ich freue mich, daß sich auch der Herr Finanzminister diese Diskussion anhört, denn sein Budget wird schon nächstes Jahr davon direkt oder indirekt betroffen sein. Der Herr Finanzminister hat ja, von seinem Standpunkt aus durchaus verständlich, am 31. 8. 1985 sehr starke Erklärungen abgegeben. Er hat zum Beispiel gesagt — mein Kollege Graf und ich freuen uns darüber, das ist eine Bestätigung für uns —: So wenig kontrolliert, wie das seinerzeit bei der 16,6 Milliarden-Geldspritze für die Verstaatlichte gelaufen ist, wird es bei mir sicher nicht gehen.

Meine Herren, dann regen Sie sich doch nicht auf, daß wir nicht zugestimmt haben, wenn Ihr eigener Finanzminister das sagt! Ich will da nicht Pfeffer und Salz hineinstreuen. Das wäre eine Primitivtaktik. Das haben wir nicht notwendig. Aber es stimmt schon.

Jetzt frage ich nach den Kontrollen. Sie haben sich dann auch noch sogenannte Einschaurechte für die ÖIAG vorbehalten. Ich habe mich darüber immer gewundert. Ein hundertprozentiger Aktionär hat volle Einschaurechte. Also wenn mein Großaktionär kommt — ich habe auch einen Großaktionär —, gibt es überhaupt keine Diskussion, daß der nicht sofort alles erfährt und hört, was er wissen will. Er ist mein Großaktionär. Er kann mir sagen — gar keine Frage, wie die ÖIAG —: Lieber Freund, so will ich das nicht. Das ist überhaupt selbstverständlich. Was brauche ich noch besondere Einschaurechte?

Die Regierung muß nur sagen: Die ÖIAG ist das Organ, ohne die geht es nicht. — Und was machen Sie denn immer? In die Betriebe hinausfahren, reden, verhandeln, über diese Frage, über jenes Geschäft, über dieses. Doch dann passiert es, daß Sie permanent durch Ihre aktuellen Handlungen die ÖIAG eigentlich entmachtet haben.

Jetzt will ich die Kollegen, die dort sitzen, gar nicht schmähen und nicht sagen: Warum habt ihr euch das gefallen lassen?, oder ähnliche Dinge, die man halt hier sagt. Das könnte man auch den Aufsichtsräten sagen, das will ich gar nicht leugnen, auch Leuten von uns. Ich bin ja selber mit vielen von ihnen im selben Aufsichtsrat gesessen. Das könnte man sagen, gar keine Frage. Ich will das nicht tun. Sie haben sich halt ein bißchen wenig gerührt und haben immer ihre politischen Rückendekkungen jeweils bei der Mehrheit gesucht. In Ordnung.

Aber nun eine weitere Frage, die hier eine Rolle spielt. Ich habe mich heute vormittag noch mit der Führungsdiskussion auseinandergesetzt. Ich möchte das nicht noch einmal wiederholen, weil es, glaube ich, nicht vernünftig wäre, dies hier im einzelnen zu tun. Ich halte die Entscheidung — wie gesagt — auch nicht für der Weisheit letzten Schluß, eine so große Firma, einen Konzern — für österreichische Verhältnisse ist das halt viel — mit 70 000 Leuten so quasi eine Zeitlang vorstandslos zu lassen. Da gehört auch ein erheblicher Mut dazu, mit einer Ersatzlösung so zwischendurch schnell, schnell so etwas zu machen.

Meine Damen und Herren! Nun komme ich zu dem nächsten Punkt, den ich etwas näher erläutern möchte. Es geht ja hier nicht mehr um die Frage, wie hoch das sein wird, 3 Milliarden, 4 Milliarden. Ich habe Ihnen am Vormittag gesagt, ich möchte es ein bißchen näher ausführen, weil das auch eine gewisse Rolle spielt. Ich persönlich glaube — ich habe ja noch keine Zahlen —, 15 bis 20 Milliarden könnte der nächste „Nachschlag“ in der Verstaatlichten bedeuten. Das sind Beträge, die ich ein bissel aufschlüsseln möchte.

Wenn die VOEST-ALPINE 6 Milliarden hat — sie haben, glaube ich, noch 4 oder 4,5 Milliarden von den 16,6; die sind einmal weg —, werden Sie wahrscheinlich, um halbwegs Boden unter den Füßen zu sehen, nur in die VOEST allein nicht weniger als wahrscheinlich 7, 8, 9 Milliarden Schilling hineinstecken müssen. Das Eigenkapital ist weg, die Reserven sind weg. Irgendwie muß ja so eine Firma dotiert werden. Die können ja nicht einmal bilanzieren. Die Bilanzen dieses Unternehmens werden ja in der Welt angeschaut.

Und in Wahrheit werden Sie ununterbrochen Patronanzerklärungen für die Republik abgeben müssen.

Herr Finanzminister! Wir waren einmal sehr ruhig. Sie wissen das. Sie haben einmal eine Patronanzerklärung für eine große Institution abgegeben und haben gesagt, Sie werden das nachher durch das Gesetz sanieren. Und Sie haben von der ÖVP kein Wort der Kritik gehört, weil wir gewußt haben, wie heikel so etwas ist, wenn es einmal heißt: Die Republik zahlt nicht.

Das heißt, der Republik Österreich erwachsen in der verstaatlichten Industrie Milliarden von zusätzlichen Risiken, hinsichtlich derer die Öffentlichkeit, die internationale Öffentlichkeit erwartet, daß man geradestehet.

10034

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Taus

Das gleiche passiert bei den verstaatlichten Banken. Ja, meine Damen und Herren, Sie machen ja diese Republik zu einem Selbstbedienungsladen für die verstaatlichte Wirtschaft! Das stehen wir nicht durch! Das geht nicht! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das sind ja Riesenbeträge!

Hohes Haus! Ich schließe das weiter auf, was hier kommen muß. Sie werden der VEW, die ja schmerzlichste Maßnahmen vor sich hat, ich weiß es nicht, 3, 4, 5 Milliarden — ich gehe jetzt auch schon so mit den Beträgen um, weil ich die Zahlen nicht habe — geben müssen. Ja und was ist denn bei den kleinen Firmen? Da ist doch auch alles längst nicht über dem Berg! Ich möchte nicht eine einzige hier nennen, weil ich keine neue Diskussion eröffnen möchte, und wir haben Sie eben im Zusammenhang mit der VOEST-ALPINE gefragt.

Ich komme nun zu der nächsten Position, warum wir Sie eigentlich heute gefragt haben, und zwar dringlich gefragt haben. Ein Flaggschiff einer Nation, und das ist die VOEST-ALPINE, ohne jede Frage, ist nicht irgend etwas.

Es ist unangenehm und schrecklich, wenn ein kleines Unternehmen zugrunde geht. Für die Betroffenen dort ist es genau das gleiche, ob sie jetzt bei der VOEST arbeiten oder beim Schnick-Schnack oder beim Greißler: Wenn sie ihr Geschäft verlieren, ist es ekelhaft und unangenehm. Und genauso, wie niemand von uns ein Geschäft verlieren und arbeitslos werden will, will das niemand im Land. Und wir haben uns auch immer alle — Gott sei Dank, das ist eine große Einheit in diesem Land — zu einer Vollbeschäftigungspolitik bei allen Schwierigkeiten bekannt, auch wenn die Wege verschieden sind, wie wir das erreichen wollen. Demokratie ist ja kein Unifizierungsinstrument. Es gibt verschiedene Meinungen. Es ist die Dialektik des Prozesses, die hier eine Rolle spielt. Daher waren wir immer auch für eine Vollbeschäftigungspolitik. Wir wissen, wie unangenehm das ist.

Aber jetzt kommt die Frage des Flaggschiffes dazu. Leider hat sich das international so eingebürgert durch die großen Unternehmungen. Also ich sage das: Es wäre genauso, wie wenn in den Vereinigten Staaten die IBM in echten Schwierigkeiten wäre oder wenn das General Motors wäre oder wen immer Sie bei den Großen nehmen. Oder wenn das Siemens in Deutschland, Philips in Holland oder eines dieser für das Land stehenden Unternehmungen wäre, die die Qualität des Landes dokumentieren. — Wir haben es aber bei uns, bei dem größten auf dem Markt tätigen Unternehmen.

Und jetzt kommt die nächste Frage: die Politik. Sie haben die Politik, Herr Minister, hier geschildert, auch am Anfang. Ich berufe mich auf Ihre Äußerung vom Vormittag. Ich habe sie mir auch aufgeschrieben. Sie haben gesagt: Bitte, im Grundstoffbereich mußte man reduzieren und rationalisieren, ein internationales Vertriebsnetz aufbauen, neue Produkte entwickeln, gewissermaßen die berühmte Strukturbereinigung vornehmen.

Ich möchte das auch nur ganz kurz einer kritischen Betrachtung unterziehen, und nicht als jemand, der sich auf einmal, wo etwas passiert ist, hinstellt und sagt, jetzt weiß er auf einmal alles. Nein, alles haben wir nicht gewußt, aber drei, vier Dinge haben wir gewußt. Aber das haben auch die Leute in der VOEST-ALPINE gewußt. Das zeigte sich, wenn man mit ihnen gesprochen hat. Aber das haben auch andere Leute gewußt. Was ist dort geschehen?

Der erste Punkt ist — mein Parteiobmann Dr. Mock hat es ja ausgeführt —: Die Hütte Linz war noch immer das beste Stück, all die Jahre hindurch. Das hat Ihnen jeder VOESTler, mit dem Sie geredet haben, wenn Sie ihn gekannt haben, immer gesagt. Da hat er nicht in den höchsten Rängen sein müssen. Er hat immer gesagt: Wenn wir noch von etwas leben, dann leben wir von der Hütte in Linz.

Die großen Probleme in der Mur-Mürz-Furche waren immer da, die haben wir ja in dem Gutachten des Jahres 1968 schon dargelegt gehabt, also sie sind gar nichts Neues.

Das war ja auch der Grund, warum ich mich seinerzeit — ich sage das auch offen — gegen diese Art der Fusion so gewehrt habe. Ich bin ohnehin der einzige geblieben und war ein paar Tage lang der Wurschtel in diesem Land, weil mich jeder mächtige Politiker geohrfeigt hat, weil ich mich als einziger gegen diese Fusion getellt habe. Auch in unseren eigenen Reihen waren die meisten dafür. Es ist allerdings dann gelungen, die Fraktion — ich war ja damals nicht im Parlament — dank des Eingreifens des verstorbenen Parteiobmannes Schleinzer auf einer Nein-Linie zu halten. Es war nicht leicht, weil viele natürlich dafür gewesen sind.

Die Fusion war überstürzt, und dann hat das Elend begonnen, dann hat das die Kräfte der VOEST so angespannt, und dann kam

Dr. Taus

auch dieser Auszehrungsschrei des Vorstandes der VOEST.

Und dann sagte man: jetzt strukturieren wir um. — Und nun haben alle Menschen nur eine bestimmte Kapazität, auch ein Vorstand. Wir halten es nicht aus, wenn wir 20 Dinge gleichzeitig machen, da verliert man den Überblick, da weiß man nicht mehr, wie es geht. Also: Hinein in die Elektronik, stärker hinein in den Anlagenbau, da waren die Linzer immer stark. Aber sie waren auch im Stahlbau gut, man konnte bei ihnen eine Stranggußanlage und ein Stahlwerk bestellen und ähnliches. Da waren sie hervorragend. Der verstorbene Generaldirektor-Stellvertreter Schaden hat das lange Jahre mit großem Erfolg geleitet. Jeder, der das kennt, weiß die Dinge ja. Und die VOEST war eine große, anerkannte Firma, gar keine Frage.

So, und dann begann man, wie das auf wienisch heißt — und das war meine Meinung, das können Sie ja entkräften —, aus politischen Gründen, um gewaltsam Erfolge zu haben, „vor jedem Dorf einen Hund zu bauen“, wie es in der Mundart heißt.

Da hat man sich in die Elektronik bewegt und weg von der Elektronik und zu völlig neuen Anlagenbauten. Ja, wir engagieren schon drei Leute, hinein in die Zellstoffproduktion, wo es fünf oder sechs gibt, die das wirklich gut können. Alles können wir, und Chemieanlagen können wir bauen, und Zellstoffanlagen können wir bauen, und Stahlanlagen können wir bauen! — Nichts kann man bauen! Weil man die jahrelange Erfahrung der Menschen dazu braucht, und die wächst nicht so schnell. — Und dort machen wir schnell eine Beteiligung und da und dort. Das Management wurde gar nicht mehr gefragt.

Und dann ist es passiert. Aber man hat das ja begünstigt! Meine Damen und Herren! Die Regierung hat sich ja dieser sogenannten Umstrukturierungserfolge gerühmt! Das waren ja Wahlschlager, die jetzt bezahlt werden von den Österreichern! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Nicht allein die Manager sind schuld. So ist es ja nicht! Ja, ich habe für die eine Lanze gebrochen. Ja, natürlich haben sie ihre Schuld. Es sagt ja niemand etwas anderes. Aber die strategische Schuld haben die nicht! Die haben sie nicht! Das sage ich Ihnen. Die sind jetzt ihr Leben lang ruiniert, jedenfalls Jahre hindurch. Und da sind etliche dabei, die gar nicht so alt sind und die sich nicht aufs Altenteil zurückziehen können. Ohne Unterschied der Farbe, die spielt da gar keine Rolle. Die sind gerannt wie die Wiesel,

rund um die Uhr, mit hängender Zunge. Und der Apfalter hat seinen großen Herzinfarkt gehabt, und Sie wissen genau, wann er ihn gehabt hat. Ich stelle keinen Zusammenhang her, ich weiß, wie das gewesen ist mit ihm. Aber egal, so ist es eben, sie haben gebüßt dafür oder sie werden dafür herangezogen, da sie sicher Teilschuld haben.

Das sind die Gründe, Herr Bundesminister, warum wir Sie nun fragen.

Nun kommt die nächste Frage, und da möchte ich auch ganz offen sagen: Ich verstehe Ihre Haltung nicht. Unser Parteiobmann hat den 118er, also die sogenannte Sonderprüfung, angeschnitten und hat gesagt, er würde gerne eine Sonderprüfung haben.

Ich sage Ihnen wieder auch meine Meinung ganz freimütig dazu: Eine mildere und zurückhaltendere Form, als es die aktienrechtliche Sonderprüfung ist, gibt es ja gar nicht mehr.

Ich verstehe nicht, warum Sie es ablehnen. Ich muß ehrlich sagen: Mir ist es gar nicht unrecht, daß Sie es ablehnen werden. Sie haben ja gesagt, daß Sie es tun werden. Mir ist das überhaupt nicht unrecht. Denn wenn es eine aktienrechtliche Sonderprüfung gibt, dann muß ich sagen: Bei dem Tempo, mit dem diese vor sich geht, ist die Geschichte einmal ein Jahr begraben. Sie schleppen die Angelegenheit auch noch über die Wahl mit der aktienrechtlichen Sonderprüfung. Das ist ja fast ein Vorteil, nicht wahr?

Und dann steht drinnen: Alles, wo eine Geheimhaltungspflicht besteht — das ist eine weite Definition —, darf nicht gesagt werden.

Also es wird dann ein Bericht hinterlegt beim Handelsregister, und da steht drinnen: Sie haben einen Verlust gemacht. — Nun, das wissen wir heute auch schon. Das ist alles, was dabei herauskommt. Da wird international gar nichts gemacht. Mir würde es besser gefallen, andere Sachen zu untersuchen. (*Zwischenrufe.*)

Das ist die aktienrechtliche Sonderprüfung, und daher verstehe ich nicht, warum Sie nicht einmal diesem Wunsch hier nachkommen. (*Abg. Wille: Warum haben Sie den Wunsch, wenn er so sinnlos ist?*)

Und jetzt komme ich zur letzten Frage, und dann, Herr Minister, haben Sie das Wort, weil Sie hier eine gewisse Rolle spielen möchten. (*Abg. Wille: Kollege Taus! ...*) Bitte, Kol-

10036

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Taus

lege? Entschuldigen Sie, Kollege Wille, ich habe Sie nicht verstanden. (Abg. Wille: Warum haben Sie den Wunsch, wenn er so nichtssagend ist?) Lang dauert es! Ein Wirtschaftsprüfer bastelt bei so einem Konzern ein Jahr. (Abg. Wille: Warum verlangen Sie es dann?) Weil es gut ist, weil es halt einmal festgelegt werden soll, damit von einem Wirtschaftsprüfer festgestellt ist, was dort passiert ist. Sonst kommt doch die Sache nie heraus. Das war der Wunsch des Parteiobmannes. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich verstehe das nicht. Ich sage Ihnen ganz offen: So lustig ist das ja nicht. Ich trage diesen Wunsch natürlich und sage, wir wollen das dort haben. Aber okay, das ist Ihre Sache, das abzulehnen und zu entscheiden.

Und damit komme ich zu der eigentlich für mich schlußendlich wesentlichen Frage.

Beachten Sie auch die Art, wie sich die ganze Sache abgespielt hat! Herr Kollege Wille, Sie haben sich hier sehr bemüht. Es geht aber um die dringliche Anfrage. Der Herr Minister hat genau dasselbe gesagt, nämlich daß gewissermaßen auch die ÖVP eine Mitverantwortung habe. Ich habe diese am Vormittag gar nicht gelegnet, das fällt mir auch nicht ein. Ich kritisiere die Art, wie sich das abgespielt hat. Wären Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, nämlich selbst davon überzeugt, daß die ÖVP hier eine Mitverantwortung hat, so würden Sie Ihren Partner in der ÖIAG, also uns, anders behandeln. In dem Moment, in dem man eine solche Information hat, sollte man seinen Partner rufen und ihm sagen, was los ist. Man sollte sich auch seine Meinung dazu anhören. Von Ihrer Seite aus ist aber nichts Derartiges geschehen.

Unser Parteiobmann Mock hat, soviel ich weiß, um 10 Uhr in den Nachrichten gehört, was Sie nach dem Ministerrat gesagt haben, nämlich daß Kirchweger Generaldirektor wird. Das war der Informationsstand.

Bei einem Geschäft ist es doch normalerweise üblich, auch den Minderheitspartner — wir sind Minderheitspartner — zu rufen und ihm zu sagen: Lieber Freund! Wir haben einen Flop gebaut, es droht die Pleite, soundsoviel Prozent gehören dir. Das kann man in der Verstaatlichten nicht sagen, aber wir sind Minderheitspartner, weil wir ja auch hier in der Minderheit sind. Es ist üblich, dem Partner die eigenen Vorschläge darzulegen und seine Meinung dazu zu hören. Das ist die normale Vorgangsweise auch bei einem Minder-

heitspartner. Wenn man ihn normal behandelt, ist das auch ein eigener Schutz. Sie haben das aber überhaupt nicht gemacht.

Sie haben das getan, was man „drüberfahren“ nennt. Drübergefahren sind Sie, und jetzt gehen Sie her und sagen, wir hätten noch eine Mitverantwortung. Na daß ich nicht lache über dieses Vorgehen! Sie haben doch selbst bewiesen, daß Sie mit uns gar nicht reden wollen, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe Ihnen am Vormittag gesagt, daß eine Information von fünf Minuten, und zwar dann, wenn alles erledigt ist, keine Information ist. Man müßte sich beraten; nicht, daß wir jetzt Interesse haben mitzuwirken.

Man müßte sich beraten, wer neuer Generaldirektor wird. Das ist überhaupt keine Frage. Auch die Minderheitsgesellschafter sollten ihre Einwände zur Sprache bringen können. Es gehört zu den üblichen Verhaltensweisen in der Wirtschaft, zu fragen: Haben Sie einen Besseren, einen anderen? Sagen Sie es mir! Es ist Not am Mann, und wir müssen dringend etwas machen!

Das wäre die übliche Vorgangsweise, Herr Minister. Und ich glaube, meine Damen und Herren, daß der Herr Minister durchaus der Typ wäre, das zu machen. Ich weiß nicht, warum er es nicht gemacht hat. Es kann doch nicht Mangel an Routine sein. Er ist zu lange im Geschäft.

Herr Minister, ich frage Sie: Haben Sie es deshalb gemacht, um die Schwarzen ganz einfach vor vollendete Tatsachen zu stellen, oder aber war es wirklich eine Panikreaktion, wie ich es Ihnen am Vormittag vorgeworfen habe? Das wollen wir heute durch unsere Anfrage in Erfahrung bringen. Nie ist alles ausgeschüttet, und damit wiederhole und beende ich das, was ich am Vormittag gesagt habe.

Es wird eine nationale Anstrengung sein! Ich glaube nicht, daß Sie es allein zustande bringen. Ich glaube auch nicht, daß wir es allein zusammenbringen, das würde ich nie behaupten, aber ich behaupte, daß das, was Sie hier gemacht haben — ich verlange weder eine Entschuldigung noch sonst etwas —, nicht klug gewesen ist. Überdenken Sie Ihre Haltung, Herr Bundesminister! Sie haben zumindest jetzt bei der Anfragebeantwortung die Chance, das eine oder andere, das in den letzten 48 Stunden zerschlagen wurde, vielleicht doch noch notdürftig zu kitten. So sehe

Dr. Taus

ich das jedenfalls, und zwar ohne irgendeine Gehässigkeit oder Emotion meinerseits, auch nicht von seiten unserer Kollegen.

Die Angelegenheit ist zu schwierig und zu ernst, als daß man sie zu einem taktischen Spiel machen sollte. Aber die Öffentlichkeit soll wissen, was dort los ist und was sie zu bezahlen hat, und das wollen wir von Ihnen, Herr Bundesminister, jetzt erfahren. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{15.24}

Präsident: Zur Beantwortung der Anfrage hat sich der Herr Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Lacina gemeldet. Bitte, Herr Minister.

^{15.24}

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina: Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich zur Beantwortung der von Ihnen im einzelnen gestellten Fragen komme, möchte ich in Ergänzung meiner Erklärung von heute morgen einige grundsätzliche Bemerkungen zur verstaatlichten Industrie machen.

Im Gegensatz zu dem Eindruck, den Sie mit Ihrer dringlichen Anfrage erwecken wollen, ist die Existenz der verstaatlichten Industrie in Österreich auf einen breiten Konsens der großen Parteien zurückzuführen. Beide Verstaatlichungsgesetze sind auch mit Ihren Stimmen beschlossen worden. Dem ÖIG-Gesetz entsprechend sind in den Aufsichtsräten der ÖIAG und in der Folge auch der verstaatlichten Unternehmen Persönlichkeiten vertreten, die von beiden Großparteien nominiert werden. Auch auf der Ebene der Vorstände wurde lange Zeit versucht, zu einvernehmlichen Lösungen zwischen den Parteien zu kommen. Und hier, insbesondere Herr Abgeordneter Taus, darf ich doch auf ein Bild zurückkommen, das Sie heute in Ihrer ersten Wortmeldung verwendet haben und das Sie jetzt wieder angeführt haben. Es ist das Bild des Minderheitsaktionärs.

Herr Abgeordneter Taus! Ich darf Ihnen sagen, daß ich Ihnen bei diesem Bild absolut nicht folgen kann. Diese Unternehmungen haben einen einzigen Gesellschafter. Dieser Gesellschafter ist bei der ÖIAG die Republik Österreich. Bei den Tochterunternehmungen ist es einzig und allein die ÖIAG. Es gibt dort keinen Minderheitengesellschafter, der ÖVP heißt, so wie es auch keinen Mehrheitengesellschafter gibt, der Sozialistische Partei heißt, oder einen kleinen Gesellschafter, der Freiheitliche Partei heißt, sondern, und Sie wissen es, im Aktiengesetz ist die Gesamtverant-

wortung der Organe vorgesehen, der Aufsichtsräte und der Vorstände.

Darüber hinaus ist doch eines festzuhalten, sehr geehrter Herr Abgeordneter Taus: Wenn sich die Vertreter, die von Ihnen dorthin entsendet werden, vielleicht so fühlen sollten, als wären sie nicht Vertreter der Republik Österreich, der ÖIAG, sondern Vertreter eines Minderheitsaktionärs Österreichische Volkspartei, dann müßten sie das durch ihr Verhalten dort zum Ausdruck bringen. Das ist nicht etwas, was ich mir wünsche, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition. Das ist etwas, was für diese Unternehmen schädlich wäre, was für diese Unternehmen katastrophal wäre, denn es würde bedeuten, daß das eintreten würde, was wir glücklicherweise — und ich bekenne mich zu dieser Konstruktion — gerade mit der Konstruktion der Holding-Gesellschaft, gerade dadurch, daß wir privatwirtschaftliche Organisationsformen haben, für die Unternehmen der verstaatlichten Industrie vermeiden können. Wir haben es nicht immer vermieden in diesem Lande, aber wir haben die Chance dazu. Wenn Sie heute die Rolle der ÖVP-Vertreter als die der Vertreter des Minderheitsaktionärs dort apostrophieren, dann verspielen wir diese Chance ein für allemal. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Abgeordneter Taus! Ich nehme das sehr ernst, was Sie vorhin gesagt haben, nämlich daß es nicht die Möglichkeit gegeben hat, in den letzten 48 Stunden miteinander zu reden. Sie haben gesagt: Wenn schon die Österreichische Volkspartei Partner in der ÖIAG ist Herr Abgeordneter Taus, nochmals, bei diesem Bild kann ich Ihnen nicht folgen.

Die ÖIAG hat Organe — einen Aufsichtsrat und einen Vorstand. Der Vorstand dieses Unternehmens hat diese Frage beraten. Ich habe heute morgen in der Erklärung ganz eindeutig darauf hingewiesen, daß ich Konsultationen geführt habe mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der ÖIAG, mit Vorstandsmitgliedern der ÖIAG und auch mit dem Vorstandsvorsitzenden der VOEST-ALPINE.

Herr Abgeordneter Taus! Mit wem sollte der Vertreter des Eigentümers in einer so kritischen Situation sonst Konsultationen durchführen? Mit wem sollte er das tun? Mit Vertretern eines Minderheitsaktionärs? (*Abg. Dr. Taus: Natürlich!*)

Herr Abgeordneter Taus, nichtsdestotrotz habe ich gestern mit Ihnen gesprochen. Wir

10038

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

haben gestern miteinander gesprochen, und Sie haben mir mitgeteilt, daß Sie zu dem Zeitpunkt ... (Abg. Dr. Graff: Der Herr Bundeskanzler war am Vormittag im Fernsehen, am Nachmittag beim Dr. Mock! — Abg. Dr. Schranz: Haben Sie das „Basta“ schon gelesen?)

Sie haben mir mitgeteilt, daß Sie zu diesem Zeitpunkt durch eine Sitzung verhindert sind, und wir haben einander nachher getroffen. Ich mußte Ihnen mitteilen, daß das nach der Pressekonferenz ist, bei der versucht wurde, den Schaden, der zweifellos entstanden ist — auf das werde ich noch zu sprechen kommen, sehr geehrter Herr Abgeordneter Taus —, in Grenzen zu halten und der Öffentlichkeit zu jenem Recht zu verhelfen, das sie hat, nämlich dem Recht auf Information.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie haben mir bei diesem Gespräch — ich hätte das heute nicht erwähnt, wenn Sie nicht jetzt davon gesprochen hätten — mitgeteilt, daß Sie persönlich gegen eine Sonderprüfung sind, weil Sie diese nicht für effektiv halten. — Ich bin ganz genau Ihrer Auffassung. (Abg. Dr. Taus: Weil es zu mild war!) Sie haben mir auch fairerweise gesagt, daß es Ihnen wahrscheinlich nicht gelingen wird, sich mit Ihrer Meinung in Ihrer Partei durchzusetzen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Taus! Ich respektiere das, ich verstehe jetzt nur nicht, daß Sie von uns verlangen, eine von Ihnen wie auch von mir als äußerst stumpf eingeschätzte Waffe überhaupt zu verwenden.

Herr Abgeordneter Taus! Womit haben wir es hier zu tun? Es wird eine Sonderprüfung verlangt in der Erwartung, daß im Interesse der Gesellschaft, nicht um irgend etwas zu verschleiern, die Verantwortlichen diese Sonderprüfung als nicht geeignetes Instrument ablehnen werden. Es wird hier gespielt mit dem Begriff „Sonderprüfung“.

Es wird hier der Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Mehrheitsfraktionen dieses Hauses, als ob die Regierungsfraktionen die Überprüfung nicht wollten. Es wird hier der Eindruck zu erwecken versucht, als ob aus parteipolitischen Gründen etwas zu vertuschen wäre.

Und bitte mir nicht böse zu sein: Das erscheint mir zumindest eine fahrlässige — zumindest eine fahrlässige! — Vorgangsweise zu sein. Ich sage nochmals ... (Abg. Dr. Taus: Jetzt haben Sie sich mit Ihren Äußerungen — das sage ich Ihnen ganz offen —

disqualifiziert! Ich habe Ihnen gesagt, daß ich die Sonderprüfung für gar kein starkes Instrument halte!) Ich habe nichts anderes gesagt! (Abg. Dr. Taus: Das ist das erste Mal, daß ich in langen Jahren höre, daß ein Minister Vieraugengespräche weitergibt! Das erste Mal in meinem Leben höre ich das! Ich werde mir das merken! — Rufe bei der SPÖ: Reden Sie sonst anders? — Abg. Dr. Taus: Ich habe mich noch nie auf Vieraugengespräche berufen! Sie geben Vieraugengespräche weiter! Das ist eine „feine“ Methode! — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Graff — zur SPÖ gewandt —: Sie sind genauso mies! — Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Staatssekretär Dkfm. Bauer: Haben Sie eine gespaltene Zunge, Herr Dr. Taus?)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Taus! Es ist richtig, wir haben ein Vieraugengespräch geführt. Sehr geehrter Herr Abgeordneter Taus! Ich kann Ihnen nur folgendes dazu sagen — ich habe es vorhin ganz ausführlich begründet —: Ich hätte nie ein Zitat aus diesem Gespräch gebracht, wenn Sie nicht heute hier im Hohen Haus von uns genau das Gegenteil von dem verlangt hätten, was Sie mir gestern gesagt haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Taus: Sie haben sich disqualifiziert!)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Taus! Ich war es nicht, der Sie dazu aufgefordert hat, hier etwas von der Sonderprüfung zu sagen. Ich war es nicht, der von Ihnen verlangt hat, daß Sie dieses Instrument nur in irgendeiner Weise qualifizieren. Aber wenn Sie es tun, wenn Sie es hier als „stumpfe Waffe“ bezeichnen, dann, Herr Abgeordneter Taus, muß ich schon ganz deutlich dazu sagen: Wir haben ein Gespräch geführt, und es handelte sich dabei um keine vertrauliche Mitteilung, denn die Sonderprüfung stand damals schon in der Öffentlichkeit. Also warum stört es Sie dann, wenn es ein Zitat aus einem nicht vertraulichen Vorgang gibt? (Abg. Dr. Mock: Das stimmt überhaupt nicht! — Weitere Zwischenrufe.)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Taus! Sie haben hier aus einem Geschäftsbericht der ÖIAG zitiert, und Sie wissen, daß dieser Geschäftsbericht natürlich — so wie alle Geschäftsberichte der verstaatlichten Industrie — vom Aufsichtsrat des Unternehmens einvernehmlich beschlossen worden ist, ebenso die Bilanz — das ist Teil des Jahresabschlusses.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Taus! Sie haben schwerwiegende Vorwürfe erhoben

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

gegen die Geschäftsführung der VOEST-ALPINE Intertrading für das vergangene Jahr. Wäre es nicht richtig und notwendig gewesen, zumindest Ihre Vertreter des Aufsichtsrates von Ihren schweren Vorwürfen, die Sie ja schon offenbar die längste Zeit hegen, zu informieren und ihnen nahezulegen, zum Beispiel dazu ihre Zustimmung zu verweigern? (Abg. Dr. Blenk: Sehr schwach! — Ruf bei der ÖVP: So lernt man den Lacina kennen! — Ruf bei der ÖVP: Sie widersprechen sich!)

Ich widerspreche mir überhaupt nicht! Es ist doch ohne weiteres möglich, daß sich irgend jemand mit Aufsichtsratsmitgliedern berät.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder wird gerne einen Rat zur Kenntnis nehmen, wenn dieser rechtzeitig kommt. (Abg. Dr. Kemei: Erst sollen wir nicht mitreden, und jetzt sollen wir reden...! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist sicher richtig, meine Damen und Herren, daß durch die Vorgangsweise der politischen Postenbesetzung, durch parteipolitische Eingriffe in der Vergangenheit Fehler gemacht worden sind, und zwar von allen Seiten. Ich muß aber darauf hinweisen, daß die Rolle parteipolitischer Einflüsse gerade in den letzten Jahren bedeutend verringert wurde.

Ich darf die Damen und Herren von der Oppositionspartei in diesem Zusammenhang fragen, wer für die Entscheidung die Verantwortung trägt, Mitte der siebziger Jahre einen parteiunabhängigen Mann zum Generaldirektor der ÖIAG bestellt zu haben? Wer trägt die politische Verantwortung für einen parteiunabhängigen Aufsichtsratsvorsitzenden, der in der VOEST-ALPINE installiert wurde?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund der Bestimmungen des ÖIG-Gesetzes gibt es eine Aufteilung der Aufsichtsratsmandate in den einzelnen Gesellschaften. Auf einzelnen SPÖ-Mandaten sitzen parteiunabhängige Leute. Ich kenne keines, das von der ÖVP so besetzt wurde. (Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Weder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei noch das Fehlen einer solchen Zugehörigkeit ist ausreichendes Indiz für die Qualifikation, die in einer wirtschaftlichen

Leitungsfunktion erforderlich ist. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wenn ich auch in meiner Tätigkeit als Staatssekretär und später als für die verstaatlichte Industrie verantwortlicher Minister immer versucht habe, den Einfluß der Parteipolitik auf betriebliche Entscheidungen so gering wie möglich zu halten, so, muß ich sagen, kann man es heute einfach nicht zulassen, daß sich die ÖVP der politischen Verantwortung für die verstaatlichte Industrie mit diesem Bild des Minderheitsaktionärs entziehen will. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Graff: Dieser Mann war als Bundeskanzler im Gespräch!)

Angesichts der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der verstaatlichten Industrie, insbesondere der VOEST-ALPINE, wäre es in der gegenwärtigen Situation erforderlich, die notwendigen Schritte zur Konsolidierung dieses Unternehmens viel mehr auf eine breite Basis der Zustimmung zur verstaatlichten Industrie setzen zu können.

Man kann Sie von der ÖVP daher nur auffordern, heute das gemeinsame Bekenntnis zur verstaatlichten Industrie, einem wichtigen Teil der österreichischen Industrie, nicht in Frage zu stellen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Wer tut denn das?) Wir sicher nicht, Herr Abgeordneter.

Ich teile keineswegs die Ansicht, daß durch die aktuelle Entwicklung im Bereich der VOEST-ALPINE das Konzept eines Miteinanders von verstaatlichter und privater Industrie, wie wir es vertreten, als gescheitert anzusehen ist. Wenn dieses Konzept gescheitert wäre, wäre damit auch das Konzept einer gemischten Wirtschaft hinfällig. Die Bundesregierung aber bekennt sich zu diesem Konzept der gemischten Wirtschaft, zu dem es für uns keine Alternative gibt — oder es wird uns eine Alternative angeboten. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Es wäre weiters völlig unrichtig, zu behaupten, daß die aktuellen Schwierigkeiten der VOEST-ALPINE mit parteipolitischen Einflüssen auf betriebliche Entscheidungen zu tun haben. Glauben Sie, daß es irgendeine politische Kraft in Österreich gibt, die verlangt hätte, daß im Bereich der verstaatlichten Industrie außerordentlich risikoreiche Spekulationsgeschäfte getätigten werden sollen?

Herr Abgeordneter Taus! Glauben Sie wirk-

10040

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

lich, daß es parteipolitische Aufträge waren, die dazu geführt haben, daß in den einzelnen Unternehmen diversifiziert wurde? Glauben Sie wirklich, daß das Politruks waren, zum Beispiel das stellvertretende Vorstandsmitglied Zich, das für den Elektronikbereich im Bereich der VOEST-ALPINE zuständig ist? Sind das politische Funktionäre der Sozialistischen Partei? Nehmen diese Aufträge entgegen? Sind das parteipolitische Aufträge, die zu einer Diversifikation, zu Gründungen neuer Unternehmen, zu neuen Produkten geführt haben?

Ich habe in meiner Erklärung darauf hingewiesen, daß vieles auch in der Abwicklung nicht gut gegangen ist, aber das ist sicherlich nicht auf parteipolitische Einflußnahmen zurückzuführen.

Es ist vielmehr so, daß die Ursachen für die bereits eingetretenen und für das laufende Jahr zu erwartenden Verluste nicht darin liegen, daß die verstaatlichte Industrie die Strukturkonzepte, die entworfen wurden, zu realisieren versucht hat, sondern daß durch das Management Entscheidungen getroffen worden sind, die den Zielen dieser Strukturkonzepte widersprechen.

In diesem Zusammenhang muß ich erneut die Frage stellen, wie die Opposition die Forderung nach einer Beschäftigungsgarantie, wie sie von Landeshauptmann Krainer wiederholt erhoben worden ist, mit den heute gefallenen Äußerungen ihres Parteiobmannes Dr. Mock in Übereinstimmung bringen will.

Ihr Parteiobmann hat sich heute dazu bekannt, daß die Entscheidungen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu fallen haben. (*Abg. Dr. Mock: Nur so können Sie die Vollbeschäftigung wieder zurückgewinnen!*) Das kann sich nicht, Herr Abgeordneter Dr. Mock, mit einem Konzept vereinbaren lassen, das darin besteht, daß fünf Jahre lang auf Rationalisierungen verzichtet wird. (*Abg. Dr. Mock: Das ist ja gar nicht wahr! — Abg. Dr. Nowotny: Der weiß nicht, was der Krainer sagt!*)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Mock! Ich darf Sie berichtigen — es ist tatsächlich so —: Das ist das, was die Äußerungen des Professors Tichy beinhalten, und das ist das, womit sich in den letzten Gesprächen über den Artikel 15a-Vertrag zwischen dem Bund und dem Land Steiermark der Landeshauptmann der Steiermark identifiziert hat.

Ich bin völlig der Auffassung, daß wir —

ganz im Gegensatz dazu — nach dem Aktiengesetz handeln müssen, daß wir zweifellos volkswirtschaftliche Aspekte und zweifellos auch Aspekte der Beschäftigung zu beachten haben; aber in erster Linie die wirtschaftlichen Aspekte.

Die mir im einzelnen gestellten Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1: Ich habe vor 12 Tagen erklärt, daß bei den Wirtschaftsergebnissen der verstaatlichten Betriebe im Jahr 1985 eine Verbesserung in nahezu allen Bereichen eintreten wird. Diese Aussage trifft nach wie vor auf alle Unternehmen der verstaatlichten Industrie — mit Ausnahme der VOEST-ALPINE AG — zu. Was dieses Unternehmen betrifft, so sind mir erst in den letzten Tagen — und ich habe darüber informiert — Meldungen zugegangen, denen zufolge der Verlust der VOEST-ALPINE das vor kurzem noch erwartete Betriebsergebnis wesentlich verschlechtert.

Zu Frage 2: Ich habe bereits in der Einleitung ausgeführt, daß ich keineswegs die Ansicht teile, daß die Idee der Verstaatlichung, das Konzept der gemischten Wirtschaft gescheitert wäre. Ich möchte nochmals betonen, daß die in den letzten Tagen bekanntgewordenen Vorkommnisse im Bereich der VOEST-ALPINE in unserem Konzept der verstaatlichten Industrie keine Dekkung finden.

Zu Frage 3: Vor Vorliegen der endgültigen Bilanz für das Jahr 1985 lassen sich keine definitiven Aussagen über die Höhe der zu erwartenden Verluste treffen.

Zu Frage 4: Der Generaldirektor der VOEST-ALPINE hat mir gegenüber sein Rücktrittsangebot mit dem Vertrauensverlust von Seiten des Eigentümers begründet; er hat mir weiters gestern mitgeteilt, daß sich die anderen Vorstandsmitglieder seinem Schritt anschließen.

Zu Frage 5: Da der Rücktritt des Vorstandes erst mit der Annahme durch den Aufsichtsrat der VOEST-ALPINE rechtskräftig wird, wird der gegenwärtige Vorstand bis zu diesem Zeitpunkt in Funktion bleiben. In der Aufsichtsratssitzung, die für 29. 11. 1985 einberufen wurde, ist die Bestellung eines neuen Generaldirektors vorgesehen.

Zu den Fragen 6 bis 8: Ich habe Mitte des Jahres 1983 erfahren, daß es beim Engagement Bayou erhebliche Probleme gibt.

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

Damals wurde vom Aufsichtsrat der VOEST-ALPINE ein Arbeitsausschuß eingerichtet, der die Probleme und die Entwicklung dieses Projekts zu untersuchen hatte. Dieser Ausschuß tagte 1983/84 und schloß seine Tätigkeit mit einem Bericht an den VOEST-ALPINE Aufsichtsrat im Dezember 1984 ab. Das Ergebnis dieses Arbeitsausschusses war, daß dem Vorstand empfohlen wurde, ein Rationalisierungsprogramm zu erarbeiten und durchzuführen und darüber hinaus diese Beteiligungen bestmöglich zu verkaufen.

Ich habe jedoch auf Grund von Zwischenberichten im Oktober 1984 bereits schriftlich den ÖIAG-Vorstand ersucht, die VOEST-ALPINE aufzufordern, die Beteiligung so schnell wie möglich zu verkaufen, da weitere finanzielle Zuwendungen für dieses Projekt nicht mehr vertretbar waren. Der Verlust aus dem Engagement in Bayou hat sich in den Ergebnissen der VOEST-ALPINE mit bisher 4,3 Milliarden Schilling negativ niedergeschlagen. Nach Realisierung des geplanten Verkaufs ergibt sich aus heutiger Sicht ein zusätzliches Abschreibungserfordernis von 1 bis 1,2 Milliarden Schilling.

Zu den Fragen 9 und 10: Bei der Zellstoff-Pöls AG ist die VOEST-ALPINE als Generalunternehmer für die Durchführung der Großinvestition verantwortlich. Durch Anlaufverluste, deren Begründung zum Teil im technischen Bereich liegt, zum Teil in der gegenwärtigen Lage auf dem Zellstoffmarkt, sind bei der Zellstoff-Pöls AG, deren Kapital teilweise in Händen der Republik Österreich, seit 1. 1. 1985 zu 27 Prozent vertreten durch die ÖIAG und zu 15 Prozent gehalten durch die VOEST-ALPINE AG, liegt und deren restliche Anteile beim Land Steiermark und der italienischen Burgo-Gruppe liegen, negative Ergebnisse in Höhe von 467 Millionen Schilling eingetreten.

Für 1985 wird ebenfalls ein Verlust von 456,7 Millionen Schilling prognostiziert. Eine gestern abend durchgeführte Besprechung der Aktionäre hat Einvernehmen über die notwendigen Kapitalzuführungen durch alle Beteiligten erbracht.

Zu den Fragen 11 und 12: Wie jedes Unternehmen im Aufbau hat auch AMI-Österreich Anlaufverluste ausgewiesen. Dazu kamen später — insbesondere im Jahre 1985 — die Krise im Bereich der elektronischen Bauelemente ebenso wie große Schwierigkeiten beim amerikanischen Partner.

AMI-Austria hatte im Jahre 1984 das erste volle Jahr der Geschäftstätigkeit und erzielte

bei einem Umsatz von 309 Millionen Schilling einen Verlust von 194 Millionen Schilling. Hochgerechnet auf das Jahr 1985, wird mit einem Verlust von 320 Millionen Schilling gerechnet. Der Umsatz 1985 wird voraussichtlich 354 Millionen Schilling betragen. (*Rufe bei der ÖVP: Ein Wahnsinn!*)

Es ist allerdings hinzuzufügen, daß neben den erwähnten Schwierigkeiten hier auf ähnliche Situationen, sehr dramatische Situationen, in einer ganzen Reihe von Unternehmen gerade in diesem Bereich hinzuweisen ist.

Zu den Fragen 13 und 14: Ich verweise auf meine Anmerkung von heute vormittag, in der ich diese Verluste mit zirka 2,4 Milliarden Schilling quantifiziert habe. Der Informationsstand des VOEST-ALPINE Aufsichtsrates und der ÖIAG war bis Anfang November 100 Millionen Schilling Verlust. Die ÖIAG erfuhr von einer Verschlechterung des Ergebnisses auf 880 Millionen Schilling und zusätzlichen offenen Positionen in Höhe von mehr als 1 Milliarde Schilling am 19. November 1985, und ich habe davon umgehend Kenntnis erhalten. Wie ich ebenfalls in meiner Erklärung ausgeführt habe, habe ich am 26. November 1985 abends erfahren, daß weitere Risiken in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling schlagend geworden sind, sodaß sich daraus die oben genannte Summe von 2,4 Milliarden Schilling ergibt.

Zu den Fragen 15 und 16: Nach einem Verlust von 1,25 Milliarden Schilling im Jahre 1984 wird im laufenden Jahr der Verlust rund 750 Millionen Schilling betragen.

Zu den Fragen 17, 18 und 19: Für diese außerordentliche Hauptversammlung ist eine Kapitalstärkung von rund 3,5 Milliarden Schilling für die VOEST-ALPINE in Aussicht genommen.

Zu Frage 20: In der Begründung Ihrer dringlichen Anfrage zitieren Sie eine Äußerung, die ich im Jahre 1984 gemacht habe. Ich bin nach wie vor dieser Auffassung, daß es der verstaatlichten wie der privaten Industrie gelingen muß, sich im internationalen Wettbewerb zu bewähren, und daß es unsere Aufgabe ist, die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Dies gilt auch für die schwierige Situation einer internationalen Anpassungskrise in großen internationalen Industriezweigen, die vor den Toren unserer Unternehmen nicht Halt gemacht hat. Ich habe in der Beantwortung früherer Fragen darauf hingewiesen, daß die drastische Erhöhung der Verluste in der VOEST-ALPINE

10042

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Lacina

nicht aus der Anwendung beschlossener Konzepte entstanden ist, sondern aus einer Handlungsweise des Managements, die diesen Konzepten entgegensteht.

Meine persönliche Konsequenz bestand darin, aus dieser Tatsache und dem daraus entstehenden Fehlen eines Vertrauensverhältnisses zwischen der Unternehmensleitung der VOEST-ALPINE und dem Eigentümer entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Ich bin mir der Verantwortung für einen solchen drastischen Schritt bewußt, kann aber dem Ratschlag des Herrn Abgeordneten Taus, der eine langsame Lösung vorgeschlagen hat, nichts abgewinnen.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der Begründung Ihrer Anfrage wird eines kritisiert, nämlich auf Seite 3, daß jedenfalls nicht gehandelt wurde.

Es wurde gehandelt, und zwar nicht eigenmächtig, sondern dadurch, daß es Konsultationen mit den dafür Zuständigen gegeben hat. Es wird auch die entsprechenden Organbeschlüsse geben. Aber — Herr Abgeordneter Taus, Sie haben es selbst angeführt — wenn es Probleme in einem Unternehmen gibt, so hat der Aktionär, der Vertreter des Eigentümers, hier eine Verantwortung zu tragen und er hat eine Funktion zu erfüllen. Ich habe mich bemüht, diese Funktion zu erfüllen. Die Konsequenz, zu der ich mich bekenne, die ich daraus gezogen habe, ist die, daß ich veranlaßt habe, das Unternehmen möglichst schnell mit einem funktionierenden Management auszustatten und den Schaden im Interesse der 70 000 Beschäftigten des VOEST-ALPINE Konzerns und der gesamten Volkswirtschaft so gering wie möglich zu halten. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) ^{15.55}

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Michael Graff für die Erklärung „Sie sind genauso mies“ einen Ordnungsruf.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Taus gemeldet. Bitte.

^{15.55}

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ich jetzt zu berichtigen habe, berichtige ich nicht gerne. Ich schreibe es dem Streß und ein wenig der Verwirrung der letzten beiden Tage zu, daß der Herr Minister Lacina über Vieraugengespräche hier im Hohen Haus, im Plenum berichtet. Mir geht es nicht um den Inhalt dieser Gespräche, meine sehr

geehrten Damen und Herren. Man kann immer alles berichten, was gesagt wird. Aber es geht um die Frage der Form. Es muß in der Politik Vieraugengespräche geben. Wenn aus Vieraugengesprächen zitiert wird, dann gibt es auch bei harmlosem Inhalt keine Gespräche mehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Und jetzt berichtige ich tatsächlich wie folgt:

Erstens: Der Herr Minister hat behauptet, daß Quasigespräche mit der ÖVP, in Besonderheit mit mir, geführt worden sind. Ich möchte dazu folgendes festhalten: Es hat diese Gespräche als reine Information nach völlig vollzogenen Tatsachen gegeben, denn jeder, der Radio gehört hat, hat bereits gewußt, was passiert ist. Ich moniere es nicht, sondern es sollte hier nur nicht der Eindruck entstehen, den der Herr Minister vermittelt hat, daß es gewissermaßen eine Information in dem Sinn gegeben hat, daß man sich beraten hätte. Vollendete Tatsachen waren es, die besprochen wurden.

Zweitens: Der Herr Bundesminister und ich haben auch — dieses Gespräch hat sich in meinem Zimmerl, das ich mit Präsidenten Derfler teile, abgespielt — ein Gespräch geführt, bei dem ich den Herrn Bundesminister informierte, daß selbstverständlich die VOEST-ALPINE-Vorgänge politische Folgen haben werden. Nun, wir haben jetzt die Dringliche, und am Vormittag haben wir die Diskussion über die Obersten Organe mit verstaatlichten Fragen belastet. Das habe ich ihm gestern am Abend gesagt.

Ich habe ihm außerdem gesagt, daß es bei unseren Freunden, die sich mit dieser Frage beschäftigen, zwei Gruppen gibt: eine Gruppe, die die Sonderprüfung gerne hätte, und eine andere Gruppe, die eine politisch-parlamentarische Kontrolle lieber hätte. Ich gehöre zur zweiten Gruppe, weiß aber nicht, welche Gruppe sich durchsetzen wird.

Sie sehen, wir stellen jetzt den Antrag auf die Sonderprüfung. Ich habe Ihnen auch gesagt, daß diese Sonderprüfung, wo zehn, zwanzig oder wieviel Wirtschaftsprüfer immer hineingehen, wie man weiß, lange dauern wird. Ich hätte das aus politischen Gründen gar nicht so gerne. Ich hätte gerne die politische Verantwortung im Parlament gehabt. Aber wir haben ja noch am Freitag Zeit, und es kann dazu kommen.

Das war der Inhalt des Gespräches. Es geht daher überhaupt nicht darum, daß man hier

Dr. Taus

etwas von meiner Seite aus gar zu verbergen hätte, wie das hier so geheimnisvoll durchkam. Es hat die Gruppe, die die Sonderprüfung wollte, die Meinung durchgebracht, und ich sage Ihnen als tatsächliche Berichtigung, die ich Ihnen hier dazu geben sollte: Ein Vertrauensbruch, das irritiert mich nicht. Ich möchte hier nur im einzelnen dazu sagen, das war der Inhalt des Gespräches, der wiederholbar ist. Die Österreichische Volkspartei hat durchaus Gelegenheit, noch am Freitag Anträge zu stellen. Es tut mir leid, daß ich das jetzt schon sagen muß: Es sind Anträge, die halt in Richtung parlamentarische Kontrolle gehen werden. Wir hätten uns vielleicht auf einen solchen Weg schneller einigen können. Das wollte ich Ihnen hier gesagt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{15.57}

Präsident: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Ich mache darauf aufmerksam, daß gemäß der Geschäftsordnung kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schüssel.

^{15.58}

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Die dringliche Anfrage, die wir heute gestellt haben, hat einen guten Grund. Wir stellen sie nicht gerne, wir stellen sie in tiefer Betroffenheit und Sorge über die Zukunft des Flaggenschiffes der österreichischen Wirtschaft, die niemandem gleichgültig sein kann. Wir sind aber zutiefst bestürzt und betroffen über den Stil der Antwort des Bundesministers, der für diesen Bereich zuständig ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hier sind doch noch einige wirkliche Parlamentarier im Saal vertreten, und ich wende mich jetzt gerade an diese. Haben Sie zugehört, was dieser Minister, den ja bisher niemand von uns persönlich angegriffen hat, was dieser Minister heute gesagt hat? Ein Minister, der eine dringliche Anfrage von Volksvertretern gestellt bekommt, antwortet mit Gegenfragen an die Opposition. Ein Minister, der für diesen so wichtigen Bereich politisch verantwortlich ist, erklärt wörtlich: „Man kann es heute einfach nicht zulassen, daß sich die ÖVP der politischen Verantwortung für die verstaatlichte Industrie (...) entziehen will.“ (Abg. Dr. Blenk: Keine Ahnung von Parlamentarismus!)

Meine Damen und Herren! Da hören wir wohl auf zu diskutieren. Da gibt es keine Gesprächsgrundlage mehr. Jener Mann, der

selbst zuständig ist, spielt den Ball, diese heiße Kartoffel, einfach zur Opposition weiter. Das ist wirklich zu billig! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Er hat weiters gesagt, er wünsche keine Politisierung der verstaatlichten Industrie. Ja, Herr Minister, ein unbedingtes Ja dazu von unserer Seite, aber die Wirklichkeit schaut doch ganz anders aus.

Unser Bundesparteiobmann Mock hat heute ein wörtliches Zitat des Gewerkschafters und Arbeiterkammerpräsidenten Ileschitz — es erschien Samstag in der „Kleinen Zeitung“ — zitiert. Wörtlich: „Das Management Alpine solle sich, meinte Ileschitz, der Partei und der Gewerkschaft verpflichtet fühlen und ‚nicht einsame Entscheidungen durchziehen‘.“ — Dazu hätten Sie etwas sagen sollen, Herr Bundesminister, statt die Opposition anzugreifen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir akzeptieren einfach nicht mehr die Ammenmärchen, die anscheinend für die Öffentlichkeit bestimmt sind, während hinter dem Nebelvorhang derartiger parlamentarischer Erklärungen ganz andere Dinge beinhaltet durchgezogen werden.

Ein zweiter Punkt: Information. Glauben Sie wirklich, und das frage ich Sie jetzt als einen, den ich sachlich immer geschätzt habe, daß es einen nennenswerten Unterschied für die Opposition macht, 15 Minuten vor einer geplanten Pressekonferenz oder 10 Minuten nach einer Pressekonferenz informiert zu sein. Sie würden sich mit Recht darüber aufregen, wenn wir einst einen solchen Stil praktiziert hätten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch ein Punkt, bezeichnend vielleicht, eine Kleinigkeit, über die angeblich unpolitische Haltung, die Sie an den Tag legen. Um 17 Uhr soll heute die Präsidialsitzung der VOEST-Alpine stattfinden. Wissen Sie wo? — im sozialistischen Klub. Wahnsinnig unpolitisch! Ein kleines Symbol, aber ein Signal, das die Öffentlichkeit wissen soll. Wir sind nicht einverstanden damit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Uns ist die verstaatlichte Industrie nicht gleichgültig, uns ist das Schicksal und der Zustand der VOEST-ALPINE nicht gleichgültig. Wir wissen, daß 100 000 Menschen in diesen Betrieben arbeiten und dort Beschäftigung und Einkommen finden.

Wir wissen, daß ein Viertel der Industrie davon betroffen ist und weigern uns daher, das böse Wort des Bundeskanzlers zu akzep-

10044

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Schüssel

tieren, das ich mit Erbitterung gehört habe, als er gesagt hat, hier kommt halt wieder die Aversion der ÖVP gegen die verstaatlichte Industrie durch. Meine Damen und Herren! Sorge, nicht Aversion leitet uns, und das sollen Sie einmal zur Kenntnis nehmen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Seit gestern erleben wir den groß angelegten Versuch, daß sich diese Regierung aus der politischen Verantwortung davonstehlen will. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich bin sehr gespannt, was heute die freiheitlichen Redner dieser Koalition sagen werden. Darf ich Ihnen die Presseaussendung des Obmanns des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender zitieren, der Parlamentarier ist. Er soll sich melden und dazu stehen. Mir hat gefallen, was er hier gestern aussendet hat.

Wörtlich: Es müßte seiner Meinung nach der Minister für öffentliche Wirtschaft der Öffentlichkeit jene Erklärung abgeben, die er ihr schuldet, nämlich eine ernst zu nehmende Begründung dafür, weshalb es einer Vergeudung von Milliardenbeträgen und spektakulärer Vorfälle bedarf, um sein Engagement an dem ihm anvertrauten Ressort offenkundig werden zu lassen. — Das sagt ein Mitglied einer Koalitionspartheid. Ich bin gespannt, was die freiheitlichen Redner dann dazu sagen werden. (*Zwischenrufe bei der ÖVP: Die sagen überhaupt nichts!*)

Nun lassen Sie mich einiges zu Ihrer Verteidigungsrede sagen. Sie behaupten, die Entwicklung war nicht absehbar, schuld hätte der Vorstand, das Management. Sie hätten rasch gehandelt und Sie hätten alles offengelegt. Gut, gehen wir es der Reihe nach durch.

Erstens: War wirklich nichts absehbar? Sinowatz: „Niemand konnte von der Dramatik der Ereignisse wissen.“ Es ist aber nicht das erste Mal, daß eine derartige Entwicklung passiert.

Ankündigung des Managements 1980: kein Verlust. Tatsächlich: minus 1 Milliarde.

1981: Frage von Apfalter: Wie lange werden wir uns solche Verluste noch leisten können? Tatsächlich: 2,6 Milliarden Verlust.

1982: Vorausgesagt: kein Verlust. Tatsächlich: 1,2 Milliarden.

1983 gab es keine Ankündigung, dafür aber gleich 2,5 Milliarden Schilling Verlust.

1984 sollte es nach den Erklärungen des Managements beachtlich besser werden. Es blieb jedoch gleich schlecht mit 2,5 Milliarden Verlust.

1985 sollte das Ergebnis um 500 Millionen besser sein. Tatsächlich, hören wir heute, werden es 5,7 Milliarden sein — noch im Dezember 1984 hat Apfalter erklärt, es werde ab 1986 Gewinne geben.

Frage: Ist das realistisch? Kann man da wirklich sagen: Man hat alles nicht gewußt, das war nicht absehbar? Das ist ja immer wieder so gewesen und das, was ich genannt habe, sind Bilanzergebnisse. Da sind ja die Bilanzen noch verschont worden durch Auflösung von Rücklagen, was ja heute bekanntlich gar nicht mehr geht; da sind weiters die Zuschüsse schon eingerechnet. In Wahrheit war es ja noch viel schlechter.

Woher kommt jetzt diese Verschlechterung? Haben Sie das alles wirklich nicht wissen können? Ich zitiere ausschließlich Dinge, die in der Öffentlichkeit bekannt waren, die in Zeitungen zitiert sind.

Die VOEST-ALPINE ist beteiligt an amerikanischen Kohlengruben. Verlust der letzten drei Jahre: 680 Millionen Schilling.

Nächster Punkt: Bayou-Steel. Sie haben selber zugegeben: 5,5 bis 6 Milliarden Schilling Verlust. Sie sagen selbst, Sie haben bereits 1983, also vor zwei Jahren, davon erfahren.

Unsere Leute im Aufsichtsrat haben immer wieder darauf hingewiesen, haben gefragt, haben kritisiert, haben gedroht, ihre Sitze zurückzulegen im Bayou-Arbeitsausschuß, der dem Management bekanntlich abgetrotzt wurde.

Nächster Punkt: Philippinen-Engagement: 200 Millionen Schilling Verlust in den letzten drei Jahren.

In Kamerun: Einige hundert Millionen Verlust stehen dort bei Cellucam auf dem Spiel.

In der Sierra Leone wurde ein Erzbergbau revitalisiert: Wahrscheinlich 300 Millionen Schilling Verlust. Sie haben selber hier das Elektronikengagement der VOEST offenlegen: Ja, meine Damen und Herren, fällt Ihnen da nichts auf? Ein Verlust im Elektronikbereich AMI, der beinahe so groß ist wie der gesamte Umsatz! Und das haben Sie alles nicht wissen können? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dr. Schüssel

Pöls, ein Engagement, vor dem Sie jeder ernst zu nehmende Fachmann gewarnt hat, mit Subventionen pro Arbeitsplatz in der Höhe von 5 Millionen Schilling. Jeder hat gesagt: Hände weg, das wird schief gehen. Sie haben selbst einen Reinverlust von 1 Milliarde Schilling akkumuliert, grob gesagt, zugegeben, und wir sollen Ihnen glauben, Sie hätten alles nicht wissen können.

Sie haben natürlich nie eine Ahnung gehabt, daß es bei der Intertrading schiefgehen könnte, einer Firma mit 200 Millionen Schilling Grundkapital, die plötzlich durch Ölgeschäfte auf 120 Milliarden Schilling Umsatz explodiert und in der Umsatzgröße die Nummer 1 in Österreich wird.

Bitte, unsere Leute — auch Ihre teilweise, ich stelle das sogar außer Streit — haben dazu kritisch gefragt im Aufsichtsrat. Tun Sie doch jetzt nicht so, als ob das alles neu gewesen wäre, als ob Sie dafür keine politische Verantwortung mitzutragen hätten.

Da gibt es jetzt weder einen Generaldirektor Grünwald, der dafür zuständig ist, der schaut in der Loge zu — Loge hier jetzt natürlich nur bildlich gemeint —, da gibt es keinen Bundesminister, der sich seit Jahren mit diesen Dingen beschäftigt, keinen Bundeskanzler, der sich nicht um dieses Flaggenschiff der österreichischen Wirtschaft kümmert, dessen Schornstein gerade noch aus dem Wasser herausragt.

Meine Damen und Herren! Entweder sind die Beteiligten wahnsinnig naiv, verboten naiv, oder es stimmt ganz einfach nicht, was Sie uns hier glauben machen. Es ist also zumindest — und jetzt kommt die Retourkutsche an Sie — grobe Fahrlässigkeit, die wir Ihnen vorwerfen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ein zweiter Punkt. Es ist ja mehr gescheitert als nur einige Projekte. Ein ganzes Konzept ist in die Hosen gegangen. Es ist eine Mentalität gescheitert, die von Kreisky herstammt, die Sie als Erbe mitübernehmen mußten, daß man geglaubt hat, mit Großprojekten Arbeitsplatzsorgen und Regionalprobleme lösen zu können. Das war auch bei Aichfeld-Murboden so. Schauen Sie hin, was heute noch dort steht. Das war bei Pöls so, und so weiter. Das Ergebnis ist tragisch. Sie haben in einem Modellversuch 1:1 bewiesen, daß auch mit Milliardenaufwand nicht dauerhaft Arbeitsplätze gesichert werden können.

Während der Mittelstand in den letzten 10 Jahren 120 000 Arbeitsplätze neu geschaffen

hat, haben die ÖIAG und die Bankenkonzerne betriebe 30 000 Beschäftigte abbauen müssen. Wir bedauern das, glauben Sie mir das. Gerade in der Steiermark, in dieser krisengeschüttelten Zone, war es noch schlimmer: 20 Prozent weniger Arbeitsplätze im verstaatlichten Bereich, 15 Prozent weniger Arbeitsplätze in den Bereichen der Bankenkonzerne.

Vielleicht mußte dieses Experiment einmal mit Milliardenaufwand durchgezogen werden. Niemand empfindet Freude über dieses Debakel, aber nehmen Sie wenigstens das Ergebnis zur Kenntnis und tun Sie nicht so, als ginge Sie das politisch in Ihrer Verantwortung einfach nichts an. (*Beifall bei der ÖVP*)

Dritter Punkt: Wie halten Sie es wirklich mit der Verantwortung? Der Vorstand ging. Ich sage ganz offen, Apfalter ist sicherlich nicht der alleinige Sündenbock, und ich persönlich bedauere es sogar. Der Mann hat sein Letztes gegeben im wahrsten Sinne des Wortes, Josef Taus hat das sehr eindrucksvoll geschildert. Es ist viel zu billig, jetzt zu glauben, daß damit die Probleme gelöst sind, weil diese Leute fort sind. Hier wurde der Falsche in die Wüste geschickt.

Tun Sie nicht wiederum so, als hätten Sie nicht gewußt, daß im VOEST-Vorstand und auch in anderen Bereichen der öffentlichen Wirtschaft nicht alles zum besten stünde. Sie sind doch einer der erfahrensten Kenner in dem Bereich.

Jeder hat gewußt, auch Sie, daß die Qualität einiger Vorstandsmitglieder in der VOEST-ALPINE nicht den heutigen Spitzenerfordernissen eines solchen Betriebes entspricht. Das haben Sie gewußt und Sie haben sich aus politischen Gründen nicht durchringen können, durchzugreifen. Das gleiche war bei der größten Bank des Landes der Fall und ist zum Teil noch immer nicht gelöst. Da sind Sie voll verantwortlich. Das nimmt Ihnen niemand weg. Das war bei der Länderbank auch so! (*Beifall bei der ÖVP*) Es ist nun einmal die vornehmste und wichtigste Pflicht des Eigentümers, die geeigneten Führungspersonen auszusuchen, ohne Rücksicht darauf, woher Sie kommen. Es müssen die Besten sein, die es dafür gibt.

Apfalter ist gegangen, einer nicht, ich sage das auch ganz offen: Zentralbetriebsratsobmann Ruhaltinger ist immer noch da. Ich bin sehr gespannt, was er sagen wird, man kann nicht nur von Mitbestimmung reden, liebe Freunde von der linken Seite. Das halte ich

10046

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Schüssel

für ganz wesentlich, wir bekennen uns dazu. Aber mitbestimmen heißt auch mitverantworten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

In dem Jahr, in dem der größte Verlust in der Geschichte der VOEST-ALPINE absehbar war, diesem Betrieb und auch der VEW mit Verhandlungen Ergebnisse zuzumuten — Sie wissen, was ich meine: Lohnrunde, Arbeitszeitverkürzung —, der Sie wissen müssen als verantwortungsvoller Mann der Basis, wie es in Ihrem Betrieb zugeht und wie es steht, diesem Betrieb eine derartige zusätzliche Belastung zuzumuten, das ist, bitte, unverantwortlich. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Parlament ist der Ort, so etwas auszusprechen und so etwas zu diskutieren. Ich frage Sie hier, Herr Kollege Ruhaltinger, was wird Ihr Beitrag zur Sanierung dieses angeschlagenen Wirtschaftsschiffes sein, das uns allen am Herzen liegt. Apfalter geht und Ruhaltinger bleibt! Dabei kann es ja nicht bleiben, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich komme damit zum Schluß. (*Abg. Nürnberg: Ob der Ruhaltinger geht oder nicht, bestimmen die Beschäftigten in der VOEST, weil die haben ihn gewählt!*) Der Steuerzahler (*Abg. Nürnberg: Was die Gewerkschaft für eine Lohnpolitik betreibt, werden auch nicht Sie bestimmen!*), Herr Zentralsekretär, die Zeche zahlt nicht nur die Belegschaft, die auch. Leider! Die Zeche zahlt auch der Steuerzahler! Und der sollte auch Ihnen am Herzen liegen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich komme damit zum Schluß und ziehe Konsequenzen aus den Vorfällen. Ich biete Ihnen solche Konsequenzen an und ersuche Sie, mitzugehen.

Erste Konsequenz: Wir verlangen von Ihnen eine Sonderprüfung. Nicht deshalb, weil wir jetzt eine billige Schulzuweisung vornehmen wollen. Josef Taus hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, eine Sonderprüfung dauert Monate, ist aber Voraussetzung dafür, wenn man Klarheit haben will, woher die Probleme kommen und wo ihre wirklichen Ursachen liegen.

Ich beantrage daher:

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, zur Prüfung folgender Vorgänge bei der Geschäfts-

führung der VOEST-ALPINE AG im Wege der Hauptversammlung eine Sonderprüfung gemäß § 118 Abs. 1 Aktiengesetz zu veranlassen und die Bestellung der Prüfer zu erwirken sowie nach dem Vorliegen des Prüfungsergebnisses dem Nationalrat unverzüglich Bericht zu erstatten:

Engagement Bayou

Zellstoffwerk Pöls

AMI Unterpremstätten

VA Intertrading Gesellschaft m.b.H.

Bereich Finalindustrie

Ich ersuche Sie noch einmal, diesen Antrag nicht als parteipolitische Aktion zu werten. Die Dinge sind zu ernst, und setzen auch Sie sich nicht der Optik aus, etwas vertuschen zu wollen. Es wäre auch für den Betrieb nicht günstig.

Zweite Konsequenz, die wir Ihnen anbieten, die wir verlangen von Ihnen: Totale Entpolitisierung der öffentlichen Wirtschaft, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es müssen die Besten sein, die herangezogen werden. Wir brauchen eine internationale Ausschreibung, es müssen internationale Headhunters ausgesandt werden, um wirklich die Qualitätsbesten heranzuziehen.

Österreich hält den traurigen Rekord bei Fontainebleau-Absolventen. Das ist ein Spitzeninstitut für Managerausbildung. Zwei Drittel aller österreichischen Studenten, die dort studieren, gehen nicht mehr nach Österreich zurück, und ich verstehe es auch. Die werden ja gar nicht eingeladen, gar nicht gefragt, sich um derartige Positionen zu bewerben.

Daher zusammenfassend: Die Besten müssen es sein, und das geht nur, wenn wir alle mitsammen, das ist so wie bei der Abrüstung, verzichten, politischen Einfluß in diesen Betrieben zu nehmen. Ich fordere Sie dazu auf. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dritter Punkt: Diese besten Manager müssen auch Freiheit, absolute Freiheit in der Betriebsführung haben. Sie müssen die Betriebe führen, wie es Kaufleute eben tun müssen, und dürfen nicht ständig Auflagen bekommen, die unvereinbar mit diesem Ziel

Dr. Schüssel

sind. Die einzige Vorgabe muß sein, die Betriebe lebensfähig zu halten. Lebensfähig sind sie nur dann, wenn sie Gewinne machen. Das heißt auch freie Hand bei der Standortwahl. Ich sage das ganz bewußt.

Wenn der Eigentümer das nicht akzeptieren kann oder will, dann muß er dafür auch die finanziellen Mittel eigens bereit stellen. So erfunderisch, wie Sie bei der Bundesbahn mit den verschiedensten Subventionstöpfen sind, sollten Sie auch sein, wenn es darum geht, diesen neuen, hoffentlich besten Führungskräften die notwendigen Chancen zu ermöglichen.

Herr Minister, ich komme zum Schluß. Wir werden nicht den gleichen Fehler machen wie Sie und einfach nur ein Köpferollen verlangen, auch nicht Ihren Kopf, aber an diesen 3 Punkten, die ich genannt habe, werden wir auch Sie und Ihre Arbeit messen. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, dann wird es Ihre Arbeit und unsere Einstellung sicherlich nicht erleichtern. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{16.18}

Präsident: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Taus und Genossen ist genügend unterstützt, steht mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Abgeordnete Nowotny.

^{16.18}

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es geht in der heutigen Debatte zweifellos um sehr ernste Probleme, und es ist daher auch angebracht, diese Probleme im Interesse der gesamten österreichischen Wirtschaft nüchtern und seriös zu behandeln — damit werde ich mich beschäftigen —, aber auch natürlich im Interesse der 70 000 Beschäftigten in diesen Unternehmen, und darüber wird speziell mein Kollege Ruhaltinger sprechen als frei gewählter Betriebsrat dieser 70 000 Menschen. Es ist noch nicht so weit, daß ein Generalsekretär des Wirtschaftsbundes darüber befinden kann, ob ein Betriebsrat abgesetzt wird oder nicht. Das möchte ich auch einmal sagen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir müssen zunächst einmal versuchen, ganz nüchtern analysierend festzustellen, worin die Probleme bestehen, wie sie entstanden sind.

Ich glaube, man muß hier deutlich zwei Bereiche unterscheiden. Es gibt einerseits

einen Problembereich, der angesiedelt ist im eigentlichen Produktionsbereich der VOEST-ALPINE, im inländischen Bereich. Das sind sicherlich Bereiche, die auch schon seit längerer Zeit in der ÖIAG, im Ministerium bekannt sind, wo es erhebliche Probleme gibt, zum Beispiel im Bereich der Elektronik, wo aber, und das muß man auch sagen, Risiken bedacht eingegangen wurden, weil sie eben zum Teil auch strategisch notwendig sind, um in neue Gebiete einzudringen. Das ist ein Bereich, an dem seit Jahren hart gearbeitet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daneben gibt es einen zweiten Problembe- reich, und diese Unterscheidung ist wichtig — ich möchte darauf hinweisen —, das ist ein spekulativer Bereich. Hier hat es Situationen gegeben, wo auf den internationalen Märkten spekuliert wurde, Stichwort Intertrading, wobei ich dazusagen will, daß das ursprüngliche Konzept der Intertrading richtig war. Die Idee eines internationalen Handelshauses war richtig und war auch von allen getragen worden.

Das Problem ist, daß sich dieses Unternehmen offensichtlich in einem Maß verselbständigt hat, daß unkontrollierbare Risiken, Währungsrisiken, Leerverkäufe eingegangen wurden. Das ist der Bereich, um den es uns heute vor allem geht. Man muß sehr klar sehen: Die Verluste in der Höhe, wie wir sie heute hier gehört haben, sind nicht aus der Durchführung des Unternehmenskonzeptes entstanden, sondern aus einem Verhalten des Managements, das diesem Unternehmenskonzept widersprochen hat. Bei aller Anerkennung der historischen Verdienste, die sich gerade Generaldirektor Apfalter erworben hat — ich stehe nicht an, es heute hier noch einmal zu betonen: bei Anerkennung dieser Verdienste —, war dieser Punkt ein dem Unternehmenskonzept eklatant widersprechendes Verhalten; der Stein, der zum Anstoß führte, der Stein, der zum Bruch führen mußte.

Zweiter Bereich, auf den wir auch wieder in aller Ruhe hier eingehen sollten. Wie wurde dieses Problem bewältigt, wie liegen die Verantwortlichkeiten?

Es war offensichtlich, daß hier rasches Handeln notwendig war, rasches Handeln personeller Natur ist auch geschehen. Außerdem war es notwendig — darauf hat gerade in internen Besprechungen etwa Präsident Koren hingewiesen —, deutliche Signale gegenüber dem Ausland zu setzen. Signale, daß dieses Unternehmen von der Regierung nicht im Stich gelassen wird. Beides ist

10048

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Nowotny

geschehen. Wir haben hier sehr deutliche Signale gesetzt, und ich glaube, das war richtig.

Es liegt mir gerade eine Aussendung des Wirtschaftspressoedienstes vor, der sich mit einigen Experten über die Reaktion der Regierung unterhalten hat. Ich kann hier zum Beispiel Professor Erich Streissler zitieren, bekanntlich Mitglied des wirtschaftspolitischen Beirates der Österreichischen Volkspartei, der von einer positiven Signalwertung dieser Maßnahme gesprochen hat, also nicht von einer Panikreaktion, wie hier suggeriert wird, sondern das ist ein konsequenter, durchdachter, positiver Schritt, der hier gesetzt wurde.

Nun zur Frage der Information der Opposition, diese wurde sowohl von Taus als auch von Schüssel sehr massiv aufgegriffen. Ich gebe beiden Rednern der Opposition recht, wenn sie sagen, die Opposition hat hier ein Recht auf Information. Das ist völlig richtig. Allerdings muß man auch sagen, dieses Recht auf Information ist geregelt im Rahmen des ÖIAG-Gesetzes. Dort hat die Österreichische Volkspartei eben im Interesse dieser Information ein Nominierungsrecht. Ich nehme an, wenn hier ein Nominierungsrecht für die Österreichische Volkspartei besteht, besteht es nicht nur dafür, daß die Leute dort sitzen, sondern auch dafür, daß die Leute etwas tun.

Wenn — um ein Wort von Herrn Schüssel aufzugreifen — hier offensichtlich Mitbestimmungsformen bestehen, dann sind das auch Mitverantwortungsformen, und das gilt nicht nur für Betriebsräte, das gilt auch für die ÖVP in ihren Maßnahmen im Rahmen der ÖIAG. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es ist konkret darauf hinzuweisen, daß in der Sitzung am 19. 11. 1985 — bei der im Rahmen der ÖIAG die jetzt aufgetretenen Verluste das erste Mal bekannt wurden — sämtliche von der Österreichischen Volkspartei nominierten Vorstandsmitglieder anwesend waren.

Ich nehme an, daß diese Vorstandsmitglieder auch Herrn Vizepräsidenten Gruber informiert haben. Ich nehme an, daß Herr Vizepräsident Gruber auch den Industriesprecher der Österreichischen Volkspartei, den Abgeordneten Taus, informiert hat. Ist das geschehen, so ist die ganze Aufregung eine künstliche, ist es aber nicht geschehen, so würde ich Herrn Abgeordneten Taus doch empfehlen, sein Organisationstalent einmal intern in der ÖVP einzusetzen, um hier einen geregelten Informationsfluß zu sichern. Es ist sicherlich nicht

richtig, die Regierung für diesen Fehler verantwortlich zu machen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Mag. Minkowitsch.*)

Was die Frage einer Sonderprüfung betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß ich ganz offen sagen: Ich bedaure es, daß Sie jetzt in diesem Stadium diesen Antrag eingebracht haben. Auch ich vertrete in diesem Fall die Position des Abgeordneten Taus, aber die Frage einer Sonderprüfung ist keine Frage, die irgendwo politisch zu sehen ist, sondern die einfach nach ihrer sachlichen Begründung zu sehen ist. Es gibt einige Aspekte, die dafür sprechen, einige, die dagegen sprechen.

Sie haben heute vormittag die Antwort des Bundeskanzlers gehört, der das nicht kategorisch abgelehnt hat, sondern der gesagt hat, das sei eine Frage, die in den Organen der ÖIAG und der VOEST zu diskutieren ist.

Ich finde es im höchsten Maße inkonsistent, wenn hier zunächst bemängelt wird, daß vom Bundeskanzler in die ÖIAG hineinreiert wird, aber jetzt über einen Bereich, der unmittelbare Aufgabenstellung der VOEST-Gremien und der ÖIAG-Gremien ist, das Parlament entscheiden soll. Das ist wiederum völlig falsch; eine völlige Umkehr der Kompetenzen. Daher tut es mir leid, daß Sie hier einen Antrag bringen, der ganz offensichtlich nur als politischer Propagandaeffekt zu sehen ist.

Insgesamt, glaube ich, ist das Verhalten, das hier etwa auch von dem von mir durchaus geschätzten Abgeordneten Taus an den Tag gelegt wurde, der sozusagen sagt, mein Name ist „Hase“, das ist für die ÖVP alles überraschend, was da gekommen ist, sicherlich — um das jetzt vorsichtig auszudrücken — nicht seriös.

Das gilt auch für die Rolle, die die ÖVP hier in den entsprechenden Gremien einnimmt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt auf einmal haben Sie offensichtlich die Strategie, sich möglichst klein zu machen, bei anderen Gelegenheiten wollen Sie sich möglichst groß machen. In Wirklichkeit ist das eine wie das andere das Falsche.

Sie wissen ganz genau, daß es nach dem Aktienrecht eine Gesamtverantwortung des Vorstandes und eine Gesamtverantwortung des Aufsichtsrates gibt. Wer mit dieser Verantwortung nicht einverstanden ist, wer meint, sie nicht tragen zu können, dem steht

Dr. Nowotny

eine Möglichkeit offen: die Möglichkeit des Rücktritts!

Mir ist nicht bekannt, daß irgendwelche von der ÖVP nominierten Mandatare in Aufsichtsräten oder Vorständen zurückgetreten sein sollten. Mir ist im Gegenteil bekannt, daß von der ÖVP laufend Personalforderungen gestellt werden. Rücktritte habe ich von Ihnen hier noch nicht gehört. (Abg. Dr. Schüssel: Ich habe mir gedacht, der ganze Vorstand ist zurückgetreten!) Daher sind Sie voll in die Verantwortung eingebunden: das ist ganz einfaches Aktienrecht. Sie wissen das genauso gut wie ich. Im Bereich der ÖIAG sind Sie doch voll drinnen, daher haben Sie auch die volle Verantwortung. Sie können sich nicht davor drücken. Das, glaube ich, muß man ganz deutlich festhalten. (Abg. Dr. Ettmayer: Wer regiert denn hier, Nowotny?)

Herr Kollege! Dazu haben wir das ÖIAG-Gesetz. Das ÖIAG-Gesetz stellt, und darauf hat Herr Kollege Taus richtig hingewiesen, einen Bereich der politischen Kontinuität dar seit der Zeit der ÖVP-Alleinregierung. Wir bekennen uns zu dieser politischen Kontinuität. Wir sind dagegen, daß die verstaatlichte Industrie zu einem Spielball der Politik werden soll, wo sich je nach Mehrheitsverhältnis die Situation ändert. Wir haben diese Kontinuität eingeführt und erhalten. Aber das heißt natürlich auch, daß beide Partner dieser Kontinuität die entsprechende Verantwortung tragen. Darauf müssen wir bestehen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) Ich gebe aber zu — und ich glaube, das ist ein Punkt, der uns durchaus beschäftigen sollte —, daß sich wieder einmal die Frage stellt: Welche Rolle sollen die Parteien überhaupt in der österreichischen Wirtschaft spielen?

Ich glaube, das ist ein Thema, worüber man seriös und ernst sprechen sollte, wobei das aber nicht auf diese Art geht, wie das Parteiobmann Dr. Mock heute vormittag gemeint hat. Zuerst hat er erklärt, er sei gegen jeden Parteieinfluß — das hat er sogar sehr pathetisch gesagt —, und da unterscheiden uns Welten. Dann hat er in einer tatsächlichen Berichtigung erklärt, der Aufsichtsratspräsident Dr. Bock, der als Aufsichtsratspräsident der CA einem Bereich vorsteht, der ebenfalls Milliardenzuschüsse gebraucht hat, er war vorher Handelsminister der ÖVP-Regierung — ich habe das mitgeschrieben —, sei doch kein politischer Funktionär, das hätte nichts mit Parteieinfluß zu tun.

Also, meine sehr geehrten Damen und Her-

ren, mir scheint, Sie wandeln hier ein Motto von Lueger ab in dem Sinn, daß Sie sagen: Was politischer Einfluß ist, das bestimmen wir! Wenn es ÖVP-Experten sind, dann sind es reine Fachleute, wenn es SPÖ-Experten sind, dann sind das Politruks. Meine Damen und Herren, so geht das sicherlich nicht, hier muß man sicherlich sehr viel ehrlicher und offener argumentieren. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich glaube tatsächlich, daß wir hier vieles nüchtern überdenken müssen; nüchtern in bezug auf die Stellung von Parteien. Die Parteien haben sicherlich einen wichtigen Auftrag in der Gesellschaft, aber sie haben keine unbegrenzte Kompetenz. Da stimmen wir völlig überein. Es ist auch gar nicht notwendig, hier die SPÖ besonders herauszufordern. Immerhin sind wir die Partei, die in ihrer ganzen Geschichte niemals persönliche Freiheiten eingeschränkt hat, die niemals einen Allvertretungsanspruch erhoben hat.

Aber was natürlich notwendig ist: daß man sich jetzt nicht nur auf große Worte beschränkt, sondern daß auch ehrliche Taten folgen.

Ich möchte hier doch auf eines hinweisen — das ist vorhin schon geschehen —, nämlich daß in der verstaatlichten Industrie diese strenge Proporzregelung das erste Mal unter Altbundeskanzler Bruno Kreisky aufgebrochen wurde, daß damals das erste Mal nicht Parteizugehörige, nicht Parteideklarierte in wichtige Positionen gekommen sind — gegen massiven Widerstand der Österreichischen Volkspartei! (Abg. Dr. Zittmayr: Dann sind die Verluste gekommen!) Und die Österreichische Volkspartei hat sich auch gehütet, diesem Beispiel zu folgen. Von Ihnen sind uns keine Beispiele bekannt. Bei uns gibt es eine ganze Reihe von Beispielen, wo nicht Parteidebundene wichtige Positionen errungen haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Zittmayr: Milliardenverluste! — Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.)

Ich möchte hier etwas ganz deutlich betonen. Wir Sozialisten haben gezeigt: Niemand soll einen Nachteil haben, weil er in einer Partei ist, und jeder Tüchtige soll eine Chance auf wirtschaftlichen Erfolg haben, egal ob er in einer Partei ist, egal in welcher Partei er ist. Wir haben dafür Beweise geliefert. Ihre Beweise, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, stehen noch aus! (Abg. Dr. Zittmayr: Daß ihr nicht wirtschaften könnt, das habt ihr bewiesen!)

Dem steht natürlich nicht entgegen, daß für

10050

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Nowotny

öffentliche Unternehmen eine besondere Verantwortung des Staates besteht. (*Abg. Dr. Ettmayer: Wo haben Sie einen Beweis geliefert?*) Ihnen geht das natürlich besonders unter die Haut, denn Sie könnten aus eigenem Erleben eine ganze Reihe von Beispielen nennen, wo enormer politischer Einfluß von Seiten der ÖVP genommen wurde. (*Abg. Dr. Ettmayer: Nennen Sie ein Beispiel!*) Seien Sie nur einmal ehrlich! Kehren Sie vor der eigenen Tür! Das kann ich Ihnen nur sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: Sie können keine Beispiele bringen!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt über die Rolle (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) — ich habe nur 20 Minuten Redezeit, ich kann daher nicht auf jeden Zwischenruf eingehen — der öffentlichen Unternehmen in unserem Staat sprechen, möchte ich betonen, daß es sich hier um eine Verantwortung gegenüber der Gesamtheit des Staates handelt. Die öffentlichen Unternehmen gehören nicht einer Partei, sie gehören nicht einer Region, sie gehören auch nicht der Belegschaft, sie gehören der gesamten Republik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch das sollte nicht untergehen: Die öffentlichen Unternehmen haben dieser Republik auch treu gedient. Man soll sie daher heute nicht, wie das der Abgeordnete Schüssel gemeint hat, einfach als die „Kostgänger der Nation“ bezeichnen. Ohne die Leistung der öffentlichen Unternehmungen wäre der Aufstieg Österreichs nicht möglich gewesen! Dieser Aufstieg Österreichs wurde gerade in bezug auf die öffentlichen Unternehmungen vielfach gegen den Widerstand der Österreichischen Volkspartei erkämpft. Und das, glaube ich, ist ein wichtiger Punkt, der heute auch nicht völlig untergehen sollte. Die verstaatlichte Industrie und auch die Beschäftigten in dieser Industrie haben jedenfalls unser aller Solidarität verdient.

Ich möchte ganz ruhig darauf hinweisen: Gerade in schweren Zeiten zeigt sich, wo die wahren Freunde sind. Und die Zehntausenden Beschäftigten in der verstaatlichten Industrie und die Zehntausenden Menschen in jenen Privatunternehmen, die in Geschäftsverbindung mit der verstaatlichten Industrie stehen, werden sich sehr gut merken, wer ihre wahren Freunde sind. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Als letzter Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellt sich die Frage: Wie wird es weitergehen? — Grundsätzlich ist

davon auszugehen, daß es notwendig ist, hier klare Schritte zu setzen, daß Panikreaktionen zu vermeiden sind, daß es gilt, kühlen Kopf zu bewahren.

Ich möchte noch einmal betonen: Nicht das Konzept der ÖIAG, nicht das Konzept von Minister Lacina ist gescheitert, auch nicht der Aspekt einer gemeinwirtschaftlichen Industrie, sondern die Probleme entstanden durch Ausflüge in spekulative Bereiche, die genau im Gegensatz zum gemeinwirtschaftlichen Auftrag dieser Unternehmen gestanden sind. Und die Probleme entstanden — auch darüber muß man offen reden — durch gewisse organisatorische Schwächen, und zwar gerade auch im Kontrollbereich. Und eben hier hat ja die Regierung rasch eingegriffen.

Ich möchte hier ganz deutlich im besonderen Maße die Leistung von Minister Lacina hervorheben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Jeder, der seine Arbeit kennt, weiß, daß es sich bei ihm um einen unerhört tüchtigen, einsatzbereiten, verantwortungsbewußten Ökonomen und Arbeiter handelt. Wir wissen, daß Minister Lacina sicherlich der beste Mann auf diesem Platz ist. Und wenn Sie ehrlich sind, geben Sie das selber auch zu; ich hoffe es zumindest. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was jetzt notwendig ist, ist sicherlich nicht ein parteipolitischer Kleinkrieg, ist auch nicht eine Neuauflage der fruchtlosen Debatte Privat versus Staat, sondern sind konkrete, zielführende Schritte. Und ich muß ganz ehrlich sagen, daß ich in diesem Sinn von den Beiträgen der Abgeordneten Taus und Schüssel leider sehr enttäuscht bin. Wir haben zwar eine Menge an Kritik gehört, aber keinerlei konkrete Alternativen. (*Abg. Dr. Zittmayer: Was ist das für eine hilflose Regierung, die immer die Opposition braucht?*)

Der Ruf nach Privatisierung hilft ja überhaupt nicht weiter. Denn: Bei einem guten Unternehmen ist ein Verkaufen insofern sinnlos, als es ja keinerlei Probleme zu lösen gilt und es sich daher hier nur um eine Verschleuderung von öffentlichem Vermögen handeln würde. Bei einem schlechten Unternehmen hingegen ist ein Verkaufen ökonomisch meist nicht möglich, und wenn, dann nur ans Ausland, wo man Konkurrenz stillegen will. (*Abg. Dr. Khol: Zur Sache!*) Das heißt, de facto läuft die ÖVP-Strategie — zumindest ersichtlich aus dem, was Sie bis jetzt erkennen lassen — auf nichts anderes als auf ein Zusperren hinaus, mit all den volkswirtschaftlichen Folgen, die so etwas hätte.

Dr. Nowotny

Ich muß sehr deutlich sagen: Ich erwarte für die weitere Debatte hier Ihre klare Antwort. Ist das Ihr Konzept? Ist das Zusperren Ihr Konzept, das Sie anzubieten haben?

Wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind auf jeden Fall nicht fürs Zusperren, wir sind für einen Neubeginn in diesem wichtigen Bereich. Von Ihnen haben wir noch nichts anderes gehört. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Mag. Minkowitsch: Das ist eine gemeine Unterstellung!*)

Wir sind dafür, daß das Wissen und die Arbeitskraft der Zehntausenden Beschäftigten in diesem Bereich genutzt werden. Das ist wahrhaft eine nationale Aufgabe. Meine Damen und Herren von der ÖVP, Sie sind von unserer Seite eingeladen, daran mitzuwirken. Wir werden auf jeden Fall unseren Teil leisten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{16.37}

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Probst.

^{16.37}

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Im Arbeitsübereinkommen und in der Regierungserklärung der Koalitionsregierung 1983 heißt es zum Kapitel verstaatlichte Industrie: „Die Bundesregierung betrachtet den gesamten Industriesektor als eine Einheit.“ — Diese Aussage ist eindeutig und bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß verstaatlichte Betriebe, verstaatlichte Wirtschaft und Privatwirtschaft gleich zu behandeln sind.

Um einen Zwischenruf Ihrerseits vorwegzunehmen: Die Bundesregierung hat sich auch bemüht, dem zu folgen. Sie hat neben den 16,6 Milliarden für die verstaatlichte Industrie wohl auch einiges für die private Industrie und für die private Wirtschaft geleistet.

Ich erinnere zum Beispiel — weil das früher schon angeklungen ist, habe ich mir das aufgehoben — an Preisstützungen und Preisausgleiche im Agrarbereich. Das macht einen Betrag von 6,2 Milliarden Schilling für 1986 aus.

Ich erinnere an die direkte Investitionsförderung: 3,1 Milliarden Schilling. Umweltschutz: 2,4 Milliarden Schilling. Das alles sind Bereiche, die im wesentlichen der privaten Industrie zugute kommen, und zwar auch dem mittleren und kleineren Strukturelement.

Arbeitsmarktförderung — hauptsächlich

für die Privatwirtschaft —: 3,6 Milliarden Schilling.

Abgesehen von der Steuerleistung der verstaatlichten Betriebe, die selbstverständlich wieder ein Rückfluß ist.

Das, meine Damen und Herren, muß heute auch gesagt werden! (*Abg. Mag. Minkowitsch: Nicht einmal die eigene Fraktion klatscht dazu!*) Herr Präsident Minkowitsch, ich lade Sie gerne ein, daß Sie das nächste Mal einklatschen. Das würde mich ungeheuer freuen.

Die Freiheitliche Partei hat Konzepte verlangt. Sie hat auch oftmals hier begründet, warum sie vorerst nicht zugestimmt hat, wenn es um solche Förderungen ging, und später doch zugestimmt hat: eben weil dann die Konzepte auf den Tisch gelegt wurden. Sie wurden erstmals vorgelegt nach Bildung der Koalitionsregierung.

Heute stehen wir vor der Situation, daß das Ergebnis wesentlich schlechter ist, als selbst die düstersten Prognosen besagten. Das müssen wir zugeben. Ergo: Entweder war das Konzept falsch, oder das Konzept war richtig, ist aber falsch oder nicht richtig umgesetzt worden.

Deshalb begrüße ich es auch namens meiner Fraktion, der Freiheitlichen Partei, daß erstmals die Regierung Sinowatz-Steger bereit war, Konsequenzen zu ziehen, wenn es um schwerwiegende, tragische Fehler im Management gegangen ist. Die erste Konsequenz war die Ablösung des Managements in der Maschinenfabrik Andritz und die zweite Konsequenz hat sich gestern ereignet. Das ist bitte neu, und das ist ebenfalls zu beachten. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Ich bin sehr froh, daß hier erstmals gleich wie in der Privatwirtschaft gehandelt wurde. Ein privatwirtschaftlicher Manager hat so zu agieren, als verwalte er sein eigenes Geld. Das gleiche gilt natürlich für den, der mit unser aller Geld in den verstaatlichten Betrieben, in der öffentlichen Wirtschaft umgeht. Deshalb sind diese Konsequenzen hart zu treffen.

Es ist hier sicher nicht persönlich schuldhaft vorgegangen worden. Der Herr Bundesminister hat dazu ausführlich Stellung genommen. Ein neues Management, ein neues Konzept muß her. Das ergibt sich wohl aus der Situation, vor der wir stehen. Das ist politische Einflußnahme, diesmal im positiven Sinne.

10052

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Probst

Zuerst das Konzept und dann aber auch die konsequente Verwirklichung des Konzepts. Hier ist das Management vielleicht nicht ganz allein schuld, das sei eine Konzession. Wir dürfen nicht vergessen, daß 1972 bei der Fusion Dinge unnatürlich zusammengestoppt wurden, die eigentlich nicht zusammengepaßt haben, das heißt, die Fusionierung war an sich nur eine Addition des Vorhandenen, leider auch eine Addition der Manager, der Vorstände in diesem Fall. Das haben wir damals schon bekrittelt.

Vielleicht hat das gerade noch für das Jahr 1974 gegolten und für eine kurze Zeit später. Aber mit Beginn der Stahlkrise, als sich abzeichnete, daß das kein vorübergehendes Tief, sondern eine manifeste Dauerkrise des Rohstoffes Stahl wird, hätte man beginnen sollen, neue Konzepte zu erarbeiten, nämlich zu divisionieren, klare Richtlinien vorzugeben, kleinere Einheiten zu schaffen, überschaubare Einheiten, klare Produktionslinien auszuarbeiten, mit einer klaren Trennung, was von wem zu produzieren ist, und klare Zielvorgaben zu setzen. Es hat massive Vorbehalte und Einwände gegen die Divisionierung gegeben. Ich glaube, aus einer unbegründeten oder falschen Sorge heraus.

Ich bin vollkommen überzeugt, daß alle, vom Management bis hinunter zur Belegschaft, gut beraten sind, Vorurteile über Bord zu werfen, so manches in Zukunft noch in Kauf zu nehmen und die Divisionierung, die Modernisierung dieses gigantischen Komplexes voranzutreiben, und zwar mit Nachdruck voranzutreiben und zu vertreten. Es ist alles zu tun, was die Zukunft dieses Unternehmens sichert, denn das ist wesentliches und wesentlichstes Interesse der Belegschaft.

Herr Kollege Schüssel! Die Frage nach der Verantwortlichkeit hat im Gegensatz zu Ihrer Darlegung sehr wohl mehrere Seiten. Sie ist nicht mit einer einseitigen Schulzuweisung an die Regierung erledigt, wie Sie es getan haben. Es ist natürlich verlockend — da wird vielleicht mancher Redner von den Regierungsparteien direkt neidisch —, da kann einer ganz aus dem Vollen schöpfen und auf die Regierung schmeißen. Aber so ist es ja nicht, meine Damen und Herren.

Ich darf in Erinnerung rufen: Von 8 1/2 oder 9 Vorstandsdirektoren, die Sie im Bereich der VOEST-ALPINE vorfinden, sind doch 5 von Ihnen dorthin geschickt, also der ÖVP parteisteuerpflichtig.

Da sagte zum Beispiel der Kollege Neisser

heute vormittag, „Sie haben die Dinge kommen sehen.“ Mit „Sie“ meint er die Bundesregierung. Nun, wenn Sie den natürlichen Informationsfluß beachten, ist es doch wohl logisch, daß zuerst jene an der Quelle die Dinge haben kommen sehen, das heißt, auch jene 4 1/2 Vorstandsdirektoren der Österreichischen Volkspartei. Wo blieb denn die Information dieser Vorstandsdirektoren an die Volkspartei? Warum haben sie denn die Opposition nicht informiert? Warum ist die nicht an die Öffentlichkeit getreten?

Herr Kollege Schüssel! Sie haben gesagt, die neuen Manager müssen vollkommen frei arbeiten. Ich bin aus meiner Ideologie geneigt, Ihnen zuzustimmen. Wir haben das auch immer gesagt.

Aber jetzt eine ehrliche Frage, die mir womöglich rhetorisch auf den Kopf fallen kann. Ich stelle sie trotzdem: Haben wir denn nicht festgestellt, daß gerade in dem von Ihnen angezogenen Beispiel Intertrading die Freiheit des Managements ein wenig zu weit gegangen ist, nämlich bis ins Abenteuer, bis in Bereiche hinein, die mit dem wirklichen Konzept einer Intertrading, nämlich im wesentlichen BARTER-Geschäfte abzuwickeln, schon gar nicht mehr in Einklang zu bringen ist?

Man sagt, die Geschichte mit dem umher schwimmenden Öl auf dem Meer sei seit einem halben Jahr in Insiderkreisen bekannt gewesen und sei in Linzer Kaffeehäusern Tagesgespräch gewesen. Apfalter ist damit an die Öffentlichkeit getreten. Und die ÖVP-Vorstandsdirektoren haben geschwiegen? Sie haben von diesen Gefahren, die sich hier angebahnt haben, nichts gemerkt? Sie haben die Partei nicht informiert.

Es war ihre Pflicht, die Partei zu informieren. Und die ÖVP hat geschwiegen? Dann ist das doch bitte ein gewaltiges Versäumnis der Österreichischen Volkspartei gegenüber der Öffentlichkeit in ihrer Rolle als Opposition. Dann hat doch die Österreichische Volkspartei mit diesem Versäumnis tiefe Schuld auf sich geladen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*) Oder kam es deshalb dazu, weil Sie sich eine politische Spekulation erhofft haben, um eine Situation herbeikommen zu lassen, aus der Sie dann politisches Kleingeld schöpfen können.

Ich meine, das ist ein Vorwurf, den ich bitte nicht ernstlich aufrechterhalten will, aber er ergibt sich aus dem, was sich hier tut. (*Abg. Dr. Ettmayer: Warum reden Sie dann so*

Probst

einen *Blödsinn?*) Herr Kollege Ettmayer! Die Qualität Ihrer Zwischenrufe ist hinlänglich bekannt. Sie sind überaus peinlich und in jedem Fall bisher auf Sie selbst zurückgefallen. Ich würde Ihnen raten, etwas mehr Zurückhaltung zu üben, es bekommt Ihnen nicht gut. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Herr Kollege Schüssel! Meine Frage an Sie — weil Sie sagen, die Schuld ist eindeutig —: Wo ist denn im Aufsichtsrat der VOEST-ALPINE einmal der ÖVP-Anteil der Aufsichtsräte überstimmt worden? Wo hat denn ein ÖVP-Aufsichtsrat einmal sein Amt zurückgelegt, weil er die Verantwortung nicht mittragen konnte? Oder wo hat ein ÖVP-Vorstandsdirektor seinen Posten hingeworfen und gesagt, da mache ich nicht mit, ich bin von der siebenmalklugen ÖVP, und wir wissen es besser. Wo ist denn das passiert?

Es gibt mehr Vorstandsmitglieder der ÖVP als Sozialisten in der VOEST-ALPINE. Wir Freiheitlichen, obwohl wir keinen Aufsichtsrat dort haben, fühlen uns mitverantwortlich. Wir fühlen uns tief betroffen durch die jetzige Situation. Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wo ist denn Ihre Betroffenheit über die jetzige Situation? (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Der natürliche Informationsfluß — ich habe es gesagt und es ist jedem hier klar; da kann man darüber hinwegdemagogerln, so sehr man will — ist so, daß zuerst der Vorstandsdirektor dem Aufsichtsrat berichtet und der Aufsichtsrat dem zuständigen Minister. Haben die ÖVP-Direktoren hier etwas verheimlicht? Haben sie etwas gewußt, was sie nicht weitergegeben haben? Wo ist die Aufgabe der ÖVP als Opposition — ich wiederhole es —, wenn sich schon alles so lange abgezeichnet hat? Dieser Satz „Es hat sich alles schon so lange abgezeichnet“ geistert schon den ganzen Tag durch die ÖVP-Reden. Wenn es sich abgezeichnet hat, warum haben Sie denn nicht Laut gegeben, warum haben Sie nicht angeklagt, meine Damen und Herren von der ÖVP?

Schauen Sie, der Herr Staatssekretär Holger Bauer hat vorige Woche, am 21. 11. im „Inlandsreport“, bereits harte personalpolitische Konsequenzen verlangt. Und was hat Taus, der ÖVP-Sprecher, darauf geantwortet? Er hat gesagt: „Ich möchte nur eine Stimme sein“ — ich zitiere bitte wörtlich —, „wenn dann vielleicht das Scherbengericht hereinbricht, der öffentlichen Meinung, daß wenigstens einer gesagt hat, daß sie sich geplagt und bemüht haben und daß sie sicherlich nicht die Alleinschuldigen sind.“

Taus hat die Herren vorige Woche noch in Schutz genommen. Jetzt wollen Sie hier Scherbengericht spielen, Sie von der ÖVP. Meine Damen und Herren! Man sagt, daß Taus von der Wirtschaft so viel weiß, nur sagt er es nie. Er sagt es nie!

Ich frage ihn heute wieder: Was ist denn zu tun, Herr Kollege Taus? Was würden denn Sie tun? Machen Sie doch bitte einen Vorschlag oder sagen Sie uns doch bitte, wenn Sie schon sagen, das sei Aufgabe der Regierung, wohin hätten Sie es denn gerne, in welche Richtung? Machen Sie doch einen Vorschlag, wenn Sie so neunmalklug sind. Einen einzigen Vorschlag!

Ich entnehme, meine Damen und Herren, Ihrer dringlichen Anfrage als Begründung einige Sätze: „Schon seit 1982 machte das Stahlwerk in Bayou Verluste.“

Das ist eindeutig den Vorstandsdirektoren zuzuordnen. Der Herr Bundesminister hat begründet, warum.

Weiters — und das beginnt mich als Steirer jetzt zu erheitern, wäre die Situation nicht so tragisch, vor allem für uns Steirer —: „Schon bei Baubeginn des Zellstoffwerkes in Pöls“ — ich zitiere, bitte — „war allen Beteiligten klar, daß dieses Werk nie mit 2,5 Milliarden Schilling gebaut werden kann; es kostete schließlich 3,3 Milliarden Schilling, und der dort erzeugte Zellstoff kann heute nur mit großen Verlusten verkauft werden. Allein heuer ist mit einem Jahresverlust von 450 Millionen Schilling zu rechnen.“

Die steirische Landesorganisation der Freiheitlichen hat immer vor dem Engagement in Pöls gewarnt. Aber wie war denn das mit Pöls? Hat denn das die VOEST-ALPINE allein gebaut oder die Bundesregierung oder der Herr Minister Lacina oder der Herr Bundeskanzler? Wo war denn da der Herr Landeshauptmann Krainer? Er war doch die Triebfeder, daß das gemacht wird! Er hat doch steirisches Geld da hineingeputtert, und nicht zu knapp! Und er hat sich in seiner „Tagespost“ gerühmt, daß es ihm gelungen ist, die CARTIERE BURGO an den Verhandlungstisch zu bringen und zu Zahlungen zu bewegen — Zahlungen, auf die wir noch warten, wo wir einen gewissen italienischen Vorbehalt anzubringen haben, wie Sie alle wissen.

Und dann wurde AMI zitiert, ich nenne es hier: „Auch die Kooperation der VOEST mit AMI“ — und das ist das, was man eine Chuzpe nennt, wenn Sie das so ausdrücken —

10054

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Probst

„stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Dieses Joint Venture produziert voraussichtlich einen Verlust in der Höhe von 300 Millionen Schilling allein im Jahre 1985.“

Meine Damen und Herren! Alle Mitglieder des Verstaatlichtenausschusses, alle ÖVP-Zeitungen und Regierungsmitglieder waren begeistert. Der Herr Landeshauptmann selbst hat Wesentliches dazu beigetragen, daß dieses Werk bei Unterpremstätten errichtet wird.

Und, meine Damen und Herren, seien wir doch ehrlich, vor allem Sie von der neunmal klugen ÖVP: Was sollten wir denn sonst tun? Natürlich müssen wir den Einstieg in die hohe Technologie wagen und riskieren. Leider ist es in diesem Fall das letzte und nicht das vorletzte Trittbrett geworden, wie wir es uns von OKI erhoffen.

Und Krainer war es, der das gefordert hat, und Ihr Vorstandsdirektor Zich hat uns damals erklärt, was das für Zukunftshoffnungen sind.

Meine Damen und Herren! Natürlich ist der Schaden zu verantworten und zu reparieren. Etwas anderes bleibt bitte nicht übrig. Das ist hier noch nie ausgesprochen worden. Oder kann sich die ÖVP andere Lösungen vorstellen? Wie schaut es denn aus? Ist das wieder das Zusperren, das Verkaufen? Gern — aber an wen? Wer kauft? Oder haben Sie positive Vorschläge auch einmal? (*Zwischenruf des Abg. Ing. Dittrich*) Wir wissen heute noch nicht, Herr Präsident Dittrich, ob das OKI-Werk, nach den Erfahrungen mit AMI, wirklich etwas Wünschenswertes ist. Aber ich betone noch einmal: Vielleicht ist es diesmal das vorletzte Trittbrett.

Auf jeden Fall sind wir verpflichtet, maximale Qualitäten an Forschung bezüglich Hochtechnologie mit aller Gewalt nach Österreich hereinzubringen, denn wir sind kein Entwicklungsland, das es sich leisten kann, sich auf reine Produktion zurückzuziehen, so wie das vor allem in Billigpreis- und Billiglohnländern gehandhabt wird. Wir haben das unserem Ingenieurstandard Entsprechende zu tun, und das ist eben der Einstieg in die Hochtechnologie.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Die Situation ist sehr ernst. Sie ist sicher nicht geeignet für eine Panik. Die Staatskrise ist nicht eingetreten, im Gegensatz zu Ihren Behauptungen, aber die Situation ist ernst, sodaß ich einen Appell an Sie richten möchte.

Jetzt geht es bei der Verstaatlichten ums Ganze. Sie haben gesagt, Sie nehmen die Verstaatlichte ernst. Jetzt geht es darum, daß niemand in Österreich versucht, politisches Kleingeld aus der Situation zu schlagen. Jetzt geht es darum, daß Sie mit Ihrer medialen Macht nicht darangehen, die Situation, das heißt die Betriebe, die kaufmännischen Betriebe, die produzierenden Betriebe der Verstaatlichten noch kräcker zu jammern, als sie sind. Jetzt geht es um Ihre staatspolitische Verantwortung (*Abg. Dr. Ettmayer: Das ist ein Wahnsinn!*), Herr Kollege und meine Damen und Herren von der ÖVP.

Wir stehen vor einem Neubeginn. So manche Abfertigung ist als gute Investition zu betrachten. Nützen wir die Chance des Neubeginns! Und ich lade Sie ein, auch Sie von der Österreichischen Volkspartei: Begleiten Sie bitte diesen Neubeginn einmal mit dem dazu unumgänglich notwendigen Optimismus! — Ich danke. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ*)^{16.56}

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Ettmayer für den Zuruf „Warum reden Sie dann so einen Blödsinn?“ einen Ordnungsruf. (*Abg. Dr. Schwimmer: Aber beantwortet hat er die Frage nicht! Der Abgeordnete Probst hätte ja Antwort geben können auf die Frage!*)

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Ruhaltänger.

^{16.56}

Abgeordneter Ruhaltänger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist für jeden von uns (*Abg. Bergmann: Jetzt wird es schwer!*) in der Situation, in der wir uns befinden, sicherlich nicht leicht, und wir haben es in den Betrieben sicherlich schwer, da gebe ich Ihnen ausnahmsweise einmal recht.

Ich glaube, es ist aber trotzdem niemand in diesem Hause, der nicht weiß, welche Folgen diese Situation und diese Ereignisse für uns alle, für die Beschäftigten, für die Arbeiter und Angestellten in unseren Betrieben haben. Und ich habe halt hier einmal bitte als Belegschaftsvertreter, als gewählter Betriebsrat und gewählter Funktionär der Gewerkschaft einfach die 70 000 Menschen im Auge, die sehr betroffen sind, wie hier heute bereits berichtet wurde. Aber auch die Angehörigen haben bereits gefragt, was los ist, und sie waren sehr besorgt.

Als heute vormittag diese Debatte begon-

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

10055

Ruhaltinger

nen hat, sind auf der Galerie 60 treue Pensionisten der VOEST, die das Werk, das Unternehmen in allen unseren Bereichen aufgebaut haben, auf Besuch hier gewesen. Sie sind von hier weggegangen mit einer sehr großen Sorge.

Und wenn ich heute eine Enttäuschung erleben mußte, dann ist es die größte, die ich von Herrn Dr. Schüssel erlitten habe in der Form, daß er sehr genau weiß, wie es bei den Kollektivvertragsverhandlungen zugeht, daß er sehr genau weiß, daß eure Vertreter uns gegenübersetzen, und daß er sehr genau weiß, daß wir halt für die gesamten Belegschaften von Metall, Bergbau, Energie verhandeln für ganz Österreich. Und ich werde mir sehr gut den Vorwurf merken, den ich als Ruhaltinger hier bekommen habe, wo du mir direkt den Vorwurf machst, mit schuld daran zu sein, so eine Lohnerhöhung abgeschlossen zu haben.

Der Ordnung halber darf ich noch einmal berichten, daß der Kollege Stocker vom ÖAAB im selben Verhandlungskomitee war und daß er im Namen des ÖAAB diesem Abschluß zugestimmt hat. Und ich glaube, man kann doch heute nicht ein einzelnes Mitglied eines Verhandlungskomitees oder einen Zentralbetriebsrat deswegen zum Rücktritt auffordern oder dem Betreffenden die Schuld zuweisen. (Abg. Bergmann: Warum nicht?) Ich weiß, was Sie meinen, ich komme gleich darauf zurück.

Eines, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Der Herr Dr. Taus hat heute bereits am Vormittag gesagt, auch der Ruhaltinger gehört auf die Anklagebank. Und jetzt muß ich hören: Der Ruhaltinger soll zurücktreten. Meine Damen und Herren! Ich gehe gerne auf die Anklagebank, aber meine Richter, das wird die VOEST-ALPINE-Belegschaft sein, und die hat mir mit 85 Prozent das Vertrauen ausgesprochen! (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Ich glaube daher, daß es nicht zumutbar ist, wenn Oppositionsredner hier herauskommen und von politischem Einfluß und all diesen Dingen sprechen. Darf ich Ihnen eines aus der Erfahrung im Betrieb sagen: Hätte sich Dr. Zich mehr um die Elektronik gekümmert als um seine Parteipolitik in diesem Betrieb, dann gäbe es dort das Desaster nicht. (Beifall bei der SPÖ. — Rufe bei der ÖVP: Oh!)

Bei all dem, was Herr Schüssel hier an Verlusten in diesen Bereichen aufgezählt hat,

können wir die ÖVP und ihre Vorstände nicht aus der Verantwortung entlassen. (Abg. Bergmann: Sie sollten doch gehen!) Letzten Endes hat auch der ÖVP-Vorstandsdirektor Czempirek jenes Desaster in all den Bereichen, die Schüssel aufgezählt hat, doch irgendwie als verantwortlicher Divisionär, der für das Ergebnis verantwortlich ist, verschuldet. Nur haben beide, bin ich der Meinung, dem Generaldirektor nie die volle Wahrheit gesagt. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Da applaudieren aber wenige!) Ich habe nicht auf den Applaus gewartet, sondern ich wollte Ihnen das nur sagen, weil Sie sowieso nicht verstehen, wovon wir hier reden. (Abg. Dr. Schwimmer: Ihre eigenen Genossen glauben es Ihnen ja gar nicht!)

Eines möchte ich doch den Abgeordneten Zittmayr und Neisser sagen: Sicherlich war ich heute etwas erregt, dafür habe ich auch einen Ordnungsruf bekommen. Aber man kann doch nicht immer wieder hier der VOEST-ALPINE-Belegschaft ihre erworbenen Rechte, die sie selbst erarbeitet hat, vor Augen halten und Vorwürfe machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum neiden denn die Österreichische Volkspartei und ihre Sprecher den Arbeitern und Angestellten in unseren Betrieben das bißchen an Sozialleistungen, das noch übriggeblieben ist? Das ist eine Schweinerei, die hier immer wieder zutage tritt! (Beifall bei der SPÖ.) Dafür werde ich Sie bei der Belegschaft verantwortlich machen. (Zwischenruf der Abg. Dr. Helga Rabil-Stadler.) Das gibt es absolut nicht. Wir werden uns trotz Ihrer Raunzerei und dauernden Beschimpfungen unserer Belegschaft diese erworbenen und erarbeiteten Rechte auch in Zukunft nicht nehmen lassen. Das möchte ich hier sehr deutlich sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

In Anbetracht dieser Ereignisse, die eingetreten sind, sind das sicherlich die schlechtesten Argumente, daß man das bißchen, was man der Belegschaft zu geben willig ist, dem gegenüberstellt, was die ÖVP-Vorstände in unserem Unternehmen in letzter Zeit vermasst haben. Das muß man einmal sehr deutlich sagen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Heinze: Skurrile Vorstellungen!)

Immer wieder kommt der Vorwurf, daß sich der Ruhaltinger damals gegen den Bundeskanzler durchgesetzt hätte. (Abg. Vetter: So war es!) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich und meine gesamte Belegschaft in den Betrieben der VOEST-ALPINE sind

10056

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Ruhaltinger

stolz darauf, daß wir einen sozialistischen Bundeskanzler haben, der noch ein Herz für die arbeitenden Menschen hat. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Johann Wolf:* Eine doppelte Spielwiese!)

Man kann doch nicht immer nur dem Bundeskanzler und dem Zentralbetriebsratsobmann Vorwürfe machen. Denn alle Beschlüsse — ich bin ja der Vertreter dieser Belegschaft; meine Damen und Herren, fragen Sie Ihre Kollegen im Betriebsrat — wurden einstimmig gefaßt, von allen Fraktionen. Ein Zentralbetriebsrat hat halt einmal die Aufgabe, Beschlüsse auch durchzuführen.

Warum wollen denn die Sprecher der Österreichischen Volkspartei immer wieder unseren Pendlern, die von Groß-Gerungs, von Freistadt oder von Rohrbach täglich bis zu hundert Kilometer zur Arbeit fahren müssen, die Pendlerbeihilfe streitig machen? Warum wollen denn die Sprecher der Österreichischen Volkspartei unseren Schichtarbeitern am Hochofen, in der Kokerei, im Stahlwerk, in der Gießerei, in der Schmiede und am Walzwerk einen Erholungsaufenthalt, den sie nach zehn Jahren einmal genießen wollen, auch immer wieder streitig machen? Ja warum neiden denn all diejenigen, die sich immer wieder dagegen aussprechen, unseren treuen Pensionisten — an der Zahl sind es bereits 22 000 in unseren Unternehmen —, den Menschen, die diese Werke und Unternehmen in der Zeit aufgebaut haben, als wir vollkommen am Sand waren, als alles in Trümmern lag, jetzt eine Durchschnittspension von 1 900 S im Monat? Warum wollen Sie denn diesen Pensionisten, die durch großen Verzicht damals alles getan haben, um diese Betriebe wieder in Schwung zu bringen, das wegnehmen? Das ist ein unschöner und sehr unfreundlicher Akt gegenüber den Arbeitern und Angestellten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich an die Adresse des Herrn Burgstaller auch noch etwas sagen. Seine Haßtiraden gegen die Sozialisten und gegen alles, was irgendwo rot ist, die er immer wieder hier aufführt, lassen halt leider auch jede sachliche Argumentation außer Acht.

Ich möchte hier einmal ganz deutlich eines klarstellen: Kollege Burgstaller wäre heute kein Betriebsratsobmann in einem Betrieb unseres Unternehmens, wäre die damalige Fusion nicht zustande gekommen. Hätten diese Betriebe die Hilfe vom Bundeskanzler und von der VOEST nicht bekommen, so wür-

den sie heute alle nicht mehr existieren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Dem Kollegen Burgstaller sei einmal sehr deutlich gesagt, daß er sicherlich wegen seiner Bedeutungslosigkeit in unseren Unternehmen — er vertritt immerhin ... (*Zwischenruf des Abg. Heininger.*) Er ist von 70 000 Menschen nur von 270 Belegschaftsmitgliedern der Betriebsratsobmann. Wenn ich gesagt habe „die Bedeutungslosigkeit des Herrn Burgstaller“, dann ist er für mich bedeutungslos, weil ihn seine Fraktion nicht einmal in den Zentralbetriebsrat entsendet hat. (*Abg. Heininger:* Es gibt Leute, für die noch andere Aufgaben wichtig sind!)

Ich glaube, daß der Herr Burgstaller, seines Zeichens Werksangehöriger der VOEST-ALPINE, diesem Unternehmen durch seine Art des Auftrittes immer mehr geschadet hat. Ich kann mich noch daran erinnern, als er hier im Parlament die Staberlgeschichte aufgeführt hat. Das hat uns damals einen beträchtlichen Schaden im Unternehmen eingebracht — das ist natürlich eine traurige Geschichte — durch einen Werksangehörigen, der permanent sein eigenes Nest beschmutzt. Und da ist der Burgstaller ein Meister seines Werkes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ... (*Abg. Dr. Taus:* Über den Kollegen Ruhaltinger haben wir nie so geredet! Das ist Ihr Kollege!) Er ist nicht in dem Sinn mein Kollege, daß er, obwohl er weiß, welche Schwierigkeiten es im Betrieb gibt, dem Unternehmen schadet. Ich versteh'e nicht, warum man jetzt plötzlich beleidigt und empfindlich ist. (*Abg. Dr. Taus:* Wir sind nicht empfindlich!) Wenn wir Sozialisten uns vom Kollegen Burgstaller ständig und permanent beleidigen lassen müssen, dann, glaube ich, brauchen auch Sie nicht so empfindlich zu sein (*Abg. Dr. Taus:* Wir sind nicht empfindlich!), wenn wir auch einmal zurücksschießen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Graf:* Ich habe schon viel gehört, aber das ist toll!) Ja Sie sind schon ein alter Herr, daher haben Sie schon viel gehört. (*Beifall bei der SPÖ und allgemeine Heiterkeit.* — *Abg. Graf:* Aber natürlich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines möchte ich heute doch auch als Belegschaftsvertreter hier sagen: daß mir persönlich die ganze Sache sicherlich sehr nahegeht, weil ich genau weiß, was es bedeutet, daß wir als Zentralbetriebsrat, daß wir Betriebsräte mit der Problematik, die jetzt vor uns liegt, auch im Interesse der Belegschaft fertig wer-

Ruhaltinger

den müssen. Wir werden mit allen positiven Kräften — auch von Ihrer Seite — die Probleme sicherlich bewältigen. Aber wir sehen immer deutlicher, wo die Freunde und wo die Gegner der Verstaatlichten sind.

Sie haben ja schon die letzte Hilfe, die wir gebraucht haben, abgelehnt — und wenn die sozialistische Fraktion damals auch so gehandelt hätte, dann hätten wir heute eine andere Situation, die aber sicherlich zu Lasten der arbeitenden Menschen in diesen Betrieben gegangen wäre. Da sehen wir wiederum, wer sich zu den Arbeitern und Angestellten in diesen Betrieben bekennt.

Meine Damen und Herren! Herr Dr. Taus! Auch der Ausdruck „Minderheitspartner“ ist für mich ein neuer Ausdruck. (Abg. Dr. Taus: Auch ältere Leute lernen noch, Herr Kollege Ruhaltinger!) Herr Dr. Taus! Ich wollte nur daran erinnern, daß das für uns in den verstaatlichten Betrieben, die wir die politischen Verhältnisse, die in diesen Betrieben herrschen, genau kennen, sicherlich etwas Neues ist. Wir als Betriebsräte wissen sehr genau, wie die Zusammensetzung der Vorstände und der Aufsichtsräte ist. Daher kann man einfach nicht sagen: Wir haben das nicht gewußt! oder: Wir können uns jetzt der Verantwortung gegenüber den Betrieben entziehen und geben die ganze Schuld einem Minister oder einer Regierung! (Abg. Dr. König: Haben Sie es gewußt als Aufsichtsrat?) Ich habe das gewußt, was der Vorstand insgesamt, egal von welcher politischen Partei er entsandt wurde, im Aufsichtsrat berichtet hat. Wenn diese Berichte nicht dem entsprochen haben, was dann in letzter Konsequenz herausgekommen ist, haben aber die Vorstände, die in den Unternehmen sind, sehr deutlich gewußt, was läuft oder wie es läuft. Etwas anderes kann mir doch niemand weismachen.

Daher soll man heute nicht so tun, als ob das alles nur einseitig wäre und als ob die Österreichische Volkspartei mit ihren Vorständen da neben den Schuhen gestanden wäre. Oder ist es wirklich so, daß niemand berichtspflichtig ist? Ich weiß doch auf der anderen Seite, daß die Vorstände der Österreichischen Volkspartei sehr wohl die Funktionäre des ÖAAB von allen Maßnahmen informieren, die in diesen Betrieben getroffen werden. Daher glaube ich, daß wir in dieser Frage nicht so tun dürfen, als ob das anders wäre.

Und wenn jetzt die Notwendigkeit besteht, daß die zuständigen Organe wieder einen neuen Vorstand bestellen müssen, dann darf

ich namens des Betriebsrates doch sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß hier jetzt eine Entscheidung kommen muß, daß Leute berufen werden, die weder regionalpolitisch noch sonstwie abhängig sind. Wir werden als Betriebsrat sicherlich alles tun, um dabei mitzuarbeiten, um aus den Problemen herauszukommen, wir werden uns bemühen ... (Abg. Dr. F r i z b e r g: Seit 15 Jahren haben Sie abgewirtschaftet!) Da waren Sie noch gar nicht auf der Welt, als wir zu wirtschaften begonnen haben, so kann man diese Dinge nicht sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Eines steht für mich fest: Keiner von uns, der hier im Hause ist, darf sich mit der Existenz der 70 000 Beschäftigten in unseren Betrieben spielen! Wir müssen schauen, daß wir aus diesen Dingen herauskommen, denn der Arbeitsplatz jedes einzelnen ist uns eben sehr viel wert. Wir müssen neu beginnen, wo es notwendig ist — aber eines werden wir als Betriebsräte sicherlich nicht zulassen: daß das, was die Vorstände in den letzten Jahren vermasselt haben, in Zukunft nur auf dem Rücken der Belegschaft ausgetragen wird. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 17.15

Präsident Mag. Minkowitsch: Für den Aufruf „Das ist eine Schweinerei!“ durch den Abgeordneten Ruhaltinger erteile ich ihm den Ordnungsruf.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Gugerbauer. Ich erteile es.

17.15

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! In der Aufarbeitung der politischen Seite der Frage, wie es zu einem Verlust von 5,7 Milliarden Schilling kommen konnte, möchte ich zwei wesentliche Bereiche herausgreifen: den Bereich der VOEST-ALPINE Intertrading, in welcher es im Jahre 1985 zu einem prognostizierten Verlust von 2 Milliarden Schilling kommen wird, und den Bereich des AMI-Werkes, das ebenfalls einen Verlust aufweisen wird, und zwar einen Verlust in der Größenordnung von etwa 320 Millionen Schilling.

Ich glaube, daß sich, gerade was diesen letzten Bereich der VOEST-ALPINE anlangt, gezeigt hat, daß es mit der Zauberformel „High-Tech“ allein nicht getan ist. Problematische Akquisitionen auch und gerade im Bereich der öffentlichen Wirtschaft gewinnen durch die Bezeichnung „High-Tech“ einen oft verführerischen Beigeschmack.

10058

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Gugerbauer

Es ist sogar so, daß in manchen Regionen die Technologieparks und Gründungszentren an die Stelle der unseligen Hallenbäder älteren Angedenkens getreten sind. Man erwartet sich von derartigen neuen Entwicklungen einfach Wunder, die — realistisch betrachtet — nicht eintreten können.

Es gilt, Nägel mit Köpfen zu machen, es gilt, einen großen Konzern wie die VOEST mit Vorsicht und Bedacht weiterzuentwickeln. Es gibt dafür, glaube ich, auch international gesehen durchaus positive Beispiele. Beispiele wie etwa den Mannesmann-Konzern in der Bundesrepublik Deutschland. Es läßt sich dieser Konzern sicherlich zum Vergleich heranziehen, obwohl er privatwirtschaftlich geführt ist. Von diesem Betrieb des Montan-Bereiches wurde zunächst 1968 eine mittelständische Hydraulikfirma übernommen, und diese Firma hat heute bereits einen Umsatz von etwa 1,5 Milliarden DM.

Im Jahre 1970 hat „Mannesmann“ seine Walzstahlproduktionen an „Thyssen“ abgegeben und hat dafür eine Finalproduktion durch die Firma „Demag“ übernommen.

Zuletzt wurde 1980 noch die Firma „Kienzle Apparate“, ein Betrieb aus dem Bereich der Datenverarbeitung, angekauft. Es hat sich damit der seinerzeit allein im Montanbereich verankerte Betrieb weiterentwickelt, diversifiziert. Es wurde vorgezeigt, wie man in einem derart sensiblen Bereich durchaus zusätzliche Standbeine bekommen kann, ohne daß es schiefgeht.

In Österreich hat, glaube ich, die sehr einprägsame Formel AMI dazu geführt, daß vom Management der VOEST-ALPINE manche Erklärungen über den erwarteten betriebswirtschaftlichen Erfolg einfach zurückgesteckt worden sind.

Hohes Haus! Halten wir daher fest, daß im Bestreben, für die verstaatlichte Industrie neue Märkte zu erschließen, es auch künftig nicht genügen wird, einfach in vermutete Hochtechnologien zu investieren. Wir brauchen ein überzeugendes, wir brauchen vor allen Dingen ein betriebswirtschaftlich fundiertes Konzept.

Nun ist im Laufe der Debatte die Frage aufgetaucht, ob die Verluste zum Großteil oder auch nur zu einem geringeren Teil dadurch verursacht worden wären, daß von verschiedenen Seiten in die verstaatlichte Industrie hineinregiert wird. Es hat dazu ja auch Bundesminister Lacina eine ganz ehrliche, eine

ganz offene Antwort gegeben, die ich hier noch einmal zitieren möchte. Er sagte: „Es ist sicher richtig, daß durch die Vorgangsweise der politischen Postenbesetzung, parteipolitischer Eingriffe in der Vergangenheit, Fehler gemacht worden sind, und zwar von allen Seiten.“ — Zitatende. Mit dieser Vorgangsweise hat er die parteipolitische Ausrichtung verschiedener Organe der verstaatlichten Industrie gemeint.

Dieses Eingeständnis bedeutet, daß in der Vergangenheit zumindest die Parteipolitik zu starken Einfluß auf personelle Besetzungen im Bereich der verstaatlichten Industrie hatte. Das bedeutet, daß diese Fehler aufgearbeitet werden müssen.

Alexander Kluges vieldiskutierter Modelfilm „Der Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“ müßte im Titel leicht umgewandelt werden, so nach dem Motto „Der Angriff der übrigen Zeit auf die Gegenwart“, dann hätte man eine Erklärung für die gegenwärtige Situation der verstaatlichten Industrie. Denn die Fehler der Vergangenheit, und es sind bedeutende Fehler gemacht worden, rächen sich heute.

Aber es ist, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, keinesfalls ein Problem der Bundesregierung allein oder gar ein Problem der Sozialistischen Partei Österreichs. Abgeordneter Dr. Taus hat gemeint, die „Minderheitsaktionäre“ hätten ja keine Gelegenheit gehabt, an den wesentlichen Entscheidungen mitzuwirken und diese Entscheidungen in eine für die Betriebe günstigere Richtung zu lenken. Ich glaube, daß diese Aussage von den „Minderheitsaktionären“ nicht nur im Hinblick auf das Aktiengesetz völlig unzulässig ist, sondern daß hier mit Nachdruck festgehalten werden muß, daß diese sogenannten „Minderheitsaktionäre“, das heißt die Vorstandsmitglieder, die Aufsichtsratsmitglieder, die von der Österreichischen Volkspartei in diese Organe entsandt worden sind, ja jeweils mit der Mehrheit mitgestimmt haben. Es ist ja nicht wahr, daß diese „Minderheitsaktionäre“ der ÖVP von irgendwelchen „Mehrheitsaktionären“ überstimmt worden wären, sondern es hat jeweils einstimmige Entscheidungen gegeben, auch in der VOEST, auch in der VOEST-ALPINE, wo die Österreichische Volkspartei sogar eine Mehrheit von Vorstandsmitgliedern aufweisen kann.

Ich verweise auf einen weiteren Umstand, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Natürlich

Dr. Gugerbauer

ist in die VOEST-ALPINE hineinregiert worden; hineinregiert aber in erster Linie von Landespolitikern. Es ist doch kein Geheimnis, daß sich Landeshauptmann Krainer von der Steiermark — von der ÖVP, muß man hinzufügen — für eine Beschäftigungsgarantie in der Obersteiermark stark gemacht hat. Es ist doch weiters kein Geheimnis, daß sich Landeshauptmann Ludwig von Niederösterreich für den Betrieb in Ternitz immer wieder stark gemacht hat.

Es kann doch von der ÖVP nicht ehrlicherweise der Vorwurf an die Regierungsmehrheit erhoben werden, es wäre in die Verstaatlichte hineinregiert worden, wenn tatsächlich immer wieder von den ÖVP-Landeshauptleuten der Versuch unternommen worden ist, in die Verstaatlichte hineinzuregieren.

Das gilt auch für ein Projekt, das in der heutigen Debatte schon einige Male angeschnitten worden ist, das Projekt des Zellstoffwerkes in Pöls. Ja wie sieht es denn dort mit der Mitverantwortung der Österreichischen Volkspartei aus, ich meine konkret mit der Mitverantwortung auf Landesebene? Hier muß man Sie wieder darauf stoßen, daß die Landesregierung der Steiermark sich an dem Projekt in Pöls sogar direkt beteiligt hat. Auch in diesem Fall wäre also die Verantwortung zu teilen, die Verantwortung durchaus auch in der Landespolitik zu suchen.

Es ist eine sehr unbillige Methode, Kollege Dr. Schüssel, das möchte ich auch festhalten, wenn Sie den Betriebsrat der VOEST-ALPINE kritisiert haben, weil er für die Rechte der Belegschaft eingetreten ist. Ich gebe zu, daß wir vielleicht manchmal einer Meinung sind, was die betriebswirtschaftliche Verantwortbarkeit von manchen Zusatzleistungen für die Belegschaft betrifft. Aber es ist doch das selbstverständliche Recht und, ich glaube, sogar die selbstverständliche Pflicht eines Betriebsrates, für seine Belegschaft so viel wie möglich herauszuholen. Der Fehler ist also nicht beim Betriebsrat zu suchen, wenn manche Leistungen zu stark übersteuert worden sein sollten, sondern der Fehler liegt dann ganz eindeutig beim Management, dann haben die verantwortlichen Vorstandsdirektoren eben zu spät die Konsequenzen gezogen.

Wenn Leistungen betriebswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen gewesen wären, dann hätten eben diese Vorstandsdirektoren darauf aufmerksam machen müssen und, wenn sie sich nicht durchgesetzt hätten, personelle

Konsequenzen ziehen müssen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Das hat der ganze Vorstand nicht gemacht, und das haben natürlich insbesondere auch die von der Österreichischen Volkspartei in den Vorstand delegierten Direktoren nicht so gehalten.

Ich darf daher für die Freiheitliche Partei hier mit allem Nachdruck festhalten, daß wir die personellen Konsequenzen, die in der VOEST-ALPINE gezogen worden sind, begrüßen. Und das ist ein deutlicher Unterschied zur Haltung der Österreichischen Volkspartei. Ich meine hier gar nicht den etwas skurrilen Vergleich, den Abgeordneter Kohlmaier heute vormittag zwischen dem persönlichen Schicksal des DDr. Nenning und dem Schicksal des Generaldirektors Apfalter gezogen hat. Ich meine das, was Sie, Herr Kollege Dr. Taus, heute wörtlich ausgeführt haben. Sie haben vorwurfsvoll in Richtung der Regierungsbank gemeint: „Jetzt hauen Sie“ — ich zitiere Sie wörtlich — „den Vorstand hinaus. Ich sage das. Alle neune auf einmal an einem Tag.“

Das heißt, Sie haben im Zuge Ihrer Ausführungen kritisiert, daß der Vorstand in dieser Form zurücktritt oder zum Rücktritt gezwungen wird. Da muß ich Sie aber fragen, Herr Dr. Taus, ob Sie den Text der dringlichen Anfrage gelesen haben. Denn in diesem Text der dringlichen Anfrage liest es sich ganz anders. Es heißt nämlich — ich zitiere es Ihnen —:

„Während der VOEST-Vorstand von sich aus die Konsequenzen gezogen hat, blieb dies auf politischer Ebene bis jetzt aus.“

Das heißt, hier wird die Haltung des VOEST-Vorstandes, daß er Konsequenzen gezogen hat, als Vorbild hingestellt, und es wird kritisiert, daß diese Konsequenzen nicht auch im Bereich der Politik, das heißt im Bereich der Bundesregierung nachvollzogen worden sind.

Da gibt es also einen deutlichen Bruch in der Argumentation der Österreichischen Volkspartei, und auch das stärkt natürlich nicht eben Ihre Glaubwürdigkeit.

Es muß, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir halten das nochmals fest, gerade auch im Bereich der öffentlichen Wirtschaft persönliche Verantwortung geben. Das gilt nicht nur für den VOEST-ALPINE-Konzern allgemein, sondern das gilt, Herr Bundesminister, nach unserer Auffassung auch für die VOEST-ALPINE Intertrading.

10060

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Dr. Gugerbauer

Herr Bundesminister Lacina! Sie haben am Vormittag ausgeführt, daß die Verluste der VOEST-ALPINE Intertrading auf Rohölspkulationen zurückzuführen sind. Also auf Spekulationsgeschäfte ist ein Verlust im Ausmaß von immerhin 2 Milliarden Steuerschilling zurückzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sicher kein Jakobiner und ich lege nicht Wert darauf, auf alle Fälle Köpfe rollen zu sehen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, Herr Bundesminister, daß bei der Intertrading ein durch Spekulationsgeschäfte herbeigeführter Verlust von 2 Milliarden Schilling ohne personelle Konsequenzen bleibt. Sie werden, Herr Bundesminister, wohl auch den Geschäftsführern der Intertrading in den Mantel helfen müssen.

Sie haben rasch reagiert, was die Besetzung des Vorstandsvorsitzenden der VOEST-ALPINE betrifft. Sie haben die Entscheidung bekanntgegeben. Der neue Chef der VOEST-ALPINE wird Dr. Kirchweger sein, bisher Vorstandsvorsitzender bei der Chemie Linz AG. Dieser neue Vorstandsvorsitzende der VOEST-ALPINE hat ein Recht darauf, daß er einen Vertrauensvorschuß von uns allen erhält. Wir wünschen Ihnen, Herr Bundesminister, daß es tatsächlich die richtige Wahl gewesen ist.

Bei allen Maßnahmen, die jetzt und in den kommenden Wochen gesetzt werden, bei all diesen Maßnahmen — damit darf ich schließen — muß man sich immer vor Augen halten, daß es um die Arbeitsplätze, daß es um das Wohl von 70 000 Beschäftigten und um das Wohl der damit verbundenen Familien geht. Eine verantwortungsvolle Aufgabe kommt auf die Bundesregierung noch zu. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) ^{17.29}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rechberger. Ich erteile es ihm.

^{17.29}

Abgeordneter Rechberger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einer Einleitung beginnen, die mir der Herr Abgeordnete Schüssel, der den Angriff auf die Betriebsratsobmänner und die frei gewählten Betriebsräte gestartet hat, leicht macht.

Ich möchte nur erwähnen — ich habe mir das herausgeschrieben beziehungsweise herausgesucht —: Der Mitgliedsbeitrag der ÖIAG-Gruppe beziehungsweise der verstaat-

lichten Industrie an die Bundeswirtschaftskammer betrug 1984 immerhin 155 Millionen Schilling. Ich möchte hier den Vergleich anstellen, wenn man leichtfertig die Dinge auf andere projiziert, wie es bei dieser Sache ausschaut. Das ist sicherlich notwendig, denn man soll die Dinge auch von dieser Seite her beleuchten.

Es ist ja müßig, den Kollegen Burgstaller zu kritisieren, er lernt ja meiner Meinung nach nichts dazu. Die Situation ist immerhin so, daß er Behauptungen aufstellt, die er durch nichts beweisen kann.

Ich kenne auch andere politische Gruppen, die wir im Betrieb seinerzeit einmal hatten, also die der „Gewerkschaftlichen Einheit“, die davon gelebt haben, daß sie unwahre Behauptungen aufgestellt haben und geglaubt haben, es werde darüber diskutiert. Ich weise aber schärfstens den Vorwurf zurück, daß man hier von diesem Pult aus von betrieblichen Terrormaßnahmen spricht und diese Behauptung auch noch aufrecht hält. Das ist meiner Meinung nach eine Herausforderung, und ich weise das schärfstens zurück. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich möchte nochmals betonen, daß ich im Namen der sozialistischen Fraktion der Auffassung bin, daß das rasche Handeln der Regierung bei Bekanntwerden der Situation bei der VOEST-ALPINE absolut notwendig war und damit auch die Begründung geliefert ist, daß es in dieser Situation in solchen Bereichen einfach die Information auch von Aufsichtsräten und darüber hinaus der Organe geben muß. Daß es zum Gesamtrücktritt des Vorstandes gekommen ist, hatte schon die Antwort in sich, daß die Vorstände beider Fraktionen, also auch die der ÖVP, mit eingebunden sind.

Herr Kollege Fauland hat ja heute schon erwähnt, daß eigentlich die politische Zusammensetzung im VOEST-ALPINE-Vorstand unserer Meinung nach aus fünf ÖVP- und vier SPÖ-Mitgliedern besteht, vor allem dann, wenn man schon die Parteirichtung und eine Schuldzuteilung an die sozialistischen Vorstandsdirektoren oder an die Vertreter der sozialistischen Seite in diesem Hause hier von diesem Pult aus versucht.

Ich möchte aber auch auf eines hinweisen und sehr deutlich sagen: Ich glaube, es muß unser gemeinsames Bemühen von jetzt an sein, daß wir den größeren Schaden, der in der Öffentlichkeit entstanden ist, die einfach ihr Vertrauen nicht mehr in demselben Aus-

Rechberger

maß wie bisher in die VOEST-ALPINE zu setzen scheint, gut machen und daß wir nicht auch noch die Kunden verschrecken und damit etwas bewirken, was das Unternehmen in noch größere Schwierigkeiten bringt.

Ich kann ein leidvolles Lied davon singen — am Freitag werden wir auch Gelegenheit haben, die VEW-Konzeption und die Erfolge der VEW 2 000 von dieser Stelle aus auch interpretieren zu können —, wie sich diese öffentlichen Aussagen, die einfach so getätigten werden, wie zum Beispiel: Die verstaatlichte Industrie ist nicht lebensfähig!, auf die Bestellungen, auf die Kunden ausgewirkt haben, zu welchen Problemen sie geführt haben. Es wird also, wie ich schon angekündigt habe, Ende dieser Woche über die Mittelzuführung an die VOEST-ALPINE entschieden, wodurch die finanzielle Situation durch den Eigentümer wieder in Ordnung gebracht wird.

Zum Abschluß möchte ich aber eines sehr deutlich erwähnen und vorausschicken: Wir werfen das keinesfalls der Landwirtschaft vor. Ich habe in den letzten Wochen an vielen Besprechungen und Versammlungen teilgenommen und habe immer wieder durchgehört, wie sehr im Bereich der Landwirtschaft und der bäuerlichen Bevölkerung über die verstaatlichte Industrie herabsetzende Äußerungen gemacht werden. Ich möchte mir hier nun erlauben, zu sagen: Es geht nicht gegen die Landwirtschaft und gegen die Bauern, aber es soll einmal festgestellt werden, daß im Jahre 1986 die Zuschüsse aus dem Bundesbudget für die Landwirtschaft 13 Milliarden Schilling ausmachen werden, die Zuschüsse für die Pensionsversicherung der Bauern noch zusätzlich 8,8 Milliarden Schilling. Das heißt also, wir kommen in die Größenordnung von einem jährlichen Zuschuß im Jahre 1986 von runden 22 Milliarden Schilling.

Wie gesagt, die Bauern brauchen das und sie werden das auch bekommen. Aber ich meine, man sollte hier gerechterweise mit gerechten Maßstäben messen. Ich sage sehr deutlich, daß wir es der Landwirtschaft nicht neidig sind, aber die verstaatlichte Industrie soll nicht immer so dargestellt werden, als ob nur hier die Schlechten sitzen würden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Eines darf jetzt nicht passieren, nämlich daß diese Problematik im Bereich der VOEST-ALPINE zum Schluß auf dem Rücken der Arbeitnehmerschaft ausgetragen wird. Ich meine, sie verdient es nicht, herabgesetzt zu werden. Sie bringt durch ihre täglichen Leistungen, durch hohe Produktivität auch

ihre Anteile ein und übt in vielen Bereichen Verzichte, die auch zur Sanierung beitragen. Wir sollten uns daher gemeinsam bemühen, in dieser schwierigen Situation die Motivation der Beschäftigten und all derer, die im Bereich der Verstaatlichten tätig sind, gemeinsam vorzunehmen, um für die Zukunft eine Verbesserung der Situation sicherzustellen. Dazu gehört sicherlich auch, daß man sich darauf konzentriert und sich kurzfristig über eine erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer unterhält und damit über die für beide Teile erfolgreiche Vorgangsweise.

Zum Abschluß bringe ich noch folgenden Entschließungsantrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rechberger, Probst, Ruhaltiner, Dr. Gugerbauer und Genossen betreffend Prüfungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Geschäftsführung der VOEST-ALPINE AG.

Die Bundesregierung wird ersucht, der ÖIAG aufzutragen, alle notwendigen und den betreffenden Gesellschaften sowie den Eigentümerinteressen dienenden Prüfungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Geschäftsführung der VOEST-ALPINE AG durchzuführen. Weiters wird die Bundesregierung ersucht, über die Prüfungsergebnisse zu berichten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{17.36}

Präsident Mag. Minkowitsch: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Rechberger und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Robert Graf. Ich erteile es ihm.

^{17.36}

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zuerst zu Ihrem Antrag. Meine Partei wird Ihrem Antrag zustimmen, wir halten ihn für unzulänglich, und ich lade Sie jetzt schon ein — ich glaube, morgen wird darüber abgestimmt —, unserem Antrag auch Ihre Zustimmung zu geben. Wir knüpfen das nicht daran, das ist nicht unsere Art, Sie würden sich nicht abbrechen, wenn Sie unserem Antrag auch Ihre Zustimmung erteilen. Das zur Sache. (*Beifall bei der ÖVP.*)

10062

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Graf

Nun, wenn Sie mir erlauben, Hohes Haus, ein paar sehr persönliche Bemerkungen, vielleicht teilen einige von Ihnen meine Empfindungen, die ich kurz sagen möchte. Aber zuerst zu Ihnen, Herr Minister Lacina.

Dr. Taus und ich haben seit vielen Jahren die Ehre und das Vergnügen, Sie zum Verhandlungspartner zu haben. Ich attestiere Ihnen ein ausgezeichnetes Klima, und Sie haben sich stets wie ein Ehrenmann benommen. Ich glaube, das haben Taus und ich auch getan. Ich hoffe, daß die Zitierung eines Vieraugengespräches heute ein Lapsus war und Ihre Erregung, die ich — zwar aus anderen Gründen — teile, diesem zuzuschreiben ist. Denn eines muß ich Ihnen sagen: Was verbindet denn Politiker, die anderen Fraktionen angehören, außer gegenseitiges Vertrauen und Miteinander-reden-können noch? Und ein Vieraugengespräch ist, wenn Sie wollen, eine verbale Liaison. Alt — wie Ruhaltinger sagt —, wie ich bin, redet man über Liaisons nicht, ich würde das auch Ihnen empfehlen. Das ist das eine. (Beifall bei der ÖVP)

Und das zweite: Seit 1966, als ich in dieses Haus kommen durfte, hatte ich bereits zweimal in meinem politischen Leben Angst: Als die Sowjetunion und ihre Paktstaaten in die Tschechoslowakei einmarschierten, hatte ich Angst. Ich war sicher nicht allein, ich sage es heute retrospektiv. Und ich habe seit gestern Angst aus wirtschaftspolitischen Gründen, und zeihen Sie mich nicht der Schwarzmalerei, denn in Wirklichkeit wissen wir alle seit vorgestern oder seit gestern, aber seit heute ganz bestimmt: Wir befinden uns in einer Art finanziellem, geldlich-politischem Notstand.

Meine Damen und Herren! Es gab unterschiedliche Reaktionen, die mich glauben lassen, daß die Regierung das auch begriffen hat. Ich erlaube mir die Bemerkung — ich kenne meinen Landsmann Sinowatz —: Wer seinen heutigen Bericht gehört hat, mußte bemerken, daß, als er ihn gab, er es noch so wie wir sah. Vielleicht erfängt er sich schnell. Als Bundeskanzler muß man verschiedene Dinge wegdrücken. Ich weiß nur nicht, wie lange es geht.

Wir sollten uns drei Dinge nicht vormachen: Das Budget, das Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, in eineinhalb Wochen beschließen werden, ist aufgrund der heutigen Ereignisse nicht mehr wahr. Das ist das eine. Mein Freund Taus sagte bereits, daß sich der Finanzbedarf bei gleichbleibenden Umständen, wenn nicht noch etwas passiert,

für die ÖIAG als Gesamtheit zwischen 16 und 20 Milliarden bewegen wird.

Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß das Budget nicht nur nicht mehr wahr ist, sondern vor katastrophalen Ereignissen steht. Ich schäme mich nicht zu sagen, ich habe finanzpolitische Angst vor der Lösung dieses Problems. Ich gebe das zu. Und ich bin belastet durch den Ablauf der Debatte, vor allem durch die Träger der Debatte seitens der Regierungspartei.

Ich werde auch noch auf die Ausführungen des Herrn Ruhaltinger zurückkommen, aber ich möchte mich um ein hohes Maß der Sachlichkeit bemühen. Wenn man belastet ist, hat Unsachlichkeit keinen Platz. Ich möchte das auch sagen. Ich möchte nur einige Dinge in der mir verbleibenden Zeit anschneiden.

Wenn der Herr Bundeskanzler gestern als Replik in seinem Gespräch auf Mocks Hinweis, es gab politischen Einfluß, sagte, es gab ihn nicht, dann lassen Sie mich zwei Dinge in Erinnerung bringen. Zwei klassische Fälle.

Ich bin nicht der Verteidiger der Manager der Intertrade oder der VOEST, aber die Verluste der Intertrade haben sich zum Teil durch die segensreichen Auftragsbeschaffungen diverser österreichischer Regierungsdelegationen im Ostblock entwickelt, die dann großartige Geschäfte abgewickelt haben, die zum Teil in 100 000 rumänischen Anzügen manifest wurden, die der Herr Vorstand Apfalter jetzt noch seinem Nachfolger überläßt. Die sagenhaften Erfolge des jetzigen Herrn Präsidenten des Aufsichtsrates Stariabacher: Pipelines für Kohlen aus Polen und ähnliche Späße und die letzten Reisen des Herrn Vizekanzlers hängen sich hier würdig an.

Wenn es zu Geschäften kommt, wo Vertreter der VOEST als Kometenschweif mit den Regierungsmitgliedern mit waren, dann, muß ich sagen, hat das die Aufblähung der Intertrade ausgelöst. Hier trägt die Regierung, und das ist ein politischer Eingriff, die Schuld. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens: Am Beginn der Amtszeit des Herrn Bundeskanzlers Dr. Sinowatz ereignete sich folgendes, und ich bitte, sich daran zu erinnern: Der sozialistische Zentralbetriebsrat Ruhaltinger hat mit Apfalter soziale Benefizien für seine Belegschaft im Wert von 200 Millionen ausgehandelt. Der Zentralbetriebsrat und der Vorstandsvorsitzende einigten sich. Die richtige Ebene. Herr Ruhaltinger

Graf

machte auf der Hinterhand kehrt, bewegte sich an den Herrn Bundeskanzler heran, und die Einigung wurde verdoppelt. Es waren 400 Millionen. Erinnern Sie sich, meine Damen und Herren, was Apfalter damals sagte? — Er hielt es für schrecklich. Ich halte es heute auch noch für schrecklich, und das war ein politischer Eingriff! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte versuchen, Ihnen etwas mit einem hohen Maß an Seriosität zu sagen. Ich bin ein alter Sozialpartner, ich bin ein Anhänger der Zusammenarbeit. Ich habe mich nie davor gescheut, das zu sagen. Ich habe auch nie Anstand daran gefunden, zu sagen, daß die Gewerkschaften und die Betriebsräte Ungeheures geleistet haben. Wenn wir keine italienischen Verhältnisse haben im Zusammenhang mit Streiks, dann ist das zu 50 Prozent das Verdienst der Gewerkschaften und der Betriebsräte. Das sage ich auch jetzt.

Herr Abgeordneter Ruhaltinger! An Ihrer Haltung, an Ihrer Einstellung habe ich heute gesehen, daß Ihnen gar nichts zu Herzen geht und daß Sie nicht nur nichts gelernt haben, sondern daß Sie mit großer Überheblichkeit einige Dinge tun, die ich Ihnen übelnehme. Ich zähle sie auf. Es ist Ihnen Wurscht, ich weiß, aber ich sage es Ihnen trotzdem.

Ich weiß, meine Damen und Herren, daß es die Pflicht eines Betriebsrates ist, ein Optimum für seine Belegschaft herauszuverhandeln. Die gleich große Pflicht, Herr Ruhaltinger, ist, soviel herauszuverhandeln, daß es der Betrieb, der es zahlt, überleben kann. Das haben Sie hie und da vergessen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dann möchte ich Ihnen noch etwas sagen. Ich habe immer bewundert, zum Teil mit Neid, zum Teil mit knirschenden Zähnen, daß Gewerkschafter verschiedener Farben, schwarze, rote — mit blauen habe ich keine Erfahrung, aber das liegt mehr an mir (*Zwischenruf: Gibt es ja nicht!*) —, wie immer dem sei, über alle Fraktionen hinweg nach außen hin zusammengehalten haben.

Was immer Sie von Ihrem Kollegen Burgstaller denken, hat mit dem Hohen Haus nichts zu tun. Aber ich sage Ihnen etwas: Sie haben sich heute Ihrem Kollegen Burgstaller gegenüber schändlich benommen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn ob Herr Burgstaller 200 Leute vertritt oder Sie für 70 000 reden, ist von der Bedeutung der gewerkschaftlichen Aufgaben her — das sagt Ihnen ein Nichtgewerkschaf-

ter — völlig unerheblich. Sie sollten Teile Ihrer Hybris ablegen.

Wenn Sie meinem Kollegen Frizberg, weil er sich erlaubte, eine Meinung zu äußern, die mit Ihrem Majestätsgefühl als Betriebskaiser nicht in Einklang zu bringen ist, in echtem parlamentarischem Benehmen zuriefen: Da warst du noch nicht auf der Welt!, dann möchte ich Ihnen etwas sagen: Ich kenne Leute, die Geschichte studieren und über Napoleon dissertieren. Sie haben ihn nicht gekannt und reden trotzdem darüber. Das sollten Sie sich hinter Ihre Ohren schreiben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Precht: Das ist der Napoleon mit den drei oder vier Sternen!*)

Herr Kollege Ruhaltinger! Ich wünsche, das Recht zu haben, meinen Kollegen zu verteidigen. Ich habe Ihnen als Gewerkschafter meinen Respekt nicht versagt. Aber was Sie mit Ihrem Kollegen aufgeführt haben, war schändlich.

Lassen Sie mich jetzt noch etwas sagen: Bei aller Bewunderung der Gewerkschaft werden Sie doch im Interesse des Betriebes, dessen Interessen Sie sagen vertreten zu wollen, ich glaube Ihnen das sogar, eines lernen müssen: Jeder Vorstand wird scheitern, wer immer es sein wird, wenn Sie eines außer acht lassen: Politische Eingriffe nur, soweit es der Betrieb aushält.

Seit heute sind Sie für mich — und ich sage Ihnen das — ein selbstgewähltes Denkmal Ihrer eigenen Unentbehrlichkeit. Niemand ist unentbehrlich. Ich weiß es. Ihnen muß man es sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Die Kujonie der Zeit verhindert weiter detaillierte Ausführungen. Lassen Sie mich bitte noch zwei Dinge sagen. Die Vergleiche mit der Landwirtschaft, meine Damen und Herren, sollten Sie wirklich nicht machen, weil sie nicht passen. Wir haben Ihnen nie derartige Dinge vorgeworfen. Wenn Sie die Landwirtschaft heranziehen, dann tun Sie es aus zwei Gründen, beide sind nicht gut — ich unterstelle Ihnen noch keinen —: entweder aus Klassenkampf oder wider besseres Wissen.

Ich erkläre Ihnen etwas, und ich bekenne mich uneingeschränkt dazu: Die Landwirtschaft ist für die Erhaltung unserer volkswirtschaftlichen Gesundheit gleich wichtig wie die verstaatlichte Wirtschaft. Ich bekenne mich auch dazu.

10064

Nationalrat XVI. GP — 114. Sitzung — 27. November 1985

Graf

Nur zwei Dinge müssen Sie mich noch dazu sagen lassen. Wenn Sie nichts anderes zusammenbringen, als heute Schuldzuweisungen an die ÖVP vorzunehmen, dann ist das zu wenig. Ich zitiere Taus, der heute gesagt hat, es sei uns nicht leicht gefallen, bei den 16,6 Milliarden unserer Partei einzureden, nicht zuzustimmen. Ich empfinde eher Trauer als Genugtuung, wenn ich Ihnen heute sage: Wir haben leider recht gehabt.

Wenn es Ihnen um eine nationale Lösung zu tun ist — ich weiß gar nicht, ob es eine solche gibt —, dann lassen Sie mich ganz kurz noch sagen: Die Information meines Parteivorsitzenden durch den Herrn Bundeskanzler erfolgt nicht vorher über den Rundfunk, sondern in einem Gespräch. Das ist die Grundvoraussetzung. Wir haben heute nie behauptet, daß die Verschuldensfrage und die Verantwortung bei der Regierung liegen. Das sollten Sie uns nicht zum Vorwurf machen. Hier war Lacina für mich ein Beispiel. Er bekannte gestern uneingeschränkt, daß er, wenn es sein muß, Konsequenzen ziehen wird.

Wir sollten gemeinsam eine Konsequenz ziehen: Die Erhaltung dieser Betriebe ist wünschenswert, die Hingabe von Geld in der bisherigen Form führt zu nichts. Man kann Arbeitsplätze nicht kaufen.

Könnten Sie sich vorstellen, wenn wir an der Regierung wären und das mit der VOEST passiert wäre, was Sie aufgeführt hätten?

Ich will nicht, daß Sie etwas aufführen. Aber Sie sollten vielleicht überlegen, ob diese Reparatur in dieser Koalition überhaupt noch möglich ist. Machen Sie eine andere Prüfung,

wenn Sie guten Gewissens sind: Schreiben Sie Wahlen aus! Die Bevölkerung wird entscheiden, wie gut Sie und wie gut wir sind. Dem Urteil werden wir uns unterwerfen. (*Beifall bei der ÖVP.*) 17.50

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, die Abstimmung über die Entschließungsanträge der Abgeordneten Dr. Taus und Genossen sowie der Abgeordneten Rechberger, Probst und Genossen gemäß § 93 Abs. 6 der Geschäftsordnung an den Beginn der nächsten Sitzung zu verlegen. Ich gebe diesem Ersuchen statt.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 169/A bis 171/A eingebbracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 1733/J und 1734/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Donnerstag, den 28. November 1985, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986 samt Anlagen (740, Zu 740 und 777 der Beilagen):

Beratungsgruppe V: Justiz, Beratungsgruppe IV: Inneres und Beratungsgruppe XII: Landesverteidigung.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 51 Minuten